Volker Schlotmann, SPD ...... 1278



Inhalt

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

23. Sitzung 4. Wahlperiode

Mittwoch, 12. November 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	Dr. Henning von Storch, CDU	
Harry Glawe, CDU (zur Geschäftsordnung)	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften im Land Mecklenburg-Vorpommern (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/721 –	
Beschluss	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses - Drucksache 4/887	
Aktuelle Stunde Zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation Mecklenburg-Vorpommerns 1269 Angelika Gramkow, PDS 1269 Ministerin Sigrid Keler	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Nichtanpassung des Amtsgehalts der Mitglieder der Landesregierung, des Gehalts der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie des Grundgehalts der den Staatssekretären des Bundes vergleichbaren Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Amtsgehalt- und Besoldungsnichtanpassungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – NAnpG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/785 –	

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 4/884 –	1284	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: <b>Zu den Arbeitsmarktreformen des Bundes</b> – Drucksache 4/868 –	1304
B e s c h l u s s	1285	Antrag der Fraktion der CDU:  Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Reformkompromiss für strukturschwache Regionen – Drucksache 4/874 –	1304
Gesetzentwurf der Landesregierung:		Klaus Mohr, SPD 1304, 1315,	. 1319
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes		Udo Timm, CDU	1305
(Erste Lesung)		Regine Lück, PDS 1307, 1310,	
– Drucksache 4/849 –	1285	Reinhardt Thomas, CDU	
Minister Erwin Sellering	1285		
Dr. Ulrich Born, CDU	1288	Dr. Ulrich Born, CDU 1310, 131	
Bodo Krumbholz, SPD		Eckhardt Rehberg, CDU 1311, 7	
Karsten Neumann, PDS		Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung)	1315
		(zur Geschartsordnung)	1313
B e s c h l u s s	1290	Persönliche Erklärung der Abgeordneten Regine Lück, PDS, gemäß § 89 GO LT	1315
		Karin Strenz, CDU	1319
		Minister Helmut Holter	1320
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (Kindertageseinrichtungs- und -pflegeförderungsgesetz – KiföG M-V) (Erste Lesung)		Beschluss	1323
- Drucksache 4/864  Ministerin Dr. Marianne Linke		Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung des Eigenheimzulage-Gesetzes	
Harry Glawe, CDU	1293	- Drucksache 4/875	
•	1297	Karin Strenz, CDU	
Rudolf Borchert, SPD 1294,		Minister Helmut Holter 1324,	1326
Torsten Renz, CDU 1297, 1300,		Dr. Ulrich Born, CDU 1325,	
Torsten Koplin, PDS 1297, 1300,	1301	Klaus Mohr, SPD	
Dr. Margret Seemann, SPD	1301	Regine Lück, PDS	
B e s c h l u s s	1303	B e s c h l u s s	1328
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Europaausschusses		Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Fahren mit Taglicht – Drucksache 4/869 –	1328
zu dem Beschluss des Landtages Mecklen- burg-Vorpommern vom 10.09.2003 zu dem		Birgit Schwebs, PDS	1328
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS		Minister Dr. Otto Ebnet	1330
Zusammenarbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des		Jörg Vierkant, CDU	1330
Sejmik der Woiwodschaft Pommern  - Drucksache 4/734 –		Jochen Schulte, SPD 1331,	1332
- Drucksache 4/886	1303	Dr. Ulrich Born, CDU	
Bodo Krumbholz, SPD	1303	Gerd Walther, PDS	
B e s c h l u s s	1304	Beschluss	

Antrag der Fraktion der CDU: Errichtung einer Landesforstanstalt	
- Drucksache 4/871	1335
Martin Brick, CDU	1335
Minister Dr. Till Backhaus	1335
Birgit Schwebs, PDS	1338
Hannelore Monegel, SPD	1338
Renate Holznagel, CDU	1339
Beschluss	1340
Nächste Sitzung	
Donnerstag, 13. November 2003	1340

Beginn: 10.11 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 23. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 23. und 24. Sitzung liegt Ihnen vor.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU liegt Ihnen auf Drucksache 4/894 ein Gesetzentwurf zum Thema "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes" vor. Auf Wunsch des Antragstellers soll die Tagesordnung um diese Vorlage erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Ich sehe, das ist der Fall.

Herr Glawe, bitte.

Harry Glawe, CDU (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich darf Ihnen diesen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes vortragen:

"Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 1 sowie § 3 Abs. 5 des Landespflegegesetzes läuft die öffentliche Förderung nach Maßgabe des Landespflegegesetzes ... aus. ...

Dem Auftrag des Gesetzgebers, rechtzeitig den Entwurf eines neuen Landespflegegesetzes vorzulegen, ist die Landesregierung nicht nachgekommen. Dies ist umso bemerkenswerter, hat doch der Landtag mit Gesetz vom 18. Dezember 2002 über einen damals eingebrachten Dringlichkeitsantrag die Fördermöglichkeiten des Landes durch die Übernahme von Kapitaldienstkosten sowie von Miete und Pacht um ein Jahr bis 31. Dezember 2003 verlängert. Doch mit der Übersendung des Gesetzentwurfes mit Datum vom 24. September 2003 durch den Ministerpräsidenten an die Präsidentin des Landtags konnte eine rechtzeitige Novellierung des Landespflegegesetzes nicht mehr erfolgen. So fand am 8. Oktober 2003 erst die erste Lesung im Landtag und am 29. Oktober 2003 die Öffentliche Anhörung im federführenden Sozialausschuss des Landtags statt. Eine zweite Lesung des Gesetzentwurfes ist folglich frühestens am 10. Dezember 2003 möglich. Das hat zur Folge, dass eine rechtzeitige, geordnete verwaltungstechnische Umsetzung und ein nahtloser Übergang in der Förderung nicht möglich sind. Vielmehr wurde in der Öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses des Landtags am 29. Oktober 2003 deutlich, dass frühestens ab dem 1. Juli 2004 mit ersten Auszahlungen eines neuen, von der Landesregierung angedachten Pflegewohngeldes zu rechnen ist.

Vor diesem Hintergrund ist es daher geboten, das alte Landespflegegesetz und seine darin enthaltenen Befristungen der Förderung um längstens ein halbes Jahr zu verlängern.

Dies kann, da für ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren neben einer ersten Lesung mit Überweisung in die zuständigen Ausschüsse sowie einer anschließenden Beratung in den Fachausschüssen eine zweite Lesung erforderlich ist, und die Abgabefrist für Anträge und Gesetzentwürfe für den Landtag am 12. und 13. Novem-

ber 2003 bereits am 29. Oktober um 12.00 Uhr abgelaufen ist, nur auf dem Wege eines Dringlichkeitsantrages geschehen.

Andernfalls droht ein ungeordneter Übergang, dessen Leidtragende bei Ausbleiben der staatlichen Zahlungen die Heimbewohner und ihre Angehörigen sowie die Einrichtungsträger sind."

Meine Damen und Herren, auch der Vorschlag der Sozialministerin, das Versorgungsamt zu befassen, löst das Problem nicht, da die Anträge erst zum 01.01.2004 durch die Angehörigen zu stellen sind. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Glawe.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht?

Herr Koplin, bitte.

Torsten Koplin, PDS (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Koalitionsfraktionen darf ich hier mitteilen, dass wir in der Thematik in der Tat ein sehr wichtiges Problemfeld sehen. Ich möchte die Antragsteller seitens der CDU darauf hinweisen, dass die Problembeschreibung insofern mit Mängeln behaftet ist, dass sie nicht ausreichend gewürdigt hat, dass wir bereits im Verfahren zur Drucksache 4/797 sind. Es hat die Anhörung stattgefunden. Für den 26. November ist die Auswertung im federführenden Sozialausschuss geplant. Die Dringlichkeit damit zu begründen, es heute und morgen zu entscheiden, ist insofern auch unseriös, als dass es eine erhebliche Finanzrelevanz Ihres Antrages gibt, und es bedarf der Sorgfaltspflichten und der Seriosität in diesem Hause, dazu auch entsprechenden Sachverstand einzuholen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie selber haben um Verschiebung gebeten.)

Wir sind der Meinung, dass wir mit aller Solidität am 10. Dezember 2003 diesen Gesetzentwurf in diesem Hause votieren können. – Danke schön.

> (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Da müssen wir mal den Brief der Ministerin lesen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Konlin.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung nicht stattgegeben. Die notwendige Zweidrittelmehrheit im Plenum ist nicht erreicht worden.

Meine Damen und Herren, auf Drucksache 4/895 liegt Ihnen ein Antrag der Fraktion der CDU zum Thema "Erhalt der Molkerei Bützow" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Landtages diese Dringlichkeit bejaht. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort zur Begründung wird gewünscht. Ich bitte Herrn Renz um die Begründung.

**Torsten Renz**, CDU (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

"Erhalt der Molkerei Bützow

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- Maßnahmen zu ergreifen, um die beabsichtigte Schließung der Molkerei Bützow abzuwenden,
- zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, den Betrieb der Molkerei Bützow durch andere Unternehmen aufrechterhalten zu können.

. . .

#### Begründung:

Aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen beabsichtigt die Nordmilch eG, die Molkerei Bützow zu schließen. Da eine abschließende Entscheidung der Nordmilch eG über die Schließung von Standorten in Kürze zu erwarten ist, ist ein zügiges Handeln der Landesregierung im Interesse der Arbeitsplätze und der Region notwendig. Obwohl in den Molkereibetrieb Bützow bereits 28 Mio. Euro investiert wurden, erwägt die Genossenschaft die Schließung des Standortes. Um die 85 Arbeitsplätze der Beschäftigten der Bützower Molkerei zu sichern, ist es notwendig, mit der Nordmilch-Gruppe und anderen Unternehmen der Milch verarbeitenden Branche Verhandlungen zum Erhalt der Molkerei Bützow aufzunehmen."

Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Die Geschäftsordnung sieht vor, dass die Dringlichkeit des Antrages zu begründen ist, Herr Renz. Sie haben den Antrag vorgetragen und die Begründung für den Antrag, aber die Dringlichkeit nicht. Und ich würde Sie doch noch mal bitten, die Dringlichkeit hier zu begründen.

**Torsten Renz**, CDU (zur Geschäftsordnung): Ich denke, der Erhalt von 85 Arbeitsplätzen ist ein Grund, der dringlicher eigentlich nicht sein kann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und aus diesem Grunde sehen wir die Dringlichkeit mehr als gegeben. Das wäre Punkt 1.

Punkt 2 wäre, da die Entscheidung wahrscheinlich sehr kurzfristig ansteht, sehen wir aus diesem Grunde Handlungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Renz.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage einstimmig gefolgt worden. Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der morgigen Sitzung beraten werden? – Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Gibt es weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 23. und 24. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat benenne ich gemäß Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung für die heutige und morgige Sitzung als stellvertretende Schriftführer von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Holger Friedrich und Lilly Kühnel, von der Fraktion der CDU die Abgeordneten Bernd Schubert und Udo Timm sowie von der Fraktion der PDS die Abgeordneten Birgit Schwebs und Karsten Neumann.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zum Thema "Zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation Mecklenburg-Vorpommerns" beantragt.

# Aktuelle Stunde Zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation Mecklenburg-Vorpommerns

Das Wort hat zunächst die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zitat: "Eine ehrliche Bestandsaufnahme muss feststellen, dass die wirtschaftliche und soziale Lage Ostdeutschlands auf der Kippe steht." Wolfgang Thierse im Jahr 2001.

14 Jahre nach der Wende, meine Damen und Herren, ist das ein Fakt. Und dieser Fakt negiert nicht die Kreativität von Bürgerinnen und Bürgern, von Unternehmerinnen und Unternehmern und vor allem von Politik in diesem Land

(Wolfgang Riemann, CDU: Nun reden Sie mal nicht das Land schlecht!)

bei der Entwicklung innerhalb der letzten 14 Jahre. Sie negiert nicht Fortschritte im Aufbau der parlamentarischen Demokratie bei Justiz und Rechtsstaatlichkeit. Wir negieren nicht eine vorzeigbare, eine tolle Infrastruktur, die sich entwickelt hat, sanierte Städte, weiterentwickelte Dörfer. Wir negieren nicht moderne Dienstleistungssysteme, das Engagement einer leistungsfähigen Landwirtschaft, unendliche Konsummöglichkeiten und eine Forschungs-, Technologie- und Bildungslandschaft, die sich wirklich sehen lassen kann. Wir negieren mit dieser Feststellung nicht unvergleichlich hohe Transfers von Kapital und Finanzierungsunterstützungen für Ostdeutschland, beginnend vom Fonds der Deutschen Einheit bis zuletzt, bis zum Jahr 2019 zum Solidarpakt. Und doch müssen wir feststellen, dass seit Mitte der neunziger Jahre das Wirtschaftswachstum der ostdeutschen Länder hinter den westdeutschen Ländern zurückbleibt, dass Stagnation und rezessive Tendenzen auch in Mecklenburg-Vorpommern wie in der gesamten Bundesrepublik greifen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Nicht das Land schlechtreden!)

Wir konstatieren gleich bleibend hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit und den Rückgang von versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir konstatieren eine hohe Abwanderung von vor allen Dingen auch Mädchen und Frauen und wir konstatieren ein niedriges Lohnniveau. Dies ist ein Hemmschuh für Produktivität und Zukunftschancen von Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kommen eine hohe Verschuldung und eine drastische Einnahmeschwäche.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dies, meine Damen und Herren, ist eine realistische Einschätzung und wir müssen sie vornehmen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir müssen gleichzeitig verlässliche Rahmenbedingungen und Prioritäten auch für die weitere Entwicklung unseres Landes setzen. Dies sagt die PDS nicht erst nach den neuerlichen Einnahmeverlusten, die wir für das laufende Haushaltsjahr mit circa 200 Millionen Euro und für den jetzt im Parlament zu beratenden Doppelhaushalt mit jeweils 210 Millionen Euro 2004 und 280 Millionen Euro 2005 zu konstatieren haben. Denn eine drohende Gefahr gibt es ja auch noch – das sind die Reformbestrebungen der großen Koalition auf Bundesebene, in der man uns weismachen will, dass, wenn sie nicht kommen, der Aufschwung nicht kommt. Sozialabbau gleich Wirtschaftswachstum? Niedriglohn gleich Produktivität?

(Harry Glawe, CDU: Na toll!)

Hartz gleich Arbeitsplätze und Perspektiven? Runter mit den Steuern gleich Nachfrageschub und wirtschaftliche Entwicklung? Soll das wirklich die Perspektive für Mecklenburg- Vorpommern sein?

(Harry Glawe, CDU: Gerade das Landespflegegesetz von der Tagesordnung gestoßen und jetzt über soziale Gerechtigkeit reden!)

Ich halte dies für eine glatte Fehleinschätzung, die uns am Ende teuer zu stehen kommen kann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, aber auch den öffentlichen Kassen, denn die Gefahr, dass wir mit diesen Maßnahmen weitere 200 Millionen Euro verlieren, ist groß. In diesem Zusammenhang bin ich fast dankbar für die Entscheidung des Verfassungsgerichtsurteils von Berlin, das nämlich den Berliner Parlamentariern und der Regierung ins Stammbuch geschrieben hat,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass bei einer derartigen Einnahmesituation eines Landes es nicht zulässig ist,

(Lorenz Caffier, CDU: Die haben auch eine rotrote Regierung. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gesetzen auf Bundesebene zuzustimmen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die dazu führen, dass sich die finanzielle Situation des Landes weiter verschlechtern wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Gysi hat gewusst, warum er aufgehört hat.)

Deshalb unterstützen wir – nachzulesen heute in der SVZ – die Forderungen des SPD-Landesvorsitzenden, dass es in diesen Reformbestrebungen eine Ostkomponente geben muss,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

genauso, wie wir den Kampf der ostdeutschen Ministerpräsidenten unterstützen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Allerdings sage ich auch, das Motto "Tausche Rente gegen Hartz", wie "Die Welt" getitelt hat, greift für mich zu kurz. Die gegenwärtigen Reformen, die geplant sind, sind eine Ohrfeige für die Menschen und für die Entwicklung unseres Landes, und ich denke, wir müssen dagegen kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dieses bedeutet für die PDS nicht, sich auch den Rahmenbedingungen zu stellen und trotzdem Entscheidungen für das Land zu treffen. Und deswegen sagen wir klar, es ist an der Zeit, darüber zu reden, wie wir Einnahmeverbesserungen für das Land und für unsere Kommunen realisieren können.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dazu gehört eigentlich eine gerechte Steuerreform, dazu gehören Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und eine faire Unternehmensbesteuerung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal die Gemeinden, wie sie die Vermögensteuer finden!)

Ich weiß, dass das gegenwärtig nicht mehrheitsfähig ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Entweder Vermögen- oder Gemeindesteuer.)

Ich werde aber nicht müde, es zumindest zu erwähnen.

Zweitens halten wir es für an der Zeit, festzustellen, dass wir davon ausgehen müssen, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist in Mecklenburg-Vorpommern, wie in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt, und daraufhin große Gefahren für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes entstehen. Und deshalb muss es möglich sein, in der politischen Strategie und in der Schwerpunktsetzung von Politik in Mecklenburg-Vorpommern auch darüber nachzudenken, wie man über Kredite und neue Schulden diesen Gefahren für wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Entwicklung entgegenwirkt.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Ja, Kredite und Schulden sind eine Belastung für zukünftige Generationen, aber ein vernünftiger Einsatz von Krediten und Schulden bringt auch Vermögen für die Generationen, bringt Schaffung von Werten, sichert Strukturen und damit Zukunftschancen für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb muss es legitim sein, zu fragen, ob es nicht besser ist, über eine Finanzausstattung die Kommunen in die Lage zu versetzen, die kommunale Infrastrukturtätigkeit, die Investitionstätigkeit aufrechtzuerhalten, um somit regionale Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Warum ist es nicht möglich, zu sagen, Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Technologie, Tourismus sind Zukunftschancen für Mecklenburg-Vorpommern?

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Riskieren wir es!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Öffentlich geförderte Beschäftigung schafft Werte, betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik, letztendlich Arbeitsplätze.

(Beifall Torsten Koplin, PDS – Harry Glawe, CDU: Arbeitsplätze, die abgeschafft werden. – Dr. Henning von Storch, CDU: Die werden abgeschafft.)

Sicherung sozialer Standards sind wichtige weiche Standortfaktoren für unser Land und dass eine nachhaltige ökologische Entwicklung bei uns letztendlich die Voraussetzung dafür ist, dass die Lebensader und der Lebensnerv das Land weiterentwickeln können,

(Harry Glawe, CDU: Das ist die reinste Bankrotterklärung, Frau Gramkow, die Sie hier abgeben!)

das sind doch Fakten, an denen wir am Ende nicht vorbeikommen. Deshalb streiten wir darum, nicht formal über eine Neuverschuldung zu reden, sondern sie als Perspektive und Chance für die Entwicklung des Landes zu nutzen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Dazu gehört für mich auch, endlich mit dem Bund darüber zu verhandeln, warum im Haushaltsgrundsätzegesetz Investitionen grundsätzlich nur Investitionen in Beton sind, und nicht Investitionen in Köpfe gleichberechtigt auch im Land existieren können.

> (Beifall bei Abgeordneten der PDS – Gabriele Schulz, PDS: Richtig. – Harry Glawe, CDU: Die PDS hat abgewirtschaftet.)

Meine Damen und Herren, natürlich müssen wir auch sparen. Es bleibt auch bei uns ein Grundsatz: Gestalten und konsolidieren unter diesen Rahmenbedingungen! Deshalb fordern wir in diesem Zusammenhang eine Zukunftsallianz, und zwar ganz klar, um betriebsbedingte Kündigungen im Land zu vermeiden, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu erhöhen, zu erhalten und gleichzeitig die Motivation der Beschäftigten, die wir dringend brauchen in den wichtigen Reformvorhaben dieses Landes, zu stärken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Diese Allianz, diese Zukunftsallianz, soll aus unserer Sicht drei Säulen haben. Sie soll erstens Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sichern, zweitens einen Einstellungskorridor ermöglichen mit Bedingungen und Anreizen,

(Harry Glawe, CDU: Das erzählen Sie uns schon fünf Jahre lang!)

damit junge Leute in diesem Land auch bleiben können,

(Harry Glawe, CDU: Sie kriegen doch nichts hin!)

und drittens eine drastische Reduzierung der Personalausgaben ermöglichen. Dazu sind alle Möglichkeiten von Arbeitszeitreduzierung,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Vorruhestandsregelung und alle Verhandlungsebenen auszuschöpfen. Die Zielvereinbarung, die es seit 1998 zwischen der Landesregierung, dem DGB und dem Landesbeamtenbund in diesem Land gibt, sollte hier mit Leben erfüllt werden,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Renz, CDU: Sie sind doch seit '98 in der Regierungsverantwortung, Frau Gramkow!)

und zwar als ein Signal an die Beschäftigten, dass wir sie brauchen, und nicht nur ein Signal, formal 3.000 Stellen in diesem Land abbauen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wir werden eine tief greifende Verwaltungs- und Funktionalreform in diesem Land durchführen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Da haben Sie vor einem Jahr noch was ganz anderes erzählt.)

In dieser werden SPD und PDS ihre Reformfähigkeit für das Land Mecklenburg-Vorpommern beweisen.

Hier werden wir auch langfristig effektive und sparsame Strukturen entwickeln und natürlich wird dies an einer Kabinettsreform, an einer Reduzierung von Ministerien in diesem Land nicht vorbeigehen. Auch diese stehen auf der Tagesordnung. Und hinzu kommen ...

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich dachte ja eigentlich, dass ich in dieser Frage mit der CDU sehr einig bin,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sieben Ministerien, das wissen wir.)

aber offensichtlich finden Sie das hier alles nur lächerlich.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Wir glauben Ihnen das nicht mehr, was Sie hier erzählen.)

Wir werden ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine Damen und Herren, das Wort hat die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion. Ich bitte Sie zuzuhören.

**Angelika Gramkow**, PDS: Wir machen Ernst mit einer radikalen Deregulierung.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auch hier hat das Engagement der Landeregierung in der letzten Woche

(Rainer Prachtl, CDU: Das ist ja Märchenstunde.)

selbst von der Opposition ein bestimmtes positives Signal erhalten.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Ich biete Ihnen an, ernsthaft darüber zu reden, die Diäten einzufrieren und alles auf den Prüfstand zu stellen, was uns daran hindert,

(Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Entwicklungschancen für dieses Land zu bestimmen, Prioritäten zu setzen und nicht mit Verbalattacken zu meinen, Lösungsansätze zu bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Gabriele Schulz, PDS: Und nicht zu krakeelen.) **Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin des Landes Frau Keler.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Machen wir weiter so oder geben wir auf? Das war die Eingangsfrage von Tony Blair auf seinem letzten Parteitag.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich gebe nicht auf. Ich bin für weitermachen. Das heißt aber nicht, weitermachen wie bisher.

(Beifall Heike Polzin, SPD – Rudolf Borchert, SPD: Weiter so, weiter so!)

Oder anders ausgedrückt, die Steuermindereinnahmen in 2004 und 2005 können nicht durch zusätzliche Schulden abgefangen werden. Da hilft es auch nicht, liebe Frau Gramkow, wenn wir den Investitionsbegriff umdefinieren, um uns den Weg in die Schulden zu erleichtern.

(Angelika Gramkow, PDS: Darüber reden wir ja noch.)

Und Investitionen in die Köpfe, das heißt kreditfinanzierte Personalausgaben. Zinsen müssen auf jeden Fall gezahlt werden und das wird uns letzten Endes in eine Sackgasse führen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist noch zu diskutieren.)

Aus der Sackgasse kann man normalerweise nur rückwärts herausfahren, und zwar mit dem Rückwärtsgang, denn der ist immer langsamer als der Vorwärtsgang.

(Harry Glawe, CDU: Den findet die PDS sowieso nicht mehr.)

Schmerzliche Einschnitte sind unvermeidlich. Mecklenburg-Vorpommern ist davon nicht allein betroffen, alle anderen Bundesländer sind in einer ähnlichen Situation.

Wie ist die Lage? Seit 2001 gibt es Steuereinbrüche, wie sie in der Bundesrepublik bisher nie bekannt gewesen sind. Ich erinnere noch einmal an die Zahlen: 2002 minus 377 Millionen Euro und 2003 jetzt neuerdings minus 190 Millionen Euro.

(Wolfgang Riemann, CDU: Selbst verschuldet!)

Ach, Herr Riemann, wir sollten hier aufhören. Ich komme nachher noch einmal dazu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist ja schön.)

In beiden Jahren sind die Einbrüche eine Folge der Steuereinbrüche in den westlichen Bundesländern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Das schlägt sich im Länderfinanzausgleich nieder

(Wolfgang Riemann, CDU: Körperschaftsteuer.)

und in 2003 wird Nordrhein-Westfalen zum Nehmerland. Das ist auch ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Reinhardt Thomas, CDU: Aber absehbar.)

Für 2004 und 2005 haben wir auf Basis der Maisteuerschätzung 2003 veranschlagt und dabei haben wir schon

gegenüber der Regionalisierung Bevölkerungsrückgänge zusätzlich berücksichtigt, etwa um 45 Millionen Euro. Bis Anfang Oktober diesen Jahres konnten wir annehmen, dass die Ergebnisse der Maisteuerschätzung gehalten werden können. Nun wissen wir, dass es nicht so ist. Jammern hilft da auch nicht mehr.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist wahr.)

Jetzt müssen wir Konsequenzen in zweierlei Hinsicht ziehen.

Erstens. Seit Jahren sind die Steuerschätzungen regelmäßig viel zu optimistisch ausgefallen und deshalb haben wir uns entschlossen, deutliche Abschläge gegenüber den regionalisierten Ergebnissen vorzunehmen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Übrigens Sachsen und Thüringen verfahren ähnlich. Wir rechnen jetzt für 2004 mit minus 210 Millionen und für 2005 mit minus 280 Millionen gegenüber unseren Ansätzen, die zurzeit hier bei Ihnen im Parlament liegen. Wir haben uns ganz bewusst dazu entschlossen, das so zu machen, und hoffen, dass wir mit diesen Abschlägen dieses Mal auch hinkommen und nicht wieder im nächsten Jahr nachsteuern müssen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Wieder neue Schulden?)

Nachsteuern müssen wir allerdings, wenn die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vorliegen. Wir müssen jetzt bei den anstehenden Verhandlungen unsere besondere Problemlage zur Geltung bringen. Die Problemlage ist bekannt. Dass die Ostbesonderheiten auch akzeptiert werden, dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller Ostländer,

(Wolfgang Riemann, CDU: Schröder hat schon gesagt: Ist nicht!)

denn sowohl beim Bund als auch bei den Westländern besteht bisher wenig Neigung, uns entgegenzukommen. Ich habe das hier schon an verschiedener Stelle gesagt, dass spätestens mit der Verabschiedung des Solidarpaktes II der Solidargedanke längst nicht mehr so stark vertreten war, wie er vorher war.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir nicht einen Ostminister und einen Oststaatssekretär?)

Die zweite Konsequenz, die sich aus der Verschlechterung ergibt, ist, wir müssen die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Es führt kein Weg daran vorbei. Wie wir das hinbekommen wollen, dazu bedarf es ausführlicher Beratungen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe in der Presse ja jetzt etliches gelesen. Die CDU sagt: Hättet ihr doch längst schon alles gemacht, was wir euch immer vorgeschlagen haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, richtig. Richtig.)

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Immer mit Verzögerungen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann haben Sie immer wieder Einsparungen vorgeschlagen. Sie haben aber im gleichen Satz a) und b) gefordert, dass es dann an anderer Stelle wieder zusätzlich ausgegeben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Aber nicht alles, Frau Keler. Das wissen Sie.)

Sie haben nicht die Einsparungen vorgeschlagen, um die Nettokreditaufnahme deutlich abzusenken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, doch.)

Herr Riemann, Sie kommen genauso und sagen,

(Harry Glawe, CDU: Landespolitische Aufgabe.)

Personalausgabeneinsparungen Ja, aber dann zusätzlich Stellen für Polizei und für Lehrer.

(Reinhardt Thomas, CDU: Nicht Abbau, wir reden nicht über zusätzliche Stellen.)

Ich kann mich hier sehr gut an die Diskussion der vorangegangenen Landtagssitzung erinnern, als es um die Frage Absenkung des Weihnachtsgeldes und Streichung des Urlaubsgeldes ging, wie Ihre Position dazu gewesen ist.

(Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich bin darauf gespannt ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, den mittleren Dienst der Vollzugsbeamten wollten wir ausklammern. Da stehe ich auch zu.)

Meine Damen und Herren, die Ausfälle in 2003 können nicht durch weitere Minderausgaben ausgeglichen werden. Ich erinnere hier noch einmal, wir haben nach der Maisteuerschätzung, und zwar als bekannt wurde, dass wir um 95 Millionen schlechter wegkommen werden, sofort eine Bewirtschaftungsmaßnahme erlassen und wir hatten von Ihnen die Ermächtigung für 50 Millionen Forderungsverkäufe. Wir haben also damals Vorsorge getroffen. Sie wissen, wir haben auch jetzt noch einmal alle Hebel, die wir zur Verfügung haben, genutzt, um eine Haushaltssperre zu verhängen, um zusätzliche Einnahmen,

(Harry Glawe, CDU: Ausgaben zu verhindern. – Wolfgang Riemann, CDU: Ausgaben, Ausgaben!)

Entschuldigung, um zusätzliche Ausgaben zu verhindern. Wir werden die weiteren Minderausgaben nicht abfangen können und deshalb müssen wir für 2003 einen Nachtrag vorlegen, mit dem wir die Kreditermächtigung zur Schließung der Lücke beantragen werden.

(Harry Glawe, CDU: Das war doch vorher schon klar. Das war doch vorher schon klar.)

Gleichzeitig sind wir bestrebt, Ihnen mit dem Nachtragshaushalt die Eckdaten für die Änderung des Doppelhaushalts 04/05 vorzulegen. Ich würde gern noch einmal an die Präsidentin appellieren, vielleicht doch zu versuchen, dass wir eine Sondersitzung im Dezember machen können.

(Harry Glawe, CDU: Das machen wir am 24. Dezember, Frau Keler.)

Ich sage Ihnen, ich hätte gern die Auswirkungen des Vermittlungsausschusses mit einbezogen. Und das ist am 10. Dezember natürlich nicht möglich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Für 2004/05 können wir das. Für 2003 brauchen wir das nicht.)

Meine Damen und Herren, ich habe ja gesagt, ich würde Ihnen gern mit dem Nachtragshaushalt auch die Eckdaten für 04 und 05 vorlegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das mag ja sein, aber kommen Sie doch erst mal!)

Das wird uns allen noch viel Kraft abverlangen. Tabus in vielen Bereichen oder in allen Bereichen kann es nicht geben, auch nicht im Personalbereich. Wir werden den Nachtragshaushalt 2003 nicht ohne Ausnahmekredite ausgleichen können und auch für 2004 kann ich Ausnahmekredite nicht ausschließen, denn die Auswirkungen der vorgezogenen Steuerreform und der Gemeindefinanzreform werden nicht mehr durch Ausgabereduzierung abgefangen werden können. Bei der Begründung für die Ausnahmekredite werden wir die Vorgaben des Berliner Verfassungsgerichtsurteils natürlich besonders berücksichtigen. Dabei geht es insbesondere um die Forderung, dass kurzfristig das Haushaltsdefizit beseitigt werden muss. Abgesehen von den zusätzlichen Zinsen werden die rechtlichen innerstaatlichen und europäischen Hürden für Ausnahmekredite immer höher. Aber auch haushaltswirtschaftlich spricht alles gegen eine ausufernde Neuverschuldung, denn Kredite sind wie Dopingmittel und Dopingmittel führen schnell zu Leistungseinbrüchen.

Noch ein Wort zu den Kommunen. Die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung führen 2003 gegenüber der Maisteuerschätzung zu einer Verschlechterung von 22 Millionen Euro. 2004 haben wir unter Berücksichtigung unseres Korrekturfaktors Mindereinnahmen von 38 Millionen Euro geschätzt. Wir haben also die gleiche Schätzung fairerweise auch für die Kommunen vorgenommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso fairerweise?)

Allerdings sind auch hier die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses zu berücksichtigen und abzuwarten. Im Gegensatz zum Land wird es aber für die Kommunen ein positives Ergebnis geben.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber erst 2005, Frau Keler.)

Das warten wir doch einmal ab! Was da kommt, das wissen wir doch alle nicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Sie haben schon einmal vorsorglich gekürzt.)

denn der Vermittlungsausschuss ist doch augenblicklich wie eine große Glaskugel.

(Angelika Gramkow, PDS: Also wir wissen zumindest, dass es vor 2005 nichts wird. – Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Sie wissen es.)

Sie wissen doch gar nicht, was kommt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum haben Sie denn 64 Millionen weggenommen? – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nein, ich weiß es auch nicht.

Die Diskussion um die Finanzausstattung der Kommunen hat sich ja bereits warmgelaufen und deshalb eine grundsätzliche Bemerkung: Land und Kommunen befinden sich in einer finanziellen Solidargemeinschaft und keine Seite sollte versuchen, sich zu Lasten der anderen Seite ungerechtfertigte Vorteile herauszuholen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hervorragend!)

Das, meine Damen und Herren, kann auf Dauer nicht tragen.

Ich komme zum Schluss. Die Situation ist für alle Beteiligten schwierig und das gilt für alle hier im Haus. Sie stellt sich in Thüringen, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt genauso wie bei uns und deshalb sollte jetzt möglichst auf Schaufensterreden verzichtet werden. Daran wird sich dann auch zeigen, ob das Angebot der Opposition zur Zusammenarbeit mehr ist als ein Lippenbekenntnis.

(Harry Glawe, CDU: Na, na, Frau Keler!)

Ich würde mich freuen, wenn wir in dieser Situation über das parteipolitische Kleinklein hinauswachsen und gemeinsam im Interesse des Landes wirken könnten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zur wirtschaftlichen Situation wird natürlich mein Kollege Dr. Ebnet reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wenn ich Veränderungen einleiten will, dann muss ich erst einmal schonungslos analysieren und mir gegebenenfalls auch Fehler eingestehen. Dann muss ich mich wirklich fragen, warum und weshalb ist die Bundesrepublik und letztendlich das Land Mecklenburg-Vorpommern dahin gekommen, dass eine Steuerschätzung innerhalb von wenigen Monaten, auf drei Jahre bezogen, um fast 700 Millionen Euro auseinander liegt. Noch dramatischer wird das, Frau Finanzministerin, wenn ich die Mittelfristige Finanzplanung sehe, die Sie uns 1999 für 2003 auf den Tisch gelegt haben. Hier die Differenz: 522 Millionen Euro, das sind 1 Milliarde Deutsche Mark. Ich kann jetzt nicht alle Ursachen aufzeigen. Es hätte aber, und das ist ein Stück politischer Anstand, aus meiner Sicht dazugehört, nicht einfach zu sagen, die Westländer haben dramatische Einnahmeausfälle, sondern auch einmal an einer Stelle eine wesentliche Ursache zu benennen, das ist die Körperschaftsteuer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können nachrechnen, wenn die Körperschaftsteuer sich auf Basis des Jahres 2000 um 23,6 Milliarden Euro bei den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen verstetigt hätte, dann wären Sie auf einen Einnahmeverlust im Saldo von 61 Milliarden Euro gekommen. Frau Finanzministerin und Herr Ministerpräsident, Experten sagen, 80 Prozent dieser Summe kommen nicht durch die Absenkung der Körperschaftsteuer zustande, sondern durch die Steuerfreistellung der Beteiligungsgewinne bei Veräußerungen von großen Kapitalgesellschaften.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist die wesentliche Ursache, die hier auf dem Tisch liegt. Frau Keler und Herr Dr. Ringstorff, unsere drei Stimmen waren damals ausschlaggebend

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

für die handwerklich verpfuschte Steuerreform des Jahres 2000. Unsere drei Stimmen waren ausschlaggebend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gehört noch ein Stück Ehrlichkeit dazu, Frau Ministerin, denn Sie tragen seit 1996 Verantwortung. Seit 1999 gibt es hier eine Landesregierung aus SPD und PDS. Es gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, dass Sie gespart haben, das ist zutreffend. Nur wenn ich Ihnen den Investitionsrückgang – auch wenn Ihnen das zum Halse raushängt – von 1999 bis heute noch einmal vor Augen führe, dann haben Sie Investitionsausgaben gestrichen. Ich sage, Sie haben nicht gespart, sondern gestrichen, denn bei Investitionen von 456 Millionen Euro sparen, das heißt, die Zukunft des Landes aufs Spiel setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und wenn Sie diese mal drei beziehungsweise mal vier nehmen, dann sind Sie bei Investitionen von 1,5 bis 2 Milliarden Euro, die Sie seit 1999 zusammengestrichen haben. Auf der gleichen Seite sind bei Ihnen aber die Personalausgaben und Verwaltungsausgaben um 153 Millionen Euro gestiegen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Das ist unsolide.)

und davon sind, Frau Keler, ein Drittel Verwaltungsausgaben. Ich kann meinem Kollegen Jäger nur Recht geben, denn das ist mehr als unsolide und das ist mehr als eine verfehlte Haushaltspolitik: Streichen bei Investitionen und rauf bei Personal- und Verwaltungskosten!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt sind wir in einer Situation, Frau Keler, Sie haben die ganze Dramatik noch nicht dargestellt, es ist doch komisch, dass Ihnen bei Ihrer Aussage keiner Beifall gezollt hat, dass das nicht durch zusätzliche Schulden abgefangen werden darf. Sie haben Recht. Wer hier die Büchse der Pandora aufmacht und sofort sagt, erstens, Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und zweitens, als Schlussfolgerung, dann gehen wir mal mit der Neuverschuldung hoch, der will nicht politisch verantwortlich handeln, sondern der sucht den leichtesten Weg. Den leichtesten Weg darf man in diesem Fall jedoch nicht gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben vergessen zu sagen, dass natürlich zu den 210 Millionen Euro gerade im Jahr 2004 noch die Steuerreform und die Gemeindefinanzreform kommen.

(Volker Schlotmann, SPD: Hat sie doch gesagt.)

Ich bin gleich dabei, Herr Schlotmann. Wir haben nachher noch einen Tagesordnungspunkt in der verbundenen Aussprache, und zwar die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

(Ministerin Sigrid Keler: Doch, das habe ich doch gesagt.)

Bei beiden Plänen, der Gemeinde- und Finanzreform und bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz IV, läuft die Refinanzierung über die Abgabe von Umsatzsteuerpunkten der Länder an den Bund

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, richtig.)

beziehungsweise an die Kommunen. In beiden Fällen, beim Hessen-Modell übrigens nicht, das ist ein ganz anderer Ansatz, das will man nachher extra diskutieren. Und deswegen, wenn Rot-Grün seine Pläne verwirklicht, kommen noch dramatisch höhere Einnahmeausfälle gerade im Jahr 2004 auf das Land Mecklenburg-Vorpommern zu. Und bei allem Bemühen, ich hätte übrigens erwartet, Frau Keler, dass Sie heute wenigstens eine Linie zeigen, wie die Landesregierung diese dramatischen Einnahmeausfälle abfangen will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber nichts, kein Ton von Ihrer Seite, wie Sie die Einnahmeausfälle abfangen wollen. Sie werden noch daran kranken, dass viele Maßnahmen gar nicht kassenwirksam werden können im Jahr 2004. Das heißt, die Schere zwischen der Kreditaufnahme und der Investitionsseite oder Einnahme- und Ausgabenseite wird noch dramatischer, sie wird noch weiter auseinander gehen, als Sie das hier überhaupt beschrieben haben.

Ich kann leider in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nur auf wenige Punkte eingehen, was wir vorzuschlagen haben.

Vorweg eine Bemerkung: Sie, die Landesregierung und die beiden Regierungsfraktionen, sind am 22. September von den Wählerinnen und Wählern in diesem Land gewählt worden. Sie tragen hier die politische Verantwortung. Die Landesregierung hat nicht nur die Bringeschuld, sie hat die Pflicht, uns und dem Parlament einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 auf den Tisch zu legen, und zwar eine Ergänzungsliste zum Doppelhaushalt beziehungsweise einen Nachtrag zum Haushalt 2004/2005. Und dann werden wir hier im Parlament in einem geordneten Verfahren über Ihre Vorschläge reden. In dem Augenblick ist die Opposition gefordert, ihre Vorschläge und ihre Gegenargumente einzubringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Sehr gut.)

Und deswegen mein Gesprächsangebot an die beiden Regierungsfraktionen hier im Parlament, aber in einem geordneten parlamentarischen Verfahren.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat die Regierung aber angeboten, Herr Rehberg.)

Es wird uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht der große Wurf auf der Ausgabenseite gelingen, denn dafür haben Sie fünf Jahre vertan. Fünf Jahre sind Sie sorglos mit Strukturen umgegangen und fünf Jahre haben Sie keine Vorsorge getroffen.

Der erste Punkt bei uns ist – ich kann Ihnen, Frau Gramkow, Ihre tollen Zitate vorhalten, wo Sie das in Schutt und Asche geredet haben – Kabinettsreform, Zusammenlegung,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Reduzierung aus finanzpolitischen und strukturpolitischen Gründen. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Der zweite Punkt ist die Straffung, Zusammenlegung, Kooperation, Kommunalisierung und Privatisierung von Landesbehörden und Landesbeteiligungen. Wir werden unsere Vorschläge einbringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, nicht so, wie in den letzten Wochen in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss, dass 99 Prozent unserer Anträge einfach von Ihnen abgelehnt und überhaupt nicht der politischen Diskussion gewürdigt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr! Sie werden ernsthaft diskutiert.)

Wenn Sie ernsthaft an einer Zusammenarbeit interessiert sind, dann diskutieren Sie wenigstens unsere Anträge im Parlament.

(Angelika Gramkow, PDS: Das tun wir.)

Das ist die Grundvoraussetzung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Drittens die Kofinanzierung.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn Sie in die Ausschüsse kommen würden, würden Sie wissen, dass das erfolgt.)

Wir sollten in den Fachausschüssen alle Programme auf den Prüfstand stellen und hier endlich einmal Prioritäten setzen. Frau Keler, die Rasenmähermethode hat das Land nicht dazu gebracht, dass wir strukturell auf der Ausgabenseite Prioritäten bei den Einsparungen setzen konnten. Stellen Sie den Rasenmäher aus und evaluieren Sie Programm für Programm! Ich nenne nur zwei, denn man muss zum Beispiel in dieser Situation hinterfragen, ob es noch zeitgemäß ist, so ein aufwendiges Moorschutzprogramm zu führen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Es ist weiterhin zu hinterfragen, auch wenn Sie, Frau Keler, in einer vergangenen Rede sagten, 19,5 Millionen Euro Landesmittel sind nur ein Tüttelchen beim öffentlichen Beschäftigungssektor,

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

dann hinterfragen wir diese Programme. Bringen Sie das Land voran! Oder sind sie rein konsumtiv? Für die CDU sind sie auf dieser Seite rein konsumtiv und bringen das Land nicht voran und schaffen keine Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das heißt, wir schaffen die Schulsozialarbeiter ab, Herr Rehberg?!)

Viertens. Gehen wir endlich mit der entsprechenden Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an die Restnormen! Es kann doch nicht sein, dass ich im Jahr 2001 356 Millionen Euro und im Jahr 2002 239 Millionen Euro investive Reste habe.

(Gesine Skrzepski, CDU: Tja!)

Frau Keler, Sie als die dafür verantwortliche Ministerin müssten doch dafür sorgen, dass diese Werte dramatisch weiter nach unten gedrückt werden, denn ich muss das doch wirklich gerade im Investitionsbereich zeitgerecht und in der Schiene ausgeben.

Und ein fünfter Punkt. Überprüfen wir den staatlichen Hochbau, und zwar unter zwei Gesichtspunkten:

Erstens. Debattieren wir endlich einmal wieder aufgrund der niedrigen Zinsen und der niedrigen Baupreise über alternative Finanzierung.

Und zweitens. An dieser Stelle prüfen wir jede Planung eines staatlichen Hochbauvorhabens, ob Neubau oder Sanierung, mit Blick auf zukünftige Strukturreformen. Ist das notwendig oder ist das nicht notwendig?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr gut.)

Das sind fünf kleine Schritte. Aber man muss sich auch über eines im Klaren sein, es gibt Bereiche, die muss man ausklammern, weil sie die Zukunft für dieses Land bedeuten. Das sind der Hochschulbereich und auch der Bildungsbereich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, Entschuldigung, Sie sehen – und das ist auch in der Mittelfristigen Finanzplanung immer wieder der Fall – die Polizisten und die Lehrer als Sparpotentiale. Für uns ist in erster Linie jedoch die Kernverwaltung mit den nachgelagerten Behörden das Sparpotential Nummer eins in Mecklenburg-Vorpommern und nicht die Zukunftsbereiche.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU sind zur Zusammenarbeit bereit. Wir werden unsere Vorschläge noch weiter im Zuge der Haushaltsberatungen untersetzen. Frau Gramkow, eine letzte Bemerkung zu Ihnen, denn ich weiß nicht, was Sie heute darstellen wollten. Sie, Frau Gramkow, tragen seit fünf Jahren politische Verantwortung in diesem Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Die Rede, die Sie heute gehalten haben, das war mehr als eine Oppositionsrede.

(Kerstin Fiedler, CDU: Oppositionelle Rede.)

Es war ja einfach, die Verantwortung von Seiten der PDS für fünf Jahre Regierungsmitverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern wegzuschieben. Übrigens bei der Steuerreform hat der Händedruck von Herrn Schröder mit Herrn Holter mit dafür gesorgt, dass die PDS Ja gesagt hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles ist gut, Dank Otto.)

**Minister Dr. Otto Ebnet**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie, Herr Rehberg, haben heute gesagt, dass wir eine ehrliche Bestandsaufnahme brauchen. Ich vermute, Sie wollten auch sagen, dass wir eine ehrliche Debatte brauchen. Und jetzt will ich einmal auf Ihre Ausführungen und auf Ihre Lösungsvorschläge, wie man Haushaltsprobleme lösen könnte, etwas näher eingehen. Das, was Sie dazu vorgetragen haben, zeigt, dass wir mit der Ehrlichkeit noch ein bisschen üben müssen. Ihre Vorschläge bezie-

hen sich immer auf Gebiete, wo es nicht weh tut. Wo es weh tut, da gehen Sie nicht hin, darum machen Sie einen Bogen. Und das, was Sie vorgeschlagen haben, sind ja Teilelemente, mögliche Teilelemente einer Lösung, über die man ja reden kann.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es gibt einen Unterschied. Wir haben wenigstens was vorgeschlagen Sie haben gar nichts vorgeschlagen. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber wenn Sie den Eindruck erwecken wollen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht stehen bleiben!)

das wäre die Lösung, Herr Rehberg, dann sind Sie mit Sicherheit zu kurz gesprungen.

Meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch die schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Lage, da gebe ich Ihnen Recht, denn da gibt es nichts zu beschönigen. Die wirtschaftliche Situation ist ausgesprochen schwierig, und das nicht nur Mecklenburg-Vorpommern und auch nicht nur in Ostdeutschland. Sie ist in Gesamtdeutschland schwierig. Wenn man die Elle, den Maßstab des Stabilitätsgesetzes, anlegt, dann gibt es vier Kriterien: Das eine ist Preisstabilität, das ist kein Problem, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, das ist auch kein Problem, aber Vollbeschäftigung, das ist natürlich ein ganz schwieriges Problem. Angemessenes Wachstum und Angemessenheit zur Herstellung der Vollbeschäftigung sind natürlich auch Probleme und da können wir nicht sagen, hier ist nichts.

Seit der Wende 1990 haben wir doch nie Vollbeschäftigung gehabt. Jeder weiß das, denn das Problem gibt es nicht erst seit heute. Wir haben doch schon seit Jahren, Herr Rehberg, und das war auch unter Ihrer Regierungszeit so, kein angemessenes Wirtschaftswachstum, das zur Vollbeschäftigung führen würde. Es weiß doch auch jeder, dass das Wirtschaftswachstum seit der Wende zu niedrig war, um Vollbeschäftigung herzustellen. Aber diese Feststellung heißt, dass es in so einer Situation sicher zulässig ist, höhere Kredite aufzunehmen, als die Investitionsausgaben betragen. Es heißt aber auch, dass es keinen Automatismus und keinen Zwang gibt. Man darf, aber man muss nicht. Die politische Entscheidung muss noch getroffen werden. Sie muss auch unter dem Aspekt getroffen werden, was eine höhere Kreditaufnahme an zukünftigen Einschränkungen wegen der Zinszahlungen für die öffentlichen Haushalte und für die Politik zur Folge hat.

Meine Damen und Herren, was den Arbeitsmarkt betrifft, da muss man sagen, 18,4 Prozent Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Da muss man etwas tun. Wir müssen runter davon.

> (Vincent Kokert, CDU: Einen Schritt vor, zwei zurück. – Dr. Armin Jäger, CDU: Und was machen wir jetzt?)

Im Moment gibt es wieder so leichte Bewegungen in die positive Richtung.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wofür gibt es denn ein Wirtschaftsministerium?)

Seit sechs Monaten sinkt saisonbereinigt die Arbeitslosigkeit. Wir haben jetzt im Oktober den bundesweit stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit gehabt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Damit die Menschen abwandern.)

und im Vorjahresvergleich den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit, aber wir dürfen uns dabei nichts vormachen. Wir dürfen uns nichts vormachen. Wir werden auch in diesem Winter wieder bei 20 Prozent Arbeitslosigkeit hier im Land landen, das ist entschieden zu viel und das darf auf Dauer nicht so bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Arbeitsplätze und wir brauchen diese Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt und dafür brauchen wir mehr Wirtschaft. Der zweite Arbeitsmarkt ist vorübergehend notwendig, kein Zweifel. Er kann Erleichterung bringen, aber auf Dauer kann er natürlich keine Lösung sein. ABM ist doch keine Perspektive für unsere Jugend, damit sie hier im Land bleibt.

Meine Damen und Herren, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum, das geht nur dadurch, dass unsere Unternehmen mehr investieren und dass neue Investoren von außen dazukommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Rainer Prachtl, CDU)

Und da brauchen wir auch für die Wirtschaftsförderung jeden Euro. Deshalb gehen Maßnahmen wie die Kürzung der GA, die zuletzt im Bundestag diskutiert wurde, absolut in die falsche Richtung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Rainer Prachtl, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Richtig und wichtig ist, dass die Bundesregierung die Aufstockung der Wettbewerbshilfe für unsere Werften vorhat. Das finde ich gut, das bringt Aufträge und das sichert Arbeitsplätze auf den Werften. Mehr Arbeitsplätze entstehen durch mehr Wachstum. Ich denke, unser eingeschlagener Kurs ist ohne sinnvolle Alternative. Dieser Kurs, der die Stärkung unserer Wachstumsbereiche im Land vorsieht, muss beibehalten werden. In Wachstumsbranchen entstehen ja auch Arbeitsplätze.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich mal Ihre Haushaltsabflüsse an, insbesondere die im Technologiebereich!)

In Wachstumsbranchen entstehen Arbeitsplätze und wir können diese Wachstumsbranchen auch mit dem Namen nennen. Es gibt die Belege und die Beweise: Tourismus zum Beispiel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Tourismus ist nach wie vor eine Wachstumsbranche, obwohl wir schon auf hohem Niveau sind.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Nachfrage unserer Gäste ist größer als das Angebot, das wir im Sommer zur Verfügung stellen können. Hier ist es so, dass noch investiert werden muss, weil hier tatsächlich noch ein Bedarf da ist, der dann auch Wachstum schaffen kann.

Nehmen wir als Beispiel die Holzwirtschaft. Da gab es im ersten Halbjahr ein Umsatzplus von 6,7 Prozent. Das ist doch Wachstum. Das ist doch erfreulich. Der Maschinenbau hat im ersten Halbjahr 5,4 Prozent. Das ist auch ein Wachstumsbereich. Das ist doch erfreulich. Da muss man auch etwas tun.

Meine Damen und Herren, auch wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage alles andere als gut aussieht, die Aussichten, denke ich, werden besser, der Optimismus nimmt zu. Oder andersherum ausgedrückt: Der Pessimismus nimmt ab

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, bei Ihnen vielleicht!)

in Deutschland insgesamt, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Umfragen, die immer von den Forschungsinstituten gemacht werden, zeigen: Es geht wieder aufwärts. Der Aufschwung setzt sich allmählich in Bewegung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Mecklenburg-Vorpommern als Schlusslicht!)

Hoffentlich wird er nicht wieder gestoppt wie in der Vergangenheit. Wenn dieser Aufschwung kommt, dann müssen wir auch mit dabei sein, dann wollen wir mit dabei sein.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Es kündigt sich auch hier im Land einiges an. Was Investitionsvorhaben betrifft und was den Wunsch nach Fördergeldern für Investitionen betrifft, so kann ich nur sagen, das brummt gerade.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wo? Wo?)

Die Anträge sind stark gestiegen und es gibt einen regelrechten Ansturm auf Fördergelder. Im Moment sind entscheidungsreif Investitionsförderungen mit einem Fördervolumen von 400 Millionen Euro.

(Zurufe von Bernd Schubert, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

1,4 Milliarden Euro sind insgesamt an Anträgen da. Das heißt, eine Investitionssumme von circa 5 bis 6 Milliarden Euro ist in Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist etwas. Hier ist tatsächlich etwas in Bewegung gekommen, was sich dann in den nächsten Jahren auswirken kann und auch auswirken wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist festzustellen, dass viele hier im Land viel vorhaben. Ich denke, das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren, eine Vielzahl vorliegender Anträge, eine Vielzahl von Investitionsabsichten, auch eine deutliche Steigerung der Gewerbeanmeldungen – das deutet auf einen konjunkturellen Aufschwung hin. Ich glaube, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die wirtschaftliche Situation auf dem Weg der Besserung ist. Jetzt müssen wir uns gemeinsam anstrengen. Wir müssen weiter an unseren Stärken arbeiten, auch am Ausbau unserer Infrastruktur, und wir brauchen mehr Wirtschaftswachstum. Ich denke, dann wird es uns auch gelingen, Mecklenburg-Vorpommern in der Perspektive zu einem modernen attraktiven Land zu machen, das wir alle wollen. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister Ebnet.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

**Volker Schlotmann**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst vielleicht zu den einleitenden Worten des Kollegen Rehberg: Ich dachte, er fängt erst einmal bei sich selbst an, was das Thema Ehrlichkeit anbelangt.

(Rainer Prachtl, CDU: Na, das musste hier wieder kommen.)

Ich wurde dann leider wieder enttäuscht, falsch gedacht. Aber es hätte vielleicht ganz gut gepasst zu der Situation, in der wir uns hier alle gemeinsam befinden.

Meine Damen und Herren, zum Thema "Wirtschaftliche Situation" haben wir auch schon in der Oktobersitzung hier ausführlich diskutiert und gesprochen. Zwischenzeitlich sind aber zwei bedeutsame Ereignisse aus meiner Sicht zu vermerken. Das sind einmal die Frage der Arbeitsmarktzahlen für den Oktober und dann das vorhin schon ausführlich angesprochene Thema der Steuerschätzungen. Meine Damen und Herren, zum Arbeitsmarkt, denke ich mir, sollte man trotzdem ein paar Worte verlieren, auch wenn das in dem Geplänkel, das hier inszeniert werden soll, vielleicht ein bisschen untergeht.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Zahlen sprechen für sich. Wir haben hier eine sehr behutsame – ich betone das –, eine sehr behutsame Entwicklung, die aber ermutigend ist, nämlich die Tatsache, dass sich die Arbeitslosenzahlen von Vormonat zu Vormonat leicht tendenziell verbessern. Das sollten wir einfach für uns konstatieren, und zwar ohne das ideologisch zu interpretieren oder so zu nutzen, um dem politischen Gegner zu schaden. Ich sage aber auch ganz ausdrücklich: 165.300 Arbeitslose in diesem Land sind 165.300 zu viel. Und ich denke, da sollten wir uns einig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir haben aber auch zu konstatieren, dass in den ersten neun Monaten dieses Jahres jeweils sehr deutlich dieser Trend über dem Vorjahresstand gelegen hat. Lediglich jetzt im Oktober haben wir die Situation, dass wir noch knapp über dem Vorjahresstand liegen. Und was ich als ganz besonders positiv erachte, ist die Tatsache, dass wir gerade im Baubereich in einigen Bauberufen weniger Arbeitslose, und zwar spürbar weniger Arbeitslose haben als im Vormonat, und das sollten wir auch politisch, und zwar fraktions- und parteiübergreifend, begrüßen.

Meine Sorge ist auch die – auch das will ich hier so offen aussprechen –, dass der möglicherweise harte Winter, der auf uns zukommt, wieder mit stark steigenden Arbeitslosenzahlen einhergehen wird. Ich kann nur an alle appellieren – auch an die CDU –, das nicht gleich wieder zu nutzen, um mit dem politischen Hammer auf allem herumzuhauen, was hier auf den Weg gebracht worden ist.

Meine Damen und Herren, zum Thema 2 "Steuerschätzung und finanzielle Situation": Die Steuerschätzungen in den zurückliegenden Jahren, das will ich hier so deutlich sagen, waren nach meiner Kenntnis – und ich bin jetzt seit 1994 hier in diesem Parlament – immer falsch oder sie lagen zum Teil auch sehr erheblich unter den tatsächlichen Zahlen. Meine Damen und Herren, eigentlich sind bei den so genannten Wirtschaftsexperten oder Wirtschaftsweisen – ob mit "e" oder "a" geschrieben, es passt eigentlich beides – auch diese Schätzungen nach meiner Kenntnis immer falsch gewesen, immer haben sie dane-

ben gelegen, was die Realität dann für uns als Politiker gebracht hat. Meine Damen und Herren, man sollte vielleicht wirklich ernsthaft einmal die Überlegungen betreiben, ob wir uns dieses Geld als Politik vielleicht nicht sparen können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heinz Müller, SPD: Der Blick in die Glaskugel.)

hier hoch bezahlte Heere von Gutachtern aller möglichen Richtungen zu beschäftigen,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das ist Ihr Bürokratieverständnis, Herr Schlotmann! Super!)

denn die Konsequenz für uns alle aus diesen Fehleinschätzungen,

(Heinz Müller, SPD: Denen stiften wir eine Glaskugel!)

mit denen wir versuchen, Politik zu gestalten, ist die, dass wir jedes Jahr ständig Notoperationen an den Haushalten in allen Bundesländern und auf Bundesebene vollführen müssen. Ich will noch einmal die ernüchternden und niederschmetternden Zahlen hier nennen, obwohl sie schon mehrfach vorgetragen worden sind: 190 Millionen Euro in 2003, und damit 95 Millionen mehr als in der Maisteuerschätzung veranschlagt, 210 Millionen Minus in 2004 und – als wäre das noch nicht schlimm genug – 280 Millionen Mindereinnahmen in 2005. Und Herr Rehberg hat Recht, auch Frau Gramkow. Aber Herr Rehberg hat nicht Recht, wenn er hier vorne behauptet hat, dass Frau Keler das nicht gesagt hat. Frau Keler hat es gesagt.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Das ist noch ohne die Auswirkungen der vorgezogenen Steuerreform, das ist ohne die Auswirkungen des Vermittlungsausschusses und anderer Dinge, die noch anstehen. Das heißt, meine Damen und Herren, der uns vorliegende Haushaltsentwurf der Regierung war und ist schon an der Grenze der Regelkreditobergrenze. Das heißt eigentlich für jeden, der das ernst nimmt, der Spielraum ist eigentlich null. Das heißt aber in der Konsequenz für uns alle, sehr verantwortungsbewusst mit diesem Thema umzugehen, und zwar ohne Polemik, ohne zu versuchen, den politischen Gegner oder Partner an die Wand zu drücken. Ich sage das ausdrücklich.

# (Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich sage Ihnen aber auch, die Landesregierung hat ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir werden in den nächsten Tagen als Fraktion sehr, sehr intensiv - zusammen mit der Regierung, zusammen mit unserem Koalitionspartner alles prüfen, was möglich ist, um diese schwierigste Situation der letzten Jahre für uns zu lösen, auf einen vernünftigen Weg zu bringen. Und dazu sage ich ausdrücklich: Das wird nur dann geschehen können, wenn wir tabulos an dieses Problem herangehen. Tabulos heißt aber nicht, dass man nur ein bestimmtes Tabu für ein kleines Feld meint, sondern für mich, für meine Fraktion heißt tabulos, dass wirklich alles auf den Prüfstand gestellt wird. Und ich bin mal gespannt, wie wir dann die Diskussion auch in den Ausschüssen, die Herr Rehberg als angeblich nicht stattgefunden bezeichnet hat, führen. Also die Rückmeldungen, die ich aus den einzelnen Fachausschüssen habe, sind eigentlich völlig andere. Da ist sehr wohl diskutiert worden. Wenn man allerdings nicht bereit ist aus politischen Erwägungen heraus und aus sachlichen Erwägungen heraus, die Anträge der CDU-Fraktion zu übernehmen, kann man doch nicht so tun als CDU-Fraktion, als würden wir nicht diskutieren. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, es geht also darum – um das neudeutsch zu formulieren –, intelligente Lösungen zu finden für das Riesenproblem, das wir hier gemeinsam zu lösen haben. Ich sage auch deutlich – und da unterstütze ich den Wirtschaftsminister ausdrücklich und die Signale aus den anderen Bundesländern sind ähnlich –, es wird der Aufschwung kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, 2012.)

Es nutzt auch nichts, wenn wir jetzt so tun oder uns auch öffentlich so äußern, als wenn das alles gar nicht stimmen kann, und wir reden alles weiterhin schlecht, und es ist alles so mies, sondern dieser Aufschwung, wenn er denn kommt – und ich bin davon überzeugt, dass er kommt –, darf auf keinen Fall an diesem Land vorbeigehen. Das darf nicht passieren und dazu sind Lösungen notwendig, die fraktions- und parteiübergreifend gefunden werden müssen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und da will ich mal etwas zur CDU sagen. Herr Rehberg, unsere angebliche Blockade – ich habe ja gerade schon etwas zu den Ausschüssen gesagt –, und darauf haben Sie ja die 99 Prozent bezogen, und Ihre Allzweckwaffe schon seit Jahren, Sie meinen, wenn wir zwei Ministerien zusammenlegen oder wie viel dann auch immer, damit lösen wir die Probleme dieses Landes.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie werden auch durch Wiederholungen nicht besser oder haben dann den Anspruch einer intelligenten Lösung.

Herr Rehberg, Sie sagen dann noch, Subventionsabbau ist eine prima Sache.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das wär' aber mal ein Anfang.)

Ja, das sehe ich auch so. Nur wenn Sie gleichzeitig in den Mund nehmen, dass es aber bestimmte Tabuzonen gibt, ich erinnere Sie daran, dass Sie gesagt haben, Subventionen ja, gar keine Frage, aber Eigenheimzulage Punkt, Punkt, Punkt, das alles darf nicht diskutiert werden, weil das wird dann mit einem Tabu belegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir auch gar nicht gesagt.)

Ich glaube, diesen Luxus können wir uns hier gemeinsam nicht mehr leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Sie scheinen sich nicht mal die Tagesordnung der Landtagssitzung angeguckt zu haben, Herr Schlotmann!)

Und wenn Sie dann sagen zum Beispiel, was ich ja begrüßt habe, das fand ich richtig erfreulich, die Äußerung von Herrn Stoiber zum Thema "Abbau von ABM", wo Sie sich da vehement dagegen ausgesprochen haben. Gleichzeitig tönen Sie aber hier im Land ständig darüber, dass wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik im öffentlichen

Bereich die Gelder wegnehmen sollen. Das ist ja nur die Konsequenz aus dem, was Sie äußern. Auch das ist ein Luxus, den Sie sich nicht leisten sollten.

(Gesine Skrzepski, CDU: Bayern hat nur drei Prozent Arbeitslosigkeit!)

Ich möchte auch einige Worte zur PDS sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS, wenn ich sage, dass wir uns keine Tabus leisten dürfen, dann meine ich das so, wie ich es gesagt habe, und zwar tabulos in allen Bereichen. Es kann also keinen Sinn machen, darüber groß nachzudenken, Landesprogramme weiterzuentwickeln. Ich habe mir das noch einmal aus der Einbringungsrede zum Haushalt von Frau Gramkow angesehen. Da sind ja einige Vorschläge, Landesprogramme weiterzuentwickeln.

(Angelika Gramkow, PDS: Wo?)

Zum Beispiel zum Zweite-Schwelle-Programm ist hier von der PDS vorgeschlagen worden, das weiterzuentwickeln, Demokratie und Toleranz. Das ist nachzulesen, Kollegin Gramkow.

Mein Appell ist einfach der, dass solche Diskussionen über weitere Programme oder die Weiterentwicklung von Programmen, die uns Geld kosten, in der Situation, in der wir uns hier befinden, nicht zielführend sind.

(Angelika Gramkow, PDS: So verantwortungsbewusst war ich wohl nicht. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, gut, dann muss man das auch so offen sagen und dann muss man das auch hier so thematisieren. Das Allheilmittel der Neuverschuldung kann für uns auch nicht gelten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also auch damit allein werden wir nicht die Probleme lösen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich möchte etwas sagen zum Thema Verwaltungsreform. Das ist ja hier kurz angesprochen worden. Mein Kollege Müller wird da sicherlich noch einmal nachlegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wenn das wirklich so ist, dass wir alle hier fraktionsübergreifend der Auffassung sind, dass sie zwingend notwendig ist, um unser Land weiterhin modern zu gestalten, um die Wirtschaft und auch die Bürger von bürokratischem Ballast zu befreien, um Gelder freizusetzen, um neue Impulse zu setzen, dann, sage ich Ihnen, müssen wir da wirklich ganz ernsthaft herangehen.

Und abschließend ein Punkt, der mich dann wirklich schon ein bisschen ärgert, meine Damen und Herren: Deregulierung. Es wurde hier gesagt – ich nehme das jetzt einmal als Beispiel für ernsthafte Politik für alle hier –, Deregulierung wird von allen begrüßt. Die Erfahrungen habe ich hier übrigens schon öfter gemacht. Solange das Ding anonym ist, sind alle dafür, alle durch die Bank. Aber dann sage ich Ihnen eins – und es wird nicht nur hier aus dem Parlament von allen begrüßt, sondern auch von allen Lobbyisten, Verbänden und was es da so gibt: Wenn es konkret wird, und wir sind jetzt dabei, dass es konkret werden muss, dann werden wir in allen Fraktionen, in allen Parteien, in allen Verbänden, bei allen Lobbyisten ganz schnell merken, dass hier das Sankt-Florians-Prinzip wieder gelten sollte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar!)

Und ich erinnere mich da sehr gut an eine Diskussion hier im Parlament zu Amtsgerichten. Da waren die Kolleginnen und Kollegen der CDU, die so vehement für eine Strukturveränderung in dem Bereich waren, diejenigen, die das ganze Ding dann nachher blockiert haben,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

so dass nicht das herausgekommen ist, was wir uns als Land strukturpolitisch haben leisten können, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich bin also gespannt, wie das aussehen wird, wenn es ganz konkret wird –

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Er provoziert jetzt eine Kleine Anfrage! Er provoziert jetzt eine Kleine Anfrage! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

einmal zu Lösungsmöglichkeiten zum Haushalt, zweitens zur Deregulierung. Und dann möchte ich erleben, was Lobbyisten, Fraktionäre und Ideologen erklären, warum es bei ihnen nicht ginge. Und ich sage Ihnen zum Schluss noch einmal: Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr von Storch.

**Dr. Henning von Storch**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch ich beginne mit einem Zitat. Es lautet: "Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen will. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnungen zu leben."

(Ministerin Sigrid Keler: Cicero.)

Meine Damen und Herren, das sagte Marcus Tullius Cicero 55 vor Christus im alten Rom, vor über 2.000 Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Und wo hat der das hergeklaut?)

Und ich meine, dass dieser Spruch, der im Übrigen in meinem Abgeordnetenzimmer hängt, auch heute noch im Großen und Ganzen aktuelle Bedeutung hat, wobei ich den letzten Satz im Hinblick auf unverschuldete Arbeitslosigkeit zu relativieren gern bereit bin.

(Heiterkeit und Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser Diskussion heute zum ersten Mal eine schonungslose Analyse dessen erlebt, was wir heute an wirtschaftlicher und finanzpolitischer Situation haben. Und ich habe auch andere Töne vernommen, als wir sie bisher hatten. Ich habe mich vor allem gefreut, dass die gegenseitigen

Schuldzuweisungen im Bundesrat früher und heute unterblieben sind und dass ganz offensichtlich die Chance besteht, einen neuen Anfang in der öffentlichen Diskussion zu machen.

Meine Damen und Herren, ich verkenne nicht die Bemühungen der Landesregierung, mit der schwierigen Situation fertig zu werden. Das muss man anerkennen. Und ich verkenne auch nicht und bin der Ministerin Frau Keler dankbar, dass sie ganz klar gesagt hat, dass schmerzliche Einschnitte bevorstehen. Wir werden, wenn wir nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen hier leben wollen, diese auch vornehmen müssen.

Es hat neulich der bayerische Finanzminister gesagt, wir müssen uns immer wieder klar werden, dass wir 30 Jahre lang zu sehr über unsere Verhältnisse gelebt haben. Das ist eine sehr nüchterne Bestandsaufnahme.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber Jammern auf ziemlich hohem Niveau.)

Und, meine Damen und Herren, ich füge aus meiner Sicht hinzu, wir dürfen auch nicht verkennen, dass die Kosten der Wiedervereinigung um ein Erhebliches höher ausgefallen sind und weiter ausfallen, als sie jemals voraussehbar waren.

Meine Damen und Herren, an jedem Tag erreichen uns neue Hiobsbotschaften. Immer mehr werden die Menschen verunsichert, werden wuschig und werden auch in ihrer persönlichen Lebensführung verunsichert. Wir wissen, dass wir nicht alleine dastehen, sondern im Wesentlichen eingebettet sind in die bundesstaatliche Gesamtsituation. Aber, meine Damen und Herren, wir haben sehr wohl zu fragen: Machen wir eigentlich unsere Schularbeiten hier in Mecklenburg so, dass sich ein Erfolg abzeichnen kann? Und da ist es einfach unsere Aufgabe und auch Aufgabe der Opposition zu fragen: Tun wir das? Wie ist es mit dem Personalüberhang, den wir in der Verwaltung haben? Muss es sein, dass wir für 2004 die zweithöchste Neuverschuldung pro Einwohner nach Bremen haben werden? Und, meine Damen und Herren, wollen wir wirklich keine heiligen Kühe schlachten? Ich bin beim Bereich der Hochschulen. Wenn wir Hochschulautonomie wollen, müssen wir auch die Frage prüfen, ob Studiengebühren gerechtfertigt sind. Wie wollen wir eigentlich die Hochschulen für die Zukunft finanzieren, wenn es keine Studiengebühren gibt? Meine Damen und Herren, das muss endlich ernst genommen werden.

Und ich sage Ihnen ein Weiteres: Wir werden uns sehr sorgfältig mit den Vorschlägen der Regierung im Finanzausschuss befassen, aber, Frau Ministerin, alles, was wir vorgeschlagen haben, oder weitestgehend alles, ist abgelehnt worden. Und es ist nicht so, dass wir zugleich in jedem Fall neue Ausgaben gefordert haben. Wir haben ganz einfach andere Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Ich bin sehr wohl der Meinung, dass wir – und das ist eben auch angesprochen worden – uns ganz ernsthaft um Deregulierung bemühen sollen. Aber, meine Damen und Herren, dann müssen wir auch anfangen, darüber nachzudenken, was heute eigentlich noch Aufgabe unseres Staates ist. Wie haben wir eigentlich nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Vorzeichen der sozialen Marktwirtschaft und des Prinzips der Subsidiarität des Staates angefangen? Und dann müssen wir heute feststellen,

dass wir uns davon sehr weit entfernt haben. Und wer einmal einen Blick in den Umfang des Bundesgesetzblattes wirft, um wie viel mehr das heute geworden ist, dann müssen wir fragen, ob wir da nicht allmählich umkehren müssen. Wir müssen anfangen, den Staat auf das zurückzuführen, was unvermeidbar notwendig ist. Und wenn wir in der CDU den Grundsatz des mündigen Bürgers vertreten, dann hat er absolut Vorrang vor den staatlichen Aufgaben für den versorgten und verwalteten Bürger.

#### (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie, Frau Gramkow, sagen, wir brauchen vielleicht noch mehr Steuern – ich hoffe, ich habe Sie falsch verstanden –, dann sage ich Ihnen als jemand, der aus der Landwirtschaft kommt, nur eines: Kühe, die man melken will, kann man nicht gleichzeitig schlachten.

### (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ob die Diätenerhöhung um 0,5 Prozent auf 19 Euro ein wirksames Mittel ist, das überlasse ich Ihrer Beurteilung. Ich halte das schlicht für populistisch.

(Gabriele Schulz, PDS: Und trotzdem ist es ein Signal. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Meine Damen und Herren, ich begrüße, dass die Frau Ministerin eine eigene Steuerschätzung für das Land vornehmen will. Ich begrüße, dass der Herr Ministerpräsident gesagt hat, die Zusatzrenten aus der DDR sind eine gesamtstaatliche Aufgabe und nicht nur allein Sache der neuen Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Wer hat die so hoch getrieben?)

Das halte ich für eine vernünftige Sache.

Ich will aber auch noch eins sagen: Wenn immer wieder davon die Rede ist, die Bürgschaften für die Wirtschaft, die ausgelegt würden, würden das Ganze befördern, meine Damen und Herren, die Praxis sieht völlig anders aus. Die Bürokratie, die den Existenzgründern heute entgegengebracht wird, das Verweigern der Banken, die hohen Hürden bei der Gewährung von Bürgschaften sind kontraproduktiv. Da müssen wir anfangen abzubauen.

#### (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin mit Herrn Schlotmann der Meinung, dass sich bei der Abwanderung sowie bei der Arbeitslosigkeit im Augenblick eine Tendenzwende erkennen lässt. Wir wollen hoffen, dass es eine echte Trendwende ist. Meine Damen und Herren, und wenn von tabuloser Prüfung aller Bereiche die Rede ist, dann lassen wir uns überraschen, was die Regierung uns für Vorschläge zu machen hat. Die Regierung ist am Zuge. Wir werden uns einer konstruktiven Mitarbeit nicht versagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr von Storch.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wirtschaftspolitischer Sprecher einer Fraktion hat man ja häufig Gelegenheit, mit Fachleuten ins Gespräch zu kommen, die in der Wirtschaft tätig sind. Und

da gibt es ganz unterschiedliche Erfahrungen und auch ganz unterschiedliche Vorstellungen, was man von Politik erwartet. Da gibt es die, die sagen, da brauche ich mehr, da brauche ich mehr, und da gibt es auch ganz andere Erfahrungen.

Ich war kürzlich beim Bundesverband mittelständischer Wirtschaft eingeladen zu einer Diskussion und da gab es sehr ehrliche Worte, ehrliche Worte an sich selbst. Die Unternehmer haben gesagt: Leute, wir haben ein Image, das ist fast so schlecht wie das der Politik. Das wollen wir doch nicht haben. Wir müssen doch erst einmal überlegen, was können wir jetzt machen, um unser Image aufzupolieren, um den Menschen zu zeigen, wir können was, wir sind die Unternehmer hier im Land, wir können was. Und was müssen wir dann begleitend dazu haben?

#### (Dr. Armin Jäger, CDU: Lehrstellenabgabe.)

Und ich denke, wenn wir über Wirtschaftspolitik für unser Land sprechen, dann ist es von entscheidender Bedeutung, die Menschen mit ins Boot zu holen, die Wirtschaft bei uns gestalten, die Menschen, die die Rahmenbedingungen nutzen müssen, die wir als Politiker gestalten, und dass wir mit ihnen das absprechen, dass sie aber auch erkennen, wir sind die, die tun. Und diese Leute tun sehr viel. Und wir haben kein Recht, das, was sie tun, schlechtzureden.

# (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD)

Ich denke, unsere Aufgabe ist es, für die Zukunft sehr klar zu sagen, was wollen wir als Landespolitik, welche Bereiche in der Wirtschaft brauchen besondere Unterstützung, weil sie ein Avantgarde sind – ja, das ist ein tolles Wort –, weil sie einfach für unser Land Wirtschaftsschwerpunkte darstellen.

Der Wirtschaftsminister hat es gesagt: Der Tourismus, die Gesundheitswirtschaft, das sind Bereiche, die beginnen zu blühen,

# (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

die werden über die Landesgrenzen hinaus wahrgenommen und die haben Chancen, zusätzliche Arbeitsplätze zu entwickeln. Dabei müssen wir helfen.

### (Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Da gibt es die Land- und Ernährungswirtschaft in unserem Land absolut auf einem Topniveau mit einer guten Stimmung, die wir nicht kaputtmachen lassen dürfen, und wo wir neue Chancen in neuen Produktentwicklungen sehen müssen, die wir auch in Gang bringen. Das ist ein zweiter Bereich für unser Land, für das wir prädestiniert sind und wo wir die Unternehmer, die tätig sind, unterstützen wollen dabei – unterstützen, es nicht selbst tun, aber unterstützen.

# (Beifall Reinhard Dankert, SPD)

Und da ist der Bereich der maritimen Wirtschaft. Wir sind ein Land an der Ostsee und der baltische Raum wird sich entwickeln. Und alles, was da hineingehört, das braucht Unterstützung. Ich will jetzt nicht auf einzelne Förderkriterien eingehen, aber das ist ein Bereich, da muss etwas rein. Und das, was sich neu etabliert, die Biotechnologie – und das ist auch ein Verbund mit Land- und Nahrungsgüterwirtschaft,

(Beifall Dr. Till Backhaus, SPD, und Reinhard Dankert, SPD – Dr. Till Backhaus, SPD: Genau!)

das ist ein Bereich mit Gesundheitswirtschaft –, das müssen wir unterstützen. Da müssen wir Rahmenpunkte setzen. Und damit sich das entwickelt, muss die Infrastruktur weiter auf dem Weg ausgebaut werden, wie wir ihn eingeschlagen haben, und da darf es auch unter diesen Bedingungen keine wesentlichen Einschnitte geben. Wenn Wirtschaft sich entwickeln soll, wenn Einnahmen aus der Wirtschaft durch Steuereinnahmen verbessert werden sollen, müssen wir ganz klar sagen, wie wir uns das vorstellen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das müssen wir unserer Wirtschaft sagen, das müssen wir den Menschen sagen, die in der Wirtschaft tätig sind, und dazu müssen wir uns ganz klar am Tisch zusammenfinden und das für uns festschreiben. Und wir müssen natürlich auch die Rahmenbedingungen auf den Prüfstand setzen, die Existenzgründungen ermöglichen. Wie viele verschiedene Wege gibt es? Wir haben es im Ausschuss ja schon angesprochen, vielleicht gibt es dort Möglichkeiten, Geld manchmal etwas effizienter einzusetzen. Das ist eine Aufgabe und die müssen wir aufgreifen.

Und wir müssen als Viertes ganz klar über das sprechen, was wir aufs Papier bekommen haben und was wir mit unserer Wirtschaft besprochen haben. Da muss herauskommen, das sind unsere Ziele, "M-V tut gut.", und diese Botschaft muss nach außen gehen. Denn nur da, wo andere wissen, wo sie hinwollen, da werden sie auch hinkommen,

(Beifall Detlef Müller, SPD)

weil sie dann Zuversicht haben, da passiert etwas und da bin auch ich richtig.

Ich denke, aus dieser Sicht müssen wir über diese Veränderungen und diese Einschnitte im Haushalt diskutieren. Es sind Einschnitte, aber wir haben noch einen großen Berg, mit dem wir das gestalten können. So müssen wir rangehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Müller.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Alles Müller oder was?!)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer wenig Geld hat, das ist eine Binsenweisheit, der muss mit seinem Geld sehr sorgfältig umgehen. Und wer nicht viel zu vergeben hat, der muss ganz besonders streng darauf achten. Eigentlich sollte es ja jeder tun, zumindest jeder, der mit Steuergeldern umgeht, dass mit jedem eingesetzten Euro und mit jedem eingesetzten Cent möglichst viel bewirkt wird, damit mit dem schönen Fremdwort eine möglichst hohe Effektivität und eine möglichst hohe Effektivität und eine möglichst hohe Effizienz erreicht wird.

Ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern mit erheblichen Haushaltsproblemen, wir haben die Zahlen gehört, muss einer solchen Linie selbstverständlich folgen. Ich glaube, niemand, der vernünftig ist, wird dieses in Frage stellen. Wir müssen es aber auch, bei dem, was wir tun, schaffen, über den Tag hinaus zu denken. Es wird uns am Ende wenig helfen, wenn wir nur kurzfristige Lösungen zustande bringen, die uns dann am nächsten Tag mehr Probleme bescheren, als sie am Vortag gelöst haben. Von daher mahne ich ganz nachdrücklich zum langfristigen Denken. Zum langfristigen Denken gehört natürlich auch, dass wir Zielvorstellungen entwickeln, wohin soll sich dieses Land entwickeln, was wollen wir sein, was wollen wir werden, und dass wir Ausgaben auf solche Zielvorstellungen hin ausrichten. Zu einem solchen langfristigen Denken gehört aber insbesondere auch, dass wir bereit sind, bestehende Strukturen - und meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen - auf ihre Effizienz zu überprüfen und sie in Frage zu stellen.

Und damit, meine Damen und Herren, haben wir, mein Fraktionsvorsitzender hat es angekündigt, einen direkten Zusammenhang zwischen dem Thema Verwaltungsmodernisierung und dem Thema wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Situation unseres Landes. Ich glaube, es ist einsehbar, dass der Teilaspekt von Verwaltungsmodernisierung mit Deregulierung überschrieben ist und ganz unmittelbar mit der Finanzsituation zu tun hat. Wenn wir bereit sind, den Dschungel von Vorschriften und den Dschungel von Normen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, okay.)

der unser Verwaltungshandeln heute bestimmt, wenn wir diesen Dschungel auslichten – ganz nebenbei, ich spreche nicht von Brandrodungen,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

sondern ich spreche von Auslichten –, dann wird dieses ganz unmittelbar Verwaltungstätigkeit einsparen, dann wird dieses ganz unmittelbar Verwaltung auch kostengünstiger, schneller und effektiver machen. Und deswegen ist das ein Weg, der für unser Land unverzichtbar ist.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang dem Justizminister und der Deregulierungskommission, die er eingesetzt hat, hier ganz ausdrücklich für die Arbeit danken, die sie bisher geleistet haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dass sich die Politik die Deregulierung auf die Fahne schreibt, ist ja nichts Neues. Ich wollte nicht so weit zurückgehen, und zwar wie Sie, Herr von Storch, bis zu den alten Römern. Aber ich könnte sehr leicht ein Zitat des Bundespräsidenten a. D. Karl Karstens bringen, das ist schon sehr lange her, als der gesagt hat: Na, jetzt müssen wir aber mal ganz energisch an die Deregulierung ran. Das ist ja alles kein neues Thema, aber dadurch, dass dieses Thema in der Vergangenheit schon einmal bewegt worden ist, wird es ja nicht falsch.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, dass der Weg, der von Erwin Sellering und von der Kommission unter Leitung von Rolf Christiansen hier eingeschlagen worden ist, der richtige ist und dass dieser erfolgversprechend ist. Deswegen kann ich beiden nur mit allem Nachdruck sagen: Macht bitte weiter so, das ist endlich eine Chance, ein Stückchen aus der Misere herauszukommen!

Ich freue mich auch, dass wir in diesem Zusammenhang Parteigrenzen offenbar nicht mehr als hinderlich im politischen Handeln haben, sondern Sie, Herr Dr. Jäger, haben ja im Sonderausschuss ganz ausdrücklich diese Herangehensweise der Deregulierungskommission begrüßt und ihr kritische Unterstützung zugesagt. Ich glaube, das ist der richtige Weg, wie wir an dieses Problem herangehen müssen, denn wir werden es so erheblich leichter haben, die politischen Widerstände, mit denen wir bei Deregulierung immer rechnen müssen, zu überwinden. Es ist gut, dass wir es schaffen, hier gemeinsam zu arheiten

Ein zweiter Punkt gehört zum Thema Verwaltungsreform - in der Theorie sind wir uns alle einig, dass wir das machen müssen, das ist der Punkt - und der heißt Funktionalreform. Das ist der Punkt, der sagt: Wir müssen Aufgaben von den staatlichen Ebenen gegebenenfalls auf die Kommunalebene übertragen, wenn dies zu einer höheren Effektivität und zu einer höheren Effizienz führt. Ja, meine Damen und Herren, das müssen wir tun und darüber müssen wir gemeinsam reden. Ich glaube, wir haben es in der Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode sehr gut verstanden, dass wir uns eben nicht parteipolitisch borniert verhalten haben, sondern dass wir sehr wohl Vorschläge aus allen Fraktionen und aus allen Parteien, übrigens auch aus den kommunalpolitischen Organisationen, die dahinter stehen, sehr sachorientiert diskutiert haben. Wir haben nicht alles angenommen, wir haben auch manches weggeschmissen, aber wir haben auch von allen etwas angenommen. Ich glaube, das werden wir hier auch tun. Wir werden jeden konstruktiven Vorschlag auch konstruktiv diskutieren und wir werden ihn nach dem Kriterium so abstimmen, ob es etwas bringt oder ob es nichts bringt, und nicht danach, wer ihn eingebracht hat. Also, Herr Rehberg, Ihre Sachdarstellung, die Sie hier in Bezug auf den Umgang mit Anträgen der Opposition gegeben haben, kann ich zumindest für meine politische Arbeit überhaupt nicht teilen.

Aber, meine Damen und Herren, und damit komme ich zu einem offenkundig kritischen Punkt, es geht nicht nur um Deregulierung und Funktionalreform und um E-Government, sondern es geht auch darum, auf der kommunalen Ebene über Strukturen nachzudenken. Auch da müssen wir bereit sein, tabulos über solche Fragen nachzudenken. Wir müssen langfristiges Denken an den Tag legen, sonst werden wir scheitern. Und wenn ich mir anschaue, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie hier von Ihnen gleich im Vorfeld bei der Frage einer Veränderung von Kreisstrukturen und der Strukturen von kreisfreien Städten Mauern aufgebaut werden, die meines Erachtens nicht sachkundig hergeleitet sind, dann, glaube ich, werden wir die Diskussion hier unnötig belasten. Ich würde hier ganz nachdrücklich bitten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass Sie so etwas nicht tun, sondern dass wir auch über diese Strukturen von Kreisen und von kreisfreien Städten sehr unbefangen und sehr ergebnisorientiert diskutieren. Das gehört mit zur Lösung des Gesamtproblems unserer Wirtschafts- und Finanzsituation.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Klären Sie das erst mal in der Koalition, dann reden wir weiter!)

Wir müssen hier vorwärts kommen, und das möglichst rasch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und ein Letztes, auch dieses bitte an die Adresse der CDU. Meine Damen und Herren, wir haben uns in der Enquetekommission sehr deutlich über die Struktur der kommunalen Verwaltungen, über die Struktur insbesondere von Ämtern, aber auch von amtsfreien Städten verständigt. Meine Damen und Herren, wir sollten uns selbst als Politik auch ernst nehmen. Wir haben im Landtag und in diesem Raum, rechtlich war es der vorherige Landtag, diesen Empfehlungen der Enquetekommission unsere Zustimmung gegeben. Wir haben gesagt, wir haben sie zur Kenntnis genommen und stimmen zu. Meine Damen und Herren, wir stehen relativ kurz davor, diese Empfehlungen auch wirklich umzusetzen. Ich möchte, dass diese Empfehlungen umgesetzt werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn hier von Seiten der Opposition argumentiert wird, da gebe es aber keine Automatismen und da müsse man erst einmal überlegen und diskutieren ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee nee! Unser Entwurf liegt ja seit Monaten vor, Herr Müller, der wird behindert vom Innenausschussvorsitzenden. Das ist der Punkt.)

Lieber Dr. Jäger, Ihr Entwurf liegt ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Lieber Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

lieber Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch.)

Ihr Entwurf liegt seit Monaten vor, das ist richtig,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Keine Legenden bitte.)

aber ich glaube, der Vorsitzende des Innenausschusses hat ihn vollkommen korrekt auf die Tagesordnung gesetzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und dann ist er abgesetzt worden.)

Und dass die Diskussion einer Novelle der Kommunalverfassung in Sorgfalt gemacht wird,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

das halte ich für sehr sinnvoll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Seit Monaten wird der verschleppt.)

Ich bin dem Vorsitzenden des Innenausschusses für seine Vorgehensweise ausgesprochen dankbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das glaube ich.)

Was ich meine, sind öffentliche Äußerungen Ihrerseits,

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU)

die sagen, aber der Innenminister darf doch nach 2004 nicht einfach machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das darf er nicht.)

Doch, meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen irgendwann auch einmal an den Punkt kommen, wo die Zeit des Redens vorbei ist, vor allen Dingen dann, wenn wir hier klare Beschlüsse gefasst haben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das steht aber nicht drin, das hat die Enquetekommission aber nicht beschlossen. Nee, nee!)

und der Zeitpunkt des Handelns gekommen ist, und das bezieht sich auch auf kommunale Strukturen. Da darf nicht endlos geredet werden, da muss auch mal gehandelt werden.

> (Beifall Ute Schildt, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Wenn das Land mit gutem Beispiel vorangehen würde, dann wäre ein erster Schritt schon getan. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Riemann, Ihre Diskussionskultur, falls man das so nennen möchte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: In Anführungsstrichen!)

besteht ja immer darin, zu sagen, das, was du sagst: Fangt woanders an!

(Wolfgang Riemann, CDU: Fangt selber an! Fangt selber an!)

Und wenn ich woanders hingehe, dann heißt es ja: Aber fangt woanders an!

(Egbert Liskow, CDU: Ihr seid die Regierung.)

Nein, meine Damen und Herren, hier stellt sich ganz bewusst ein kommunalpolitischer Sprecher hin und sagt, wir fangen bei den kommunalen Strukturen an.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und im Land lassen wir alles so, wie es ist. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir müssen auch die kommunalen Strukturen in den Blick bekommen und dürfen nicht immer nur mit dem Finger auf andere zeigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na eben, das ist es.)

Wenn wir schon Bundespräsidenten zitieren, dann zitieren wir auch Gustaf Heinemann, der sinngemäß einmal gesagt hat: Wenn du mit dem Finger auf jemanden zeigst, dann denke daran, drei Finger deiner Hand zeigen auf dich selber.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso drei? Hat er denn einen Finger verloren? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese Diskussion hat auch sehr stark etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun. Ich glaube, Glaubwürdigkeit gewinnen wir nicht, wenn wir immer nur auf den anderen zeigen, sondern lassen Sie uns auch ganz konstruktiv an diese kommunalen Strukturen herangehen. Nur so gewinnen wir Glaubwürdigkeit und nur so gewinnen wir Handlungsmöglichkeiten für uns als Land und für die Kommunen selbst. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Müller.

Die beschlossene Redezeit ist beendet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der

Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften im Land Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/721, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 4/887.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften im Land Mecklenburg-Vorpommern (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses

- Drucksache 4/887 -

- Drucksache 4/721 -

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Friese

(Siegfried Friese, SPD: Nein!)

von der ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Friese!)

Nicht? Gut. Es wird also keine Berichterstattung gewünscht.

Es ist auch im Ältestenrat vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften im Land Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 4/721. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/887 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 5 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Artikel 1 bis 5 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/887 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/887 mit einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Nichtanpassung des Amtsgehalts der Mitglieder der Landesregierung, des Gehalts der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie des Grundgehalts der den Staatssekretären des Bundes vergleichbaren Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/785, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 4/884.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Nichtanpassung des Amtsgehalts der Mitglieder der Landesregierung, des Gehalts der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie des Grundgehalts der den Staatssekretären des Bundes vergleichbaren Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Amtsgehalt- und Besoldungsnichtanpassungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – NAnpG M-V)

- Drucksache 4/785 -

# Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 4/884 -

Ich frage das Plenum, ob das Wort zur Berichterstattung gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Im Ältestenrat wurde keine Aussprache vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Nichtanpassung des Amtsgehalts der Mitglieder der Landesregierung, des Gehalts der Parlamentarischen Staatssekretäre sowie des Grundgehalts der den Staatssekretären des Bundes vergleichbaren Ämter des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/785. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/785 entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/884 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Paragraphen 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit einer Gegenstimme angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/884 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/884 mit einer Gegenstimme aus der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes, auf Drucksache 4/849.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes (Erste Lesung)

- Drucksache 4/849 -

Das Wort zur Einbringung hat der Justizminister Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um ein Gesetz zur Änderung der Juristenausbildung. Dabei handelt es sich um die Umsetzung der Reform des Bundes, die am 1. Juli 2003 in Kraft getreten ist. Dieser Reform im Bund ist eine sehr lange Debatte vorausgegangen, in der auch darüber nachgedacht worden ist, ob die zweiphasige Juristenausbildung nach wie vor die richtige sein soll. Am Ende dieser sehr langen Reformdiskussion steht, dass die Änderungen, die wir vornehmen, nicht so umwälzend sind, wie der eine oder andere es vielleicht gefordert hat. Aber am Ende bin ich sicher, dass wir weiter gute Juristen bekommen werden.

Es bleibt bei der zweiphasigen Ausbildung. Vor allem haben wir aber das Ziel verfolgt, dass es eine bessere Ausrichtung auf die Anforderungen der Praxis geben soll, damit die Juristen, die fertig sind, auch in der Tat sofort in den einzelnen Gebieten eingesetzt werden können. Dazu gehört eine stärkere Spezialisierung während der Ausbildung, denn das Arbeitsfeld von Staatsanwälten und Richtern, von Verwaltungsjuristen und von Rechtsanwälten geht doch sehr weit auseinander. Und deshalb sind in der Ausbildung jetzt die Möglichkeiten eingezogen, eine geeignete frühere Spezialisierung vorzunehmen.

Ein wichtiges Ziel war auch, die soziale Kompetenz zu steigern. Das gilt vor allem in dem Bereich der Richter. Wenn jemand nach dem Studium und der Referendarzeit direkt den Richterdienst antritt, dann ist von Bedeutung, dass in der Ausbildung schon weitergehende soziale Kompetenz erworben worden ist.

Eine wichtige Grunderkenntnis bei der Lösung unserer Probleme war auch, zu sagen, wie hoch denn der Anteil der fertigen Juristen ist, die in den Staatsdienst gehen, und wie hoch der Anteil derer ist, die als Rechtsanwälte tätig werden. Da ist der Anteil der Rechtsanwälte in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen und dem müssen wir selbstverständlich auch durch die Ausbildung Rechnung tragen. Wir müssen mehr Schwergewicht darauf legen, dass jemand, der beide Examina abgeschlossen hat, auch wirklich gerüstet ist, als Anwalt gute Arbeit zu leisten. Deshalb haben wir im Vorbereitungsdienst den Teil der Wahlstation, der Station bei den Rechtsanwälten, verlängert von sechs auf neun Monate.

Die wichtigsten Änderungen spielen sich aber im ersten Abschnitt der Ausbildung ab, nämlich beim Studium. Wir haben gesagt, wir wollen schon im Studium mehr Wert darauf legen, dass für die späteren Tätigkeiten die Schlüsselqualifikationen erworben werden. Wir haben deshalb die Möglichkeiten verstärkt, dass wir den Studenten mehr an Verhandlungsmanagement beibringen und mehr Gewicht darauf legen, dass Juristen auch fähig sind, Streitschlichtung einvernehmlich vorzunehmen, zum Beispiel beim Thema Mediation.

Und ganz sicher ist von großer Wichtigkeit in den Zeiten der Internationalisierung, dass Juristen auch sofort im Ausland arbeiten können. Und deshalb ist einer der Schwerpunkte, dass wir ermöglichen wollen, im Studium bei der Rechtswissenschaft gleichzeitig Fremdsprachenkenntnisse und sicherlich auch Kenntnisse von einzelnen Ländern zu erwerben, um auf diese Weise arbeiten zu können.

Die Spezialisierung, die ich eben angesprochen habe, muss auch schon im Studium möglich sein, deshalb haben wir im Studium sehr verstärkt die Möglichkeit, Wahlfächer zu nehmen, Schwerpunkt Bereichsausbildung. Und das alles geschieht – das ist eine wirkliche und weitgehende Neuerung – in der Autonomie der Universitäten. Wenn man sich das vor Augen führt, dann bedeutet das, dass einzelne Universitäten besondere Spezialisierungen anbieten. In unserem Bereich sind es selbstverständlich Spezialisierungen, die es hinterher möglich machen, als Juristen im baltischen Raum tätig zu sein. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe.

Das bedeutet für unsere Universitäten, dass sie die Möglichkeit wahrnehmen müssen und können, sich so zu profilieren, damit sie im Wettbewerb der Universitäten in Deutschland untereinander möglichst viele Studenten bekommen. Wir haben im Moment in Greifswald die höchste Studentenzahl überhaupt der letzten zehn Jahre. Die Universitäten sind sehr attraktiv und sie müssen auch fachlich in den einzelnen Bereichen attraktiv bleiben. Und das ist bei der Rechtswissenschaft in ganz besonderem Maße gelungen. Ich erinnere nur daran, dass wir in Greifswald ja die Bachelor- und Master-Studiengänge haben, die alle in die richtige Richtung gehen. Das, was wir jetzt im Bund mit der Juristenausbildungsmodernisierung machen, stärkt im Grunde die Entwicklung, die in unseren Universitäten schon begonnen hat. Wir haben eigentlich durch das neue Gesetz einen Standortvorteil unserer Universitäten festgeschrieben. Ich bin sicher, dass wir auf diese Weise auch hier für unsere Universitäten ein gutes Ergebnis erreicht haben.

Das alles betrifft die Voraussetzungen im Bund. Das, was wir im Land machen müssen, ist im Wesentlichen die Umsetzung dieser Vorgaben, und das geschieht durch dieses Gesetz. Hinzukommen müssen noch die Verordnungen, die dann die Dinge im Einzelnen umsetzen. Ich bin sicher, dass wir ein gutes Ergebnis erreicht haben. Wir werden in Zukunft eine bessere und gezieltere Vorbereitung der angehenden Juristen auf ihre spätere Berufstätigkeit erreichen. Ich glaube, dass wir da insgesamt auf einem guten Weg sind, den wir mit diesem Gesetz dann auch für das Land umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Andreas Bluhm, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein fast unscheinbares Gesetz oder ein Gesetzentwurf, den uns der Justizminister hier vorlegt, und doch handelt es sich um einen Gesetzentwurf, der für das Land Mecklenburg-Vorpommern von gar nicht zu überschätzender Bedeutung ist.

Warum treffe ich diese Feststellung? Herr Minister, ich will gerne auf das, was Sie hier gesagt haben, in freier Rede eingehen. Sie haben auf das Bundesgesetz hingewiesen, das vor einem Jahr in Kraft getreten ist. Und ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich für Ihre aktive Mitarbeit bei diesem Bundesgesetz, denn es beendet in der Tat eine jahrzehntelange Diskussion um die Juristenausbildung. Diese Diskussion ist auch in den letzten Jahren nicht vor Irrungen und Wirrungen gefeit gewesen und deshalb bin ich sehr froh, dass es gelungen ist, nun verlässliche Rahmenbedingungen für die Bundesländer zu

schaffen und in einem zentralen Bereich der Ausbildung Vorgaben für die Länder zu erarbeiten, die es ermöglichen, dass die jeweiligen Ausbildungen auch in anderen Bundesländern sinnvoll Früchte tragen können.

Herr Minister, ich glaube, man muss gerade dem Landtag gegenüber noch einmal deutlich machen, dass es sich hier nicht nur um irgendein Berufsausbildungsgesetz handelt, sondern dass es schließlich um Grundfesten unseres demokratischen Rechtsstaates geht, wenn wir sagen, diese Ausbildung, diese Ausbildungsordnung in Verbindung mit dem Bundesgesetz und dem, worauf Sie nur in einem Nebensatz hingewiesen haben, was hier noch kommen muss, ist von geradezu zentraler Bedeutung für unser staatliches Gemeinwesen. Denn es geht um nicht weniger als um die Ausgestaltung, die praktische Ausgestaltung der dritten Gewalt im Staat. So schön das Gewaltenteilungsprinzip auch in der Theorie ist, kann es nur funktionieren, wenn diejenigen, die berufen sind, in der dritten Gewalt zu arbeiten, in der unabhängigen Justiz und hier haben Sie auch die Rechtsanwälte angesprochen als unabhängiges Organ der Rechtspflege -, wenn sie eine solide Ausbildung haben, die es ihnen ermöglicht, diese Aufgaben auch wirklich sachgerecht wahrzuneh-

(Beifall Michael Ankermann, CDU, und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Es hat zahlreiche Experimente gegeben. Sie haben kurz darauf hingewiesen, und zwar einstufige Ausbildung und zweistufige Ausbildung. Es gab zum Beispiel auch eine Phase, wo die Referendarzeit dreieinhalb Jahre betrug. Jetzt hat man sich auf zwei Jahre verständigt, was auch Sinn macht, wenn diese zwei Jahre vernünftig ausgefüllt sind

Ich bin auch froh, das sage ich Ihnen ganz persönlich, dass sich die Justizminister bundesweit darauf verständigt haben, nun die zweistufige Ausbildung festzuschreiben, denn sie haben mit dem Bundesgesetz eine vernünftige Kombination zwischen der universitären Ausbildung und der stärker praxisbezogenen Ausbildung im staatlichen Bereich geschaffen. Natürlich gab es auch in der Vergangenheit schon Universitäten und Fakultäten, die die Möglichkeiten eines universitären Wettbewerbs in besonders gelungener Weise genutzt haben, indem sie eine Schwerpunktausbildung angeboten haben, die es angehenden Juristen ermöglichte, sich schon für ihren späteren Beruf so vorzubereiten, dass sie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Kollegen hatten, die eine ganz normale universitäre Ausbildung durchlaufen haben. Ich erinnere hier an die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, wie es sie an der Universität Bayreuth gibt. Da ist es seit Jahren gang und gäbe,

(Karsten Neumann, PDS: Greifswald! Greifswald haben Sie vergessen!)

dass eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis stattfindet.

Aber, Herr Minister, ich muss auch in diesem Zusammenhang auf Mängel der Juristenausbildung hinweisen, die offensichtlich auch der jetzt von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf und das entsprechende Bundesrahmengesetz nicht wirksam anzugehen sich anschickt. Wir wissen alle, dass es seit Jahrzehnten üblich ist, dass sich Jurastudenten zwar in den juristischen Fakultäten einschreiben, aber dass sie einen nicht unerheblichen Teil ihrer

Vorbereitungen für die Prüfungen beim Repetitor verbringen. Es gibt nur etwa zehn Prozent der Studenten, die den Mut aufbringen – und ich glaube, die sind immer noch gut beraten, wenn sie den Mut aufbringen, aber das muss jeder für sich selbst entscheiden –

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und die es wirklich sich leisten, sich auf die universitäre Ausbildung zu konzentrieren und nicht den scheinbar sicheren Weg zum Repetitor wählen.

(Karsten Neumann, PDS: Ich habe es auch geschafft.)

Und gleichwohl sind die so genannten Durchfallquoten nach wie vor exorbitant im Vergleich zu anderen Fächern.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Und ich meine, Herr Minister, wir können uns mit diesem Zustand nicht einfach zufrieden geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist notwendig – und ich bedauere es sehr, dass der Kultusminister jetzt leider durch andere Verpflichtungen daran gehindert ist, an der Debatte teilzunehmen –, dass die Fakultäten, denen Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ja mehr Freiheiten einräumen, als es bisher der Fall war,

(Karsten Neumann, PDS: Scheinbar.)

diese Möglichkeiten auch nutzen, um Studenten so auszubilden, wie es in anderen Fakultäten selbstverständlich ist,

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

nämlich, dass sie dann auch in der Lage sind, erfolgreich ihre Prüfungen zu bestehen, ohne dass kommerzielle Unternehmen hier in Anspruch genommen werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Karsten Neumann, PDS – Karsten Neumann, PDS: Genau.)

Herr Minister, es ist richtig, dass wir eine stärker praxisbezogene Ausbildung brauchen. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Aber genauso entscheidend ist, dass wir uns bewusst machen, dass Jurastudenten nicht zu Subsumtionsautomaten ausgebildet werden sollen, sondern dass sie, gerade angesichts der Komplexität der Probleme in der heutigen Zeit, eine breite fundierte Ausbildung erfahren. Und hier hilft noch so viel angehäuftes Einzelfallwissen nicht weiter, sondern es kommt heute mehr denn je darauf an, dass Juristen in die Lage versetzt werden, mit für sie bis dahin fremden Lebenssachverhalten und einem ihnen unbekannten Gesetzestext sinnvoll umzugehen und zu sachgerechten Lösungen zu kommen.

Und gerade deshalb ist es wichtig, juristisches Denken zu lernen und nicht Fallwissen aneinander zu reihen. Hier sind die Fakultäten in ganz besonderer Weise gefordert, die einzelnen Ausbildungsordnungen, die dann genehmigt werden müssen durch den Kultusminister, so auszugestalten, dass wirklich neben allen Möglichkeiten der Spezialisierung sichergestellt ist, dass juristisches Denken und nicht juristisches Wissen vermittelt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, ich habe ausdrücklich die grundsätzlich positive Einstellung unserer Juristen in der CDU-Fraktion zum Ausdruck gebracht, ich kann sagen, der Mitglieder des Rechtsausschusses insgesamt, an dem vorliegenden Gesetzentwurf. Das will ich noch einmal in den Vordergrund stellen. Aber ich sehe auch in der Begründung zu dem Gesetzentwurf, dass wir mit Ihnen gemeinsam noch erheblichen Diskussionsbedarf haben, nämlich wenn es um die konkrete Ausgestaltung dessen geht, was in diesem doch relativ - von der Anzahl der Vorschriften her eigentlich erfreulich - dürren Gesetzentwurf steht. In der Begründung heißt es nämlich auf Seite 11, ich darf zitieren: "Hauptziel und Anliegen des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung vom 11. Juli 2002 ... ist die Hebung der Ausbildungsqualität in der bestehenden zweistufigen Juristenausbildung und eine verbesserte und gezielte Vorbereitung künftiger Juristen auf die Anforderungen der beruflichen, insbesondere der rechtsberatenden Praxis. Dazu wird es zu folgenden Neuerungen kommen:" - und jetzt kommt der erste Spiegelstrich, auf den es mir hier ankommt - "Die Vermittlung von praxisrelevanten Schlüsselqualifikationen, wie dem Verhandlungsmanagement, der Gesprächsführung, der Rhetorik, der Streitschlichtung, der Mediation, der Vernehmungslehre und der Kommunikationsfähigkeit insgesamt sollen bereits im Studium einen höheren Stellenwert erhalten."

Das sind sehr lobenswerte Grundsätze. Dagegen ist nichts zu sagen, denn das hängt auch wieder mit Grundfähigkeiten zusammen und weniger mit der konkreten Wissensvermittlung. Aber, Herr Minister, Sie verweisen darauf, Sie müssen auch die entsprechenden Verordnungen erlassen. Wir hätten es sehr begrüßt, nachdem uns doch der Gesetzentwurf im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ spät erreicht nach Verabschiedung des Bundesgesetzes und dem In-Kraft-Treten des Bundesgesetzes, dass wir diese Ausbildungsverordnung von Ihnen gleichzeitig als Arbeitsgrundlage mitgeliefert bekommen hätten.

(Beifall Dr. Henning von Storch, CDU)

Denn genau in diesen Verordnungen wird sich zeigen, was aus den hehren Grundsätzen der Begründung wird. Und in diesen Verordnungen wird sich entscheiden, ob die juristischen Fakultäten in Zukunft wirklich in der Lage sind, eine Ausbildung anzubieten, die es ermöglicht, dem hohen Anspruch einer universitären Ausbildung so gerecht zu werden, dass die Studenten dann auch in der Lage sind, das, was in den Prüfungen von ihnen gefordert wird, tatsächlich in der Universität zu erlernen und nicht außerhalb der Universität.

Deshalb, Herr Minister, kündige ich Ihnen jetzt schon an, dass die CDU-Fraktion im Ausschuss bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes, den wir auch zügig verabschieden wollen, damit so schnell wie möglich unsere Fakultäten dann auch ihre eigenen Aufgaben erfüllen können und ihre Ausbildungsordnung erarbeiten können, die Sie dann genehmigen müssen, eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf beantragen wird, weil wir rein technisch kein anderes Mittel haben. Wir hätten gerne Ihre entsprechenden Verordnungen, die Sie uns hier angekündigt haben. Ich nehme an, dass es in den Ausschussberatungen möglich ist, diese mit einzubeziehen. Aber da es sich um einen Gesetzentwurf handelt, der aller Voraussicht nach auf Jahrzehnte hin Einfluss auf die Entwicklung dieses Landes haben wird, auf die Praxistauglichkeit unserer Juristen und darauf, was viel, viel wichtiger ist, dass Juristen in die Lage versetzt werden, komplexe Probleme sachgerecht, bürgerfreundlich so zu lösen, dass die Menschen, mit denen sie zu tun haben, diese Lösungen nachvollziehen können, weil das von so grundsätzlicher Bedeutung ist, werden wir eine Anhörung beantragen, um mit den Verbänden, mit Sachverständigen und mit Menschen aus unterschiedlichen Berufen diesen Gesetzentwurf noch einmal zu erörtern.

Ich sage noch einmal abschließend für unsere Fraktion: Die Intention ist vollkommen in Ordnung und deshalb unterstützen wir sie. Sie haben bei der Bundesgesetzgebung erfreulicherweise die Interessen des Landes mit eingebracht. Aber jetzt ist das Parlament gefordert und wir werden unsere Aufgabe genauso ernst nehmen. Deshalb werden wir diesen Gesetzentwurf besonders gründlich beraten. Ich denke, auch wenn die Präsenz hier im Plenum nicht gerade sehr hoch ist, was verständlich ist, wenn es um scheinbar juristische Fachthemen geht, ist die Bedeutung für das Land so groß, dass es allen Fleiß der Kolleginnen und Kollegen in den Ausschussberatungen wert ist, um diesen Gesetzentwurf dann auch zu einem guten Abschluss in der Zweiten Lesung zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krumbholz von der Fraktion der SPD.

**Bodo Krumbholz**, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, auch als Nichtjurist über das Juristenausbildungsgesetz zu sprechen

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Danke.

Herr Dr. Born hat darauf hingewiesen in seiner Rede, welche große Auswirkung die Ausbildung der Juristen auf unser Staatsgebilde hat, gerade auch dahin gehend, dass die Juristen nach der Ausbildung einfließen in die dritte Gewalt. Ergänzend muss man natürlich dazusagen, dass auch in der ersten und zweiten Gewalt Juristen durchaus präsent sind.

Wir haben es hier mit einer typischen Rahmengesetzgebung zu tun. Der Bund hat eben das Gesetz zur Juristenausbildung erlassen. Wir als Land haben die Aufgabe, diesen Rahmen auszufüllen. Gegenstand ist immer das Erste Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes.

Zu Ziel und Inhalt hat der Minister schon etwas gesagt. Hauptziel ist die Hebung der Ausbildungsqualität. Ob dieses Ziel seinen Zweck erfüllt, denke ich, haben wir dann im Ausschuss, in der Anhörung, die Dr. Born beantragen wird, zu prüfen. Es ist beantragt Überweisung in den Rechts- und Europaausschuss, in den Bildungsausschuss. Die Ausschüsse sollen ihre Arbeit machen. Wir als Fraktion stimmen dieser Überweisung zu. – Ich bedanke mich

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Karsten Neumann, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Krumbholz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist mal so richtig "Wünsch dir was!". Ich will anknüpfen an das, was unser Ausschussvorsitzender vorwegsagte. Eigentlich sollte es tatsächlich nicht zuvorderst die Aufgabe der Juristen sein, darüber nachzudenken, wie künftige Juristen auszubilden sind, sondern es sollte wirklich Aufgabe des gesamten Gesetzgebers sein, ganz klar und deutlich zu formulieren, was für Juristen wünschen wir uns denn in sechseinhalb Jahren zu haben.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

denn darum geht es in diesem Gesetz. Das ist, denke ich, auch der Anspruch an die Diskussion und das Gute daran ist, nicht nur den Rechts- und Europaausschuss zu beteiligen, sondern eben auch den Bildungsausschuss,

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir hören jetzt zu!)

auch aus anderen Gründen, dazu will ich noch kommen.

Ich will noch an einen Punkt anknüpfen, den der Kollege Krumbholz hier angesprochen hat. Juristen sind nicht nur in der ersten, zweiten und dritten Gewalt, Juristen sind einfach überall. Das spricht für die hohe Qualität der jetzigen Ausbildung, mag man meinen, oder für die mangelnde Entscheidungsgewalt junger Leute, die dann doch sagen, na gut, nehmen wir mal das Jurastudium. Das ist im Ergebnis vielleicht das erfolgreichste. Wenn man es so sieht, auch bei den großen Persönlichkeiten von Bismarck über Marx bis Goethe, die Juristenausbildung ist jedenfalls so schlecht nicht für viele gesellschaftliche Bereiche.

Der Begründung des Gesetzentwurfes entnehmen wir, wir setzen ein Bundesgesetz um, das – und das will ich aber auch betonen – am 11. Juli 2002 verabschiedet wurde und am 1. Juli 2003 in Kraft getreten ist. Es hätte also schon eine ganze Reihe von Gelegenheiten gegeben, auch für den Landesgesetzgeber, für die Umsetzung hier zu debattieren.

Ferner lesen wir: "Durch die Reform" – und als solche wird sie ja bezeichnet – "entstehen keine zusätzlichen Kosten." Wir werden demnach nicht zum ersten Mal Zeuge eines Wunders. Wir werden eine Reform, die keine neuen Kosten verursacht, eine kostenneutrale Reform also, erleben. Ich denke, diesen Punkt werden wir noch zu diskutieren haben.

(Heike Polzin, SPD: Schauen wir mal!)

Wie schreibt es der Fachschaftsrat Jura in einer ersten Stellungnahme so schön: "Es gibt schon ein krasses Missverhältnis zwischen den Aussagen der Qualitätsverbesserung der Ausbildung auf der einen Seite, der Erhöhung des Curricularnormwertes auf der anderen, der Einführung einer Zwischenprüfung in der Verantwortung der Hochschule sowie der Aussage, dass keine zusätzlichen Mittel benötigt werden." Darüber, denke ich, werden wir ernsthaft zu reden haben im Ausschuss.

Jedenfalls soll die Juristenausbildung modernisiert und reformiert werden. So ist die frohe Botschaft, die auch wir gerne zur Kenntnis nehmen. Denn nötig und überfällig ist dieses Unternehmen schon seit langem und das sehen nicht zuerst, aber auch die Juristinnen und Juristen genauso. Diese Ausbildung ist weiterhin mit insgesamt

sechseinhalb Jahren im Schnitt, bis die Befähigung zum Richteramt erworben ist und den Absolventen der Zugang als so genannter Einheitsjurist zu allen juristischen Berufen ermöglicht wird, zu lang. Die echt deutsche Konstruktion, dass Richterschaft und Staatsanwaltschaft institutionell vom Beamtenrecht überlagert ist, bleibt weiterhin unaufgelöst, was beide - Richterschaft wie Staatsanwaltschaft – gewiss nicht unbedingt unabhängiger werden lässt. Bei der Ausbildung schlägt sich dieser Punkt darin nieder, dass auch der Dualismus zwischen Universitätsprüfung und Staatsprüfung bestehen bleibt. Überall, bei allen anderen Ausbildungen geht es anders. Überall bestimmen die Universitäten im Rahmen ihrer Universitätsautonomie über den Inhalt der Prüfungen und führen sie eigenverantwortlich durch. Nur der deutsche Jurist bedarf eben genau wie jeder Hengst in Redefin der besonderen staatlichen Krönung mittels eines Staatsexamens.

> (Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Körung? Das ist eine Körung? Na, wieder etwas dazugelernt. So schnell müssen die Juristen eben manchmal lernen.

 (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heinz Müller, SPD:
 Ich bin zwar kein Jurist, ich habe aber andere Qualitäten! – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, wir halten dies wie auch manches andere in der Juristenausbildung für einen weiterhin nachwirkenden alten Zopf. Wobei ich zu diesem Punkt nur hoffen möchte, dass die EU-Entwicklung, also die Normativität des Faktischen, hier früher oder später Abhilfe schaffen wird, denn der in Deutschland ausgebildete Jurist mag so gut sein und so viel wissen, wie er will, er ist in Europa nicht kompatibel.

Zunächst ist es ganz und gar nicht zufrieden stellend, dass das Gesetz so spät in die Schienen kommt, denn die Bundesregelung war immerhin lange genug bekannt und hätte rechtzeitiges Tätigwerden ermöglicht. Es war genügend Zeit, eigene Hausaufgaben rechtzeitig anzufertigen. Da der Gesetzentwurf erst jetzt kommt, bewegen wir uns also doch als so aufgeschlossenes und reformfreudiges Land am Schluss des Konvois der Bundesländer,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

was aber auch seinen Vorteil hat, denn wir haben beispielsweise schon ein Gesetz aus Berlin und Brandenburg, das wir, denke ich, sehr wohl in unsere Beratungen, jedenfalls gedanklich, einzubeziehen haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Freistaat Bayern hat doch auch schon eins.)

Die Länder Berlin und Brandenburg haben gleich lautende Gesetze verabschiedet und einen Ausbildungsverbund zwischen beiden Ländern geschaffen. Ich frage mich, ob man nicht hier in einer konzertierten Aktion dieser Länder sich dieser hätte anschließen können oder ob dies beispielsweise ein Thema für eine norddeutsche Zusammenarbeit gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, trotz dieser allgemein kritischen Bemerkungen zum weiter bestehenden Reformstau teilen wir die Grundrichtung der vorgesehenen Änderungen natürlich, und zwar egal, ob man sie als Reform verstehen mag oder nicht. Das Problem ist nicht so sehr, was im Gesetz steht, sondern aus meiner Sicht vielmehr das, was nicht drinsteht. Ich denke schon, dass das Land den Spielraum möglichst vollständig ausschöpfen sollte, den der Rahmen des geänderten Richtergesetzes und der Bundesrechtsanwaltsordnung zulässt. Natürlich sind die beabsichtigte größere Praxisnähe, die größere Bezogenheit am internationalen Recht und auch die Orientierung an der anwaltschaftlichen, insbesondere der beratenden und Streit vermeidenden juristischen Praxis als Fixpunkte zu begrüßen. Insoweit kommt es aber dann tatsächlich auf die Umsetzung an. Der Kollege Born sprach es bereits an.

Der zweite wesentliche Gesichtspunkt des Reformansatzes scheint mir aber auf der Ebene der Hochschulautonomie zu liegen, dass nämlich auch die juristischen Fakultäten unseres Landes sich zügig im Klaren werden müssen, wie sie die neuen Ausbildungsmöglichkeiten in den Studien- und Prüfungsordnungen und in den eigenen Schwerpunktbildungen umsetzen. Wir sind dafür, den Fakultäten die weitestgehenden Gestaltungsspielräume für die Juristenausbildung zu ermöglichen, so dass die juristischen Fachbereiche ihre Lehrangebote selbständig erarbeiten und die Studierenden ihre persönlichen juristischen Interessen verfolgen können. Ich denke auch, dass alle Möglichkeiten, die die Rahmenregelung des Bundes gibt, zum Auslandsstudium, zur Fremdsprachenaneignung und zur sozialwissenschaftlichen, psychologischen und rethorischen Fundierung der Ausbildung, aufgegriffen werden sollten.

Es leuchtet mir zugegebenermaßen nicht ein, warum nicht die inhaltlichen Vorgaben des Richtergesetzes zum Inhalt des Studiums und zu den Schwerpunktbildungen vollständig übernommen worden sind. Vergleicht man unseren neuen Paragraphen 2 a beispielsweise mit den Paragraphen 4 und 5 des Berlin-Brandenburg-Gesetzes, so schlägt einem doch eine ganz andere Musik entgegen, was die Autonomie der Universitäten betrifft. Ich hoffe hier auf ein starkes mitberatendes Votum des Bildungsausschusses. Warum zieren wir uns denn beispielsweise so hinsichtlich der Anerkennung von Studienleistungen, die außerhalb des Landes erbracht werden, darunter auch im Ausland?

### (Beifall Michael Ankermann, CDU)

In Berlin und Brandenburg entscheidet, so steht es dort im Gesetz, die Universität darüber eigenverantwortlich. Es geht doch nicht nur um den Nachweis der Fremdsprachenkompetenz, die unser Entwurf freilich erfasst. Ich frage mich in dem Zusammenhang auch, warum das Justizministerium sich für die Prüfungsordnung der Universitäten noch eine besondere Zustimmung vorbehält mit der Möglichkeit der Versagung, falls die Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Prüfungen nicht gewährleistet ist. Ich denke, in einem Bundesland mit 35 Universitäten ist es durchaus angebracht, mit zweien halte ich persönlich eine solche Notleine für überflüssig.

Für wenig überzeugend halte ich gegenwärtig auch, dass der Entwurf im Paragraphen 25 beibehält, dass die Verantwortung bei der Ausbildungsstation Verwaltung das Innenministerium trägt. Was tut das Innenministerium denn bisher mit dieser Verantwortung? Warum wird nicht wie in den meisten Ländern von einer einheitlichen Leitung in der Hand des Präsidenten des Oberlandesgerichtes ausgegangen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist wohl richtig.)

Dies und anderes wird mit Studenten, Anwälten, Richtern zu beraten sein. Ein Richter hat es eingebracht, ein Anwalt hat seinen Beitrag hier in der Debatte geleistet, ich quasi als Referendar. Meine Sicht: Sie sind unterschiedlich, treffen sich aber dann vielleicht oder hoffentlich nicht in der melancholisch-trübseligen Bemerkung des Juristen Dr. Heinrich Heine, der einmal sagte: "Schier 300 Jahre hat der liebe Gott darüber nachgedacht, wie man Dr. Juris und die vielen kleinen Flöhe macht." Ich hoffe, wir sind schneller im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Martina Bunge, PDS: Sehr gut.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Neunmann.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/849 zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung für die Mittagspause bis um 13.20 Uhr.

Unterbrechung: 12.19 Uhr

Wiederbeginn: 13.24 Uhr

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege, Drucksache 4/864.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (Kindertageseinrichtungsund -pflegeförderungsgesetz – KiföG M-V) (Erste Lesung)

- Drucksache 4/864 -

Das Wort zur Einbringung hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Seit dem Amtsantritt 1998 hat die rot-rote Landesregierung bei den Anstrengungen um eine Kindertagesförderung auf hohem Niveau nicht nachgelassen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über rund 1.100 Einrichtungen mit mehr als 7.000 Erzieherinnen. Von 1998 bis zum Jahre 2003 sind die Ausgaben des Landes für die Kindertagesförderung von rund 66 Millionen Euro auf rund 76,2 Millionen Euro gestiegen. Für das Jahr 2004 ist eine weitere Steigerung auf 77,7 Millionen Euro vorgesehen.

Rund 70.000 Kinder werden in den Kindertagesstätten des Landes betreut. Über 90 Prozent der Kinder in der Altersgruppe 3- bis 6-Jähriger nehmen einen Kindergartenplatz in Anspruch. Bei den 2- bis 3-Jährigen sind es etwa 60 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern präsentiert sich damit in diesem Kernbereich der Betreuung von Kindern als ein außerordentlich kinderfreundliches Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zusätzlich zu diesen bisher schon großen Anstrengungen wollen wir mit dem vorliegenden KiföG den Einstieg in eine neue Qualität der Kindertagesbetreuung in unserem Land schaffen. Wir wollen mit diesem Gesetz die Rechte der Kinder stärken. Viel stärker als bisher tritt neben den Betreuungs- und Erziehungsauftrag der Kindertageseinrichtung auch der Bildungsanspruch von Kindern. Dieser Anspruch auf Bildung wird im KiföG durch eine umfassende neue Definition konkretisiert. Durch eine hohe Qualität der pädagogischen Arbeit soll die individuelle Entwicklung eines jeden Kindes gefördert und damit ein Beitrag zur Chancengleichheit gewährleistet werden. Zusätzlich zu den bisherigen Anstrengungen wird das Land Mecklenburg-Vorpommern deshalb vom Jahr 2004 an das kostenfreie Vorschuljahr einführen. Damit wird das Bildungsangebot für Vorschulkinder nachhaltig gestärkt. Das kostenfreie Vorschuljahr soll zum 1. September 2004 eingeführt werden.

(Beifall Torsten Koplin, PDS, und Karsten Neumann, PDS)

Zeitlich orientiert es sich an einem normalen Schuljahr. Es wird über eine Dauer von zehn Monaten mit einem täglichen Umfang von bis zu vier Stunden angeboten werden. Mecklenburg-Vorpommern gibt damit im vorschulischen Bereich seine eigene Antwort auf die Ergebnisse der PISA-Studie. Unser Bundesland geht hier einen modernen Weg. Wir nehmen die Erkenntnisse über die frühkindliche Bildung auf und setzen sie mit diesem Gesetz um.

Wir wissen, dass kleine Kinder die Welt nicht einfach hinnehmen, wie sie sie vorfinden. Neuere Ergebnisse der Hirnforschung bestätigen, dass Kinder bis zu einem Alter von acht Jahren zu den so genannten Turbolernern gehören. Sie sind im ungleich höheren Maße ihre eigenen Lehrmeister als später die Schüler oder die späteren Erwachsenen. Sie verfügen über geradezu optimale Erkundungsstrategien. Sie erschließen sich die Welt und die Möglichkeiten auf ihre Weise. Sie sind Forscher, Erfinder und Dichter in einer Person. Sie erfahren, jeder Schritt in die Welt, jede Bildungseroberung macht sie freier und wirkt unabhängiger von den Erwachsenen. Pädagogen sprechen von einem Schatz der Kindheit. Bereits im vorschulischen Alter, bereits im Kindergarten, werden im großen Umfang die Weichen für die späteren Bildungsbiographien der Kinder gelegt.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben die Chance, die Kinder in unseren Einrichtungen umfassend zu erreichen, und diese Chance wollen wir künftig noch besser nutzen. Qualität in Kindergärten ist wesentlich mehr als nur Gruppengröße mal Quadratmeter. Es ist wesentlich mehr als Anzahl der Erzieherinnen multipliziert mit irgendwelchen Sicherheitsstandards. Qualität in Kindergärten sind eben auch verbindliche Bildungspläne.

In ihrem Jahresbericht 2001/2002 hat die Bertelsmann Stiftung die Situation in der Bundesrepublik wie folgt beschrieben. Dort heißt es: "Selbst der Besuch von Kindertagesstätten und Kindergärten bürgt nicht dafür, dass unsere Kinder mit Eintritt in die Grundschule über ein

gemeinsames Fundament für einen guten Schulstart verfügen." Das ist es, was wir in unserem Land korrigieren wollen. Kindergärten sollen bei allen Kindern all das pflegen und fördern, was die Kinder aus ihrer Natürlichkeit heraus mitbringen. Rhythmus und ästhetische Sensibilität, staunen und fragen, Dinge nach ihren Möglichkeiten betrachten, Gemeinschaftssinn entwickeln, Forschergeist, Großzügigkeit, all das wollen wir verstärkt wecken.

Schon jetzt haben wir vieles an Sensibilisierung erreicht. Die Bildungsdiskussion für den Bereich der vorschulischen Bildung ist in unserem Lande sehr breit geführt worden. Zu Recht berufen sich viele engagierte Erzieherinnen auf all das, was sie bisher schon leisten. Ich kann diese Einwände natürlich gut verstehen. Ich schätze die Leistungen all derer, die bisher eine überzeugende Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Einrichtungen des Landes realisiert haben. Wir wollen an diese Leistungen, an diese Initiativen anknüpfen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

und diese Leistungen, diese Initiativen auf eine neue Basis stellen. Wir wollen sie flächendeckend und für alle verbindlich einführen. Das ist unsere Vorstellung von Chancengleichheit.

Schon heute werden in den Kindergärten unseres Landes eine Vielzahl von zusätzlichen Bildungsangeboten, zum Beispiel in der musikalischen Früherziehung, gegen zusätzliches Entgelt durchgeführt. Es macht keinen Sinn, wenn das eine Kind aufgrund der besseren wirtschaftlichen Situation seiner Eltern daran teilnehmen kann, das andere Kind aber nicht. Das kostenfreie Vorschuljahr heißt eben auch, dass diese Angebote für alle Kinder ohne zusätzliche Kosten für die Eltern realisiert werden können, und dafür stehen vom Jahr 2005 an pro Kind rund 500 Euro zur Verfügung. Ich glaube, wir werden mit diesem Geld spürbare Verbesserungen für die Kleinsten im Lande erreichen können.

Wir wollen mit der Kita-Novelle auch einen Beitrag zur Gesundheitserziehung der Kinder leisten und hier gibt es erheblichen Handlungsbedarf. Der Befund der Einschulungsuntersuchungen macht deutlich, zum größten Teil sind das nicht nur medizinische Diagnosen, wie zum Beispiel die erstmalige Feststellung der Herabsetzung der Sehschärfe bei 7 Prozent der Altersgruppe. Es sind zum Teil auch Gesundheitsprobleme, die einen engen Zusammenhang zur frühkindlichen Förderung haben. So zeigen 21,1 Prozent der Einschüler Auffälligkeiten im Bereich der akustischen Differenzierung. Hinzu kommen die bekannten Gesundheitsprobleme, die aus der Bewegungsarmut resultieren. Bekannt ist auch, dass die Anzahl der adipösen Kinder zunimmt. Ebenso häufen sich Auffälligkeiten in der motorischen Entwicklung und damit sind wir bereits bei den pädagogischen Möglichkeiten. Ursachen zu diesen Entwicklungsauffälligkeiten sind hinlänglich bekannt. Sie sind durch die Eltern und natürlich durch die tägliche Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen beeinflussbar.

In den vielen, vielen Veranstaltungen, die ich zur Kita-Novelle durchgeführt habe, bin ich immer wieder mit einer ganzen Reihe von Vorbehalten konfrontiert worden, die sich im Laufe der Diskussion dann letztendlich als haltlos herausstellten.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Der Mikrokosmos dieser Diskussionen erscheint mir symptomatisch auch für das, was wir an politischer Diskussion zum KiföG in den letzten Monaten erlebt haben.

Nach meinem Amtsantritt vor einem Jahr war zunächst sehr kurzfristig die Finanzierung der Kindertagesstätten für das Jahr 2003 zu regeln. Wir haben damals in einem beschleunigten Verfahren, genau bis Ende Januar, dieses hinter uns gebracht und es folgte die intensive Arbeit an der Novelle des KiföG, die Ihnen jetzt vorliegt. Bereits im Juli haben wir den Referentenentwurf in die öffentliche Anhörung gegeben. Wir haben dieses Gesetzgebungsverfahren ganz bewusst einer breiten öffentlichen Diskussion unterworfen. Bedenken und Hinweise von Vereinen und Verbänden sind ernst genommen worden, denn dieses Gesetz ist uns so bedeutsam, dass es in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens verabschiedet werden sollte. Für mich ist es vollkommen normal, alle Argumente, die in der Diskussion auftreten, aufzunehmen und ernsthaft abzuwägen. Ich denke, das ist auch ein Stück weit Demokratie. Im Ergebnis ist auf diese Weise ein mit allen Partnern austarierter Entwurf herausgekommen. Das Sozialministerium hat diese Arbeit in etwa neun Monaten bewältigt. Mir ist berichtet worden, die letzte Kita-Novellierung benötigte zwei Jahre. Ich denke also an dieser Stelle, was Fristen anbelangt, brauchen wir uns nicht zu verstecken, kann ich mit Stolz sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums haben hier eine sehr gute Arbeit geleistet.

(Torsten Renz, CDU: Man sollte sich aber an positiven Beispielen orientieren.)

Das haben wir gemacht. Deshalb haben wir aus zwei Jahren neun Monate gemacht, Herr Renz.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Torsten Renz, CDU: Ist das die 23. oder 24. Vorlage? – Harry Glawe, CDU: Das ist die 24. Version.)

Wir stärken mit dem KiföG die Rechte der Eltern. Sie können zukünftig frei entscheiden, bei welchem Träger sie die Förderung in Anspruch nehmen. Das bislang geltende Wohnortprinzip bei der Betreuung entfällt künftig. Mit den besseren Wahlmöglichkeiten für Eltern geht eine Stärkung ihrer Nachfragemacht einher. Eltern sind zukünftig auch Kunden. Kindergärten werden sich künftig flexibler als bisher auf Elternwünsche einstellen müssen. Nicht allein der Wohnort der Eltern, sondern eben auch und gerade die angebotene Leistung der Kita spielt dabei zukünftig verstärkt eine Rolle, denn Kitas haben einen Erziehungsund Bildungsauftrag und sie haben für Eltern eben auch einen Dienstleistungsauftrag.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Viel mehr als bisher werden daher in Zukunft das pädagogische Angebot der Einrichtung, die Flexibilität seiner Öffnungszeiten, das Angebot von Fremdsprachenoder Musikunterricht, Schwimmen oder Naturerkundungen und Ähnliches eine Rolle spielen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist heute auch schon so.)

Ich glaube auch, dieser Vorzeichenwechsel wird letztlich zu mehr Qualität führen.

Wir stärken die Mitwirkungsrechte der Eltern bei der inhaltlichen Arbeit und der Kostengestaltung der Einrichtungen ganz bewusst mit dem neuen Gesetz. Die Bildung von Elternbeiräten und das Auskunftsrecht der Eltern über die zweckentsprechende Verwendung der Fördergelder erhalten im KiföG eine rechtliche Grundlage. Eltern sind bei der Arbeit der Kitas selbstverständlich die wichtigsten Partner. Eltern sind nun mal zuvorderst für die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder verantwortlich

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

und Eltern sollen und wollen deshalb auch sehr ernst genommen werden. Sie müssen deshalb die Arbeit der Kitas aktiv mitgestalten können. Die gesetzlichen Grundlagen dafür werden mit dem neuen Gesetz geschaffen.

Wir stärken drittens die Rechte der pädagogischen Fachkräfte. Ihre Fort- und Weiterbildung wird zukünftig im Gesetz verankert. Zweieinhalb Stunden pro Woche sollen den Erzieherinnen nach dem Gesetz in der Regel für Dienstberatungen, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie für die Zusammenarbeit mit den Eltern zur Verfügung stehen.

Der Standard der Erzieher-Kind-Relation aus dem alten Kindertagesstättengesetz ist erneut in das neue Gesetz aufgenommen worden. Ich bin ehrlich, ich glaube nicht daran, dass die Vorgabe auf der Ebene eines Landesgesetzes allein selig machend ist. Schon heute gibt es immer wieder Abweichungen von der geltenden Regel des Kindertagesstättengesetzes. Aber wir sind nach gründlichem Abwägen aller Für und Wider auf die vielen Anregungen und auch auf die Ängste mancher Erzieherinnen aus den Gesprächen eingegangen. Insofern habe ich mich entschlossen, den Standard der Erzieher-Kind-Relation in das neue Gesetz aufzunehmen. Es bleibt also grundsätzlich bei der alten Erzieher-Kind-Relation: 6 Kinder pro Erzieherin bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, 18 Kinder ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und 22 Kinder im Grundschulalter sollen auch zukünftig von jeweils einer Erzieherin betreut werden. Den Schutz, den die Erzieherinnen von dieser bisherigen Regelung gegen wirtschaftliche Begehrlichkeiten ihrer Träger erwarten, werden sie somit auch in Zukunft erhalten.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Gleichzeitig wird aber auch eine Diskussion vor Ort ermöglicht, denn Landkreise, kreisfreie Städte können Näheres zur Erzieher-Kind-Relation durch Satzung regeln. Sie können vor Ort steuernd einwirken. Sie können bei der Erzieher-Kind-Relation beispielsweise auf soziale Schwerpunkte eingehen, sie können in ländlichen Regionen verstärkt regionale Gegebenheiten berücksichtigen und damit wird dann auch ein Korridor für eine politische Diskussion und für die politische Verantwortung in den Kreistagen und Stadtvertretungen eröffnet.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist auch die Absicht, glaube ich.)

Viertens wird nach außen hin deutlich die Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte.

(Harry Glawe, CDU: Genau, da haben wir es.)

Nach dem bisher geltenden Bundesrecht sind sie bereits zuständig für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und für die Gestaltung in diesem Bereich. Diese Verantwortung, resultierend aus dem Paragraphen 80 des SGB VIII, (Harry Glawe, CDU: Und Investitionen.)

kam bisher durch die fest gefügten Finanzierungsregelungen mit den Kita-Regelkosten in der Praxis kaum zum Tragen. Mit dem neuen Gesetz stärken wir die kommunale Selbstverwaltung. Die kommunalen Selbstverwaltungen schließen künftig Leistungsverträge mit den Einrichtungsträgern. Ihnen, den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, obliegt künftig die Ausgestaltung der Förderung im Hinblick auf Qualität, Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit. Sie haben damit einen großen Gestaltungsspielraum, den sie nutzen können, um vor Ort sinnvoll auf die regionalen und lokalen Gegebenheiten einzugehen.

Zu einem fünften Aspekt des neuen Gesetzes, zu den Finanzierungsgrundlagen, haben wir ebenfalls eine Reihe von Neuerungen eingeführt. In der Vergangenheit sind diese immer stärker in die Kritik geraten. Die Finanzierung über Regelkosten hat vor allem zu Konflikten zwischen der Landesverwaltung und den Trägern der Kindertageseinrichtungen geführt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine gleichmäßige Kostenentwicklung über alle Positionen nicht realistisch ist. Allein Gebäude- und Grundstückspreise, Betriebsgrößen sowie die Belegung in den unterschiedlichen Betreuungsarten haben das deutlich gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Das glaube ich nicht.)

Die Formel, 1.500 Einrichtungen und ein Preis, ist einfach nicht aufgegangen. Die Finanzierung über den berühmten Durchschnitt – Regelkosten sind ja nun mal Durchschnitt – privilegiert den einen, benachteiligt den anderen. Sie ist auch für die Träger nicht transparent und vor allen Dingen ist sie nicht plan- und kalkulierbar.

Mit dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf hat sich das Land deshalb für die Finanzierung über einen Festbetrag ausgesprochen. Dafür sind im Jahr 2004 77,7 Millionen Euro vorgesehen. Der Betrag, so ist es geplant, wird vom Jahr 2004 an in den Folgejahren um jeweils 2 von 100 Prozent dynamisiert. Der Finanzierungsbeitrag des Landes entspricht rechnerisch dem Anteil, den es bisher an den Regelkosten getragen hat. Er liegt damit etwa bei 30 Prozent der Gesamtkosten. Als Festbetragsförderung wird auch die Förderung durch die Landkreise und kreisfreien Städte ausgestaltet. Der Anteil der Landkreise und kreisfreien Städte beträgt dann per Gesetz 28,8 Prozent des Anteils, den das Land gibt. Auch dieser Anteil ist rechnerisch an den bisherigen Anteilen der Landkreise und kreisfreien Städte angelehnt. Also knapp 10 Prozent der Gesamtfinanzierung, wie sie bisher nach den Regelkosten erfolgten, sind damit durch Landkreise und kreisfreie Städte abgedeckt.

Die Restfinanzierung – auf der Basis der Regelkosten wären das etwa 60 Prozent – tragen dann Eltern und Gemeinden hälftig. Ihr Beitrag zur Finanzierung ist damit zukünftig nicht mehr per Gesetz oder Verordnung definiert, er kann und wird Verschiebungen bei den Kostenanteilen haben. Mit einer Kostenlawine allerdings, meine verehrten Damen und Herren, wie sie von manchen befürchtet wurde oder befürchtet wird, ist nicht zu rechnen, denn das Gesetz enthält eine Reihe von Kontrollmechanismen, die genau das verhindern. Und ich möchte ganz deutlich sagen, wir haben die Kontrollmechanismen im Gesetz verankert. Kontrolle gehört mit zur Demokratie.

(Harry Glawe, CDU: Schiedsstelle.)

So sieht das Gesetz eine Kostenteilung zwischen Gemeinden und Eltern vor. Der Anteil der Eltern darf also nicht höher als derjenige der Gemeinden sein. Eltern müssen nicht befürchten, dass sich die Gemeinde zu ihren Lasten von Verpflichtungen freimacht. Eltern dürfen Einsicht in die Kostenentwicklung der Kita nehmen, sie können auch damit Fehlentwicklungen vorbeugen. Träger, die die Kosten in die Höhe schrauben, müssen damit rechnen, dass die Eltern von der Wahlmöglichkeit Gebrauch machen. Auch das wird die Träger daran hindern, ungebremst Kosten den Eltern und Gemeinden in Rechnung zu stellen. Im Ergebnis ist deshalb nicht mit nachhaltigen Abweichungen gegenüber der bisherigen Kostenstruktur zu rechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Ihnen vorliegenden Novelle hat die Landesregierung im dafür vorgesehenen Zeitplan eines der wichtigsten Vorhaben dieser Landesregierung, dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Das ist ein Durchbruch zu einer modernen Neugestaltung der Kindertagesbetreuung in unserem Land. Das ist aber auch eine gute Basis für die weitere Zusammenarbeit in dieser Koalition. Wir haben damit als Land Mecklenburg-Vorpommern Neuland innerhalb der Bundesrepublik beschritten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Rot-rote Politik wird mit dieser Novelle spürbar in diesem Land. Mecklenburg-Vorpommern erweist sich damit als ein kinderfreundliches, der Zukunft zugewandtes Land. Und das ist ein Erfolg, auf den wir in dieser Regierung und in dieser Koalition sehr stolz sein können. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Kita-Gesetz liegt hier nach zweijährigen Geburtswehen und nach den Dingen, die die PDS mal als Gutscheine im Wahlkampf verteilt hat, die jeder sozusagen, der einen Gutschein erhalten hat, ja einlösen konnte.

(Angelika Gramkow, PDS: Das geht nicht.)

Ich hoffe, das ist mittlerweile passiert bei Ihnen.

Frau Ministerin sprach von einem kostenlosen Vorschuljahr. Ich weiß nicht, ob sie bei den letzten Verhandlungen nicht mehr dabei war in Ihren Koalitionsgesprächen.

(Angelika Gramkow, PDS: Doch, sie war dabei. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

All die Dinge stehen jedenfalls nicht so auf dem Papier, wie sie mündlich vorgetragen werden, meine Damen und Herren.

Es gibt noch zwei, drei positive Aspekte zu diesem Gesetz zu sagen. Ich will mal feststellen, einige Kritikpunkte, die die CDU im Vorfeld ja angebracht hat – in besonderer Weise zu den Fragen der Standards oder zu den Fragen von Betreuergrößen und Gruppengrößen sowie die ganze Frage, wie wir damit umgehen –, finden sich mittlerweile in Ihrem Gesetz wieder.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Nachdem Sie ja vorher alles herausgenommen haben, haben Sie sich doch entschlossen, nach der Kritik nicht nur unsererseits, sondern auch der Kirchen und der Verbände, das wieder hineinzuschreiben. Dazu sei ausdrücklich Dank gesagt an die Ministerin

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und auch, denke ich, an die Abteilung, die sozusagen im Rücken sitzt, dass alles so gemacht wurde.

Andererseits wissen wir weiterhin, dass das Land durch diese Festbetragsfinanzierung sich ja doch weitestgehend aus der Verantwortung stiehlt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

Die Dinge werden auf die Gemeinden und auf die Eltern abgewälzt. Und da Frau Ministerin davon sprach, dass die Dinge per Fuß oder mit den Füßen abgestimmt werden: Was wird passieren, nachdem die Schule die Fläche verlassen hat? Werden jetzt auch die Kitas die Fläche im Land Mecklenburg-Vorpommern verlassen?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Viel Vertrauen in die kommunale Ebene haben Sie nicht.)

Das ist eigentlich nicht, zumindest mit den Dingen, die etwas mit Raumordnung und mit Regionalentwicklung zu tun haben, vereinbar.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz hat den einen oder anderen Vorteil, es hat aber auch sehr viele Nachteile. Ich habe schon mal gesagt, die Gruppengrößen waren eines der entscheidenden Kritikpunkte von Seiten der CDU. Diese sind jetzt wieder im Gesetz. Die Frage, ob Elternbeiträge erhöht werden oder nicht, Frau Ministerin, denke ich, wird in Zukunft beantwortet werden, und wir sagen Ihnen voraus, dass die Elternbeiträge in den Kitas steigen werden. Das werden Sie auch mit diesem Gesetz nicht verhindern, denn Sie haben es de facto jetzt freigegeben. Da die Gemeinden Satzungen erlassen müssen, Standards und auch Vereinbarungen treffen mit Leistungsverträgen, ist es also eine recht komplizierte Materie. Die Deregulierung wird auf die kommunale Ebene verschoben und damit werden die Gemeinden und Landkreise über Gebühr beschäftigt und über allem schwebt dann die Schiedsstelle. Auch über diese Dinge muss weiterhin diskutiert werden.

(Rudolf Borchert, SPD: Wollen wir die Schiedsstelle dann abschaffen oder wie?)

Ein weiteres Problem, das Sie richtig angesprochen haben, ist die Frage nach einem verbindlichen Rahmenplan, also die Frage der Bildung. Wann ist der denn zu erwarten, Frau Ministerin? Das wäre noch eine der wichtigen Botschaften, die Sie vielleicht nachher in der Diskussion in den Ausschüssen, vielleicht auch in der zweiten Rede bringen könnten. Das würde uns schon mal grundsätzlich interessieren.

Wir sagen, eigentlich hätte es keiner Novelle in diesem Bereich oder eines neuen Gesetzes bedurft. Das alte KitaGesetz – ich stelle es hier noch mal fest – ist nie beklagt worden. Beklagt worden sind immer die Regelkosten oder die Betriebskosten, Verordnungen des Ministeriums, also das, was regierungsseitig zu verantworten war.

(Torsten Koplin, PDS: Die sind Bestandteil des Gesetzes.)

Nein, das Gesetz wurde nicht beklagt, Herr Koplin. Lesen Sie es doch endlich mal richtig nach und begreifen Sie es doch mal!

(Zurufe von Dr. Martina Bunge, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Das Gesetz ist nicht beklagt worden. Die Regelkostenverordnung ist beklagt worden oder die Betriebskostenverordnung, Herr Koplin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Nehmen Sie es zur Kenntnis!

Meine Damen und Herren, ich denke, ich will es hier nicht weiter ausbreiten. Die ganzen Zahlen sind genannt worden. Wir haben jetzt gerade mal noch 1.100 Kitas von 1.800, also der Abmarsch der Kitas aus der Fläche in die Städte beginnt

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Torsten Koplin, PDS)

und er wird durch dieses Gesetz beschleunigt, meine Damen und Herren. Und alles andere, was Sie unter Bildung verkaufen, ist heute in vielen Konzeptionen und Einrichtungen, in den Kindergärten gang und gäbe.

> (Torsten Koplin, PDS: Herr Glawe, das wird jetzt flach.)

Es ist nichts Neues, es ist nur eine neue Verpackung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Na, doll war das ja nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in Erster Lesung den Entwurf zum neuen Kita-Gesetz, das zum 1. Juli nächsten Jahres das jetzige Gesetz aus dem Jahr 1995 ablösen wird. Bis zur Beschlussfassung des Gesetzes im Landtag am 3. März 2004 bleibt also von heute aus gesehen noch genügend Zeit, mit dem Sozialausschuss zu beraten und dabei insbesondere die Ergebnisse der Anhörung auszuwerten. Ich verweise auch auf die mitberatenden Ausschüsse Innen beziehungsweise Finanzen.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass es im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens noch zu Veränderungen am Gesetzentwurf kommen wird, denn schon die bisherigen Verbandsanhörungen haben auch umfangreiche Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf bewirkt, wie zum Beispiel der Verzicht auf die Kostenfreiheit der Eltern beim Vorschuljahr und die Beibehaltung von Personalstandards. Sicherlich, Herr Glawe, hat auch die CDU ihren gewissen Anteil daran.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Aber ich glaube schon, dass ganz entscheidend war, in welcher Art und Weise sich die Träger und die Verbände eingebracht haben in diese Diskussion,

(Harry Glawe, CDU: Natürlich.)

und von daher möchte ich mich an dieser Stelle auch noch mal bei allen bedanken,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

die zum Erfolg dieser öffentlichen Verbandsanhörung beigetragen haben. Dies beweist natürlich auch, dass es sich lohnt und in dem Falle gelohnt hat, frühzeitig die Betroffenen, die Träger, die Eltern, die Landkreise und die Kommunen mit einzubeziehen, denn schließlich geht es beim vorliegenden Gesetzentwurf nicht nur eben mal um so eine kleine Novelle, sondern es ist eine umfassende Veränderung und ein völlig neuer Ansatz des bisherigen Kindertagesstättengesetzes in unserem Land. Und von daher, Herr Glawe, ist es auch nicht mit einem Federstrich, wie gesagt, als Novelle zu machen, sondern dieses Gesetzesvorhaben ist schon sehr kompliziert und umfangreich

(Harry Glawe, CDU: Wir haben ja 23 Entwürfe gebraucht.)

und demzufolge kann es auch nur gelingen, wenn man diesen Prozess möglichst transparent gestaltet und vielen Betroffenen Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt. So, wie es bisher geschehen ist, wird es auch zukünftig geschehen.

Es ist ein Gesetz, das muss man sich mal vor Augen führen, von dem circa 72.000 Kinder betroffen sind – so circa 90 Prozent aller Kinder in Mecklenburg-Vorpommern besuchen Kindertagesstätten –, deren Eltern und circa 7.000 Erzieherinnen in circa 1.100 Einrichtungen. Das heißt, es gibt wohl kaum ein Gesetz, zumal auch in dieser Legislaturperiode, das ein dermaßen großes öffentliches Interesse gefunden hat

(Harry Glawe, CDU: Waren Sie heute bei der Diskussion zum Landespflegegesetz nicht dabei?)

und auch von der Bedeutung in der öffentlichen Diskussion solch einen hohen Stellenwert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, worin bestanden nun die Hauptziele des neuen Gesetzes? Es sind im Wesentlichen drei. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung verbessern, wir wollen die Rechte und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern stärken und wir wollen, das ist ganz klar angesagt, das bisherige Finanzierungssystem grundlegend ändern.

Zum ersten Hauptziel. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ausgehend von den Erkenntnissen der modernen Frühpädagogik und der aktuellen Bildungsdiskussion in Deutschland, nicht nur unter Einbeziehung der PISA-Studie, sondern auch anderer Studien, setzt sich Gott sei Dank zunehmend die Erkenntnis durch, dass wir dringend eine Verbesserung der Bildung im frühen Kindesalter brauchen. Es geht hierbei nicht nur um eine bessere Vorbereitung der Kinder auf die Schule. Durch eine hohe Qualität der pädagogischen Arbeit soll die individuelle Entwicklung eines jeden Kindes gefördert und damit ein Beitrag für bessere Chancengleichheit für eben diese Kinder geleistet werden, deren Eltern nicht über die notwendige Erziehungs- und Bildungskompetenz verfügen. Ziel

ist es dabei nicht – das möchte ich ausdrücklich hier auch noch mal sagen –, die Kindheit zu verschulen oder kleine Wissensroboter heranzuzüchten. Das ist nicht das Ziel von frühkindlicher Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten. Das Angebot in den Kindertagesstätten muss sowohl der Förderung der Kinder dienen als auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Beides ist wichtig und beides muss in eine Einheit gebracht werden.

Grundlage der frühkindlichen Bildung in unseren Kindertagesstätten, Herr Glawe, wird ein verbindlicher Rahmenplan sein. Ich bin auch sehr gespannt, ihn hoffentlich demnächst zu bekommen. Dieser wird ja zurzeit von Wissenschaftlern der Uni Rostock unter der Leitung von Professor Dr. Toni Hansel unter Einbeziehung von Praktikern und erfahrenen Frühschulpädagogen erarbeitet. Wie gesagt, wir erwarten ihn, denn er wird ja eine ganz wichtige Grundlage der weiteren Arbeit in den Kindertagesstätten sein. Ich bin auch der Meinung, dass das neue Bildungsangebot sich zwar auf das Vorschuljahr konzentrieren muss, aber durchaus als Gesamtkonzept das gesamte Vorschulalter im Blick haben muss. Schließlich wissen wir alle, dass Bildung eigentlich schon mit der Geburt beginnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die frühkindliche Bildung wird das Land 7 Millionen Euro zusätzlich ab dem Jahre 2005 einsetzen und anteilig bereits ab 2004 2,3 Millionen Euro. Dieses Geld dient der Umsetzung zusätzlicher pädagogischer Angebote, der Verstärkung der Fach- und Praxisberatung, wie zum Beispiel die Aufstockung der Fachberater auf 60, und einer verbesserten Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte. Die 7 Millionen Euro entsprechen bezogen auf die Vorschulkinder etwa 500 Euro pro Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum zweiten Hauptziel, die Elternrechte zu stärken. Die Eltern können zukünftig frei entscheiden, bei welchem Träger sie die Förderung in Anspruch nehmen. Das bislang geltende Wohnortprinzip bei der Betreuung entfällt. Diese Regelung ist für die Eltern natürlich sehr vorteilhaft, weil sie unabhängig von ihrem Wohnort die Kita für ihre Kinder aussuchen können und damit Wahlmöglichkeiten erhalten. Stärker als bisher wird die Leistung der Kita im Mittelpunkt der Entscheidung der Eltern stehen, wo sie ihre Kinder betreuen lassen. Die Mitwirkungsrechte der Eltern bei der inhaltlichen Arbeit und Kostengestaltung werden gestärkt und es geschieht über die Elternbeiräte und über die Auskunftsrechte im Paragraphen 9. Es wäre natürlich sehr wünschenswert, wenn möglichst viele Eltern von diesen erweiterten Rechten Gebrauch machen würden. Ich weiß, das ist noch nicht in allen Kindertagesstätten der Fall, aber vielleicht wird sich das zukünftig verbessern.

Was erwarten die Eltern eigentlich von Kindertagesstätten? Grundsätzlich erwarten die Eltern neben kleineren Gruppen vor allem freundliches Personal, flexible Öffnungszeiten und die Nähe zum Wohnort oder zur Arbeitsstätte. Dies hat in einer überzeugenden Art und Weise eine Umfrage in Schwerin ergeben, die dankenswerterweise vom Stadtelternrat durchgeführt wurde, 3.200 Fragebögen, immerhin ein Rücklauf von 1.600. Die Ergebnisse haben das von mir eben Gesagte eindeutig belegt. Ich finde es überhaupt gut, wenn auf diese Art und Weise auch Eltern befragt werden, wie sie sich die Kitas vorstellen. Es gilt natürlich auch zu sagen, dass über 90 Prozent signalisierten, dass sie grundsätzlich mit dem Angebot der Kindertagesstätten in Schwerin zufrieden sind. Ich

vermute mal, das wird in anderen Teilen des Landes ähnlich sein. Eine engere Zusammenarbeit der Kitas mit den Eltern ist also auch zukünftig eine ganz wichtige Aufgabe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum dritten Hauptziel. Das neue Finanzierungssystem bereitete uns großes Kopfzerbrechen und auch zukünftig wird da nicht alles gleich glatt laufen. Aber mit der neuen Festbetragsförderung wird das bisherige Regelkostensystem abgelöst. Das heißt, das Land zahlt zukünftig einen Festbetrag auf 2004 bezogen von 77,7 Millionen Euro jedes Jahr, plus 2 Prozent Dynamisierung an die Landkreise und kreisfreien Städte, die dann auf der Basis von Leistungsverträgen dieses Geld einschließlich der Ergänzung und Restfinanzierung durch die Kommunen, Eltern und kreisfreien Städte an die Träger der Einrichtungen zahlen.

Warum ist nun eigentlich dieses Finanzierungssystem besser als das bisherige? Ich sehe im Wesentlichen drei Gründe, Herr Glawe.

Erstens bin ich der Meinung, das neue Finanzierungssystem ist gerechter, weil eine real erbrachte Leistung durch Vertrag gesichert wird und direkt zwischen Leistungsanbieter und Auftraggeber gehandelt und geregelt wird, was es zu bezahlen gilt. Damit wird die grundsätzlich bewährte Entgeltregelung, die es schon in anderen sozialen Bereichen gibt, auf die Kitas übertragen. Die Regelkosten der bisherigen Form sind nach meinem Dafürhalten, wie es der Name schon sagt, ungerecht, weil sie von Durchschnittskosten ausgehen, die nie und nimmer den Realitäten entsprechen, denn in der Praxis war es so, entweder waren die Kosten, die gezahlt wurden, die Betriebskosten, unter dem, was die Träger benötigen, oder sie lagen auch darüber.

Zweiter Grund, warum ich für das neue Finanzierungssystem bin. Wir kennen alle die Rechtsstreitigkeiten, die es gab und noch gibt. All dies ist ja noch anhängig.

(Harry Glawe, CDU: Eins ist entschieden und eins läuft noch.)

So ist es und vielleicht kommt auch noch etwas, denn man muss immer damit rechnen.

Was will ich damit sagen? Wir werden nie und nimmer, auch wenn das noch so gut gemeint ist, bei der Regelkostenverordnung gerichtliche Auseinandersetzungen vermeiden können. Diese wird es geben zwischen Land und Trägern und sie – und da zitiere ich auch mal die Ministerin – waren und würden auch in Zukunft ein ständiger ewiger Zankapfel sein. Das ist ein guter Grund, zu sagen, wir brauchen ein neues Finanzierungssystem. Bei der Festbetragsfinanzierung sehe ich diese Konflikte so nicht. Dafür haben wir die Schiedskommission. Diese ist wichtig und ich bin der Meinung, dort wird man an der richtigen Stelle diese Fragen dann auch sach- und fachkompetent beraten und entscheiden, die möglicherweise strittig sein werden.

Ein dritter Grund, warum ich für die neue Finanzierungsform bin, ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Es ist zwar durch Bundesrecht bereits klar geregelt, das die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Paragraph 80 SGB III, entsprechend ja auch die Zuständigkeit, vorzieht, aber bisher war es nicht in dem Maße der Fall und so dürfte zukünftig besser geregelt sein, dass die Gemeinden stärker verantwortlich sind für die Qualität, Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit. Mit Gemeinden meine ich natürlich in erster Linie die ört-

lichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Ich weiß, dass dieses für die Kitas nicht nur eine gute Chance bedeutet, sondern möglicherweise auch mit Risiken verbunden ist. Aber das muss man im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung dann vor Ort politisch austragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Beratung im Sozialausschuss sehe ich noch eine Reihe von Fragen und Problemen, die es zu lösen gilt, federführend im Sozialausschuss. Aber auch die mitberatenden Ausschüsse werden sicherlich noch eine Reihe von Punkten zu diskutieren haben. Ich möchte nur mal vier herausgreifen.

Als Erstes bin ich schon der Meinung, dass wir am Paragraphen 21, wo es um die Elternbeiträge geht, besonders im Abschnitt II, noch mal ernsthaft die Frage diskutieren müssen, wer die Elternbeiträge festlegen wird. So, wie es jetzt vorgesehen ist im Gesetz, sind es die Gemeinden oder, wie es auch mehrfach diskutiert wurde, die Landkreise. Überhaupt gilt es, bei der Thematik Elternbeiträge – und da pflichte ich Ihnen ausdrücklich bei, Herr Glawe – noch mal sehr verantwortungsvoll darüber zu reden, welche Auswirkungen das Gesetz auf die Elternbeiträge hat,

(Harry Glawe, CDU: Die Kosten steigen.)

aber bitte schön in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen. Die Hortförderung, die im Paragraphen 5 geregelt ist, ist nach meinem Dafürhalten bezüglich Betreuungsumfang und Bildungsauftrag zumindest noch diskussionswürdig, so, wie es momentan im Paragraphen 5 formuliert ist.

Ich sehe nach wie vor die Aufgabe, noch einmal die Frage zu diskutieren – und nicht nur zu diskutieren, sondern möglicherweise auch noch zu Entscheidungen zu kommen –, wie auch im Gesetz ein deutliches Zeichen gesetzt werden kann bezüglich der besonderen Förderung, der Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien, die vom bisherigen Angebot teilweise nur unzureichend erreicht werden.

Einen letzten Punkt möchte ich ansprechen: Die Entscheidungsgrundlage für das wichtigste Instrument – nämlich für die Leistungsverträge in Paragraph 16 – müsste nach meinem Dafürhalten eindeutig geregelt werden. Die Formulierung des Paragraphen 16 lässt da im Moment sehr vieles offen und das muss auch noch einmal diskutiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das neue Kindertagesstättengesetz für Mecklenburg-Vorpommern – entsprechend der neuen Formulierung dann das Kindertagesstättenförderungsgesetz, da gewöhnen wir uns dann an die neue Abkürzung KiföG – wird eines der modernsten und zukunftsorientierten sein. Es ist jetzt schon gut, aber es wird besser und es wird eines der besten in Deutschland sein, um die uns sehr viele Bundesländer in Deutschland beneiden.

Ich bin auch der Meinung, das neue KiföG passt in die heutige Zeit, denn gerade in Zeiten finanzieller Engpässe muss man in die Zukunft investieren, indem man in die Bildung investiert

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

und dazu gehört natürlich auch die frühkindliche Bildung. Gleichzeitig ist dies nach meiner Meinung der sinn-

vollste Weg der Familienförderung. Während andere Länder bei den Kitas sparen, werden wir in den nächsten Jahren erhebliche Ausgabensteigerungen vornehmen. Waren es in 2002 noch 72,4 Millionen Euro, werden es 2008 circa 92 Millionen Euro sein.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Hat das was mit Geburtenrate zu tun?)

In sechs Jahren ein Zuwachs von 20 Millionen Euro und von diesen 20 Millionen Euro, Herr Glawe, der größte Anteil durch Dynamisierung und durch die zusätzlichen 7 Millionen Euro.

Ich hoffe, dass die Kommunen dann auch finanziell in der Lage und auch politisch dazu bereit sind, ihren entsprechenden Beitrag zur Gesamtfinanzierung der Kitas zu leisten, denn man muss sich mal vorstellen, im Gesamtsystem Kindertagesstättenfinanzierung stecken zurzeit 270 Millionen Euro. Es ist also nicht nur das Land gefordert, auch alle anderen müssen ihren Beitrag leisten, damit wir insgesamt hier für die Zukunft dann auch die entsprechenden qualitativen Schritte noch vollziehen können. Denn, das will ich auch sagen, trotz vieler positiver Aspekte des neuen Gesetzes kann dies auch nur ein Schritt in die richtige Richtung sein. Weitere wichtige Schritte, Herr Glawe, da sind wir uns vermutlich einig, müssen in den nächsten Jahren folgen in Abhängigkeit der finanziellen Möglichkeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München Professor Dr. Wassilios E. Fthenakis hat im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ein Gutachten mit dem Titel "Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland" erstellt. In diesem Gutachten deckt Herr Fthenakis schonungslos die Defizite der Kinderbetreuung in Deutschland auf. Sein vernichtendes Urteil: Im europäischen Vergleich ist Deutschland bei der Kinderbetreuung ein Entwicklungsland. Diese Einschätzung trifft auf unser Land nur zum Teil zu, denn schließlich ist das quantitative und zum Teil auch das qualitative Kita-Angebot in Ostdeutschland - auch in Mecklenburg-Vorpommern – bereits jetzt europäische Spitze. Es ist also völlig unstrittig, dass wir hier in Deutschland eine sehr unterschiedliche Kita-Landschaft haben.

Was müsste in den nächsten Jahren noch getan werden? Welche Ziele sollten wir weiter gemeinsam verfolgen? Das sind aus meiner Sicht im Wesentlichen vier:

Als Erstes geht es darum, dass wir auch zukünftig nicht aus dem Auge verlieren dürfen, dass eine qualifizierte Bildungsarbeit entsprechend unseren Ansprüchen nur in kleineren Gruppen als bisher möglich sein dürfte.

Zweitens. Wir müssen investive Mittel bereitstellen für die Sanierung von Kitas.

(Harry Glawe, CDU: Nicht doch, nicht doch, Herr Borchert!)

Damit meine ich natürlich ausdrücklich nicht nur das Land.

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie doch jahrelang nicht gemacht!)

Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Die ganzen Millionen haben Sie vor drei Jahren gestrichen, Herr Kollege.) Herr Glawe, ich stelle fest, und Sie werden sicherlich nicht widersprechen, dass es bei den Kindertagesstätten unseres Landes nach wie vor einen großen Nachholbedarf gibt in der Sanierung.

(Harry Glawe, CDU: Das war doch noch unter Bunge und Azzola.)

Könnten Sie dem zupflichten oder nicht? Ich vermute mal, ja.

(Harry Glawe, CDU: Streichung von Investitionen für Kitas im Landeshaushalt, auf null!)

Drittens. Es geht um Qualifizierung der Ausbildung für Erzieher. Und ich weiß nicht, inwieweit Ihnen das inzwischen bekannt ist, einen weiteren wichtigen Schritt auf diesem Weg beginnt jetzt die Neubrandenburger Fachhochschule, wo der erste Studienzweig für ein Erzieherstudium vorbereitet wird. Ich halte es für einen außerordentlich bemerkenswerten und wichtigen Schritt, denn Ziel muss es sein, dass es zukünftig zwei Ausbildungswege gibt – entweder Hochschulstudium, wie es in Europa fast durchgängig der Fall ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

oder eine Erzieherausbildung, zu der auch Realschüler Zugang hätten. Optimal wäre es praktisch, wenn wir beide Ausbildungswege hätten, und optimaler wäre es dann noch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Optimaler?)

wenn dann beide mit einer entsprechenden Ausbildung gemeinsam in einer Kindergartengruppe die Bildung, Erziehung und Betreuung sichern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie ist die Steigerung von "optimal"?)

Familienministerin Renate Schmidt fordert demzufolge aus meiner Sicht völlig zu Recht eine einheitliche Erzieherausbildung an den deutschen Hochschulen. Das wird in den nächsten Jahren für alle Parteien, die es wirklich ernst meinen mit frühkindlicher Bildung und Erziehung, eine richtige Herausforderung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Ende doch noch ein Zitat des von mir durchaus geschätzten Herrn Fthenakis: "Kinder müssen wichtiger werden, wichtiger als neue Kreuzungen, Straßen oder Bürogebäude, für die auch immer Geld bereitsteht." Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt von den Antworten ab, die wir heute den Eltern und ihren Kindern geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Renz?

Rudolf Borchert, SPD: Selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Renz, fragen Sie.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Borchert, Sie haben ausgeführt, dass 7 Millionen Euro zusätzlich für frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt werden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch mal ganz konkret sagen können, für welchen Altersbereich das zutrifft.

Rudolf Borchert, SPD: Diese Mittel werden in erster Linie konzentriert auf das letzte Kindergartenjahr. Das ist also völlig unstrittig, das haben wir ja auch mehrfach erklärt. Ich gehe aber davon aus, dass zum Beispiel die Arbeit der Fachberater, die ja auch über diese 7 Millionen Euro finanziert werden, selbstverständlich bei ihrer Arbeit die gesamte Einrichtung im Blick haben. Von daher gibt es eine Reihe von Synergieeffekten.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich kann das nicht genau beziffern, aber ich gehe mal davon aus, dass die 7 Millionen Euro nicht nur ausschließlich und direkt in das letzte Kindergartenjahr fließen werden. Allerdings erwarten wir ja alle, Herr Renz, noch die genauen Ausführungen. Wir wissen, laut Gesetz ist vorgesehen, dass es dazu noch eine Verordnung geben wird. Das werden wir uns sicherlich vordringlich im Sozialausschuss auch noch genauer angucken, wie dann exakt die 7 Millionen Euro eingesetzt werden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Rudolf Borchert, SPD: Ja, gerne.

**Torsten Renz**, CDU: Kann ich davon ausgehen, dass also auch ein beträchtlicher Anteil dieser 7 Millionen Euro zum Beispiel in den Altersbereich von 3 bis 5 fließen wird?

(Angelika Gramkow, PDS: Nein.)

Rudolf Borchert, SPD: Nein, das habe ich eben deutlich gesagt. Wir werden die Mittel konzentrieren, logischerweise – das wird ja auch von Fachleuten überhaupt nicht in Frage gestellt – auf das letzte Jahr vor Schulbeginn. Dem habe ich auch nichts mehr hinzuzufügen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das weiß doch Herr Renz auch.)

Ich nahm eigentlich an, unter Fachleuten ist das unstrittig. Ich gehe mal davon aus, dass Sie das auch so mittragen.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

(Kerstin Fiedler, CDU: Oh, schade!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Borchert.

(Harry Glawe, CDU: Wann kriegen wir denn den Hochschullehrstuhl?)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute oft über die Zukunftsfähigkeit dieses Landes gesprochen und die Aussagen, die dazu getroffen wurden, würden uns selbst Lügen strafen, wenn wir nicht bei den Kleinsten in unserer Gesellschaft, bei den Jüngsten in unserem Lande anfangen und sie zu Hauptpersonen des Handelns machen. Dieser Gesetzentwurf macht deutlich, in Bildung und Erziehung gehen wir konsequent von den sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen aus. Der Gesetzentwurf, der von der Sozialministerin hier eingebracht wurde, ist ein Gesetz für die Kinder. Wir haben mit diesem Gesetzentwurf das Mecklenburg-Vorpommern von morgen im Blick.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die PDS hat in dieses Gesetzvorhaben viel Engagement und Herzblut gelegt,

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt.)

denn Bildung und Erziehung im frühesten Kindesalter bedeutet für uns den Umgang mit einem ganz besonderen Schatz. Wir haben im Vorfeld dieses heutigen Tages, der durchaus, streckenweise hat man ja nicht den Eindruck, aber der durchaus eine große Stunde in diesem Parlament ist – immer wenn ein Kindertagesstättengesetz einem Parlament vorgelegt wird, ist das eine große Stunde -, im Vorfeld dieser heutigen Debatte haben wir viele Gespräche, die PDS-Fraktion in den letzten Wochen und Monaten allein über 150 Gespräche, im Land durchgeführt. Und eins soll an dieser Stelle seitens der PDS-Fraktion noch mal ganz klar und deutlich betont werden: In unseren Kindertagesstätten, ob den Krippen, den Kindergärten oder auch den Horten, wird eine großartige warmherzige und fürsorgliche Arbeit im Interesse der Kinder geleistet und dafür möchten wir recht herzlich danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Es ist immer wieder in den Gesprächen betont worden, wir machen doch eine gute Arbeit, warum wollt ihr etwas verändern, und zugleich, das war das Widersprüchliche an der Diskussion, ist immer gesagt worden, es muss dennoch etwas geändert werden, nämlich, sichert und verbessert die qualitativen Standards in der Betreuung! Sichert sie zumindest oder verbessert sie noch mehr, die Erzieherin-Kind-Relationen –

(Torsten Renz, CDU: Und, haben Sie das getan? – Harry Glawe, CDU: Sie haben doch erst mal die Standards rausgenommen.)

dazu sage ich dann noch was, was da rausgekommen ist –, und gebt uns eine Vergleichbarkeit in der pädagogischen Arbeit.

(Torsten Renz, CDU: Durch unseren Druck sind die Standards doch erst wieder reingekommen.)

Viele Erzieherinnen haben gesagt, wir möchten nur wissen, wo wir stehen. Wir gehen berechtigterweise davon aus, dass wir gute Arbeit leisten. Wir möchten aber gern wissen, wo wir stehen. Und wenn wir uns mit Kollegen und Eltern verständigen, dann möchten wir verschiedene pädagogische Konzepte auch abgleichen können und möchten einfach Anhaltspunkte für die Qualität unserer eigenen Arbeit haben.

(Torsten Renz, CDU: Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Zum Beispiel in Wesenberg in einer DRK-Einrichtung, fällt mir jetzt so ad hoc ein auf diesen Zwischenruf von Ihnen, Herr Renz.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es ist uns gesagt worden, schafft Rahmenbedingungen, die so sind, dass wir verbesserte Vor- und Nachbereitungszeiten haben, um mit den Kindern intensiver und wirkungsvoller arbeiten zu können.

(Torsten Renz, CDU: Haben die denn auch einen Rahmenlehrplan gefordert?)

Gebt uns Zeit für Elternarbeit!

(Torsten Renz, CDU: Wie haben die denn geplant? Vier Stunden à fünf Tage? – Harry Glawe, CDU: Haben Sie dafür mehr Mittel bereitgestellt? Nein.) Löst vor allen Dingen, das ist hier auch angesprochen worden, diese beklagenswerte Regelkostenverordnung ab und schafft Verlässlichkeit und Planbarkeit. Diese Dinge haben wir aufgenommen und haben überlegt, wie können sie umgesetzt werden,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben bei der Anhörung wohl teilweise gefehlt, ne?!)

und haben diese Empfehlungen auch bei uns in der Fraktion diskutiert – in Rostock öffentlich im Juni – und haben zugesichert, dass wir mit Ernsthaftigkeit herangehen wollen seitens der PDS, wenn der Entwurf vorliegt, über diese Dinge zu sprechen und dafür zu sorgen, dass sie Gesetzeskraft erhalten.

Nun war die Frage, was ist denn dabei herausgekommen. Ich denke, in viererlei Hinsicht stärken wir die Rechte und das kann sich sehen lassen.

(Harry Glawe, CDU: Der Gutschein der PDS war das erste Thema.)

Ein solcher Gesetzesentwurf, der von Frau Dr. Linke vorgelegt wurde, macht mich stolz, weil er erstens die Rechte der Kinder stärkt. Die Kinder sind die Hauptpersonen, habe ich gesagt, und das zeigt sich ganz klar, dass in diesem Gesetz die Rahmenbedingungen und der Anspruch auf die frühkindliche Bildung und Erziehung gestärkt wird und der Rahmenplan

(Harry Glawe, CDU: Wo ist er?)

nach unserer Kenntnis

(Harry Glawe, CDU: Wo ist er denn? Ich habe noch keinen gesehen.)

noch Mitte Dezember vorliegend,

(Harry Glawe, CDU: Dann muss er noch diskutiert werden.)

ist für uns auch in der frühkindlichen Erziehung und Bildung ein ganz zentraler Punkt und ein besonderer Punkt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Frau Ministerin, ist der fertig?)

weil das immer so mit einem Geschmäckle behaftet ist,

(Torsten Renz, CDU: Kriegen wir die denn auch als Opposition, die Rahmenpläne? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

ihr gebt ja die Mittel, ihr gebt die Ressourcen nur ins letzte Jahr vor der Schule! Wissen Sie, viele Eltern, noch mehr Erzieherinnen haben gesagt, es gibt zwei ganz sensible Punkte in der frühkindlichen Erziehung und Bildung und darauf müsst ihr Acht geben. Das ist einmal der Übergang von der Krippe in den Kindergarten und das ist zum anderen der Übergang vom Kindergarten in die Schule.

(Harry Glawe, CDU: Dann Lehre, dann Beruf, dann Hochzeit. Genau so ist es.)

Stärkt diese Bereiche und verbessert qualitativ und pädagogisch genau diese Segmente in der frühkindlichen Erziehung und Bildung! Und genau das machen wir mit dem Ziel, wir werden deswegen unsere Visionen nicht aufgeben, sondern mit dem Ziel, auch auf die anderen Bereiche auszustrahlen. Im Übrigen, was für die Älteren, die Großen in der Gruppe sozusagen, die im Kindergarten im letzten Jahr vor der Schule sind, gut ist und ihre Entwick-

lungsfähigkeiten stärkt, ist für die Kleinen in der Gruppe keineswegs schlechter,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

sondern da gibt es auf alle Fälle immer Effekte,

(Harry Glawe, CDU: Aber Sie nehmen doch Ihren eigenen Anspruch zurück, Herr Koplin.)

denn am besten lernen Kinder doch auch voneinander. Kinder lernen doch auch voneinander.

(Harry Glawe, CDU: Sie bleiben hinter Ihrem eigenen Anspruch zurück! – Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie jetzt von heterogenen Gruppen, ja?)

Was ganz wichtig ist und was ich hier noch mal hervorheben möchte,

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie jetzt von heterogenen Gruppen? – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

trotz dieser Zwischenrufe, die mich ablenken sollen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS – Torsten Renz, CDU: Nein, nein. – Harry Glawe, CDU: Nein.)

vermute ich, ist der Punkt, dass mit diesem Gesetz die Gesundheitssituation der Kinder eine besondere Beachtung findet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Renz, CDU: Wenn Sie heterogene Gruppen meinen, dann wird das schwierig, das herauszuziehen.)

Ich halte das für ungeheuer wichtig, denn immer wieder und zu Recht beklagen wir doch einen Zustand, wo wir sagen, Kinder ernähren sich oftmals falsch oder werden falsch ernährt,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Werden falsch ernährt.)

Kinder leiden unter Bewegungsmangel.

(Karsten Neumann, PDS: Ja, die im Krankenhaus liegen. – Harry Glawe, CDU: Ja. Da gab es eine Konferenz vor kurzem.)

Und da Abhilfe zu tun, ohne zu dirigieren und anzuweisen,

(Harry Glawe, CDU: Der Landessportbund war da. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

sondern Rahmenbedingungen ganz behutsam und sensibel zu schaffen, wo der Gesundheitsstatus der Kinder beachtet wird, das ist eine ganz großartige Sache und sucht in der Bundesrepublik seinesgleichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir stärken mit dem Gesetz die Rechte der Eltern, zum einen mit der Wahlfreiheit. Es ist immer wieder gesagt worden, wir wollen unser Leben selbstbestimmt organisieren als Familie. Dazu gehört auch, dass wir selbst festlegen, in welche Einrichtung unser Kind geht. Diese Sache hat natürlich eine Kehrseite, die muss auch beachtet werden, denn viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, gerade vom flachen Land, aus den kleinen Gemeinden, sind in Sorge, dass sich dieser Effekt, der einerseits posi-

tiv für die Familien ist, ins Gegenteil für das Leben in einer Gemeinde entwickeln kann. Insofern müssen wir noch mal sorgfältig darauf achten und abwägen. Dazu ist ja dann auch die Behandlung in einer Zweiten Lesung letztendlich hier, aber auch im Sozialausschuss notwendig.

(Karsten Neumann, PDS: Der CDU fehlt die frühkindliche Erziehung, die schwatzen immer dazwischen. – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wir stärken auch die Rechte der Eltern in Bezug auf die Mitwirkung, nämlich dass sie die pädagogischen Konzepte mitentwickeln und Einfluss nehmen können auf das Geschehen und die Arbeit des Trägers selber. Ob das so umfänglich sein muss, wie das im Gesetz steht, das müssen wir noch mal hinterfragen und dazu auch den Rat der Expertinnen und Experten einholen.

Drittens. Wir stärken die Rechte der pädagogischen Fachkräfte, gerade in Bezug auf Vor- und Nachbereitungszeit, gerade in Bezug auf Weiterbildung. Ich würde, Herr Renz, die fünf Tage nicht gering schätzen. Das ist immerhin noch mehr, als wir bislang haben.

Viertens. Wir stärken die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung. Das ist auch ein zweischneidiges Schwert. Viele verbinden das mit Sorgen,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

aber gleichwohl wird immer gesagt,

(Harry Glawe, CDU: Das ist Kita-Betreuung nach Kassenlage, Herr Kollege.)

wir möchten und wir können doch nur am besten selbst vor Ort entscheiden, was für uns gut und richtig ist in der Kita-Landschaft.

(Beifall Karsten Neumann, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Wollt ihr aus dem Schloss sagen, was günstig ist für uns in der Kita-Landschaft vor Ort? Das können wir am besten doch selbst einschätzen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Sorge ist natürlich, dass es zu Auseinandersetzungsprozessen kommt, denen man vielleicht im ersten Moment nicht gewachsen scheint.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Der Abgeordnete Torsten Renz bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Aber ich denke, in einigen Jahren wird man dieses Gesetz und die Bedeutung dieses Gesetzes – vielleicht im Anschluss, Herr Renz, wenn das jetzt eine Anfrage sein sollte –,

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

insbesondere die Bedeutung dieses Gesetzes genau daran festmachen, dass man sagt, ihr habt uns mehr Rechte für die Kommune eingeräumt.

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

Nun ist die Frage aber: Ist das mit dem Geld auskömmlich? Ich nehme mal zum Anlass die Betrachtungsweise der Liga der Wohlfahrt, wo ja ein Träger geklagt hat zur Regelkostenverordnung. Und in dem Zusammenhang ist 1997/98 gesagt worden, das Geld reicht nicht, wir haben eine chronische Unterfinanzierung in der Kita-Landschaft. Da haben wir nachgefragt und uns ist gesagt worden, es

gäbe Daten und man hätte das durchgerechnet, 10 bis 15 Prozent Unterfinanzierung wären zu attestieren.

(Harry Glawe, CDU: Das liegt doch an der Landesregierung, die gesagt hat, ...)

Wenn ich daraus mal das arithmetische Mittel nehme und sage, von 65 Millionen Euro hätten wir eine Unterfinanzierung von 12 Prozent und schlage rauf diese 12 Prozent und dynamisiere, da können Sie mitrechnen, Herr Glawe, ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte.

Liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, kurze Zwischenrufe beleben die Debatte, aber dauernde Untermalung stört. Es ist noch ausreichend Redezeit vorhanden. Also was zu sagen ist, kann gesagt werden.

(Harry Glawe, CDU: Na, ich meine, man muss doch wenigstens mal die Regelkosten erklären können.)

Bitte, das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin und ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Torsten Koplin, PDS: Danke.

Ich kenne ja Herrn Glawe als einen lebhaften Diskutanten. Es ist ja insofern auch anregend, aber Ihrer Aufforderung möchte ich jetzt nicht nachkommen, die Systematik der Regelkosten jetzt noch zu erklären.

(Harry Glawe, CDU: Da gibt es doch auch noch eine zweite Berechnungsmethode.)

Mir geht es nur um die absoluten Summen, Herr Glawe, weil beklagt wurde, sie wären nicht ausreichend. Wenn ich jetzt noch mal ansetze und sage, die 65 Millionen Euro 1998 wären, ich unterstelle das mal, wirklich mit 10 bis 15 Prozent nicht ausreichend gewesen, und schlage eben diese 10 bis 15 Prozent auf, dynamisiere mit 2 Prozent und schaue mir an, was wir nächstes Jahr und übernächstes Jahr dann in diesem Bereich insgesamt haben, dann, muss ich Ihnen sagen, dürfte dieses Argument so nicht mehr stehen. Gleichwohl müssen wir auf die Details achten, gleichwohl müssen wir auf die Auswirkungen für die Kommunen und für die Eltern achten. Dazu sind wir auch in der Verantwortung und in der Pflicht.

Ich möchte etwas sagen zu den pädagogischen Standards, weil das ja gefragt wurde, sind die denn nun im Gesetz. Sie können nachlesen, wenn Sie das bis heute zur Ersten Lesung noch nicht getan haben, im Gesetzentwurf sind die pädagogischen Standards fixiert.

(Harry Glawe, CDU: Wo steht das?)

Was uns sehr am Herzen liegt, wir haben geworben und wir haben dafür gekämpft, ein kostenfreies Vorschuljahr. Ich sage Ihnen, ich schäme mich heute nicht der Regelung, die da drinsteht. Wir haben eine Vision gehabt, Kostenfreiheit vom ersten Tage an in der frühkindlichen Erziehung und Bildung, und zwar komplex, und haben dafür mit unserem Wort gestanden

(Torsten Renz, CDU: Im Regen.)

und haben diese Gutscheine ausgereicht.

(Harry Glawe, CDU: Und, sind Gutscheine eingelöst worden?)

Auch im Regen gestanden, bei Wind und Wetter.

(Torsten Renz, CDU: Die Eltern stehen jetzt im Regen.)

Wir haben dieses Angebot unterbreitet und eine Möglichkeit gesehen, dieses Versprechen so einzulösen. Denjenigen, denen wir es versprochen haben, die haben uns aber gesagt in der Anhörung, dass wir, wenn wir es den Kindern zugute kommen lassen sollen,

(Harry Glawe, CDU: Ich hab noch einen da, ich kann Ihnen einen mitbringen.)

doch nicht den Umweg über sie gehen, sondern es gleich und zweckgebunden für die frühkindliche Erziehung und Bildung in die Einrichtung zu geben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Harry Glawe, CDU – Karsten Neumann, PDS: Bringen Sie uns den noch mal vorbei! – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich denke, es ist ein Akt der Souveränität zu sagen, wir ziehen nicht unsere Wünsche und unsere Vorstellungen einfach eins zu eins durch, sondern wir hören auf die Menschen in diesem Lande.

> (Beifall bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das unterscheidet uns. – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Außer beim Landespflegegesetz.)

Wenn wir das gemacht haben, dann kann ich zugleich auch voller Stolz sagen, bessere pädagogische Standards in diesem Segment – ich bin gleich fertig – des Alters und eine verbesserte Qualität von Bildung und Erziehung haben ihren Preis. Diesen Mehrpreis stellen wir den Eltern nicht in Rechnung. Insofern hat unser Gutschein nach wie vor Werthaltigkeit,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und zwar 50 Euro pro Kind und Monat. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie noch die Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz? (Zustimmung)

Bitte, Herr Renz, fragen Sie.

**Torsten Koplin**, PDS: Also, wenn ich sie beantworten kann, gerne.

**Torsten Renz**, CDU: Ja, ich habe fast die Frage vergessen aufgrund der Dynamik zum Schluss.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Herr Koplin, Sie haben ausgeführt hinsichtlich der Zusammensetzung einer Kindergartengruppe, dass die Jüngeren ja auch von den Älteren profitieren werden.

Torsten Koplin, PDS: Ja.

**Torsten Renz**, CDU: Meine Frage ist jetzt, weil unsere Befürchtungen gerade in den ländlichen Bereich gehen, wenn wir dort jetzt eine Gruppe haben, bestehend aus 18 Kindern, könnten Sie dann bitte dem Parlament erklären, wenn dieser Vorschulunterricht fünf Tage in der Woche à vier Stunden laufen soll,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist kein Unterricht.)

wie das dann organisatorisch vonstatten geht?

Ich hätte dann im Anschluss noch eine zweite Frage.

**Torsten Koplin**, PDS: Okay. Ich will mir Mühe geben. Ich knüpfe an, an das, was Herr Borchert gesagt hat.

(Siegfried Friese, SPD: Keine Verschulung.)

Es geht hier nicht um Verschulung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Insofern wird das Rahmenkonzept, das erstellt wird, Auskunft geben, in welcher Art und Weise verbindlich in diesem Land als Grundlage, die pädagogischen Konzepte der Träger werden darauf aufsetzend sein, wie dieses pädagogische Konzept umzusetzen ist. Homogene Gruppen, also nur Vorschulgruppen,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

sind nicht in unserem Sinne. Ich sage Ihnen das ganz klar, das Rahmenkonzept muss so gesteckt sein, dass wir die heterogenen Gruppen erhalten können. Deswegen die Verstärkung der Mittel, denn es ist aus unserer Sicht kontraproduktiv, wenn die Kindergruppen gerade in den kleinen Einrichtungen auseinander gerissen werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Rudolf Borchert, SPD)

Eine Konkretisierung dieser Betrachtung bitte ich dann, dass ich die vornehmen kann, aus Sicht der PDS im Ausschuss und anhand des Rahmenplanes, der dann kommt, denn der Rahmenplan muss über dieses Konzept Auskunft geben. Solange ist das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, erst mal meine Meinung dazu.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie jetzt noch eine Anfrage?

Torsten Koplin, PDS: Ja, selbstverständlich.

(Karsten Neumann, PDS: Ach, wo wir schon mal dabei sind, dem Kollegen seine Fragen zu beantworten.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Renz, fragen Sie.

**Torsten Renz**, CDU: Bevor ich zum zweiten Punkt komme, würde ich dann doch ganz gerne das eben noch mal wiederholen. Sie haben also, das ist für mich jetzt völlig neu, mitgeteilt, ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, bitte Fragen stellen.

**Torsten Renz**, CDU: Ich frage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Vorschulunterricht in heterogenen Gruppen durchgeführt werden soll und auch in diesem Rahmen dann der Rahmenlehrplan greifen soll? Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Andreas Bluhm, PDS: Gar keinen Unterricht.)

**Torsten Koplin**, PDS: Ja. Erstens, der kann in heterogenen Gruppen, er kann aber auch – bei großen Einrichtungen wird das generell so sein – in homogenen Gruppen durchgeführt werden. Näheres regelt das Rahmenkonzept. Damit werden wir uns noch befassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Das kennen wir ja noch nicht! – Gabriele Schulz, PDS: Und es ist kein Unterricht.)

Ich möchte jetzt nicht dieser Fachdiskussion hier vorgreifen in der Ersten Lesung. – Ich bedanke mich recht herzlich

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

**Torsten Renz**, CDU: Ich hatte um eine zweite Frage gebeten zum zweiten Themenkomplex.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie noch die zweite Frage?

**Torsten Koplin**, PDS: Ich dachte, das war die zweite, aber ich stelle mich gern Ihren Fragen.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Renz, stellen Sie die zweite Frage.

Torsten Renz, CDU: Mein zweiter Schwerpunkt zielt noch einmal ab auf die Kostenbeteiligung der Eltern. Können Sie hier heute an dieser Stelle ausschließen, dass in den nächsten zwölf Monaten nach In-Kraft-Treten des Gesetzes eine Erhöhung auf die Elternbeiträge kommen wird, die nicht über zehn Prozent liegen wird?

(Karsten Neumann, PDS: Natürlich nicht.)

**Torsten Koplin**, PDS: Also ich gebe keine Weissagungen ab. Das wäre unredlich.

(Unruhe bei Karsten Neumann, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Was ich Ihnen sagen kann und was ich betonen möchte, ist, dass in dem vorschulischen Jahr für die enorme Verstärkung der Standards in der pädagogischen Arbeit für diesen Teil niemand mehr zahlen muss in diesem Land, denn dafür sind die Mittel zweckgebunden für die Bildung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Kollege Glawe, ich bin schon etwas verwundert gewesen über Ihre Aussage, dass die CDU eigentlich keinen Novellierungsbedarf sieht, nur hinsichtlich der Finanzierungsregelungen einen Änderungsbedarf. Ich gehöre zu den Abgeordneten, die in unterschiedlichen Funktionen in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Novelle des Kita-Gesetzes zu tun hatten, und immer wieder standen die Finanzierung, die Fort- und Weiterbildung, die Anspruchsberechtigung, Öffnungszeiten und Gruppengrößen im Mittelpunkt. Und, Herr Kollege Glawe, wir haben beide in der vergangenen Legislaturperiode häufig genug in Gesprächsrunden gesessen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wo auch die CDU-Fraktion in verschiedenen Punkten, die ich eben aufgezählt habe, Novellierungsbedarf gesehen hat. Da war ich eher diejenige, die gesagt hat, lasst uns eine vernünftige Finanzierungsregelung finden, dann kommen wir schon ein Ende weiter.

(Torsten Koplin, PDS: Stimmt, da hat sie Recht.)

Dass Sie sich jetzt hier heute hinstellen und sagen, die CDU wollte ja eigentlich das Kita-Gesetz gar nicht aufmachen und nicht novellieren, da bin ich schon mehr als verwundert, muss ich sagen.

> (Harry Glawe, CDU: Wir haben ja sogar einen Antrag zum alten Gesetz gebracht. Schon vergessen, Frau Dr. Seemann? Zum Anspruch ab dem dritten Lebensjahr.)

Ich habe jetzt von der vergangenen Legislaturperiode gesprochen, wo Sie das Gesetz schon novellieren wollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem meine Vorrednerinnen und Vorredner umfassend auf die Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die Bildung und Erziehung der Kinder und auf Finanzierungsfragen eingegangen sind, gestatten Sie mir, dass ich auf einen weiteren, mir ebenso wie die pädagogische Förderung und die Finanzierung wichtigen Aspekt einer funktionierenden Kinderbetreuung eingehe, auf die damit verbundene Unterstützung der individuellen Lebensplanung und die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt beziehungsweise von Familie und Beruf, und zwar für beide Elternteile.

Nur wenn die Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung zur Verfügung steht, ist es den Müttern und Vätern möglich, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen und gleichzeitig ihren familiären Verpflichtungen nachzukommen. Die jungen Menschen in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern wollen durch eigenständige Erwerbstätigkeit ihre Existenz sichern und dabei aber nicht auf Kinder, auf eine Familie verzichten. Das hat die Shell-Studie verdeutlicht. Das hat auch eine von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie zur Lebensplanung von Mädchen und Jungen aus dem Jahre 1998 gezeigt. 73 Prozent der Befragten gaben an, dass zu den notwendigen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein ausreichendes Angebot von Krippen- und Kindergartenplätzen zählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich betone, dass in der heutigen Zeit die Erziehung und Betreuung der Kinder Aufgabe beider Elternteile ist, so werden einige von Ihnen vielleicht denken, das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Im Denken mag das auch der Fall sein, in der Realität leider nicht. Es ist auch in den neuen Bundesländern Tatsache, dass die Verantwortung für die Kinderbetreuung zum großen Teil bei den Müttern liegt. Beredte Zeugnisse hierfür sind, dass von denjenigen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, weit über 90 Prozent Frauen sind, und auch die Elternzeit zu über 98 Prozent von Frauen in Anspruch genommen wird. Umso wichtiger ist es, durch eine quantitativ ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung jungen Frauen und Familien Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu geben, denn nur wenn Eltern die Gewissheit haben, dass ihre Kinder gefördert und gut versorgt werden, ist es ihnen auch möglich, berufstätig zu sein.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kommt die Landesregierung dieser Aufgabe nach. Es bedarf schon einer gewaltigen Kraftanstrengung, wenn trotz der finanziellen Situation des Landes – und darüber haben wir ja heute

Morgen ausreichend gesprochen – zusätzliche Mittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt werden, und das sollte man, denke ich, auch entsprechend mal anerkennen.

# (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich begrüße es außerordentlich, dass die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen zu den Mindestöffnungszeiten der Kindertagesstätten auch im vorliegenden Entwurf der Landesregierung beibehalten werden, wofür ich mich während der Erarbeitung des Gesetzentwurfes auch vehement eingesetzt habe. Gerade in unserem ländlich strukturierten Bundesland ist es außerordentlich wichtig, dass die Kindertagesstätten ausreichende Öffnungszeiten haben, denn zu der normalen Arbeitszeit der Eltern kommen häufig lange Fahrzeiten hinzu. Dies ist meines Erachtens auch kein neuer Standard, der Konnexität nach sich zieht, wie das in der öffentlichen Diskussion der letzten Monate von einigen wiederholt behauptet wurde. Die Regelung zu den Öffnungszeiten ist auch im derzeit geltenden Kita-Gesetz enthalten.

#### (Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich hoffe, hier wird es in der weiteren parlamentarischen Beratung auch keine Veränderungen geben. Im Übrigen begrüße ich es auch, dass angesichts der Fläche konkrete Regelungen zur Tagespflege getroffen werden sollen. Ich bin zwar nicht der Meinung, und das betone ich ausdrücklich, dass Tagespflege die Betreuung in Kindertagesstätten ersetzen sollte,

(Harry Glawe, CDU: Das gibt es doch heute auch schon.)

aber angesichts der dünnen Besiedlung und auch aufgrund individueller Erfordernisse, Krankheit oder auch Arbeitszeiten halte ich die Tagespflege für dringend erforderlich.

Wenn wir eine verbesserte Bildung und Förderung der Kinder als Beitrag zur Chancengleichheit sehen, so gehört dazu auch eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung der in der Kinderbetreuung Tätigen. Ich habe mich im bisherigen Verfahren dafür eingesetzt, dass diese Möglichkeit auch den Tagesmüttern eröffnet wird, also nicht nur denjenigen, die in der Kindertagesstätte beschäftigt sind. Das entspricht auch dem Wunsch vieler in der Tagespflege Tätiger, wie ich vom Verband der Tagesmütter erfahren habe. Inwieweit eine Verpflichtung zur Fort- und Weiterbildung der Tagesmütter sich in der Praxis realisieren lässt, sollte meines Erachtens auch noch mal im Zuge der Ausschussberatungen mit geprüft werden.

#### (Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass eine intakte Kinderbetreuungsinfrastruktur ein Standortvorteil für Mecklenburg-Vorpommern ist. Das Land braucht sich hier nicht zu verstecken, im Gegenteil, wir sollten offensiver auch mit diesem Vorteil werben. Es sind vor allem junge Frauen und Mädchen, die mangels Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unser Bundesland verlassen. Mit ihnen gehen zukünftige Bürgerinnen und Bürger. Viele von ihnen, das konnte ich in Gesprächen mit Rückkehrerinnen erfahren, wird der Vorteil der ausgebauten Kindertagesstätten erst dann bewusst, wenn sie in den alten Bundesländern eine Familie gründen.

Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Erst so wird es möglich, dass Väter und Mütter Beruf und Familie vereinbaren können und damit in Mecklenburg-Vorpommern eine Lebensperspektive für sich und ihre Kinder sehen. Nicht vergessen sollten wir auch, dass die durch die Kinderbetreuung gegebene Möglichkeit der Erwerbstätigkeit beider Elternteile, also auch junger Mütter, eine Entlastung der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungsträger bedeutet, wie ein Gutachten, basierend auf Daten des Soziooekonomischen Panels des Bundesfamilienministeriums, zeigt. Wir investieren also nicht nur in Kinderbetreuung, sondern haben hierdurch auch ökonomische Vorteile.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe in den Ausschüssen auf konstruktive Beratungen und bitte Sie, meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, während der Beratungen auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit im Auge zu behalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/864 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Europaausschusses zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 10.09.2003 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Zusammenarbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Drucksache 4/734, auf Drucksache 4/886.

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Europaausschusses zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 10.09.2003 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS Zusammenarbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Pommern

- Drucksache 4/734 -
- Drucksache 4/886 -

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete und Ausschussvorsitzende Herr Krumbholz.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, ich bitte doch mehr um Aufmerksamkeit.

Bitte, Herr Krumbholz.

**Bodo Krumbholz**, SPD: Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen liegt auf Drucksache 4/886 die Beschlussempfehlung und der Bericht des Rechts- und Europaausschusses zur Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern vor, weshalb ich hier gerade anlässlich der Beratung über den Tagesordnungspunkt die Gelegenheit ergreifen möchte, zum Inhalt und zu den Rahmenbedingungen der beiliegenden gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Regionalparlament der Woiwodschaft Pommern und unserem Landtag Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren, anlässlich der Präsentation der Euroregion Pomerania ging am Donnerstag vergangener Woche der Staatssekretär Freund auf das deutschpolnische Verhältnis ein und darauf, dass dieses Verhältnis Belastungen durch die Diskussion um das so genannte Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ausgesetzt ist. Ich meine daher, man kann, wenn man darüber berät, ob man mit einem ausländischen Parlament zusammenarbeiten will, und erst recht, wenn es sich um ein Regionalparlament aus der Republik Polen handelt, nicht einfach routinemäßig diesen Tagesordnungspunkt abarbeiten, sondern sollte ein paar Momente verharren und über die deutsch-polnischen Beziehungen nachdenken. Nicht erst der legendäre Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt am Warschauer Ghettodenkmal vor 33 Jahren oder die genau zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen von Ministerpräsident Jerzy Karol Buzek verkündete Versöhnungsgeste, dass in Warschau ein Platz nach Willy Brandt benannt wird, zeugen davon, dass das deutsch-polnische Verhältnis mit besonderem Fingerspitzengefühl angefasst werden muss. In Europa ist gerade die Beziehung Deutschlands zu Polen symbolisch und die Beziehung lebt von Symbolen.

Vergleicht man den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 2003 mit der Situation im Jahr der Deutschen Einheit, lässt sich unschwer feststellen, dass das Profil und die Probleme des bilateralen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen einen ganz neuen Charakter bekommen haben. Wurde damals das deutsch-polnische Verhältnis noch von den inneren und äußeren Aspekten der Erlangung der Deutschen Einheit dominiert, so wird dieses Verhältnis jetzt von einer Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Zugehörigkeit zu den selben Bündnissen wie der NATO und bald auch der Mitgliedschaft in der EU getragen. Allerdings verweisen Missstimmungen und Diskussionen wie um das Vertriebenenzentrum darauf, so, wie es der frühere Außenminister Borislaw Geremek ausgedrückt hat, dass die Beziehungen weiterhin einer dauerhaften Pflege bedürfen und noch weit von einer Normalität entfernt sind. Polen und Deutsche vereint zwar eine tausendjährige Geschichte, die viele Gemeinsamkeiten hat, bei der man aber leider auch nicht über die von Gewalt und Hass gekennzeichneten Etappen hinwegsehen kann. Obwohl zwischen unseren Völkern eine enge Verwandtschaft besteht – es hat zwischen den Herrscherhäusern, und nicht nur in dieser Schicht, sondern generell, hunderttausende Eheschließungen zwischen Polen und Deutschen gegeben -, steht das heutige Verhältnis beider Nationen immer noch unter dem Eindruck des Zeitalters des Nationalismus.

Diesem Eindruck, meine Damen und Herren, müssen wir begegnen. Das können wir am besten, wenn wir uns bemühen, Gemeinsamkeiten zu betonen, denn wir wollen in Europa friedlich und freundschaftlich zusammenleben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS – Siegfried Friese, SPD: Richtig.) Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Parlamentarier zu Prozessen gemeinsamer deutsch-polnischer Zusammenarbeit kommen, wie es die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mit dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern ist. Als Rechts- und Europaausschuss haben wir nebenbei gesagt auch Wert darauf gelegt, dass diese Beschlussempfehlung zweisprachig erscheint, damit auch nach außen hin diese Gemeinsamkeit sichtbar wird.

Der berühmte ehemalige polnische Außenminister Bartoschewski hat darauf hingewiesen, wie die Polen das heutige Deutschland sehen, nämlich als einen zutiefst demokratischen Staat, der eine konstruktive Rolle im europäischen Leben übernommen hat. Und er hat betont, dass das Vertrauen zum deutschen Volk im Geheimnis gut nachbarschaftlicher Beziehungen liegt. Gerade deshalb kommt auf uns als Parlamentarier in Mecklenburg-Vorpommern die Rolle zu, als diejenigen, die unmittelbar Grenznachbarn in Deutschland sind, gleichzeitig auch eine Vorbildfunktion.

Auf dem gemeinsamen Weg zu einem guten Zusammenleben in Europa sind ja schon erhebliche Fortschritte gemacht worden. Nachbarschaftliche Kontakte bestehen zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Oder und Neiße. Konkrete Projekte wurden in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Ökologie gemacht und unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Westpommern hat unter anderem ein Jugendprojekt entstehen lassen und führt dazu, dass in der Grenzfrage, insbesondere der Schaffung weiterer Grenzübergänge, erheblicher Druck aufgebaut wird.

Die Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Westpommern zeigt, dass bilaterale Arbeit über die Grenzen hinweg möglich ist, zwar manchmal einen langen Atem braucht, was die organisatorischen Rahmenbedingungen anbelangt, aber auch zu Erfolgen führen kann. Deshalb lag auch der gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Westpommern und unserem Parlament zugrunde.

Um auch eine Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern auf gute Grundlagen zu stellen, sieht daher die Erklärung vor, dass zwischen dem Sejmik und dem Landtag ein regelmäßiger politischer Meinungs- und Erfahrungsaustausch in allen Bereichen durchgeführt wird, der von den Kompetenzen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Pommern umfasst wird. Die Erklärung sieht weiter vor, dass der Sejmik und der Landtag gemeinsam die Anpassungsprozesse der Woiwodschaft Pommern an die Strukturen der Europäischen Union unterstützen. Beide Parlamente wollen die Zusammenarbeit auf der Ebene der regionalen Körperschaften fördern und fühlen sich insbesondere dem deutsch-polnischen Jugend-, Schüler- und Studentenaustausch sowie dem Eingehen von Partnerschaften zwischen Schulen und Hochschulen besonders verpflichtet. Schließlich wird durch die Erklärung angestrebt, dass sich die Zusammenarbeit positiv auf nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Institutionen und Organisationen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens auswirkt.

Meine Damen und Herren, ich habe mich bemüht, in ein paar wenigen Worten darzustellen, warum es bedeutsam ist, eine solche bilaterale Vereinbarung einzugehen. Der besondere Synergieeffekt, warum es gerade Sinn macht, im südlichen Ostseeraum eine solche Verbindung einzugehen, den hätte ich Ihnen hier auch gerne noch erklärt, leider reicht die Zeit dafür nicht. Aber wir werden als Landtag das Thema Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn hier weiter begleiten und dann wird es dafür nächstes Mal bestimmt eine Gelegenheit geben. Es bleibt mir nur noch, Sie zu bitten, diese Beschlussempfehlung anzunehmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Rainer Prachtl, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Krumbholz.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Rechts- und Europaausschusses auf Drucksache 4/886 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Rechts- und Europaausschusses auf Drucksache 4/886 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Zu den Arbeitsmarktreformen des Bundes, Drucksache 4/868, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Reformkompromiss für strukturschwache Regionen, Drucksache 4/874.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Zu den Arbeitsmarktreformen des Bundes - Drucksache 4/868 -

Antrag der Fraktion der CDU: Zusammenlegung der Arbeitslosenund Sozialhilfe – Reformkompromiss für strukturschwache Regionen – Drucksache 4/874 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS hat der Abgeordnete Herr Mohr von der Fraktion der SPD.

Klaus Mohr, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Deutsche Bundestag am 17. Oktober die so genannten Hartz-Gesetze, also Hartz III und Hartz IV, zur Reform am Arbeitsmarkt verabschiedet hat, hängt nunmehr alles weitere vom Vermittlungsausschuss ab, der vom Bundesrat am 7. November angerufen wurde. Die Lage ist nunmehr so, dass dort die Vertreter der Union den Hartz-Gesetzen das so genannte Hessen-Modell entgegengestellt haben. Eins ist für mich in dieser Situation klar: Auch wenn die Hartz-Gesetze sicherlich einer differenzierten Betrachtung bedürfen, davon wird später noch zu sprechen sein, das Modell des hessischen Ministerpräsidenten Koch bietet jedenfalls keine brauchbaren Alternativen an. Das ist klar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Andreas Bluhm, PDS, und Regine Lück, PDS)

Insofern halten wir es für ausdrücklich geboten, alles zu tun, um im laufenden Gesetzgebungsverfahren die Vorstellungen der Herren Koch und Stoiber nicht Realität werden zu lassen. Der Landtag soll mit dem vorliegenden Antrag der SPD und der PDS die zentralen Eckpunkte zu den Arbeitsmarktreformen auf der Bundesebene beschließen, für die sich dann die Landesregierung natürlich einsetzen soll.

Ich will an dieser Stelle die vier Punkte des Antrags kurz darstellen:

Zu Nummer 1. Das Ziel von Hartz IV, die beiden staatlichen Fürsorgeleistungen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer Leistung, nämlich dem Arbeitslosengeld II zusammenzufassen und alle Erwerbslosen zukünftig in Job-Centern, also grundsätzlich unter dem Dach der neuen Bundesagentur für Arbeit zu betreuen, stellt sicherlich einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Mit den teilweise endlosen Verschiebebahnhöfen zwischen Arbeitsverwaltung auf der einen Seite, aber auch auf der anderen Seite von den Sozialämtern der Kommunen wird Schluss gemacht. Jeder Erwerbslose hat zukünftig eine Anlaufstelle, wo ihm individuell und auf seinen Fall zugeschnitten sozusagen eine angemessene Rundumbetreuung zuteil wird. Und das heißt natürlich auch, dass Sozialhilfeempfänger, zukünftig erwerbsfähige Hilfebedürftige genannt, auf die ganze Palette, auf die ganze Palette der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zugreifen können, was natürlich den Chancen dieser Personen auf eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zugute

Zu Nummer 2 unseres Antrages. Wir alle kennen die äußerst schwierige Situation bei den Finanzen der Kommunen, aber eben auch bei den Finanzen des Landes. Nun ist es so, dass durch die angesprochene Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe mit der bislang von den Kommunen finanzierten Sozialhilfe die Kommunen nach der Intention des Gesetzgebers entlastet werden, denn das Arbeitslosengeld II wird ja bekanntlich vom Bund gezahlt. Natürlich begrüßen wir diese dringend notwendigen Entlastungen der Gemeinden, aber wir lehnen es entschieden ab, dass dieser Vorteil zu Lasten des Landes geht, denn ich denke, jeder von uns weiß, weiß sehr gut, dass eine zusätzliche Belastung in diesem Zusammenhang uns nur noch weiter die Luft abschnüren würde.

Zu Punkt 3. Dieser Punkt betrifft die im Hessen-Modell vorgesehene Einführung eines staatlich geförderten Niedriglohnsektors. Es ist dort nämlich beabsichtigt, Unternehmen den Anreiz zur Schaffung von billigen Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern müsste man genauer sagen, zur Schaffung von noch billigeren Arbeitsplätzen - zu geben. Im Klartext heißt das, dass bei Beschäftigung eines Arbeitslosen unter dem Sozialhilfeniveau beziehungsweise zukünftig unter Arbeitslosengeld-II-Niveau ein staatlicher Zuschuss gezahlt wird. Dadurch soll der Lohn des Arbeitnehmers damit auf Sozialhilfehöhe oder ein Niveau geringfügig darüber aufgestockt werden. Wir sind gegen einen solchen staatlichen Niedriglohnsektor, denn es besteht die Gefahr, dass bisher reguläre Arbeitsverhältnisse so in Niedriglohnjobs umgewandelt werden können, die dann sogar noch vom Staat subventioniert werden. Das kann nicht richtig sein. Damit, meinen wir, würde nichts gewonnen, aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land würden viel verlieren. Im Ergebnis würde das gesamte Lohn- und Gehaltsgefüge gefährdet.

Zu Nummer 4 abschließend. Hier geht es nun um das von der Union favorisierte Prinzip Leistung, also Arbeitslo-

sengeld II, nur bei Gegenleistung in Arbeit. Wir lehnen dieses Prinzip ab, ganz einfach weil es heißen würde, dass jedem tatsächlich jede Art von Arbeit zu jeder denkbaren Bedingung zumutbar wäre. Damit würde aber selbst die zugegebenermaßen nicht besonders hohe Hürde, die durch die Zumutbarkeitskriterien in Paragraph 10 des neuen SGB II definiert wird, entfallen. Hinzu kommt, dass Hartz IV in diesem Zusammenhang wenigstens eine ortsübliche Vergütung vorsieht, was wir natürlich auch für vernünftig halten. Zudem ist die Verpflichtung, wonach die Kommunen für alle hilfebedürftigen Erwerbslosen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, jedenfalls in den neuen Bundesländern völlig unrealistisch, denn gerade die Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit, die ja in der Regel finanzschwach sind, wären mit der Organisation dieses so genannten Arbeitsdienstes überfordert und letzten Endes auch nicht in der Lage, die ihnen auferlegte Verpflichtung zu erfüllen. Nur noch mal zur Erinnerung: Wir sprechen hier über round about 110.000 bis 115.000 Arbeitslosenhilfeempfänger, die dann ja zukünftig Arbeitslosengeld II bekommen sollen und demgemäß auch von den Kommunen zusätzlich zu betreuen wären. Wie das also vom Handling, von der Verwaltung und der Organisation her gehen soll, ist uns nicht verständlich, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Dies sind also, meine Damen und Herren, die zentralen Punkte, die bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss berücksichtigt werden müssen. Es sind Forderungen im Interesse der Länder und der Kommunen, aber vor allem auch im Interesse der arbeitslosen Menschen in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Mohr.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Timm von der Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das gegenwärtige Nebeneinander zweier staatlicher steuerfinanzierten Fürsorgesysteme, zum einen der Arbeitslosenhilfe und zum anderen der Sozialhilfe, ist neben der Tatsache, dass es nicht mehr finanzierbar ist, auch noch ineffizient, intransparent und vor allem wenig bürgerfreundlich. Für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe, für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger gibt es trotz vergleichbarer Lebenslagen keine arbeitsmarktpolitischen Hilfsangebote aus einer Hand. Daneben steht in der Praxis in beiden Systemen zu oft die passive Leistung im Vordergrund und nicht das Hauptziel, die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Und über alle politischen Lager hinweg besteht über eine hieraus resultierende Vielzahl von Problemen Konsens. So ist es, dass gerade die arbeitslosen Menschen, die Leistungen aus beiden Systemen beziehen, von den Integrationsbemühungen oftmals vernachlässigt werden, weil jeder Träger den anderen zunächst für vorrangig zuständig hält.

Die arbeitslosen Menschen stehen also nicht mehr im Vordergrund, sondern die finanziellen Lasten werden zwischen Sozialhilfeträgern und der Bundesanstalt für Arbeit verschoben. Und deshalb, da sind wir uns ja auch einig, müssen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige – und das möchte ich hier noch einmal betonen, Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige – zusammengeführt werden. Das zentrale Ziel muss dabei

sein, die Eingliederungschancen der Leistungsempfänger in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, insbesondere durch intensive Beratung und Betreuung. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist wichtig und unerlässlich.

(Regine Lück, PDS: Aber nicht auf Sozialhilfeniveau.)

Und genau zu diesem Thema liegen ein Gesetz und ein Gesetzentwurf auf dem Tisch: zum einen Hartz IV oder, genauer gesagt, das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt der Bundesregierung und auf der anderen Seite das EGG, der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Existenzgrundlagen, das Existenzgrundlagengesetz, welches in erster Linie den Gedanken des Hessen-Modells zusammen mit einer Grundgesetzänderung aufgreift.

Eben genau um diese beiden Reformvorhaben geht es. Das ist aus Ihrem Antrag "Zu den Arbeitsmarktreformen des Bundes" – ich will ihn deshalb auch als Notantrag bezeichnen, das ist aber nicht böswillig – gerade nicht zu erkennen. Aber genau deshalb haben wir ja unseren umfangreichen, substantiellen und konstruktiven Antrag zur Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe erarbeitet, um so einen Reformkompromiss für strukturschwache Regionen, wie Mecklenburg-Vorpommern eine ist, zu erarbeiten.

In Mecklenburg-Vorpommern waren im Monat Oktober insgesamt 165.325 Frauen und Männer arbeitslos, 44,9 Prozent von ihnen, also genau 74.167 langzeitarbeitslos. Gerade hier zeigt sich die dramatische Entwicklung zum Oktober des Jahres 2002. Dort waren in dieser Kategorie 59.435 Menschen einzuordnen. Und betrachtet man dazu das Verhältnis von offenen Stellen zu möglichen Bewerbern im letzten Monat, wird auch dem Allerletzten klar, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern kein Vermittlungs-, sondern ein Beschäftigungsproblem haben. Die hohe Arbeitslosigkeit und die geringe Zahl der offenen Stellen in strukturschwachen Regionen Deutschlands, zu denen Mecklenburg-Vorpommern gehört, erfordert eine differenzierte Handhabung bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Deshalb ist es unsere Pflicht, einen geeigneten Reformkompromiss aus beiden Papieren herauszuarbeiten und dass wir es uns gerade nicht so einfach machen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, wo die positiven Seiten des einen und nur die negativen Seiten des anderen Entwurfes herausgestellt werden. natürlich ohne den jeweiligen konkreten Zusammenhang.

Wo genau das hinführen wird, hat auch der letzte Arbeitsmarktbericht des Monats Oktober gezeigt. Schon jetzt zeigt sich, dass die seit Jahresbeginn steigenden Arbeitslosenmeldungen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben, weil auch die Neuzugänge, insbesondere aus dem Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, im letzten Monat sprunghaft auf 1.200, also 48 Prozent gestiegen sind. Hier bestätigt sich unsere Befürchtung zum Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, dass die staatlich alimentierte Arbeitnehmerüberlassung PSA oder auch Personal-Service-Agentur die bestehende Zeitarbeit zerstören wird. Solche und ähnliche Fehler können und wollen wir nicht dulden. Und genau deshalb gehen wir mit den Konzepten unseres Antrages auch mit unserem Bundesvorstand ins Gebet, denn unser Antrag stellt gerade nicht nur Positives heraus, sondern einen tragfähigen Reformkompromiss.

Aus unserer Oppositionsrolle heraus ist es selbstverständlich nicht zu leisten, aus zwei mehrere hundert Seiten umfassenden Papieren eins zusammenzuschreiben. Daher haben wir vier für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wesentliche Aspekte herausgegriffen.

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen die Verschiebebahnhöfe zwischen den Kommunen als Träger der Sozialhilfe und der Bundesagentur für Arbeit als zuständige Instanz für die Arbeitslosenhilfe abgeschafft werden. Und es ist äußerst wichtig, dass diese Reform nicht zu neuen Verschiebehahnhöfen führt. Sowohl die Bundesagentur für Arbeit als auch die Gemeinden werden trotz Übergansphase mit der alleinigen Betreuung überfordert. Und genau dieses haben beide Seiten mehrfach betont.

Für uns stehen bundesweit 4,3 Millionen Empfänger der neuen Hilfeleistung inklusive der 2,2 Millionen Menschen, die als Familienmitglieder der Bedarfsgemeinschaft angehören, im Mittelpunkt. Da, wie bereits gesagt, die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt das primäre Ziel ist, müssen alle erwerbsfähigen Hilfeempfänger im Rahmen der Vermittlung in Arbeit von der Bundesagentur für Arbeit vor Ort betreut werden. Gleichzeitig begleiten die Kommunen diesen Prozess als gleichberechtigte Partner, indem sie ihr Know-how aus der bisherigen Leistungserbringung als Sozialhilfeträger mit einbringen. Doch dazu muss die Zusammenarbeit vom Gesetzgeber eindeutig institutionalisiert werden, denn dies ist in dem vorliegenden Gesetz gerade nicht der Fall.

Der Bund darf keinesfalls aus der Verantwortung für die Bekämpfung der Massenlangzeitarbeitslosigkeit entlassen werden, da dort allein die Weichen in der Wirtschaftsund Steuerpolitik gestellt werden. In Mecklenburg-Vorpommern fand in den letzten Jahren ein massiver Abbau an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen statt. Von einst über 600.000 waren es Ende Juli 2003 gerade einmal noch 526.300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land.

Wir brauchen also Reformen für mehr Beschäftigung. Arbeiten Sie deshalb mit uns zusammen an einem Reformkompromiss, den wir gemeinsam tragen und jeder für sich in seiner Bundespartei verteidigt! Ziehen Sie Ihren Antrag zurück und geben Sie uns Ihre Stimme! Denn wie heißt es? – Wenn die Worte falsch sind, gelingen die Taten nicht

Ich möchte dazu noch abschließend bemerken, wenn ich in einer Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit und Bau nachsehe, wo es unter anderem auch heißt: "Die CDU hat sich Gedanken über ein Existenzgrundlagengesetz gemacht. Darin berücksichtigt sie die hohe Zahl von Arbeitslosenhilfeempfängern in Ostdeutschland.", das beweist einen gewissen Realitätssinn. Das ist beachtlich für mich. Und: "Die CDU-Fraktion des Landtages schlägt die Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Kommunen vor. Diesen Vorschlag", sagt Minister Holter, "möchte ich unterstützen, denn die Bündelung der Kompetenzen unter einem Dach erleichtert die Betreuung."

Sehr geehrter Herr Minister, ich würde uns gerne gemeinsam dazu auffordern, diese Hände zu reichen, sie anzunehmen und uns gemeinsam zu bemühen, diese missliche Situation in diesem Land zu verbessern. Ich will es tun, ich hoffe, Sie tun es auch. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Timm.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dem Antrag der CDU zuwenden. Sie beginnen damit, die Zahl der Arbeitslosen im Land zu nennen, dann das Verhältnis von offenen Stellen zu den Bewerbern mit 1:25 zu beziffern. Das ist der erste, aber kleinere Fehler, der Ihnen unterlaufen ist. Denn seit einiger Zeit werden in der Statistik auch die sofort zu besetzenden Stellen ausgewiesen. Von den 7.612 Ende Oktober an die Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten freien Stellen waren ganze 1.757 sofort zu besetzen. Das macht ein Verhältnis von ungefähr 1:97 aus. Auch wird ausgewiesen, ...

(Udo Timm, CDU: Ich nehme ja gerne eine Zahlenberichtigung hin, das ändert aber nichts am Problem.)

Herr Timm, ich war so nett und habe Sie ausreden lassen, seien Sie doch auch mal nett zu mir!

> (Beifall Torsten Koplin, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Auch wird ausgewiesen, dass im vierten Quartal 2002 laut einer Umfrage angeblich nur 36,3 Prozent des gesamten Stellenangebots bei der Noch-Bundesanstalt für Arbeit gemeldet waren. Ich frage mich, warum. Die PDS fordert zum Beispiel seit Jahren eine Meldepflicht für freie Stellen, auch um die Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Richtig ist, das ist einer der wenigen Punkte, in denen ich mit Ihnen übereinstimme, es gibt vordergründig kein Vermittlungs-, sondern ein Beschäftigungsproblem. Richtig ist auch, dass in erster Linie die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen kann und, ich ergänze, muss. Und um die Argumentation fortzusetzen: Arbeitsmarktpolitik sollte und kann lediglich eine Brückenfunktion ausüben, aber das sollte ihr dann auch zukünftig zugebilligt werden. Dafür sollte sie angemessen ausgestattet und qualifiziert werden. Das aber ist unsere Position und nicht die Ihre, auch nicht die der Bundesregierung, leider.

Alle Vergünstigungen, und damit zurück zur Wirtschaft, alle Zugeständnisse an die Wirtschaft, ob Steuervergünstigungen, Abschreibungen, Fördergelder oder moderate Tarifabschlüsse, all dieses hat jedoch in den vergangenen Jahren nicht dazu geführt, dass der Arbeitsplatzabbau gestoppt oder sogar umgekehrt wurde.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in der gesamten Bundesrepublik in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Eine Folge dieser Steuerund Wirtschaftspolitik, die auch Sie schon zu verantworten haben, Herr Rehberg und Herr von Storch, ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Was?! – Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

dass die Staatseinnahmen zurückgegangen sind und auch der Staat Personal und Leistungen abbauen musste.

(Kerstin Fiedler, CDU: Also jetzt wird's ja wohl!)

Da wir hier zum Glück bisher relativ hohe Standards hatten, erfolgte dies jedoch nicht so rigoros, wie Sie es gefordert haben, seit Sie in der Opposition sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das find ich gemein.)

Neben der Wirtschaft – und das vergessen Sie meistens – gibt es nämlich noch einen zweiten und einen dritten Sektor, den Staat, das Gemeinwesen und den so genannten Non-Profit-Bereich. Der dritte Sektor ist in Europa übrigens derjenige, der in den letzten Jahren Arbeitsplatzzuwächse zu verzeichnen hatte und hat. Jeder vernünftige Ökonom weiß, dass es einer makroökonomischen Betrachtung bedarf, um unsere Gesellschaft wirklich zukunftsfähig zu machen, und das geht nur sozial gerecht. Und das schließt ein, dass man die Arbeitslosigkeit bekämpft, und nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitslosen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Bei der so genannten Gesundheitsreform, die Entscheidungen der jüngsten Zeit, die alle so bezeichnet wurden und werden, verdienen diese Bezeichnung also nicht. Und ich finde es auch nicht in Ordnung, dass dieses Wort "Reform" hier immer strapaziert wird im Parlament. Bei der so genannten Gesundheitsreform also haben Sie sich gegen tatsächlich gerechte und soziale Lösungen ausgesprochen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

die den Zugang zur medizinischen Versorgung für alle sichergestellt hätten. Sie haben sich stattdessen für die Interessen der Pharmaindustrie entschieden.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Nein, und das ist Ihr grundsätzlicher und auch Ihr gröberer Fehler. Ihr gesellschaftspolitischer, Ihr steuer- und wirtschaftspolitischer und damit Ihr beschäftigungspolitischer Ansatz ist falsch.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Teile Ihrer Kritik an der Finanzierung und Ausgestaltung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – auch dieser Terminus ist ja genau genommen eine Irreführung, denn es geht um die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe als Leistung,

(Torsten Koplin, PDS: So ist es.)

die an ein früheres Einkommen gekoppelt war –, also Teile Ihrer Kritik kann ich nachvollziehen, doch als Wolf im Schafspelz müssen Sie den Leuten nicht vormachen wollen, hier etwas Gutes zu tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sind Sie nicht Unternehmerin, Frau Kollegin?)

Sie fordern in Ihrem Antrag die Einführung eines geförderten Niedriglohnsektors,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

wohl wissend, dass wir diesen de facto bereits in Mecklenburg-Vorpommern haben, wohl wissend, dass dies makroökonomisch unsinnig ist

> (Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall Torsten Koplin, PDS – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und Inflation und Deflation fördert.

(Kerstin Fiedler, CDU: Das müssen Sie erst einmal beweisen! – Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Rainer Prachtl, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Sie wollen für die betroffenen Arbeitslosen und im Übrigen auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den weiteren Abbau ihrer Rechte und ihrer Leistungen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Sie wollen die Tarifautonomie und die Flächentarifverträge abschaffen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und das alles begründen Sie unter dem Motto, Logik will ich das nicht nennen:

(Kerstin Fiedler, CDU: Das werden Sie auch nicht verstehen.)

"Ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz ist besser als keiner. Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau ist besser als gar kein Einkommen. Und wenig zu haben ist immer noch besser, als an Hunger zu sterben." Und das kann es nicht sein, meine Damen und Herren! Das ist Ihre Logik, die der CDU, und ich finde es einfach zynisch.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Reinhardt Thomas, CDU: In welchem Land leben Sie eigentlich?)

Die Auswirkungen dieser Logik müssen dann fast alle ausbaden, allerdings nur fast.

(Reinhardt Thomas, CDU: In Belutschistan oder was?!)

Denn es ist schon zu einer Volksweisheit geworden, einen schlanken Staat können sich eben nur Reiche leisten.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Zuruf von Udo Timm, CDU – Rainer Prachtl, CDU: Die starken, starken Marxisten!)

Der Zugang von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern zu allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und heraus aus der Sozialhilfe ist eine Forderung der PDS und der Erwerbslosenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Nur – und dort trennen sich auch wieder unsere Wege –, Sie wollen die Leute nicht aus der Sozialhilfe herausholen, sondern hunderttausend Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und mehr als eine Million in der Bundesrepublik Deutschland auf das Niveau der Sozialhilfe drücken.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Das Existenzgrundlagengesetz verdient den Namen nicht und ist eine Irreführung höchsten Grades.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Nun zu unserem Antrag, dem Antrag von SPD und PDS. Um damit hier von Anfang an keine Unklarheiten aufkommen zu lassen: Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern lehnt die Hartz-Gesetze klipp und klar ab!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das Grundproblem ist nicht ein Vermittlungsproblem, sondern das Fehlen von Arbeitsplätzen. Hartz I bis IV bieten dafür keine Lösung, sondern verschärfen den Druck auf Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen, auch unterqualifizierte und nicht existenzsichernde. Damit bin ich ganz schnell bei meiner soeben gegen den Antrag der CDU geführten Argumentation und dreimal können Sie raten, warum

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das liegt daran, weil sich auf Bundesebene die Politik, die Richtungen, in die CDU/CSU und SPD, die Bündnisgrünen marschieren, nicht mehr sehr unterscheiden. Die Punkte in meiner Argumentation gegen den Antrag der CDU will ich hier nicht noch einmal wiederholen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Oh!)

Die Einrichtung von Job-Centern, die Betreuung aus einer Hand ist vom Ansatz her nach wie vor eine PDS-Forderung. Allein wenn ich mir den Gesetzentwurf ansehe, dann ist dieser Punkt am wenigsten ausgestaltet und lässt mich an einer guten Umsetzung auch zweifeln.

Auch die geplante finanzielle Entlastung der Kommunen ist vom Ansatz her zu begrüßen, nur ist es leider so, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern zum Glück relativ wenig arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger/-innen haben und die Kommunen demzufolge, wenn überhaupt, nur gering entlastet werden. Umgekehrt haben wir aber eine hohe Anzahl von Arbeitslosenhilfeempfänger/-innen in unserem Bundesland und diese Zahl wird sich durch die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf über 100.000 erhöhen. Das heißt, die Absenkung im neuen Arbeitslosengeld II trifft die Menschen hier und unser Land besonders.

Da dies auch für den gesamten Osten Deutschlands zutrifft, haben sich die Ministerpräsidenten aller ostdeutschen Länder am vergangenen Sonntag parteiübergreifend für Nachforderungen in Form eines finanziellen Ausgleichs ausgesprochen. Auch dies ist ein Konsens auf niedrigem Niveau, denn betroffen sind ja vor allem die Menschen.

Die PDS lehnt die Einführung eines staatlich geförderten Niedriglohnsektors ab. Und das ist eine ebenso eindeutige Position, nicht erst seit der bundesweiten Einführung des Mainzer Niedriglohnmodells, von dem wir wahrscheinlich deshalb nichts mehr gehört haben, weil es so "große Erfolge" hatte. Und natürlich lehnen wir ab, dass Arbeitslosengeld I und II oder Sozialgeld nur noch gegen Ableistung einer Arbeit, also Zwangsarbeit, gezahlt werden.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Wovon reden Sie? Zu DDR-Zeiten war das üblich, Zwangsarbeit. – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Wir lehnen auch ab, dass bei mangelnder Mitwirkung nicht nur Sperrfristen ausgesprochen werden, sondern der Leistungsbezug insbesondere eingestellt wird. (Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir, die PDS, lehnen Hartz I bis IV ab und wir haben unsere berechtigen Zweifel, dass die wenigen positiven Elemente so umgesetzt werden, dass sie zu tatsächlichen Verbesserungen für die Betroffenen führen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir lehnen diese Arbeitsmarktpolitik auch ab, weil hier ein Problem statistisch geschönt wird und nicht gelöst wird. Wenn der Rückgang der Arbeitslosenzahlen allerdings Folge der Anwendung des Paragraphen 428, die vorruhestandsähnlichen Regelungen, Folge von Sperrzeiten oder Folge der neuen Anrechnungen bei der Arbeitslosenhilfe ist, dann kann dies nicht unsere Zustimmung finden.

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

350.000 der mehr als 480.000 über 58-jährigen Arbeitslosen haben bis zum Sommer ihren Verzicht auf eine weitere Vermittlung durch das Arbeitsamt durch Unterschrift erklärt und sind damit nämlich aus der Statistik herausgefallen, wie wir alle wissen, nicht in jedem Fall zum Vorteil der Betroffenen. Mit diesem Paragraphen wird schon seit Jahren Druck auf diese Altersgruppe ausgeübt. Auch die Zahl der Abgänge in andere Nichterwerbsfähigkeit durch Sperrzeiten oder anderweitigen Wegfall des Leistungsbezuges ist angestiegen. Also es ist in jeder Hinsicht Vorsicht bei der Bewertung der Arbeitsmarktzahlen geboten.

Der vorliegende Antrag ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den wir mit der SPD-Mehrheit in der Landtagsfraktion uns verständigen konnten. Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion die Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung am vergangenen Samstag in Rostock-Warnemünde gegönnt hätte. Vielleicht hätte das den Erkenntnisgrad zu den aktuellen Gesetzesänderungen, die im Bundestag beziehungsweise im Bundesrat und jetzt im Vermittlungsausschuss behandelt wurden und werden, erhellt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: War die Veranstaltung niveauvoll, Frau Kollegin?)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Thomas?

**Regine Lück**, PDS: Nein, ich möchte meine Ausführungen erst beenden.

Herr Backhaus, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, wenn Sie dort ausgeführt haben, wir brauchen ein neues Gesellschaftskonzept, um Arbeit gerecht zu verteilen, und wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem gesellschaftlich nützliche Arbeit wieder anerkannt und – ich vervollständige, damit es eindeutig wird – auch so bezahlt wird.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und ich stimme Ihnen auch zu, dass Niedriglohnarbeit, also schlecht bezahlte Arbeit, junge Leute natürlich aus dem Land treibt.

Eine weitgehende Erkenntnis ist mittlerweile auch, dass die Steuerreform 2000 zu Lasten öffentlicher Investitionen ging. Allerdings gab es auch davor schon einen Investitionsrückgang, Herr Rehberg. Ein weiterer Einnahmerückgang, das ist auch klar, wird die öffentlichen Kassen und damit die Investitionsmöglichkeiten weiter schwächen.

Das Gegenteil wäre erforderlich. Wirtschaftswachstum muss initiiert werden.

Meine Damen und Herren, Steuersenkung und die Hartz-Gesetze sind kein beschäftigungspolitisches Konzept. Ein solches ist im Moment nicht erkennbar. Hartz I bis IV schaffen keine Arbeitsplätze. Sparen auf Kosten der Arbeitslosenhilfeempfänger/-innen bringt nur negative Effekte. Insgesamt stimmt die Richtung nicht.

Das, was wir jetzt haben, ist keine soziale Marktwirtschaft. Und da sind wir dann auch bei den möglichen Alternativen und, meine Damen und Herren, es ist mindestens unredlich, diese Richtung der Bundespolitik, die von vielen Wissenschaftlern als falsch eingeschätzt wird, auch als alternativlos darzustellen. Das ist unredlich und auch verantwortungslos. Denn, was meinen Sie, hat der zunehmende Anteil von Nichtwählern etwas mit der aktuellen Politik zu tun, mit der Predigt von der Alternativlosigkeit, mit enttäuschten Hoffnungen? Ich meine, ja, es hat etwas damit zu tun. Und ich rufe von dieser Stelle die Betroffenen, aber insbesondere auch die beiden großen Kirchen, die Gewerkschaften und viele große und kleine Vereine und Verbände im Land auf, machen Sie Protest öffentlich, tragen Sie diesen Protest auf die Straße, so, wie wir es am 1. November diesen Jahres, so, wie es hunderttausende Menschen in Berlin auch getan haben!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, heute haben wir auch eine Demonstration gehabt vor dem Schloss.)

Tragen Sie Ihren Protest in die Medien und auch nach Berlin!

(Rainer Prachtl, CDU: Frau Kollegin, machen Sie ordentliche Politik und rufen Sie die Leute nicht zu Protesten auf!)

Eine andere Politik ist nötig und auch möglich.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Die PDS hat dazu ein beschäftigungspolitisches Programm und jüngst die Agenda Sozial vorgelegt. Im Übrigen haben wir unserem Koalitionspartner einen Antrag vorgelegt, mit dem wir Verbesserungen bei der Ausgestaltung dieser neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erreichen wollten, denn diese Maßnahmen werden nicht mehr finanzierbar sein, weil das Ziel, Wiedereingliederung, gestrichen wurde und die Zuschüsse nicht auskömmlich sind, auch wenn man die geplanten 300 Euro Sachkosten für Lohnkosten einsetzen kann. Hinzu kommt, dass die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Haushalt der Bundesanstalt um die Mittel für die bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe abgesenkt werden. Das heißt nichts anderes, als dass die Entlastung durch aktive Arbeitsmarktpolitik weiter zurückgehen wird. Und wesentlich bei den neuen ABM als einem der bisherigen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist auch, weil im höchsten Maße diskriminierend, dass Beschäftigte in diesen Maßnahmen nicht mehr arbeitslosenversichert sein werden und dies selbst freiwillig auch nicht können.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Damit bin ich am Schluss meiner Ausführungen. Ich bin wieder beim gesellschaftlichen Klima, in dem gesellschaftlich nützliche und gesellschaftliche Arbeit anerkannt wird,

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch in den Altenheimen?)

auch in so genannten Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei denen ist das nicht mehr notwendig.)

und das wäre nämlich – meiner Meinung nach und nach Meinung meiner Partei –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei den Leseund Rechtschreibgeschwächten auch?)

das wäre sozial, das wäre gerecht und das wäre auch zukunftssichernd für viele Menschen im Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie jetzt die Fragen von Herrn Thomas?

Regine Lück, PDS: Ja.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Abgeordneter, fragen Sie.

**Reinhardt Thomas**, CDU: Frau Kollegin, wenn Sie so nett wären, zwei kurze Fragen zu beantworten:

Erstens. Der Begriff der "Zwangsarbeit" ist ja historisch relativ klar in Deutschland definiert. Sind Sie nicht der Meinung, dass Sie diese Äußerung vielleicht in dem Falle revidieren sollten?

Und Zweitens. Auch der Begriff "soziale Marktwirtschaft" und die Reform im Hinblick auf die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft, ich denke, da sind sich in Deutschland alle einig, sind Sie nicht der Meinung, dass Sie auch in diesem zweiten Falle Ihre Aussagen revidieren sollten?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Das ist PDS. Was verlangst du denn?!)

**Regine Lück**, PDS: Herr Thomas, ich habe mir wohl sehr gut in Vorbereitung meines Diskussionsbeitrages überlegt, welche Ausführungen ich hier mache vor dem Parlament. Da können Sie sich ganz sicher sein. Ich werde meine Meinung dazu auch nicht revidieren.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ich bin der Auffassung, wenn die Bedingungen der Bundesanstalt für Arbeit so sind, dass in den Arbeitsämtern mit den Arbeitslosen, ob das Jugendliche sind, ob das ältere Bürger sind, so gesprochen wird, dass ihnen dann letztlich eine Arbeit zugewiesen wird, auch wenn ich zum Beispiel eine sehr gute Ausbildung habe, putzen gehen muss, dann sage ich Ihnen, das kann keine gesellschaftliche Lösung für uns sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das können Sie doch nicht mit "Zwangsarbeit" bezeichnen!)

Und wenn ich dann verpflichtet werde und mir wird eine Aufgabe zugewiesen, dann, denke ich, ist das schon eine Arbeit, zu der ich gezwungen werde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dieser Begriff ist doch nun wirklich historisch.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Thomas? (Zustimmung)

**Reinhardt Thomas**, CDU: Wären Sie so nett, auch die zweite Frage zur sozialen Marktwirtschaft zu beantworten?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Wie kommen Sie denn dazu, von Zwangsarbeit zu reden?!)

**Regine Lück**, PDS: Ja, also für mich ist das bloß noch eine Floskel, von sozialer Marktwirtschaft zu reden.

(Rainer Prachtl, CDU: Von welcher kommunistischen Partei kommen Sie denn?! Das ist unerhört! – Dr. Ulrich Born, CDU: Wie kommen Sie dazu, von Zwangsarbeit zu reden?!)

Ich halte das, was jetzt gegenwärtig hier in unserer Gesellschaft und auch in Deutschland abläuft, für ganz viele Menschen nicht für sozial

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und damit ist dieser Anspruch, soziale Marktwirtschaft, so, wie er mal von dem Erfinder Herrn Erhardt ja grundlegend auch wissenschaftlich begründet wurde, nicht mehr gegeben.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Thomas? (Zustimmung)

Reinhardt Thomas, CDU: Es gab auf Ihrem Parteitag in Chemnitz eine etwas andere Aussage. Sie erwarten von den großen Volksparteien, dass sie auch einige ihrer Programme in Richtung – einiges kann ich im Übrigen nachvollziehen –, auch ändern in Richtung sozialer Marktwirtschaft.

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Die Frage bitte, Herr Thomas.

**Reinhardt Thomas**, CDU: Aber meinen Sie nicht, dass auch Ihre Positionen änderungsbedürftig sind?

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist eine gute Frage.)

**Regine Lück**, PDS: Sie haben mir jetzt aber ehrlich gesagt keine Frage gestellt. Ich hatte auf diese Frage, die wiederholen Sie ein drittes Mal, geantwortet.

(Kerstin Fiedler, CDU: Er stellt eine Frage, eindeutig.)

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie jetzt eine Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Regine Lück, PDS: Ja.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Frau Kollegin Lück, wären Sie bereit, darüber nachzudenken, ob es wirklich angemessen ist, den Tatbestand, den Sie hier mit "Zwangsarbeit" bezeichnen, im Hinblick auf den historischen Kontext, mit dem dieser Begriff besetzt ist, ob Sie darüber nachdenken wollen, diese Gleichsetzung aufrechtzuerhalten?

(Rainer Prachtl, CDU: Sie hat sich dafür zu entschuldigen. – Angelika Gramkow, PDS: Sie hat ja keinen historischen Vergleich gezogen. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Abgeordnete, bitte.

**Regine Lück**, PDS: Sie haben ja zugehört, ich habe Herrn Thomas diese Frage auch schon einmal beantwortet. Ich bin der Auffassung, wenn ein Bürger dazu genötigt wird, eine Arbeit unter seiner Qualifikation anzunehmen und unter dem, was seinen bisherigen Ansprüchen und Anforderungen entspricht, anzunehmen, dann hat das für mich etwas mit Zwang zu tun,

(Rainer Prachtl, CDU: Das geht doch gar nicht. Wie können Sie das so vergleichen? – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

und nichts anderes habe ich geäußert. Ich habe es in keiner anderen Beziehung gebracht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall Karsten Neumann, PDS – Rainer Prachtl, CDU: Der Begriff ist belegt.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Regine Lück, PDS: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Dr. Born.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Frau Kollegin Lück, sind Sie sich der Tatsache bewusst, dass Sie mit einer solchen Formulierung die Gefahr heraufbeschwören, Zwangsarbeiter zu beleidigen?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Jetzt ist es wirklich gut! – Zurufe von Torsten Koplin, PDS, und Peter Ritter, PDS)

**Regine Lück**, PDS: Also ich bin der Auffassung, von dem Standpunkt, davon möchte ich mich distanzieren. Sie wollen mir jetzt etwas in meine Worte legen, was niemals beabsichtigt war.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Gut.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

(Rainer Prachtl, CDU: Das hätte einer von uns machen sollen!)

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich hatte gehofft, dass wir zu dem Punkt "Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe" - auf der einen Seite läuft das unter Hartz IV auf der anderen Seite unter dem Hessen-Modell oder EGG -, dass wir wirklich eine ernsthafte Debatte führen zu diesem Punkt. Und wenn ich dort die Finanzministerin dieses Landes zitieren darf, die in Eggesin auf unserer Klausurtagung vor einigen Wochen – und ich stimme da hundertprozentig zu - gesagt hat, dieses ist ein Systemwechsel, ein Paradigmenwechsel, wir sind im Augenblick in der Situation, dass sich zehn wesentliche Gesetzesvorhaben im Deutschen Bundestag und im Bundesrat zusammenschieben, unter anderem zu diesem Thema 2, dann hätte ich mir wirklich erhofft, dass wir ernsthaft zumindest, Herr Kollege Mohr, über unseren Antrag diskutieren.

(Klaus Mohr, SPD: Ich komme gleich dazu.)

Ihr Antrag ist so dünn, dünner geht's nicht.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Und wenn das der kleinste gemeinsame Nenner ist zwischen SPD und PDS, dann kann ich nur sagen, das ist weniger als ein Notantrag, was Sie hier vorgelegt haben. Und wenn Sie in den letzten Tagen eine Debatte führen zum Thema Ostkomponente, dann frage ich mich wirklich, mit welcher Ernsthaftigkeit. Ich lasse mal jetzt die Ausführungen von Frau Lück vollkommen beiseite. Das hat mich an eine Stamokapvorlesung aus längst vergangenen Zeiten erinnert. Nicht mehr, aber auch nicht weniger war das, Frau Lück.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Sie haben überhaupt nichts substantiell dazu beigetragen,

(Torsten Koplin, PDS: Komm, komm, komm!)

dass Mecklenburg-Vorpommern sich hier eine Position erarbeitet, wo unsere Interessen berücksichtigt werden. An keiner Stelle, in keiner Art und Weise!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und was sind denn im Augenblick die Gemeinsamkeiten, die die Union in Deutschland, als die eine große Volkspartei, und SPD und Grüne, als die im Bund in Verantwortung Stehenden, verbinden? Einmal ist es erstens, dass Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige bei einheitlicher Trägerschaft auf dem Niveau der Sozialhilfe zusammengeführt werden. Punkt! Zweitens, die Arbeitsanreize bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und die Sanktion bei Arbeitsverweigerung werden verstärkt. Punkt!

Und weiter sind Gemeinsamkeiten in beiden Gesetzentwürfen die künftige Kostentragung durch den Bund für die neue Leistung, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, eine einheitliche Trägerschaft, wenn auch bei unterschiedlichen Stellen, die Einführung einer Beweislastumkehr zu Lasten des Hilfesuchenden, der künftig triftige Gründe nachweisen muss, warum er eine Arbeit nicht annimmt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wer das mit Zwangsarbeit tituliert, entschuldigen Sie bitte, der ist fernab von jeder Realität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die stärkere Betonung des Forderns gegenüber dem passiven Leistungsbezug, die Verpflichtung zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung, die verschärften Sanktionen, Kürzung bis auf null bei wiederholter Arbeitsverweigerung, die Zumutbarkeit jeder Arbeit unabhängig von der Ausbildung und der Vorbeschäftigung, die Vereinheitlichung der Arbeitsanreize für frühere Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebezieher, wenn auch in unterschiedlicher Weise, und die Gleichbehandlung beider Personengruppen in der Sozialversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, das haben Sie hier bei Ihrem Antrag mit der PDS völlig, völlig ausgeblendet.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Beim Punkt 1 gibt es bei Ihnen kein klares Bekenntnis zu den Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Gesetzentwürfen. Herr Mohr, Sie haben sich hier buchstäblich die Rosinen herausgepickt, aber wo es wirklich weh tut, wo wir eine Debatte führen müssen, auch um die Interessenlagen unseres Landes deutlich zu machen, da hüllen

Sie sich in Schweigen. Das ist für mich keine verantwortungsvolle Politik. Ich habe den Eindruck, wenn das der kleinste gemeinsame Nenner ist, dann kann der Antrag nur unter dem Motto zustande gekommen sein: Augen zu und durch, durch durch diese Landtagssitzung. Sie haben sich ja nicht einmal auf eine gemeinsame Antragsbegründung verständigen können.

Diese Lethargie zieht sich auch beim Punkt 2 Ihres Antrages durch. Natürlich begrüßen wir die geplante Entlastung der Kommunen. Nur, dann sagen Sie doch bitte, wie das bei Hartz IV laufen soll. Ich habe das heute Morgen schon in der Aktuellen Stunde gesagt, Verteilung der Umsatzsteuerpunkte zu Lasten der Länder, übrigens, das sieht im Hessen-Modell völlig anders aus, darauf gehe ich nachher noch ein. Schreiben Sie das bitte auch in Ihren Antrag rein! Ich bin nicht dafür, dass die Entlastung der Kommunen zu Lasten der Länder stattfindet. Der Bund entlastet sich in hohem Maße und die Kommunen auch, dann möge das bitte so verteilt werden, auf die, die bisher die Lasten auch tragen, und nicht Politik zu Lasten Dritter.

Aber, meine Damen und Herren, gucken Sie sich doch noch einmal ganz genau Ihren Punkt 69 im Koalitionsvertrag an. Hier kann ich nur eines sagen: Den können Sie sowieso wegpacken, ist überholt.

(Angelika Gramkow, PDS: Nee, der hat sich nicht überholt.)

Und dann soll die Finanzministerin auch vortreten und sagen, wenn sie zu Hartz IV Ja sagt, wie sie denn die Kürzungen im Bereich der Umsatzsteuerpunkte nach den Plänen der rot-grünen Bundesregierung im Landeshaushalt kompensieren will. Das ist ein Punkt, den ich auch heute Morgen gesagt habe, und zwar auf der Einnahmeseite. Wie wollen Sie diesen Punkt kompensieren, Frau Finanzministerin, wenn – und davon gehe ich ja aus und das hat Herr Mohr gesagt – das EGG, das Hessen-Modell keine brauchbare Alternative ist?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das darf ich erwähnen, denn ich habe mir vorher das Einverständnis geholt, die Frau Finanzministerin hat uns in Eggesin gesagt, dass die Finanzierungsregelungen des Hessen-Modells durchaus Charme besitzen. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Weil es dort einen 90-prozentigen Finanzausgleich für das Land Mecklenburg-Vorpommern geben wird und geben soll. Ich gehe nachher noch auf die Gründe ein, die sehr wichtig sind – nicht nur für das Heute, sondern auch für das Morgen und für das Übermorgen – bei der Berechnung nach Fallzahlen und Quoten. Und das ist ganz entscheidend. Das ist ein ganz wesentlicher und entscheidender Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo ist denn Ihr Vorschlag zur Refinanzierung, zur Verteilung? Wo ist Ihr Vorschlag, Herr Mohr, als SPD-Fraktion, als Regierungsfraktion in diesem Land? Wie nehmen Sie hier die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern wahr?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Über Punkt 3 und 4 in Ihrem Antrag, entschuldigen Sie bitte, darüber lohnt es sich gar nicht zu reden. Wir reden von einem geförderten Niedriglohnsektor. Hier geht es darum, dass der Sozialhilfeempfänger nicht so wie heute höchstens 145,80 Euro dazuverdienen kann, sondern mehr, damit er einen Anreiz bekommt zu arbeiten und er

davon etwas übrig behält. Gucken Sie sich das Hessen-Modell an!

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Das Hessen-Modell.)

Der Anreiz fängt beim Hessen-Modell ab einer Grenze von 400 Euro an, interessant zu werden.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Da wird ihnen das nicht so in dieser Art und Weise weggenommen wie bei Hartz IV oder wie es heute im Sozialhilfeempfängerbereich ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es geht nicht darum, einen Niedriglohnsektor zu fördern, sondern Menschen in einen geförderten Niedriglohnsektor hineinzubringen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ist doch viel wichtiger, dass man Menschen anreizt, nicht einfach für ein passives Nichtstun Geld zu beziehen, sondern dass sie sagen: Ich bemühe mich auch um Arbeit

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie solche Anreize geben – und das ist ein offenes Geheimnis in dieser Republik, denn Sozialhilfeempfänger verrichten in hoher Art und Weise Schwarzarbeit –, dann verhindert das auch Schwarzarbeit in dieser Republik, wenn man Sozialhilfeempfängern Anreize zur Beschäftigung gibt, damit es sich auch lohnt zu arbeiten.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU – Torsten Koplin, PDS: Wir stabilisieren die Sozialhilfeempfänger, Herr Rehberg.)

Herr Kollege Koplin, gucken Sie sich einmal draußen um, was da arbeitet!

(Torsten Koplin, PDS: Wir stehen mit beiden Beinen im Leben, genauso wie Sie.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Beschäftigungsabbau reden, dann ist es ja natürlich in den neuen Bundesländern deutlich gravierender gewesen als in den alten Bundesländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern dient auch zur Verbesserung der Eingliederung der Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Um einmal die Zahlen deutlich zu machen: Im vergangenen Jahr sind in der Bundesrepublik etwa 16 Milliarden Euro für Arbeitslosenhilfe ausgegeben worden und 10,4 Milliarden Euro für Sozialhilfeempfänger. Wir leisten uns damit - denn die Hilfebedürftigen sind bei der Arbeitslosenhilfe im Schnitt 26 Monate im System, bei Sozialhilfe im Schnitt 28 Monate - das ineffektivste und teuerste Arbeitsmarktsystem in der ganzen Welt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Gelder, die steuerfinanziert sind. Das sind Gelder, die aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stammen, und darum ist die Qualität der Betreuung ein ganz wesentlicher Anhaltspunkt.

Und deswegen, das unterscheidet uns offenkundig auch von der SPD, haben wir nicht eins zu eins gesagt, dass wir alles aus dem Hessen-Modell übernehmen. Wir haben ein Stück nachgedacht, was ist das Scharnier zwischen der jetzigen Kompetenz der Bundesanstalt für Arbeit und der Kompetenz der Sozialämter im kommunalen Bereich. Uns ist eine integrierte Betreuung vom Arbeitsamt

und der Kommune gleichzeitig wichtig, denn beide vorgeschlagenen polarisierenden Extremlösungen sowohl bei Hartz IV als auch beim EGG scheiden nach unserer menschlichen und sachlichen Überlegung insbesondere aus zwei Gründen aus. Wenn sogar Florian Gerster, der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, konstatiert, dass die Bundesagentur oder die Bundesanstalt, wie sie heute noch heißt, für sozialpolitische Aufgaben ein schlechter Dienstleister ist, ich glaube, dann ist das mehr als nachdenkenswert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist denn der Ansatz bei Hartz IV? Wir haben heute mit 4,3 Millionen Hilfeempfängern der neuen Leistung inklusive 2,2 Millionen Menschen, die als Familienmitglieder der Bedarfsgemeinschaft angehören, zu rechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundesanstalt für Arbeit hat sich in den letzten Jahren nicht gerade dadurch ausgezeichnet, dass sie als effizient, vermittlungsstark und kompetent gilt, denn da waren genug Krisen, Skandälchen und so weiter und so fort. Deswegen ist es doch ein politischer Irrsinn, dass man, um dieses Konzept durchzudrücken, plant, 12.000 neue Bedienstete bei der zukünftigen Bundesagentur für Arbeit einzustellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Finanzen sind das umgerechnet etwa 750 Millionen Euro.

#### (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das kann doch nicht Ziel von Politik sein. Ziel von Politik muss es doch sein, beide Ressourcen zusammenzuführen. Und deswegen unser Vorschlag für so genannte Job-Agenturen, die die Vermittlungstätigkeit mit der Betreuung der Sozialämter der Kommunen vor Ort verbinden. Dazu bedarf es einer Grundgesetzänderung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Klaus Mohr, SPD: Wer finanziert das? Wer finanziert das? Sagen Sie das mal!)

Passen Sie mal auf, Herr Kollege Mohr, wenn wir uns darin einig sind, dass das Hartz-IV-Modell nicht geht und das Hessen-Modell auch nicht – dass die Kommunen vermitteln, das mag in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg gehen, die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben bisher nicht vermittelt, sie müssen heute deutschlandweit, wenn nicht europaweit vermitteln, das können sie nicht übertragen bekommen –, dann müssen Sie erstens über die Struktur nachdenken und fragen: Was ist die beste Lösung für die Menschen? Das ist der Ansatz und nicht zuerst nach dem Geld schreien! Und die Finanzierung ...

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Ja, Herr Kollege Mohr, Sie haben doch bisher auch nicht gefragt, wo die 750 Millionen Euro für die 12.000 neuen Stellen herkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Wo nehmen wir die denn her, Herr Mohr?)

Dies kann man schon als äquivalent nehmen. Sie haben heute eine Fallzahl bei den Sozialämtern von 1:30 bis 1:40 und zukünftig soll ein Fallmanager 1:75 in der Bundesagentur betreuen. Ich bin davon überzeugt, wenn Sie beides verbinden, brauchen Sie gar keine zusätzlichen Personen. Wenn Sie das zusammenführen, und zwar soziale Betreuung und Vermittlungstätigkeit, dann ist es über-

haupt nicht notwendig, in den Größenordnungen neues Personal einzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss also erstens eine rechtsverbindliche Zusammenarbeit von Arbeitsämtern, Kommunen und anderen Sozialträgern in gemeinsamen Job-Agenturen vor Ort geben. Das ist unser Vorschlag in Punkt 1. Und die Erfolge sind doch da. Denken Sie an das Kölner Job-Center-Modell. Die Erfolgsquote nach meiner Kenntnis ist, dass jeder zweite hier betreute Sozialhilfeempfänger mit Hilfe des Centers einen Job fand und die Sozialämter sich nur noch um die Nichterwerbsfähigen kümmern. Gucken wir mal nach Stralsund, da kann die Quote nicht so hoch sein. Aber zeigen Sie mir einen Bereich im Land, wo etwa 1.500 hilfebedürftige Personen gemeinsam betreut werden. Hier haben Arbeits- und Sozialamt zusammengearbeitet, denn die hilfebedürftigen Personen wurden integrativ betreut und über 100 Personen fanden einen Job im ersten Arbeitsmarkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das mag nicht die große Leistung sein, wenn ich die Prozentrate sehe, aber es ist ein erster Anfang, der zeigt, dass hier eine Kooperation positiv wirken kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Zweites. Meine Damen und Herren der SPD, können Sie wirklich so unkritisch hinnehmen, dass hier im Hartz-IV-Modell die Bundesagentur ganz alleine entscheidet, und zwar ohne Rechtsverordnung und ohne Verwaltungsakt, wer in welche Kategorie kommt? Ist das wirklich so? Ist der Mensch nur noch einfach ein Subjekt, das hin und her geschoben werden kann? Oder ist es nicht zwingend geboten so, wie wir es in unserem Antrag sagen, dass dieses ein Verwaltungsakt mit einer Einigungsstelle sein muss, wo ich auch Widersprüche einlegen kann? Denn ich habe folgende Sorgen und das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Da macht die Bundesagentur nach der Rechtslage, wie sie sich Rot-Grün vorstellt, Folgendes: Sie entscheidet, du wirst Sozialgeldempfänger sein, du bist nicht erwerbsfähig.

Ich möchte übrigens noch einen Punkt sagen, der schon seit zwei oder drei Jahren Gültigkeit hat: Nach dem Job-AQTIV-Gesetz gilt als nicht mehr vermittlungsfähig, wer vier Jahre keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweist. Das heißt, gerade die Älteren aus Mecklenburg-Vorpommern, die dann vier Jahre nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind – über ABM brauchen wir nicht zu reden, ein halbes Jahr zählt nicht dazu –, werden dann einfach in die Nichterwerbsfähigkeit abgestuft als Sozialgeldempfänger, sprich Sozialhilfeempfänger, und rübergeschoben zu den Kommunen.

#### (Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Da meinen Sie, das kann ohne irgendeinen Verwaltungsakt gehen? Da sagen wir als CDU schlichtweg Nein! Es muss hier eine Einigungsstelle vor Ort geben und hier muss nach Kriterien entschieden werden, es muss eine Widerspruchsmöglichkeit geben und gegebenenfalls sogar den Klageweg. Das sind wir diesen Menschen schlichtweg schuldig.

## (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt noch ein Punkt dazu. Das hat jetzt auch was mit dem dritten Punkt bei uns zu tun, und zwar mit dem Hessen-Modell, was ja vermeintlich Charme hat. Wir haben heute eine Sozialhilfeempfängerdichte in MecklenburgVorpommern von 3,2 Prozent. Die Sozialhilfeempfängerdichte in den alten Bundesländern ist im Schnitt dreimal so hoch, circa 9 Prozent. Was wir aber mit steigender Tendenz haben, 2002 36 Prozent Langzeitarbeitslose über ein Jahr, dieses Jahr 45 Prozent. Das heißt, der Punkt 2 bei uns, aber auch der Punkt 3 berücksichtigen folgende Entwicklung, und zwar dass wir im Gegensatz zu den alten Bundesländern leider die Situation in der Entwicklung haben werden, dass wir aufgrund der gesetzlichen Lage, die schon heute herrscht, zunehmend mehr Sozialhilfeempfänger bekommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann sagen Sie, Herr Mohr, das Hessen-Modell ist keine brauchbare Alternative? Das Hessen-Modell macht Folgendes: Es sagt beim Status quo Quote/Fallzahl und berücksichtigt die nächsten fünf Jahre. Was ich zugebe, dass gegebenenfalls fünf Jahre mit Blick von heute für die nächsten fünf Jahre nicht ausreichen werden,

(Klaus Mohr, SPD: Genau.)

aber es ist deutlich positiver, als das Hartz-IV-Modell, weil Hartz IV hier überhaupt nichts berücksichtigt.

(Klaus Mohr, SPD: Fragen Sie doch mal die Fachleute in den Kommunen, Herr Rehberg! Fragen Sie die doch mal!)

Die Refinanzierung von Hartz IV erfolgt alleine über die Einwohnerzahlen, über die Umsatzsteuerverteilung.

(Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Und das hat überhaupt nichts mit der besonderen sozialen Situation der neuen Bundesländer und insbesondere Mecklenburg-Vorpommerns zu tun. Nichts, aber auch gar nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie von Ostkomponenten reden, und Herr Backhaus hat ja den Mund heute in der "Schweriner Volkszeitung" relativ voll genommen, dann kann es doch nicht unser Ernst sein, bei diesem Thema wieder nach dem öffentlichen Beschäftigungssektor zu rufen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema, dass gerade Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über die Mitte der 90er im Garten- und Landschaftsbau, aber auch in anderen Bereichen in hohem Maße den Mittelstand gefährdet haben, das wollen wir doch nicht wieder neu auflegen,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja auch der ÖBS.)

egal in welcher Form auch immer. Ich denke, diesen Punkt sollten wir längst überwunden haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Wir haben ja auch festgestellt, die PDS versteht unter ÖBS was ganz anderes.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier gibt es nur einen Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ja, genau. – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Es gibt hier nach meinem Dafürhalten nur einen Weg. Dass ich nicht die ideologischen Scheuklappen aufhabe, Herr Holter, das ist ja ganz offenkundig so. In der Pressemitteilung heute haben Sie sie etwas abgelegt, aber vor

ein paar Tagen – und das macht sich immer schön, wenn niemand widersprechen kann – vor hiesigen Bürgermeistern, Zitat,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Sie als Arbeitsminister: "Es liegt aber in der Natur der Kompromisssuche mit der Union, dass gegenüber den Gesetzentwürfen von SPD und Grünen eher Verschlechterungen als Verbesserungen zu erwarten sind." Und dann weiter Holter, wieder die ideologische Brille auf oder Scheuklappe, Zitat: "Weder die Gesetzesinitiativen von SPD und Grünen noch der Entwurf eines Existenzgrundlagengesetzes aus dem CDU-geführten Hessen berücksichtigen den gespaltenen Arbeitsmarkt in Deutschland."

(Angelika Gramkow, PDS: Recht hat er.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Hessen-Modell berücksichtigt die Arbeitsmarktsituation, auch die der strukturschwachen Regionen im Westen Deutschlands. Meine feste Überzeugung ist, wir werden nur dann unsere Interessen ausreichend und hinreichend berücksichtigt wissen, wenn wir uns mit den strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer, mit diesen Bundesländern zusammentun.

(Minister Helmut Holter: Richtig.)

Das wird sicher nicht Hessen sein, das wird sicher nicht Bayern sein, das wird sicher nicht Baden-Württemberg sein, aber das kann das Saarland sein oder es kann durchaus auch das Land Niedersachsen sein. Und deswegen, meine ich, sollten wir beide Gesetzentwürfe nehmen und unsere Positionen beschreiben, wie unsere Interessenlagen am günstigsten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mohr, wenn Sie es nicht haben, ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung, das ist das Kapitel 18 des Existenzgrundlagengesetzes. Hier können Sie die länderspezifischen Erstattungssätze auf Ausgleich für strukturschwache Regionen und Regionen mit momentan mehr Arbeitslosenhilfe- als Sozialhilfeempfängern zur Kenntnis nehmen. Übrigens würde Mecklenburg-Vorpommern nach der aktuellen Lage einen Erstattungssatz von 90 Prozent bekommen. Ich gehe aber davon aus, dass dadurch die Zahl der Langzeitarbeitslosen noch deutlich ansteigt und dass wir hier noch günstiger fahren. Ich will noch einmal deutlich unterstreichen, dass eine Neuverteilung der Umsatzsteuer keinesfalls einen ursachengerechten Belastungsausgleich darstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der geförderte Niedriglohnsektor. Wenn Sie die Zahlen nehmen, ich habe das einmal kurz nachgerechnet, dann würde eine Familie mit zwei Kindern 1.093 Euro plus Heizung, plus Unterkunft und noch ein paar andere Mehrbedarfe erhalten. Darauf will ich aber nicht eingehen. Ich will noch einmal darum werben: Ist es nicht sinnvoll, dass, wenn einer 400 bis 1.100 Euro Bruttoeinkommen mehr hat, er berechtigt ist, 50 Prozent davon zu behalten, damit er einen Anreiz hat zu arbeiten?

Ich möchte Ihnen einmal nicht aus den neuen Ländern, sondern aus den alten Ländern ein paar Bruttostundensätze/Tarifsätze vorlesen: Hilfsarbeiten für leichte Arbeiten in der Landwirtschaft Rheinland 4,57 Euro, Verkäuferinnen im Bäckerhandwerk im Saarland 5,72 Euro und so weiter und so fort. Viele von denen stecken übrigens heute in der ergänzenden Sozialhilfe drin und auch

für die sollte es ein Anreiz sein, einer Beschäftigung nachgehen zu können. Man sollte nicht einfach geförderte Niedriglohnsektoren verteufeln, nur um des verteufelns Willen, denn die Kombination von Einkommen aus Erwerbstätigkeit plus Hilfe zur Selbsthilfe aus der Förderung des Niedriglohnsektors ist allemal besser als Stütze plus Schwarzarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Überweisung ist keine Zeit mehr. Die Entscheidungen stehen an.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich kann Sie nur bitten, dass Sie Ihren Antrag zurückziehen, denn er berücksichtigt nicht einmal ansatzweise – Herr Mohr, jetzt können Sie für die SPD erzählen, was Sie wollen, schwarz auf weiß,

(Klaus Mohr, SPD: Warten Sie doch erst einmal ab.)

der Antragstext ist das Entscheidende – die besondere spezifische Situation der neuen Bundesländer und des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben unseren Antrag natürlich gegenchecken lassen und er ist auf sehr viel Akzeptanz in den neuen Bundesländern gestoßen. Deswegen ist es meine Bitte an Sie: Springen Sie über Ihren Schatten, ziehen Sie Ihren Antrag zurück und stimmen Sie unserem zu! Das wäre eine Basis, um aus beiden Gesetzentwürfen, Hartz IV und das Hessen-Modell, ich sage es einmal verkürzt, eine Alternative zu machen und nicht in Extrempositionen zu verfallen, sondern die vernünftige Mitte zum Wohle unseres Landes zu suchen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Rehberg.

Es hat jetzt Herr Caffier das Wort zur Geschäftsordnung.

**Lorenz Caffier**, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, die CDU-Fraktion beantragt eine Auszeit von 15 Minuten.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten. Sie wird wieder eröffnet um 16.05 Uhr.

### Unterbrechung: 15.49 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert. – Der Ältestenrat wird einberufen.)

Wiederbeginn: 17.05 Uhr

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Gemäß Paragraph 89 unserer Geschäftsordnung erhält jetzt außerhalb der Tagesordnung zu einer persönlichen Erklärung die Abgeordnete Frau Lück das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Siegfried Friese, SPD: Und dann gehen wir wieder zur Arbeit über.)

**Regine Lück**, PDS: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war nicht meine Absicht, mit meinen Ausführungen einen Bezug zur Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland herzustellen. In der Nachfrage von Herrn Born von der CDU-Fraktion habe ich das bereits deutlich gemacht. Um falsche Auslegungen auszuschließen, ziehe ich das Wort "Zwangsarbeit" zurück. Es war meine Absicht, Folgendes deutlich zu machen: Grundelement von Hartz ist, dass jede Arbeit als zumutbar gilt. Das ist aus meiner Sicht und der meiner Partei Druckausübung auf Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen, und zwar unabhängig von der Qualifikation und anderen Dingen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Nicht einmal eine Entschuldigung?)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Mohr für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Klaus Mohr**, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Rehberg, Sie haben hier eben im Parlament, will ich einmal sagen, das Ballyhoo zu diesem Tagesordnungspunkt inszeniert, was ich von Ihnen ehrlich gesagt auch erwartet habe. Aber lassen Sie sich gesagt sein: Quantität ist nicht immer gleichzusetzen mit Qualität.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was hat er inszeniert? Was war das für ein Ausdruck?)

Das gilt sowohl für den Antrag der CDU, ich muss das so sagen, ich werde das gleich noch weiter begründen, als auch für Ihre Ausführungen, Herr Rehberg. Und ich denke, wenn Sie hier die einschlägigen Texte genauer gelesen hätten, dann hätte sich vieles von dem, was im Antrag ist, was Sie aber auch hier in Ihrer Rede gesagt haben, erübrigt. Und damit Sie sehen, dass ich mich wirklich sorgfältig und umfassend mit Ihrem Antrag befasst habe, fange ich noch einmal beim ersten Punkt Ihres Antrages an, denn offenkundig haben Sie hier drei Punkte in Ihrem Antrag und zu denen möchte ich kurz Stellung nehmen:

Zum Punkt 1 ist zu sagen, mit Verlaub, der ist sicherlich Schnee von gestern. Zur Drucksache 4/50, Ordnung muss sein, die Punkte 1 und 3 sind zeitlich überholt. Die geforderte Unterrichtung durch die Landesregierung bezog sich lange Zeit auf die seinerzeit aktuellen Hartz-Gesetze I und II, die ja bekanntlich zum 01.01.2003 in Kraft getreten sind. Der Beschluss ist darüber hinaus unseres Erachtens auch nicht als Vorratsbeschluss auszulegen, wonach die Landesregierung aufgefordert worden wäre, sozusagen fortlaufend über die weiteren Hartz-Gesetze und weitere Gesetze am Arbeitsmarkt hier immer regelmäßig Bericht zu erstatten.

Zur Drucksache 4/98 sei zum Punkt 4 a) gesagt, dass dieser konkrete Punkt in den neuen Hartz-Gesetzen ganz explizit in Hartz III abgeschafft wurde. Das heißt, es wird diesen aktuell noch vorgesehenen 20-prozentigen Qualifikationsanteil bei ABM hier nicht mehr geben.

Hinsichtlich der Punkte 4 b), 5, 6 und 7 ist zu sagen, dass diese Aspekte zunächst offen geblieben und nicht berücksichtigt worden sind und heute, das muss man so konstatieren, durch Zeitablauf und sicherlich auch durch die aktuelle Entwicklung überholt worden sind.

Zur Nummer 2 des Antrages. Die Landesregierung macht durch ihre Politik wohl hinreichend deutlich, denke ich, welchen Weg sie im Hinblick auf die Entwicklung von Beschäftigung im Land verfolgt und wer diesen Aktivitäten und der regelmäßigen Information der Landesregierung über ihre Arbeit Aufmerksamkeit schenkt. Sie ist gut unterrichtet und kann diese Politik selbstverständlich für sich beurteilen.

Tatsache ist, dass die Regierung wirtschaftspolitisch sehr umtriebig ist, das ist eingangs hier unter anderem vom Wirtschaftsminister erläutert worden. Und was die Arbeitsmarktpolitik betrifft, wissen Sie im Übrigen, dass wir im Rahmen unseres ASP äußerst innovativ sind. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, wo wir durch unsere ASP-Beiräte Projekte an konkreten regionalen Bedarfen ausgerichtet realisieren. Wir könnten hier natürlich noch mehr machen, das ist klar, wenn hier die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stünden.

Im Hinblick auf unsere Forderungen gegenüber dem Bund – auch darauf ist ja im Antrag abgestellt worden – wissen Sie, dass sich sowohl die Landesregierung als auch unsere Fraktion seit Beginn des angestoßenen Reformprozesses bis heute bei den Verantwortlichen in Berlin für eine weitergehende Berücksichtigung der ostspezifischen Belange insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt hat und sich natürlich auch weiter engagieren wird.

Jetzt kommen wir zum Punkt 3. Sehr geehrter Herr Rehberg, ich denke, das ist der Kern Ihres Antrages. Die Landesregierung wird in Nummer 3 aufgefordert,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

im Bundesrat bei der Debatte um Hartz IV beziehungsweise beim Hessen-Modell auf einen so genannten Kompromiss hinzuwirken. Dazu hatten Sie Ausführungen gemacht. Sie sagen im ersten Punkt a), dass Sie eine rechtsverbindliche Zusammenarbeit von Arbeitsämtern, Kommunen und anderen fordern. Ich denke, vorzuziehen ist hier gleichwohl unsere Nummer 1 im SPD/PDS-Antrag, denn noch einmal: Es kommt darauf an, dass hier die Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand erfolgt und sichergestellt wird. Und dieses ist eben in Ihrem Antrag, in Ihrer Version so nicht gewährleistet.

Die Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen System. Dies funktioniert nur dann wirksam für alle Arbeitslosen, wenn die Trägerschaft für das geplante Leistungssystem Arbeitslosengeld II bei der BfA liegt. Die im Hessen-Modell vorgeschlagene Zuordnung zu den Kommunen würde zu einer Spaltung der Arbeitslosen und zu einer Verschärfung des Ungleichgewichts zwischen Ost und West, aber auch zwischen armen und reichen Regionen führen. Deshalb noch einmal: Nachdrücklich treten wir dafür ein, dass eine gleichmäßige Anwendung des Rechts auf gleiche Sachverhalte bundesweit durch die Bundesanstalt für Arbeit sichergestellt wird. Und das sehe ich zunächst bei Ihnen nicht.

Jetzt haben Sie, Herr Rehberg, Ausführungen gemacht und gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, bei Ihrem Modell ist kein neues Personal notwendig. Ich frage Sie noch einmal, Herr Rehberg – ich denke, die Zahlen sind relativ unstreitig, denn wir sprechen über 1,8 Millionen Arbeitslosenhilfeempfänger, für Mecklenburg-Vorpommern sind das circa 110.000/115.000 Arbeitslosenhil-

feempfänger –, erzählen Sie mir einmal, wie Sie dies mit den normalen Personalbeständen sowohl auf Seiten der Arbeitsämter als auch auf Seiten der Sozialämter in den Kommunen bewerkstelligen wollen, diese 115.000 Menschen intensiv zu betreuen und sie so, wie wir uns das ja alle wünschen, passgenau, schnell und individuell zu vermitteln. Das habe ich nicht nachvollziehen können. Ich denke, es erübrigt sich, das hier weiter zu vertiefen. Offensichtlich ist es doch ganz einfach so, dass hier ein Personalbedarf besteht. Richtig ist, dass hier seitens des Bundeswirtschaftsministers von einer Größenordnung von 12.000 neuen Fallmanagern gesprochen wurde. Ich halte das für realistisch, denn wer die Zahlen derjenigen im Moment kennt, die tatsächlich in den Arbeitsämtern vermitteln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist das Einzige, wo diese Bundesregierung für Arbeit sorgt.)

das sind circa 9.000 Mitarbeiter von insgesamt 90.000. Ich sehe hier ganz klar einen Nachholbedarf. Ich sage, Herr Rehberg, wir brauchen hier neues Personal, darum kommen wir nicht herum.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mehr Bürokratie brauchen wir noch.)

Mit Ihrer Verfahrensweise kommen wir hier nicht weiter. Das, denke ich, steht außer Frage.

Kommen wir zum Punkt b), zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit von Hilfebedürftigen durch eine paritätisch besetzte Einigungsstelle vor Ort. So heißt es ja bei Ihnen. Die Bundesregierung hat in den Gesetzentwurf Hartz IV eine Verordnungsermächtigung aufgenommen. In einer Verordnung sollte der Gesetzgeber ermächtigt werden, im Verordnungswege, das heißt hier konkret ohne Beteiligung des Bundesrates, einige Fragen zu regeln. Dazu gehört natürlich auch die Definition der Erwerbsfähigkeit beziehungsweise der Leistungsempfänger. Die Länder haben im Bundesrat die Gefahr gesehen, dass der Kreis der Leistungsempfänger zu Lasten der Kommunen definiert wird. Rot-Grün hat die Kritik der Länder aufgenommen. Die Definition der Erwerbstätigkeit und damit der Personenkreis der Erwerbsfähigen wird direkt, Herr Rehberg, und explizit im Gesetz festgeschrieben. Ich spreche hier ganz konkret vom neuen SGB II Paragraph 8, den ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen kann. Dort ist legal vom Gesetzgeber definiert, wer erwerbsfähig ist.

Die Erwerbsfähigkeit jedes Hilfebedürftigen wird vom Arbeitsamt, das heißt neu Agentur für Arbeit, geprüft und bei Streitfällen, so steht es im Gesetz, entscheidet eine gemeinsame Einigungsstelle. Damit können Arbeitslose nicht, wie es in dem CDU-Antrag heißt, zu Lasten der Kommunen in das Sozialgeld abgeschoben werden. Nur zu Ihrer Information, Herr Rehberg, Paragraph 45 SGB II. Die Forderung der CDU ist also von gestern. Heute, meine Damen und Herren, ist sie überflüssig.

Kommen wir zum Punkt c), Finanzierung des Arbeitslosengeldes II durch den Bund entsprechend dem Hessen-Modell. Hier haben Sie, Herr Rehberg, sehr viel Energie darauf verwandt, uns Ihr Modell zu erklären. Die Behauptung der CDU, die Finanzierung entsprechend dem Hessen-Modell sei für die Kommunen eine solidere Alternative, denke ich, ist mehr als fraglich. Dieses Erstattungsverfahren bietet keine dauerhafte – und ich betone, keine dauerhafte – Sicherheit über die Höhe der Erstattungen, sie müssen nämlich immer wieder neu verhandelt werden.

Frühestens 2009, das hatten Sie also selber konzediert, Sie hatten gesagt, wir sprechen hier zunächst einmal über fünf Jahre. Das heißt, wir haben hier überhaupt keine Sicherheit und hier müsste politisch korrigiert werden. Und vor dem Hintergrund weiß ich ehrlich gesagt nicht, ob diese Lösung, die hier bei Herrn Koch vorgesehen war, so überzeugend ist und ob sie besser ist. Zudem könnten die Länder hier auch unter Druck geraten, eigene Programme in Ergänzung sozusagen aufzulegen, weil sie hier mit der normalen Kostenverteilung nicht hinkommen.

Und ein Letztes in diesem Zusammenhang. Herr Rehberg, um eine Pressemitteilung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern zu zitieren, dort heißt es: "Eine Kommunalisierung des neuen Leistungsrechts, wie von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und einigen Ländern gefordert, lehnt der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern entschieden ab." Ich denke, dies macht nachhaltig deutlich, Herr Rehberg, dass das von Ihnen verfochtene Modell so klar und so überzeugend nicht ist,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

insbesondere wenn es hier von Seiten der Fachleute in den Kommunen entsprechend dargestellt und beurteilt wird.

## (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zum Punkt d). Dort machen Sie sich stark für die Einführung des besagten staatlich geförderten Niedriglohnsektors entsprechend dem Hessen-Modell. Die massive staatliche Förderung eines Niedriglohnsektors wird zu einem Rutschen des gesamten Lohn- und Gehaltsgefüges führen. Schon heute ist es in Ostdeutschland für untere Lohngruppen schwer, ihre Familie zu ernähren.

Herr Rehberg und meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich frage Sie: Wie niedrig sollen die Löhne hier in unserem Land denn noch werden? Herr Rehberg, Fakt ist, Sie haben das teilweise zitiert, Sie wissen doch, wie hoch hier die Löhne sind. Gucken wir uns zum Beispiel das Gastgewerbe und den Hotel- und Gastronomiebereich an. Wir können uns den Bereich vieler Dienstleistungszweige anschauen. Wir sprechen hier ganz klar über Bruttostundenlöhne zwischen 4 Euro, 4,50 Euro und 5 Euro.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der hat es noch nicht begriffen. Der will bezuschussen.)

Und ich frage Sie noch mal allen Ernstes: Wer soll mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 800 Euro zum Beispiel eine Familie ernähren können? Das ist mir schleierhaft und dazu sind Sie eine Erklärung schuldig geblieben. Ich finde, das ist ein ganz wesentlicher Punkt in der Debatte, und das, denke ich, ist auch unstreitig.

Wir fragen letzten Endes, das will ich jetzt einmal auf die große Ebene ziehen: Was haben wir denn hier in Deutschland überhaupt auf dem Arbeitsmarkt? Wir haben letzten Endes sicherlich Know-how. Die einzige Chance wird es in Zukunft sein, hier in das Know-how der Menschen und in die Arbeitskräfte zu investieren, weil wir eben die Ressourcen nicht haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich bin der Meinung, dass wir hier gut beraten sind und wir dieses hohe Know-how, was wir ja von den Menschen abfordern, unterstützen und dokumentieren, (Zuruf von Harry Glawe, CDU)

indem wir auch angemessene und reale Löhne bezahlen, die es den arbeitenden Menschen hier im Land erlauben, die Existenz ihrer Familien hinreichend und ausreichend finanzieren zu können. Das, denke ich, ist ein wichtiger Punkt und das muss so noch einmal herausgearbeitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Rehberg, ein ganz wichtiger Punkt bei diesem staatlich geförderten Niedriglohnsektor ist, mich würde hier schon einmal die Frage der Finanzierung interessieren: Wie sollen denn die Lohnsubventionen finanziert werden? Dazu sind Sie eine Antwort schuldig geblieben. Wenn ich den Gesetzentwurf von Hessen richtig gelesen habe, ist da von einer Anschubfinanzierung in einer Größenordnung von circa 3 Milliarden Euro die Rede. Wo soll das Geld herkommen? Herr Rehberg, hierzu sind Sie eine Antwort schuldig geblieben, keine Auskunft dazu von Ihnen. Der Antragstext ist an dieser Stelle ziemlich nebulös, um es vorsichtig zu sagen. Außerdem würden Arbeitgeber wahrscheinlich auch reguläre Arbeitsplätze in Niedriglohnarbeitsplätze umwandeln, das ist unsere Befürchtung, die dann staatlich subventioniert würden. So weit zum Antrag der CDU.

Die Hartz-Gesetze III und IV werden zurzeit im Vermittlungsausschuss beraten. Das ist bekannt und auch gesagt worden. Natürlich wird es dabei auf einen Kompromiss hinauslaufen, das ist auch klar. Meine Damen und Herren, dass es hier nicht ein reines Hartz-Modell und auch kein reines Hessen-Modell geben wird, das, denke ich, ist klar. Das ist auch unstreitig. Und irgendwo dazwischen, denke ich – die Finanzministerin hatte das heute deutlich gemacht und symbolisch mit dieser Glaskugel beschrieben –, trifft das hier ganz gut die Realitäten. Es wird so sein, dass wir irgendwo eine Einigung zwischen diesen beiden Modellen haben werden. Aber ich werde jetzt an dieser Stelle keine Kaffeesatzleserei betreiben, Herr Rehberg. Sie haben das so ein bisschen versucht, scheint mir,

(Rainer Prachtl, CDU: Ein Dialog oder was ist das hier?)

indem Sie hier ein ziemlich unnachvollziehbares Kompromissmodell aus Ihrer Sicht gezeichnet haben. Wie gesagt, ich habe meine Bedenken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Kollege möchte nicht darauf angesprochen werden, Herr Mohr.)

Das von CDU/CSU favorisierte Hessen-Modell ist nur ein Baustein einer unsozialen Politik. Hinzu kommt die Forderung der Union, den Kündigungsschutz auszuweiten, das ist bekannt. In dem Zusammenhang muss ich das noch einmal klar und deutlich sagen, meine Damen und Herren von der CDU: Sie und Ihre Kollegen auf Bundesebene wollen ganz klar amerikanische Verhältnisse. Sie wollen amerikanische Verhältnisse, weil Sie hier den Kündigungsschutz aushöhlen wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei den Arbeitslosenzahlen schon.) Bei den Arbeitslosenzahlen schon.)

Sie berücksichtigen nicht, dass wir hier schon sehr viel getan haben und wir ja letzten Endes auch schon ein sehr flexibles Arbeitsrecht haben.

> (Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel weniger Arbeitslose hat Herr Schröder schon geschafft?! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Riemann, wenn ich Ihnen jetzt sage, gucken Sie ins Teilzeit- und Befristungsgesetz, dann werden Sie damit nicht viel anfangen können. Davon haben Sie wahrscheinlich noch nichts gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber Fakt ist, das möchte ich hier an der Stelle noch einmal explizit zur Kenntnis geben, man hat heute die Möglichkeit, befristete Arbeitsverhältnisse zu schließen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Wir haben also die Möglichkeit, befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund bis zu zwei Jahren – und wir haben für 52-Jährige und Ältere die Möglichkeit hier über zwei Jahre hinaus – mehrmalig zu befristen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Durchschlagende Erfolge.)

Wir haben, meine Damen und Herren, durch ein neues Gesetz für Existenzgründer die Möglichkeit, das ist wichtig,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

diese bei der Neueinstellung von Beschäftigten befristet maximal auf vier Jahre einzustellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wird mit anderen Fördermitteln wieder verrechnet.)

Ich frage Sie: Ist das nichts? Insofern, denke ich, gilt es dies zu berücksichtigen, aber davon ist nie die Sprache bei Ihnen. Sie fordern knallhart: Schluss mit dem Arbeitsrecht!

(Rainer Prachtl, CDU: Wir sind alle draußen glücklich, dass Sie regieren.)

Ich kann Ihnen sagen, das Arbeitsrecht ist so weit schon flexibilisiert worden. Wir stehen hier in diesem Bereich für Willkürhandlungen nicht zur Verfügung.

(Martin Brick, CDU: Die Erfolge unterstreichen Ihre Rede.)

Ich wende mich auch gegen den Vorschlag der CDU/CSU, die Tarifautonomie auszuhöhlen. Darüber werden wir ja sicherlich noch sprechen. Damit wird der soziale Friede in Deutschland massiv gefährdet.

(Beate Schlupp, CDU: Haben wir den denn noch?)

Hinzu kommt auch die Forderung von Herrn Stoiber – ich finde das ist noch einmal ein ganz wichtiger Punkt, den es lohnt anzuhören –, bei ABM und Weiterbildung 5 Milliarden Euro zu kürzen und damit den zweiten Arbeitsmarkt an die Wand zu fahren. Ich sage das so, wie es ist. Wenn ich das heute richtig mitbekommen habe, Herr Rehberg, davon gehe ich mal aus,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und dem Kohl haben Sie ABM-Wahlkampf vorgeworfen!)

dass ich das gut verstanden habe, dann pflichten Sie dem Kollegen Stoiber bei. Sie haben heute einmal eine Hausnummer genannt, ich glaube, es waren 19,5 Millionen Euro,

(Wolfgang Riemann, CDU: Daran kann ich mich gut erinnern.)

die Sie hier im Bereich des Arbeitsministeriums einsparen möchten, wenn es hier um öffentliche Beschäftigung oder den öffentlichen Beschäftigungssektor geht. Herr

Rehberg, ich will Ihnen sagen, Sie haben hier keine Lösungen der ganzen Problematik angedeutet.

(Beifall Detlef Müller, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Sie sagen nur, wir ziehen in diesem Bereich Gelder ab. Sie ziehen in diesem Bereich massiv Gelder ab. Und ich sage Ihnen, Stand Oktober zum Beispiel, wenn das eintreten sollte, was Herr Stoiber hier verkündet hat, dann heißt das, dass wir über 13.000 AB-Maßnahmen sprechen und über 10.800 Weiterbildungsmaßnahmen, die es hier von heute auf morgen nicht mehr geben würde, die also gestrichen würden.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und dann, Herr Rehberg, erzählen Sie mir einmal, was Sie mit den betroffenen 24.000 Menschen hier im Land machen und wie Sie denen erklären, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat denn in den letzten Jahren 24.000 ABM-Stellen gestrichen in diesem Land? Wer war das denn? Wer war das denn?)

Herr Riemann, Sie können darauf gerne antworten.

Erklären Sie denen, dass sie keine Zukunft mehr haben, zumindest, dass sie noch nicht einmal über einen gewissen Zeitraum hinweg die Möglichkeit haben, hier in der Nähe des ersten Arbeitsmarktes tätig zu sein. Dass das nicht das Allheilmittel ist und die Qualität sicher nicht so ist, wie wir uns das alle vorstellen, steht doch außer Frage. Ich finde es aber sehr bedenklich, wenn sich die Herren Stoiber, Koch und heute auch wieder Herr Rehberg entsprechend äußern.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Wobei man ja auch feststellen muss – ich kenne und schätze die Kollegin Strenz bekanntermaßen ja auch sehr –, dass die Kollegin Strenz sich schon nuancierter äußert. Ich habe das immer wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Frau Strenz gesagt hat: Jawohl, wir brauchen aktive Arbeitsmarktpolitik und vom Prinzip her tragen wir die aktive Arbeitsmarktpolitik unseres Landesarbeitsministers so entsprechend auch mit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Der Wähler gibt Ihnen schon noch die Quittung. – Wolfgang Riemann, CDU: Die erfolgreiche aktive Arbeitsmarktpolitik.)

Insofern hat sich bei Ihnen keine Annäherung ergeben, das ist auf jeden Fall festzustellen. Ich denke – lassen Sie mich das vielleicht noch sagen, denn das gehört auch zu einer ehrlichen Debatte dazu, meine Damen und Herren –, man muss ehrlich sagen, dass die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit in unserem Land nicht nur alleine mit Wirtschaftspolitik zu machen ist. Ich sage Ihnen eines, und zwar ganz klar, offen und ehrlich:

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Schröder hat gesagt, es brummt.)

Arbeitsmarkpolitik, Herr Riemann, ist heute notwendiger denn je. Wir brauchen ganz einfach Weiterqualifizierung und Weiterbildung, um auch die individuelle Beschäftigungsfähigkeit sicherzustellen. Wir wissen doch alle, der Arbeitsmarkt entwickelt sich jeden Tag rapide weiter und verändert sich. Die Menschen und die Arbeitnehmer müssen am Ball bleiben, sie müssen selber an sich arbeiten und sie müssen lebensbegleitend lernen.

Und insofern, denke ich, ist das doch ein ganz wichtiger Punkt, den können wir hier nicht einfach unter den Teppich kehren.

Ein ganz wichtiger Aspekt in dem Zusammenhang ist, dass da ja auch Chancen liegen, gerade wenn wir uns den Bereich der Grenzregionen angucken, die EU-Osterweiterung ist hier ein Stichwort. Ich denke, gerade in diesem großen Bereich der Weiterbildung und Weiterqualifizierung können wir in den nächsten Jahren noch viel machen und viel bewegen.

Sie sehen also, dass ich das alles nicht so negativ sehe, wie das hier vereinzelt immer dargestellt wird, und zwar insbesondere von der CDU und von Herrn Rehberg. Ich denke, Arbeitsmarktpolitik ist wichtig und die Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose sind selbstverständlich und die müssen gewährleistet sein. Wir können die Leute doch nicht einfach irgendwo auf ein Schiff setzen und wegfahren lassen. Wir müssen diesen Leuten eine Perspektive geben. Und hier kann, meine Damen und Herren, zum Beispiel ein steuerfinanzierter öffentlicher Beschäftigungssektor helfen. Das kann eine Möglichkeit sein. Auf jeden Fall darf man diese Menschen – 165.000 insgesamt, wobei Sie hatten angesprochen 74.000 Langzeitarbeitslose Stand Oktober – nicht abschreiben.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Mohr, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born?

**Klaus Mohr**, SPD: Ja, ich bin gleich am Ende. Noch zwei, drei Sätze und dann gerne.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Also dann am Schluss. Danke schön.

Klaus Mohr, SPD: Also noch einmal, ich fasse zusammen: Die Pläne der Union bedeuten aus unserer Sicht ganz klar einen sozialen Kahlschlag, vor allem für die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland. Die Herren Stoiber, Koch und Co scheinen die reale Situation des Ostens, meine Damen und Herren, nicht mehr zu kennen. Frau Merkel hat sie offenbar völlig verdrängt. Niemand behauptet, meine Damen und Herren, dass mit den Hartz-Gesetzen alleine alle Probleme auf dem Arbeitsmarkt gelöst werden können. Wir müssen deshalb natürlich auch das Gewissen der Bundesregierung für den Osten weiter schärfen. Das ist doch ganz klar, dafür stehen wir grade und dafür setzen wir uns natürlich ein. Aber eines ist auch klar: Die aktuellen Vorschläge der Union kann ich nur in aller Schärfe ablehnen, denn sie gefährden, meine Damen und Herren, den sozialen Frieden in unserem Land.

> (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD – Torsten Koplin, PDS: So ist es!)

Und erlauben Sie mir den abschließenden Satz. Wir ziehen unseren Antrag, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, natürlich nicht zurück. Er bleibt bestehen. Ich bitte für diesen Antrag um Zustimmung und wir lehnen Ihren Antrag komplett und in toto ab. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Mohr. Gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Dr. Born.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Herr Kollege Mohr, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Auffassung vertreten haben, dass Frau Kollegin Strenz die Arbeitsmarktpolitik von Herrn Holter teilt und unterstützt?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Klaus Mohr, SPD: Ich denke, Frau Strenz hat sich dazu ja permanent geäußert und tut dies ja auch in aller Regel des Öfteren. Ich habe das an anderer Stelle hier auch schon einmal gesagt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Beantworten Sie doch mal die Frage!)

Und ganz klar ist doch – so habe ich Frau Strenz, sie ist ja auch im Raum und sie kann sich ja dazu auch noch äußern, ich habe sie so verstanden –, dass sie sich immer ganz klar positioniert und gesagt hat, aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig und vom Grundsatz her ist sie damit einverstanden, was wir hier im Lande insbesondere im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms an Maßnahmen machen. Das ist der Punkt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Born?

Klaus Mohr, SPD: Natürlich.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Herr Kollege Mohr, kann ich Ihren Worten entnehmen, dass Sie der Auffassung sind, dass Herr Arbeitsminister Holter zumindest zukünftig die Positionen von Frau Kollegin Strenz in der Arbeitsmarktpolitik vertreten wird?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Klaus Mohr**, SPD: Das muss ich jetzt nicht beantworten oder?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Strenz?

Klaus Mohr, SPD: Natürlich.

**Karin Strenz**, CDU: Herr Kollege Mohr, habe ich das richtig in Erinnerung, dass ich Sie letzte Woche als persönlichen Pressesprecher eingestellt habe?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

**Klaus Mohr**, SPD: Ich nehme das so auf, Frau Strenz, wie gesagt, unter Kollegen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Welches Gehalt kriegst du denn? – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich kann damit locker umgehen.

(Heike Polzin, SPD: Richtig. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Es kommt auf die Bezüge an. - Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Mohr.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Herr Holter. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Helmut Holter:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Strenz!

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS: Oh!)

Ja, ja, das muss sein.

Es bewegt sich etwas in Deutschland und ganz konkret in Ostdeutschland. Ich kann nur feststellen, der Osten beginnt, mit einer Stimme zu sprechen. Nun sind sich am Sonntag die Ministerpräsidenten aus Ostdeutschland in einigen Fragen einig, die Arbeitsminister aus Ostdeutschland waren sich am 1. September zu einigen Fragen der Reformen am Arbeitsmarkt einig und Herr Timm meinte heute, man solle sich doch Partei übergreifend gegenseitig die Hand reichen. Ob daraus, Herr Born, ein Bündnis der Vernunft für Ostdeutschland wird, das wird ganz konkret das Vermittlungsverfahren zeigen. Da baue ich auf alle Beteiligten, denn - Herr Rehberg hat es ja beschrieben - wir haben Hartz III und IV mit dem Existenzgrundlagengesetz, Hessen-Modell in Kurzform genannt, in der Verhandlung die Steuerreform mit dem Arbeitsrecht, die Gemeindesteuerreform und viele, viele andere Dinge, die miteinander verbunden werden. Und die Frage steht tatsächlich: Ist das, was für den Osten notwendig ist, auch am Ende Resultat dieses Verfahrens? Und, Herr Rehberg, Sie haben Recht, es geht um einen Systemwechsel, und zwar um einen Systemwechsel weg von der Vorsorge hin zur Fürsorge.

Ich bin ein Mensch, der positiv denkt. Nun gehe ich einmal davon aus, dass die CDU das Beste für viele in Mecklenburg-Vorpommern will, die Regierung will das auch, ich will das auch. Nun möchte ich Ihnen drei Sorgen mitteilen, die sich aus der Debatte ergeben, nicht aus der heutigen Debatte, sondern aus der Debatte über diese Arbeitsmarktreformen. Wenn in dem Vermittlungsverfahren dieses Bündnis der Vernunft für Ostdeutschland nicht zum Tragen kommt, dann wird der Osten vom Regen in die Traufe kommen. Das ist eine der Sorgen, die ich habe.

Die zweite Sorge, die ich hier äußern möchte, ist, wenn es uns nicht gelingt, die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesanstalt für Arbeit, zukünftig Bundesagentur für Arbeit, zumindest auf dem Niveau von 2003 zu halten, wird es zu weiteren dramatischen Einbrüchen bei ABM und anderen Maßnahmen kommen.

Drittens, das hat etwas mit der Vermittlungsstrategie zu tun, wird es – und das ist meine Sorge – zur Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit kommen. Und da sind wir genau bei dem Thema, was Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Mecklenburg-Vorpommern, überhaupt in Deutschland ausmacht. Denn eins - auch da hat Herr Rehberg etwas Richtiges gesagt - ist richtig, das ist die Strukturschwäche. Aber die Strukturschwäche im Osten ist die Regel und im Westen ist die Strukturschwäche eben die Ausnahme. Nun habe ich heute festgestellt – ich habe auch die Debatten im Bundesrat dazu verfolgt -, dass sich Herr Timm beginnend, dann Herr Rehberg differenziert und kritisch mit dem Angebot Existenzgrundlagengesetz, Hessen-Modell, auseinander gesetzt haben. Eins bleibt aber, und zwar dass dieses Gesetz sich an dem Bundessozialhilfegesetz orientiert und Sozialhilfebeschönigung als Existenzsicherung beschreibt. Und das kann nicht sein.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Regine Lück, PDS)

Deswegen, meine ich, muss man sich sehr kritisch und konsequent mit diesem Gesetz auseinander setzen. Es sind grobe Fehler enthalten, die Sie auch erkannt haben. Das will ich anerkennend hier feststellen. Es geht nämlich nicht, ...

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ja, ja, wir haben uns dazu durchgerungen. Aber das hat damit jetzt nichts zu tun.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Es geht nämlich nicht, dass die Arbeitslosigkeit kommunalisiert wird. Das ist nämlich ...

(Rainer Prachtl, CDU: Nicht kneifen, Herr Holter, nicht kneifen!)

Ja, ja, das ist von Frau Lautenschläger, der Arbeits- und Sozialministerin von Hessen, so überlegt worden, um die Arbeitslosigkeit zu kommunalisieren. Das ist der erste gravierende Fehler, den man machen konnte, weil damit natürlich die Kommunen in Größenordnungen überfordert sind. Die Stadt Teterow würde auf einen Schlag 600 Arbeitslosengeld-II-Empfänger bekommen, die sie beschäftigen soll. Ich sage das einmal etwas salopp: So viel Laub gibt es in Teterow gar nicht, welches da zusammengeharkt werden könnte.

(Rainer Prachtl, CDU: Aber der Hecht kann gesucht werden. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Siegfried Friese, SPD)

Ja, Herr Prachtl, so viele Hechte gibt es in dem See sicherlich auch nicht.

Als zweiten Fehler würde ich bezeichnen, dass in diesem Existenzgrundlagengesetz formuliert ist, dass eine Unterstützung, eine staatliche Unterstützung in Form von Arbeitslosengeld II nur derjenige und diejenige erhalten soll, der/die eine zugewiesene Arbeit annimmt beziehungsweise einer solchen kommunalen Beschäftigung, die durch die Kommune dann zugewiesen werden soll, nachgeht. Das, glaube ich, kann nicht sein. Und dass Frau Stewens im Bundesrat dann noch weiter geht und sagt, ein Häuslebesitzer, der nach vier Jahren keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht oder selbständig ist, der muss auch sein Häuschen einbringen in die Berechnung für dieses Arbeitslosengeld II,

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann nicht sein.)

das kann es doch wohl wirklich nicht sein. Gerade angesichts der ländlichen Struktur von Mecklenburg-Vorpommern, wo viele in den Dörfern ein Eigenheim haben, so zu argumentieren, das kann, glaube ich, nicht der Weg sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Ute Schildt, SPD)

Nun will ich etwas sagen, weil ja schon viel über öffentlich geförderte Beschäftigung hier gesprochen wurde. Es ist bekannt, dass ich ein Verfechter und nicht nur Verfechter, sondern auch ein Verwirklicher für die öffentlich geförderte Beschäftigung bin. Aber gerade im Zusammenhang mit der beabsichtigten Kommunalisierung von Arbeitslosigkeit darf es nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze in der örtlichen Wirtschaft verdrängt oder sogar

vernichtet werden. Das, glaube ich, ist die Gefahr und einer der groben Fehler, die in diesem Existenzgrundlagengesetz tatsächlich drinstecken. Und deswegen kann ich es nur unterstützen, dass Sie das differenziert betrachtet und gesagt haben, die Eckpunkte, die uns wichtig sind für eine Arbeitsmarktreform, die greifen wir heraus. Da teile ich nicht alle, aber bei einigen, die Herr Rehberg hier genannt hat, sind wir vollkommen übereinstimmend, beispielsweise was die Modelle betrifft, wo zukünftig Arbeitslosengeld-II-Empfänger betreut werden sollen. Es geht nicht um die Auszahlung. Das ist für mich ein banktechnischer Vorgang, wo das Arbeitslosengeld II herkommt. Es geht um die Frage, wo werden diese Menschen zukünftig betreut. Da gibt es drei Modelle. Ich sage das mal ganz einfach: Erstens, nur die Bundesagentur für Arbeit macht es, zweitens, nur die Kommunen machen es und das Dritte ist ein Mix, wo die Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Kommunen praktiziert wird.

### (Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist eine Auffassung, die ich seit eh und je vertrete, weil beide ihre Kompetenzen in dieser Frage haben, beide haben ihre Kompetenz in Bezug auf die Personengruppe, über die wir hier sprechen. Deswegen kann es nur einen Mix geben.

Auch das, was Herr Rehberg sagt, in Bezug auf die Klassifizierung, die Einordnung der Erwerbsfähigen beziehungsweise Nichterwerbsfähigen ist natürlich ein schwieriger Akt. Und ich stelle mir immer denjenigen in dem Job-Center vor, der diese Entscheidung treffen soll. In dessen Haut möchte ich nach der gegenwärtigen Gesetzeslage nicht stecken. Deswegen ist es wichtig, hier eine Handreichung zu geben, wie verfahren werden soll. Da, glaube ich, muss man tatsächlich im Sinne dieser Menschen das Beste ausarbeiten und dann auch praktizieren.

Was nicht funktionieren wird, darauf ist in der Debatte jetzt schon eingegangen worden, ist, dass wir einen Niedriglohnsektor weiter ausbauen. Das wird, wenn Lohnzuschläge gezahlt werden, dazu führen, dass es automatisch zu regulären Lohnabsenkungen kommen wird, und das führt dazu, dass weitere Kaufkraftverluste eintreten werden. Deswegen, glaube ich, kann dieser Weg in dem Falle tatsächlich aus politisch prinzipiellen Gründen von mir nicht unterstützt werden.

Nun ist es so, meine Damen und Herren, alle schauen nach Berlin, alle schauen auch auf Frau Keler, im Moment nicht, aber auch auf Frau Keler, die ja für uns im Vermittlungsausschuss sitzt.

# (Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Es hängt nun tatsächlich von allen im Vermittlungsausschuss ab, von den CDU-Vertretern genauso wie von den Vertretern der SPD-geführten Regierung, ob das Beste für die Menschen im Osten herauskommt. Ob wir uns gemeinsam dafür stark machen, die SPD genauso wie die CDU wie auch die PDS, das wird Einfluss haben auf dieses Verfahren. Deswegen ist mein Plädoyer dafür, dass tatsächlich nicht nur der Osten beginnt, mit einer Stimme zu sprechen, sondern in diesem Verfahren seine Stimme auch gemeinsam weiter erhebt, um deutlich zu machen, wir brauchen Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit. Die Menschen warten darauf. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Kollege Mohr, Polemik hilft uns hier nicht weiter.

(Klaus Mohr, SPD: Ich habe Ihnen die Gesetzestexte vorgelesen, Herr Rehberg, das ist keine Polemik.)

Was uns weiterhilft, das hat die Rede vom Minister wohltuend von der Ihren unterschieden, ist, dass man sich den politischen Realitäten stellt. Und die politischen Realitäten sind so, dass es bei der einen Verfassungsinstitution, dem Bundestag, die eine Mehrheit gibt und im Bundesrat die andere Mehrheit, dazwischen ist der Vermittlungsausschuss. Das ist eine Realität.

### (Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Und wenn Sie hier eins zu eins einfach sagen, alles das, was Hartz III und Hartz IV wollen, ist hundertprozentig richtig für uns, denn anders konnte ich Ihre Rede überhaupt nicht interpretieren, dann frage ich mich wirklich ganz besorgt, wie weit Sie von der Realität in diesem Land entfernt sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie weit sind Sie von der Realität in diesem Land entfernt?

Uns unterscheidet auch, dass wir nicht eins zu eins unkritisch das EGG übernommen haben. Wir haben geprüft, wir haben uns Gedanken gemacht und haben wirklich überlegt, wo die Probleme sind. Und, Herr Minister Holter, zu dieser Ostkomponente: Ich weiß nicht, ob das so gut kommt, gerade in den nächsten Wochen,

(Torsten Koplin, PDS: Ostbeauftragter.)

wo sich so viel zusammenschiebt. Ich würde wirklich mal überlegen, auf wen gehe ich zu in den alten Bundesländern, wo habe ich und wo schaffe ich mir Verbündete, denn die Linien gehen sowohl bei der Union als auch bei den SPD-geführten Ländern durchaus auseinander. Das ist schlichtweg so. Da muss man eine kluge Strategie entwickeln, Herr Mohr, und nicht einfach eins zu eins das nachkupfern.

(Klaus Mohr, SPD: Lesen Sie die Gesetze, Herr Rehberg!)

Auf einige Ihrer Fragen will ich antworten. Was ist nun richtiger, unkritisch zu sagen, die Bundesagentur macht das, und hinzunehmen, dass zum Beispiel der subsidiäre Aufbau dort völlig in Frage gestellt wird, denn Hartz III lässt das offen, was zum Beispiel mit den Landesarbeitsämtern passiert, wie die zukünftigen Funktionen sind, wo der Ansprechpartner ist für die Politik in diesem Land, das ist offen, Herr Mohr, unkritisch übernehmen Sie das alles,

(Kerstin Fiedler, CDU: Genau.)

oder ob man sich fragt: Was ist denn heute in der Bundesanstalt los? 90 Prozent ist da Verwaltung, reine Verwaltung in der Bundesanstalt für Arbeit –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Klaus Mohr, SPD) das ist doch der Fakt – und nur 10 Prozent ist Vermittlung. Jetzt habe ich doch schon heute die Betreuung der Sozialhilfeempfänger – Oder werden die heute nicht betreut im kommunalen Bereich, bei den Landkreisen, bei den kreisfreien Städten oder bei den Kommunen? –

(Klaus Mohr, SPD: Da kommen doch noch 10.000 dazu.)

und ich habe die Vermittlung der Arbeitslosen, der Arbeitslosenhilfeempfänger bei der heutigen Bundesanstalt für Arbeit. Da kann ich mich doch wirklich nicht als Landespolitiker zuerst hinstellen und sagen, ja, die 12.000 Stellen, das sind Fallmanager, damit ich zu der Zahl 1:75 komme, da brauche ich die ganz einfach. Nein, bestehende Strukturen auch in der Bundesanstalt kritisch zu überprüfen, sind die nicht in der Lage.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Mit Deregulierung weg von der Verwaltung hin zur Vermittlung zu kommen, das ist doch der Ansatz, den wir gehen müssen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Klaus Mohr, SPD: Lesen Sie doch Hartz III, da steht das doch drin!)

Sie haben das vollkommen unkritisch, Herr Kollege Mohr, übernommen.

(Klaus Mohr, SPD: Schlecht vorbereitet.)

Ich bin nicht Ihrer Meinung,

(Rainer Prachtl, CDU: Da war Herr Holter wirklich wohltuend.)

dass das heute, so, wie es da steht, im Verordnungsweg für die Bundesagentur vernünftig für die neuen Bundesländer geregelt ist. Was glauben Sie denn, was passiert, wenn die Bundesagentur nach Kriterien – das mag ich sehr wohl zugestehen – das Alleinentscheidungsrecht hat, wer wohin kommt?

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Was meinen Sie wohl, was passiert?

(Klaus Mohr, SPD: Es gibt eine Einigungsstelle im Paragraphen 45.)

Meine große Sorge ist, dass das ein Verschiebebahnhof wird zu Lasten der Kommunen, die letztendlich dann der Sozialgeld- und Sozialhilfeträger sind. Das ist meine große Sorge. Das wollen wir schlichtweg mit unserem Vorschlag verhindern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Mohr, was ich schon noch erwartet hätte, ist, was ist denn mit der Neuverteilung der Umsatzsteueranteile? Wenn ich dort Ihren Punkt sehe zur Finanzierung, der ist doch nichts sagend. Was wollen Sie denn an diesem Punkt? Wollen Sie wirklich hier, ähnlich wie bei der Gemeindefinanzreform, dass das zu Lasten der Länder erfolgt und zugunsten des Bundes und der Kommunen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ansatz sein! Sie haben überhaupt nicht kritisch Stellung bezogen dazu, dass die Umsatzsteuerpunkte zu Lasten der Länder umverteilt werden sollen.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Und dazu kommt noch der Punkt, dass die Refinanzierung auf der Basis der Umsatzsteuerverteilung erfolgt. Das ist einwohnerzahlbezogen. Das kann doch kein Ansatz sein, Herr Kollege Mohr. Das ist doch der Punkt. Ich habe in Hessen und auch in Nordrhein-Westfalen eine ganz andere Situation als in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg, Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Ich habe Ihnen gesagt, vielleicht habe ich in Niedersachsen oder dem Saarland Verbündete.

Letzte Bemerkung: Geförderter Niedriglohnsektor. Natürlich ist das sowohl bei Herrn Holter als auch bei Ihnen ein rotes Tuch. Nur die Frage muss man sich doch stellen dürfen: Was ist denn Sinn und Zweck des geförderten Niedriglohnsektors? Der Zweck ist doch, dass ich diejenigen, die heute in Sozialhilfe sind oder die zukünftig Sozialgeldempfänger sind, dass ich die heraushole. Haben Sie sich schon einmal die Mühe gemacht gerade beim Lohnniveau in den neuen Bundesländern, ob es denn gelingt – und, Herr Mohr, Sie haben ja zutreffend Stundenlöhne beschrieben,

(Klaus Mohr, SPD: Na also!)

die kenne ich auch -,

(Klaus Mohr, SPD: 2 Euro, oder was? 2,50 Euro?)

aber wenn Sie heute, ...

Darum geht es doch gar nicht.

(Klaus Mohr, SPD: Natürlich geht es darum!)

Sie müssen wirklich, Herr Mohr, Ihre ideologische Scheuklappe auch bei diesem Thema einfach mal absetzen, einfach mal in Ruhe absetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Fakt ist doch schlichtweg folgender: Ich habe heute und zukünftig, das unterscheidet sich nicht groß, ein Familieneinkommen, eine Familie mit zwei Kindern, von 1.093 Euro, rund 1.100 netto, cash. Dazu kommt Miete, ich nehme nur den Mietanteil, da setze ich 350 Euro oder 400 Euro an, dann bin ich bei 1.500 Euro netto. Das ist ein Bruttoeinkommen von 2.400 bis 2.500 Euro, Steuern weg, Sozialabgaben weg. Glauben wir denn wirklich, dass man so einen Empfänger von Transfer dazu bekommt, dass er nur ansatzweise überlegt, aus seiner Sozialhilfe herauszukommen?

Und dann noch ein Punkt: Es ist doch für mich sozial völlig ungerecht – ich komme auch noch auf Frau Lück zu sprechen –, dass derjenige, der erwerbsfähig ist, der arbeiten könnte, genauso behandelt wird wie der Behinderte oder die Alleinerziehende mit Kind. Das kann doch nicht der Ansatz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

den wir hier in diesem Bereich miteinander machen!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Alleinerziehende sind auch Erwerbsfähige.)

Wir sagen als Union schon immer Ja zur Hilfe für die Schwachen, die sich selbst nicht helfen können, aber wer in der Lage ist zu arbeiten, der soll das bitte auch tun

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und wenn es im Niedriglohnsektor ist. Einen anderen Ansatz gibt es nicht.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, ich begebe mich vielleicht auf's Glatteis, aber glauben Sie, das erträgt die Gesellschaft gerade in den neuen

Bundesländern, wenn ich die Autokennzeichen beim Erdbeerpflücken und beim Spargelstechen heute sehe, und das 13 Jahre nach der Wende? Glauben Sie mir, das ist für viele, die gerade für 6, für 5 Euro, ob im Zimmerservice, ob beim Friseur oder wo auch immer, arbeiten, schwer erträglich.

Ich bin sofort am Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass es hier wirklich sachbezogener zugeht.

Eine letzte Bemerkung, Frau Lück, zu Ihnen. Ich hätte erwartet, dass Sie mitbekommen haben, dass es über den Begriff "Zwangsarbeit", und den Begriff haben Sie gebraucht, Betroffenheit bei vielen Abgeordneten gegeben hat, ich denke, nicht nur in der CDU, sondern auch darüber hinaus.

(Torsten Koplin, PDS: Sie hat sich erklärt, Herr Rehberg.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Rehberg, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Eckhardt Rehberg**, CDU: Gleich, sofort, einen Satz noch.

Herr Kollege Koplin, es war eine geschriebene Rede und dort überlegt man sich sehr wohl, was man macht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Lück, in Deutschland, in einem Rechtsstaat Deutschland, in einem demokratisch verfassten Rechtsstaat gibt es weder Zwangsarbeit noch Zwang zur Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Peter Ritter, PDS, und Birgit Schwebs, PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/868 abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Also ich würde doch um Aufmerksamkeit bitten. Das war jetzt nicht eindeutig zu erkennen. Ich bitte jetzt noch einmal um die Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/868 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/874 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/874 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Novellierung des Eigenheimzulage-Gesetzes, auf Drucksache 4/875.

Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung des Eigenheimzulage-Gesetzes – Drucksache 4/875 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Strenz von der CDU-Fraktion.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines der momentan wohl am meisten strapazierten Worte ist "Subventionsabbau" und so führt dieses Thema Subventionsabbau auf den verschiedensten Ebenen zu heftigen und manchmal auch emotionalen Auseinandersetzungen. Für den Bundeshaushalt und seine Begleitgesetze, die einen Großteil zum Abbau von Subventionen beitragen sollen, geht es jetzt im November im Deutschen Bundestag und auch Bundesrat in die entscheidende Runde.

Schon immer ist es die Auffassung der CDU-Fraktion, dass man über eine Neustrukturierung der Eigenheimzulage reden kann, wenn man es denn nur richtig anpackt. Auf viele Subventionen kann man durchaus verzichten, wenn wir die richtigen Steuersätze in Deutschland hätten. Doch solange Herr Eichel nicht dazu in Lage ist, brauchen wir bestimmte Instrumente, die auf der einen Seite den Familien und natürlich auf der anderen Seite der heimischen Wirtschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern zugute kommen.

Die erste Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz am 8. Oktober 2003 im Deutschen Bundestag hat sich als Eigentor für die Koalition entpuppt, denn die Position der Union wurde eindeutig sowohl durch Wirtschaftsverbände als auch durch Wissenschaftler bestätigt. Konjunkturelle Impulse können nicht greifen, wenn dauerhafte Mehrbelastungen die Bürger und Unternehmen insbesondere durch die Streichung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Pendlerpauschale im Saldo belasten. Als familienpolitisch falsch betrachten Sachverständige allerorts überwiegend die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Entfernungspauschale, denn dadurch sammelt Rot-Grün die Entlastung durch die vorgezogene Steuersenkung am Ende wieder ein.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Zudem würden Flexibilität, Mobilität und Investitionsbereitschaft beschränkt.

Minister Holter sagte am 22.09., ich zitiere: "Die vom Bund vorgesehene Streichung dagegen ist aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern nicht akzeptabel. Sie hätte verheerende konjunkturelle Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Zudem würde die Wohneigentumsbildung in den ostdeutschen Ländern mit ihrem hohem Anteil an einkommensschwächeren Haushalten weitgehend zum Stillstand kommen."

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

"Der Abstand zur Eigentumsquote West vergrößerte sich zwangsläufig." Und jetzt, meine Damen und Herren, ich weiß, dass Komplimente einem im Plenum auch unangenehm sein können, Herr Minister, Sie hatten Recht.

> (Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Was ist denn das hier heute Abend? Das geht so aber nicht! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Harry Glawe, CDU: Ich glaube, wir müssen hier mal eine Familienberatung machen! – Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD, Harry Glawe, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Strenz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister Herr Holter.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und wenn der Minister jetzt wieder sagt, dass die Frau Kollegin Strenz Recht hat, dann machen wir mal ... – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU, PDS und Ute Schildt, SPD)

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, ja, ich weiß, allgemeine Gespanntheit,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

aber auch hier möchte ich als Erstes deutlich machen, dass der Antrag der CDU-Fraktion in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Sie wollen, dass die Eigenheimzulage erhalten bleibt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Das will ich auch, aber es gibt Unterschiede. Und darauf will ich eingehen, denn was Sie hier machen, das haben Sie ja schon beim vorhergehenden Thema praktiziert. Sie unterscheiden sich sehr wohl von Positionen der süddeutschen CDU-geführten Länder, denn diese Länder wollen, dass nur Häuslebauer eine Förderung erhalten. Wir haben hier eine andere Situation und deswegen muss man das differenzierter betrachten. Allerdings bleiben Sie auf halbem Wege stehen und das will ich jetzt deutlich machen.

Auch ich bin der Ansicht, das hat Frau Strenz gerade dankenswerterweise zitiert, dass die Eigenheimzulage grundsätzlich erhalten bleiben sollte – Stichwort "Eigentumsquote in Mecklenburg-Vorpommern unter dem Bundesdurchschnitt", weiter will ich das nicht ausargumentieren. Das ist, glaube ich, allen hinreichend bekannt. Wichtig ist auch, dass Schwellenhaushalte ihren Wunsch nach Eigentum realisieren können. Da haben wir Übereinstimmung, alles unstrittig.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Es ist aber illusorisch zu meinen, dass die Eigenheimzulage auf dem gegenwärtigen Niveau erhalten bleiben kann, was ja einige süddeutsche Länder verlangen. Es ist also schwierig, eine solche Position umzusetzen. Und genau das, was Herr Rehberg in Bezug auf das Vermittlungsverfahren hier eingefordert hat, hat dazu geführt, dass die Länder sich nicht auf eine differenzierte und vernünftige Position, sprich auf Kürzung bei der Eigenheimzulage, bisher verständigen konnten. Ob die Chance noch besteht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da müssen Sie für arbeiten!) Da müssen Sie für arbeiten!)

werden wir sehen, wir werden sehen, wie das Vermittlungsverfahren insgesamt läuft. Deswegen ist es richtig, was Sie ablehnen, und das lehne ich auch ab, dass bei der Eigenheimzulage nach dem Prinzip Rasenmäher vorgegangen wird: Weg damit!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig!)

Da gibt es Übereinstimmung und deswegen, meine ich, geht es darum, sehr schnell Eckpunkte eines differenzierenden Kürzungskonzeptes auszuarbeiten. Richtig ist, dass wir die Regelung über die Einkommensgrenzen verändern müssen. Das für die Förderung entscheidende Einkommen muss so bemessen werden, dass wirklich nur diejenigen gefördert werden, die ohne Zulagen nicht bauen würden. Das, glaube ich, ist wichtig. Und die Senkung der Einkommensgrenzen ist ein Weg, aber wirkungsvoller – und da unterscheiden wir uns – und zielgenauer ist die Umstellung vom zu versteuernden Einkommen auf die Summe der Einkünfte. Wenn man das macht, dann wird auch so manchem Abschreibungskünstler das Handwerk gelegt, der sich tatsächlich arm rechnet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können Sie das noch mal erläutern?)

Ich will weitere Vorschläge skizzieren, die ich schon immer in die Diskussion eingebracht habe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können Sie das noch mal erläutern bitte, den Unterschied?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Den Unterschied, Herr Born, den kennen Sie doch, dass es bei dem zu versteuernden Einkommen und der Summe der Einkünfte einen riesengroßen Unterschied gibt. Und so mancher kann eben durch seine Steuererklärung sein Einkommen so herunterrechnen, dass er in den Genuss der Eigenheimzulage kommt, und das sollte man zukünftig ausschließen, sondern dass die tatsächlichen Einkommen als Bemessungsgrundlage herangezogen werden.

Ich will weitere Vorschläge skizzieren, die wir auch mit den Bauministern diskutieren und die mehrheitsfähig scheinen.

Erstes Stichwort ist "Eigennutzung".

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Die Frage ist, Frau Gramkow, mit der Eigennutzung: Wird das Häuschen nur für Tante, Neffe, Nichte, Enkel gehaut

(Heinz Müller, SPD: Tochter Angelika.)

oder wohnt derjenige, der es finanziert, auch selbst in diesem Haus? Ich meine, hier sollte man nicht mehr so großzügig sein, sondern tatsächlich nur den fördern, der auch selbst in dem gebauten Haus dann wohnt, natürlich mit Partner und unterhaltsberechtigten Kindern.

Zweitens – das ist meine Position und da unterscheiden wir uns auch – sollte man die Neubauförderung halbieren und damit auf das Niveau der Förderung des Bestandserwerbs absenken. Damit kann man über 20 Prozent der fast 10 Milliarden Euro einsparen, die die Eigenheimzulage gegenwärtig pro Jahr kostet. Also auch hier ein Angebot, Geld einzusparen, aber eben nicht nach der Rasenmähermethode, wie schon ausgeführt, gar keine Eigenheimförderung mehr. Das wäre auch aus fachlichen Gründen richtig und wichtig, damit wir nicht weiter in Leerstand finanzieren und fördern, sondern tatsächlich den Bestand unterstützen, qualitativ aufwerten. Und im Übrigen würde damit der Abwanderung ins Umland ein Hindernis gesetzt und damit auch die Zersiedlung der Landschaft beschränkt.

Weiterhin kann ich mir vorstellen, dass man die Neubauzulage auf innerstädtische Lagen begrenzt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein! Nein! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist ...

Nein, nein, das machen wir noch nicht, denn die Einwohnerverluste der Ober- und Mittelzentren beruhen zu einem guten Teil auf der Abwanderung ins Umland.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber was haben Sie denn gegen ...?)

In Schwerin beträgt dieser Anteil 85 Prozent. Herr Born, Sie gehören auch dazu.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Genau, denn Sie sind auch ins Umland gezogen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich wohne in meinem Wahlkreis.)

Das ist gar keine Kritik. Sie sind ein realitätsbezogener Mensch und haben sich so mit Ihrer Familie verhalten. Da, meine ich, muss man das Reglement verändern, damit eine solche Abwanderungsbewegung nicht zusätzlich unterstützt und gefördert wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir müssen doch unsere ländlichen Räume stärken! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch die stärken wir.

Und deswegen kann ich Ihnen sagen, dass mein Haus dabei ist, einen entsprechenden Vorschlag zu entwickeln,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der den Ländern eine entsprechende Regelung ermöglicht. Wenn wir fertig sind, werde ich Sie darüber in Kenntnis setzen.

Klar ist - Herr Born hat das ja eben deutlich gemacht -, dass diese Konzentration auf die Städte nicht die ungeteilte Zustimmung finden wird. Aber ich meine, man muss darüber reden, ob man nicht das vorhandene Geld sinnvoll und konzentriert einsetzt, um auch Effekte für die Entwicklung des Landes und seiner Zentren erreichen zu können. Denn die Frage ist: Was fördere ich? Es werden auch die beliebten Geländewagen gebaut, aber niemand käme auf die Idee, Spritfresser steuerlich besonders zu begünstigen. Darum geht es. Deswegen meine ich, wenn wir über die Zukunft der Städte in Mecklenburg-Vorpommern sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, mit welchen wohnungspolitischen Instrumenten wir diese Stadtentwicklung unterstützen. Die Eigenheimzulage kann ein solches Instrument sein, und das gerade auch für junge Familien.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern – und das ist das, was der Zwischenruf war, darauf bezog er sich –, ein Programm "Junge Familien". Dieses Programm wurde bisher in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern angewendet. Wir wollen nun, das heißt, nicht wir, sondern die Mitglieder des Bauausschusses, und das war die Initiative, dass dieses Programm auch in Städten ab 10.000 Einwohner angewendet wird. Wir haben eine entsprechende Richtlinienänderung vorbereitet und diese liegt zurzeit im Finanzministerium, um das Einvernehmen tatsächlich zu erreichen.

Deswegen, meine Damen und Herren, auch von der Opposition, war Ihre damalige Kritik an dem Programm zum Bestandserwerb sicherlich politisch gewollt. Fachlich ist aber inzwischen auch dieser Kritik der Boden entzogen worden, denn es ist nämlich wichtig, genau in diesen Bestand zu investieren und ihn zu fördern, damit wir den Wohnungsbestand weiterentwickeln können und nicht mehr abreißen müssen, als heute schon auf der Tagesordnung steht. Deswegen ist der Antrag ein Antrag, der in die richtige Richtung geht. Aber differenziert betrachtet sollte man hier ein anderes Umsteuern anlegen, so, wie ich das beschrieben habe. Ich hoffe, dass im Zuge des Vermittlungsverfahrens ein solches Ergebnis tatsächlich zu erreichen ist.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Born?

Minister Helmut Holter: Bitte.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Born, stellen Sie Ihre Frage.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Herr Minister, können Sie mir bitte noch einmal erklären, warum Sie Eigenheime bei gleichen Einkommensverhältnissen fördern wollen, wenn derjenige, der bauen will, in einer Stadt wohnt und nun, was ja durchaus mit Nachteilen verbunden ist, im dünn besiedelten Vorpommern wohnt,

(Heinz Müller, SPD: Na, na, na!)

es liegen gleiche Eigentumsverhältnisse vor, die Bank sagt, ohne Förderung kriegst du keinen Kredit, warum Sie da die Förderung versagen wollen?

Minister Helmut Holter: Ich habe ja gesagt, wir überlegen solche Fragen. Es sollte auch ein Anstoß zur Debatte sein, ob das möglich ist. Wenn wir darüber nachdenken, dass wir den Einwohnerverlust in den Städten ins Umland minimieren und möglichst verhindern wollen und damit auch eine Umkehr erreichen wollen, dann muss man mit wohnungspolitischen Instrumenten, und Eigenheimzulage ist ein solches familien- und wohnungspolitisches Instrument, gegensteuern. Ich habe aber auch bewusst gesagt, ich kann mir vorstellen, das ist eine Gegenbewegung, das ist eine Position, das bedeutet auch eine Benachteiligung derer, die im Grünen bauen wollen. Darüber bin ich mir auch im Klaren. Man muss im Zuge einer solchen Entwicklung darüber entscheiden, ob das sinnvoll ist. Wir haben alle diese Probleme. Ihr Beispiel war ja nur exemplarisch gemeint und nicht als Angriff gedacht, sondern nur, um dies deutlich zu machen.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Ich fühle mich sehr wohl in meinem Wahlkreis.

Minister Helmut Holter: Ja, das weiß ich ja. Das hat ja damit auch nichts zu tun, denn vielleicht gehört Pingelshagen ja eines Tages zu Schwerin

> (Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Gabriele Schulz, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Juhu!)

und dann ist die Frage ja beantwortet.

Mir geht es ja darum, dass man sehr wohl ...

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Das verhindert der Ministerpräsident.

Minister Helmut Holter: Man muss ja bei weniger werdendem Geld sehr wohl darüber nachdenken, ob man es konzentriert einsetzen kann. Und die Frage ist, ob eine solche Konzentration – wie ich sie heute hier angedacht habe, und so bitte ich das auch zu verstehen – ein Weg ist,

den wir gehen können, oder schließt er sich möglicherweise aus Gründen aus, die Sie jetzt in Erwägung gezogen haben?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Mohr von der SPD-Fraktion.

Klaus Mohr, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Förderpolitik der SPD orientiert sich bekanntermaßen seit eh und je auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Ziel dabei ist natürlich die Beseitigung immer noch massiv vorhandener städtebaulicher Missstände im Wohnumfeld der Menschen. Eine ganz wichtige Rolle spielen hier natürlich auch die benachteiligten Stadtquartiere.

Die Förderung von Wohneigentum ist zwar auch eine wichtige Komponente der SPD-Baupolitik, aber nicht einziges strategisches und sozialdemokratisches Ziel. Und darin unterscheiden sich SPD und CDU offensichtlich voneinander. Wir legen den Schwerpunkt auf die Sanierung der Innenstädte und den Rückbau des nicht mehr benötigten Wohnraumes, den Stadtumbau Ost. Das heißt natürlich auch, dass wir unsere zukünftige Wohnungsbauförderung in diesem Bereich mehr am Bedarf orientieren wollen. Die Eigenheimzulage in der jetzigen Form ist in den 90er Jahren eingeführt worden, als es eine große Wohnungsnot in den Städten gab. Zudem sind auch die Bauzinsen für das Baugeld zurückgegangen und entlasten den Bauherrn in nennenswertem Umfang. Im Vergleich zu 1996 sind zum Beispiel die Hypothekenzinsen um fast drei Prozent gesunken. Auch der Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten darf, denke ich, hier nicht ganz außer Acht gelassen werden. Nach Prognosen werden 2040 15 Prozent weniger Menschen in den Städten leben. Deshalb dürfte es grundsätzlich auch sinnvoll sein, finanzielle Mittel mehr in den Wohnungsbestand als in den Neubau zu lenken. Vor dem Hintergrund ist ja auch in diesem Zusammenhang angedacht, ab Januar 2004 hier ein neues Städtebauprogramm für junge Familien in Städten seitens des Bundes aufzulegen.

Was nunmehr die Eigenheimzulage betrifft, so möchten Sie in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, die Landesregierung dahin bringen, ihre Aktivitäten gegenüber der Bundesregierung in eine Festschreibung der Einkommensgrenze einfließen zu lassen, wie Sie es, sage ich einmal, prosaisch formulieren, und zwar für Alleinstehende auf 70.000 Euro und für zusammen veranlagte Ehegatten auf 140.000 Euro sowie für jedes Kind auf 26.000 Euro. Bisher liegt bei Alleinstehenden die Fördergrenze bei 81.807 Euro, bei Ehegatten bei 163.614 Euro und für jedes Kind beträgt sie 30.678 Euro. Aber Fakt ist doch, meine Damen und Herren, dass potentielle Bauherren, die in die Nähe dieser Grenzen kommen, durchaus auch ohne staatliche Hilfe ihr Haus bauen könnten.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage und der großen Zukunftsausgaben muss alles auf den Prüfstand, natürlich auch lieb gewonnene Subventionen wie die Eigenheimzulage. Ich denke, die CDU ist selbst in dieser Frage, die Eigentumszulage zu kippen oder auch beizubehalten, in sich gespalten. Für eine Beibehaltung der Eigenheimzulage spräche unstreitig, das sage ich hier so deutlich, dass der Osten immer noch zehn Prozent Rückstand gegenüber dem Westen in der Wohnungseigentumsbildung hat und die Menschen im Osten nach einer kurzen Phase des Baubooms wieder bei gefördertem Wohneigentum das Nachsehen haben. Das ist nicht gut.

Die Stimme Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat, wohin auch immer sie tendiert, wird aber, was die Eigenheimzulage betrifft, nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, da es, wie wir alle wissen, in der gegenwärtigen Situation um Probleme von größerer Dimension geht. Hinzu kommt auch das, was ich eingangs gesagt habe. Insofern lehnen wir den Antrag der CDU ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Mohr.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der PDS-Fraktion.

**Regine Lück**, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich den vorliegenden Antrag betrachtet, dann könnte man meinen, dass die CDU ihr soziales Herz entdeckt hat.

(Harry Glawe, CDU: Hat sie immer. – Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Sie fordert den Erhalt der Eigenheimzulage und die Senkung der Einkommensgrenzen. Wie das aber mit der von ihr ebenfalls vorgeschlagenen Absenkung der Kinderzulage zusammenpasst, das bleibt ihr Geheimnis. Wer von verstärkter Förderung von Familien spricht, aber gleichzeitig die Einführung eines Niedriglohnsektors befürwortet und die Hartz-Gesetze, die ohnehin schon schlimme Folgen für die Betroffenen haben, noch verschärfen will,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der muss schon sagen, wie er diese aus meiner Sicht widersprüchliche Haltung den Menschen hier im Land erklären will. Ich sage Ihnen, die Menschen werden merken, dass Sie ihnen in die eine Tasche etwas reinstecken, was Sie ihnen aus der anderen Tasche wieder herausziehen. Sie wollen sich nach den stärker werdenden Protesten der Menschen gegen Sozialabbau scheinbar das soziale Mäntelchen umhängen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und meinen, die Eigenheimzulage sei das geeignete Objekt dafür. Statt an die Summe der Einkünfte vor Abzug aller Steuerschlupflöcher und Steuerabschreibungen bei den Wohlhabenden zu gehen, fordern Sie eine minimale Absenkung der Einkommensgrenzen. Nein, das durchschauen auch die Bürgerinnen und Bürger. Die PDS ist gegen eine ersatzlose Streichung der Eigenheimzulage, aber im Unterschied zu Ihnen sind wir für eine Modifizierung. Bei uns sollen Familien mit Kindern tatsächlich unterstützt werden.

(Harry Glawe, CDU: Da war Ihr Minister konstruktiver.)

Auch eine Verstärkung der Förderung, besonders der Städte und Innenstädte, können wir uns in diesem Rahmen vorstellen. Sollte es dennoch zu Kürzungen bei der Eigenheimzulage kommen, dann sind diese freiwerdenden Mittel vorrangig im Wohnungs- und Städtebau einzusetzen. Wohnen zur Miete, Wohnen im Eigentum und das genossenschaftliche Wohnen müssen als gleichberechtigte Formen auch gleichberechtigt gefördert werden. Auch für die Altschuldenentlastung sind dringend weitere Mittel nötig. Der Erhalt und die Sanierung der Innenstädte sind in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen, aber längst noch nicht abgeschlossen. Es gibt also ausreichend Ideen und Ansätze, um im Interesse einer größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Veränderungen wirksam zu werden. Ihr Antrag trägt leider nicht dazu bei.

Minister Holter kämpft seit dem Aufkommen der jüngsten Debatte für den Erhalt der Eigenheimzulage, denn er weiß auch, dass jeder Auftrag für die Bauindustrie in unserem Land wichtig ist. Es bedarf nun wahrlich nicht, meine Damen und Herren von der Opposition, Ihrer nochmaligen Aufforderung. Daher lehnen wir Ihren fadenscheinigen Antrag ab.

Ich möchte mich aber trotzdem abschließend noch einmal zu der veränderten Richtlinie äußern, die wir auch im Bauausschuss beschlossen haben, zu dem Programm "Junge Familien". Wir sind natürlich daran interessiert, fraktionsübergreifend, nehme ich an, diese Richtlinie möglichst schnell durch das Finanzministerium bestätigen zu lassen, damit sie überall im Land wirksam werden kann. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Das ist Regierungshandeln. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Lück

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Strenz von der CDU-Fraktion.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Lück, gleich vorab muss ich Ihnen etwas sagen, denn Sie haben der CDU-Fraktion gesagt, und das ist schon erstaunlich, sie hätte angeblich ihr soziales Herz entdeckt. Aus Ihrer Sicht, wer suchet, der findet, ist es schon immer da gewesen, Sie haben es nur nicht gesehen. Es ist jetzt wohl die Stunde, wo wir uns gegenseitig mit Enttäuschungen noch übertreffen, denn solche Ausdrücke wie "fadenscheiniger Antrag" hätten nicht sein müssen, das entspricht, denke ich, nicht Ihrem Niveau. Und wenn Sie der Meinung sind, dass dieser Antrag "fadenscheinig" wäre, dann frage ich Sie, wenn Sie da so hervorragende Vorstellungen haben: Wo ist Ihr Änderungsantrag? Der liegt nicht auf dem Tisch.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Bundesregierung ist finanzpolitisch gescheitert. Das gesamtstaatliche Defizit ist auf Rekordniveau. Im Bund muss Rot-Grün in diesem Jahr über 42 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Der Bundesfinanzminister Eichel ist damit der größte Schuldenmacher in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unbestritten, das weiß er auch.)

Die im Entwurf der Bundeshaushaltsbegleitgesetze vorgesehenen Einsparungen bedeuten nun drastische

Kürzungen für Häuslebauer. Die geplanten Maßnahmen zum radikalen Wegstreichen der Eigenheimzulage belasten den Wohnungsbau und damit die Baukonjunktur. Die von der Bundesregierung von einem Vorziehen der Steuerreform erhofften Wachstumsimpulse werden ausbleiben, wenn die Entlastung der Bürger und Unternehmen mit entsprechenden oder größeren Belastungen an anderer Stelle einhergehen. Und genau dies ist der Fall.

Die Konsolidierung des Haushaltes durch einen drastischen Abbau von Subventionstatbeständen, der den steuerlichen Entlastungseffekt nicht nur kompensiert, sondern noch übersteigt, wird in Größenordnung die angespannte gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands nur noch verschärfen. Angesichts der prekären Haushaltslage ist eine prinzipielle Überprüfung aller Subventionen notwendig, da sind wir einer Meinung. Mit einem Subventionsabbau als Erstes dort anzusetzen, wo Eigentum gebildet wird und wo die Menschen versuchen, ihr Geld für die allseits eingeforderte Altersvorsorge anzulegen, ist grundlegend falsch. Schon heute müssen viele Rentner fast 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Rentner, die dagegen im eigenen Haus leben, brauchen für ihre Immobilie nur knapp über 10 Prozent aufzuwenden. Auch das ist es wert zu sagen. Eines ist auch klar, die Mieten werden weiter steigen und die Relation zugunsten der selbst genutzten Immobilie wird sich weiter verbessern. Die Eigenheimzulage als Anschubfinanzierung, so sehen wir es, der Alterssicherung ist also mehr als positiv zu bewerten.

Der Bericht zur Inanspruchnahme der Eigenheimzulage in den Jahren 1996 bis 2000 vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung macht jedoch durch eine in Auftrag gegebene Studie deutlich, dass 19 Prozent der Empfänger ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 7.000 DM und mehr hatten. Die Bewertung der eigenen Leistungsfähigkeit zum Erwerb eines Eigenheims dieser Empfänger bleibt also zu hinterfragen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Auch ein Gutachten der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat ergeben, dass 30 Prozent der Geförderten mehr als 3.300 Euro pro Monat verdienen, und zwar netto! Eine Reform ist also notwendig, das sieht auch der Bauminister so.

Eine ausschließlich auf linearen Kürzungen basierende Änderung der Förderung benachteiligt aus unserer Sicht hier in Mecklenburg-Vorpommern überwiegend die Schwellenhaushalte, die originäre Zielgruppe des Eigenheimzulagegesetzes sind, da gerade in diesem Personenkreis die Zulage einen existenziellen eigenkapitalgleichen Bestand der Finanzierung darstellt. Automatisch würden die unteren Einkommen abgeschnitten, weil die Finanzierung von der Bank nicht mehr getragen wird. Eine maßvolle Anpassung der Einkommensgrenzen ist der richtigere Weg.

Verteilungspolitisch kommt die Eigenheimzulage somit auch wieder ins Lot. Um jedoch nicht Begehrlichkeiten zu wecken, wo zukünftige Zwangsversteigerungen möglicherweise die Folge wären, sind wir entgegen ersten Überlegungen weit über dem in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich erzielten Bruttolohn oder -gehalt je Arbeitnehmer von 20.863 Euro im Jahre 2002 geblieben.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Die Eigenheimzulage, als das wichtigste Förderinstrument für den privaten und selbst genutzten Wohnungs-

bau, wird durch die Anpassung der Rahmengrößen erhalten und trägt dennoch zum Subventionsabbau bei.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Außerdem, wie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in seiner Wirkungsanalyse Eigentumszulage belegte, komme jeder staatliche Euro, der in den privaten Wohnungsbau investiert werde, drei- bis vierfach in Form von Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen zurück. Allein die Mehrwertsteuer für ein durchschnittliches Einfamilienhaus übersteigt bereits die Fördersumme.

Ein wesentliches Ziel des Eigenheimzulagegesetzes ist die verstärkte Förderung für Familien mit Kindern. Dieses sozialpolitische Ziel wird in hohem Maße erreicht und von Familien mit Kindern, besonders bei der Neubauförderung, in einem hohen Anteil der Förderfälle genutzt. Der vom Bundesbauminister beabsichtigte Kompensationsvorschlag einer städtebaulichen Programmförderung kann die Förderung durch das Eigenheimzulagegesetz, besonders in einem Flächenland mit offener Siedlungsstruktur wie in Mecklenburg-Vorpommern, nicht annähernd ersetzen und geht besonders an den Bedürfnissen junger Familien vorbei.

Dem angeblich fachlichen Gegenargument der Förderung, der Abwanderung Bauwilliger ins Umland und der Zersiedelung, kann ich nicht das Wort reden. Denn über allen Förderkategorien befindet sich die Anzahl der mit Zulagen geförderten Eigentumsbildung auf hohem Niveau. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Stellenwert des Neubaus aus historischen Gründen überdurchschnittlich ist, erfolgt auch die Bestandsförderung in angemessener Höhe. Das kann nicht bestritten werden und ist im Bericht zur Inanspruchnahme der Eigenheimzulage in den Jahren 1996 bis 2000 vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung nachzulesen.

Von 78.469 Gesamtförderfällen fanden 41.373 im Neubau und 33.388 im Bestand statt. Betrachtet man dazu den immensen Nachholbedarf als Erbe der verfehlten DDR-Wohnungspolitik, wo die einzige Alternative einer jungen Familie in einer städtischen Plattenbauwohnung lag – nach der Hochzeit und angemessener Wartezeit versteht sich –, relativiert sich dieses Bild doch zu einem äußerst entspannten Verhältnis. Auch das Land hat den Fehler eingesehen, an den Bedürfnissen der jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vorbeizufördern, denn die CDU-Fraktion setzte die Richtlinie auf die Tagesordnung des Bauausschusses und die Richtlinie wurde zum Wohle der hier wohnenden jungen Familien angepasst, was wir natürlich alle begrüßen.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Nun wissen wir, dass sie bei Frau Keler im Finanzministerium liegt. Wir vermuten und befürchten, dass diese ganzen Bemühungen möglicherweise zu spät waren und die Finanzministerin wohl alle Restbestände des Programms einkassieren wird. Schade.

Für die Zukunft gilt: Ein Abbau steuerlicher Vergünstigungen ist nur dann unschädlich, wenn er im Zuge einer großen Einkommensteuerreform erfolgt, die bei den Steuerzahlern im Saldo zu spürbaren Entlastungen führt. Die zukunftsfähigen Vorschläge der CDU haben Sie auf dem Tisch.

Der Arbeitsminister hat angekündigt, lassen Sie mich das zum Schluss noch sagen, dass er Konzepte sieht (Der Abgeordnete Holger Friedrich bittet um das Wort für eine Anfrage.)

und dass er hofft, dass man Verhandlungen führen könnte. Ich bin der Meinung, dass der Arbeitsminister die Pflicht gehabt hätte, denn die Zeit läuft weg, diese Konzepte längst auf den Tisch zu legen, die fehlen uns.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ihr müsst das zusammen machen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aus diesem Grund bedauere ich das sehr, dass hier eine sehr undifferenzierte und mehr schmusekursmäßige Ausführung des Ministers zu hören war. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Strenz, gestatten Sie eine Anfrage?

Karin Strenz, CDU: Nein! Entschuldigung, das kann ich leider nicht zulassen, weil ich in 20 Minuten in Parchim sein muss.

(Zuruf aus dem Plenum: Das schafft sie sowieso nicht.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Strenz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/875. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/875 mehrheitlich abgelehnt bei Zustimmung der CDU-Fraktion und Gegenstimmen der SPD- und PDS-Fraktion.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Fahren mit Taglicht, auf Drucksache 4/869.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Fahren mit Taglicht - Drucksache 4/869 -

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Schwebs.

(Karsten Neumann, PDS: Es ist schon Nacht. – Karin Schmidt, PDS: Mach's Licht an!)

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute für die Koalitionsfraktionen einen Antrag in den Landtag einbringen, der sich mit einem Aspekt der Verkehrssicherheit auseinander setzt. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Fahren mit Licht am Tag für alle Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland zur Pflicht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Ute Schildt, SPD: Prima.)

Dazu ist eine Änderung des Paragraphen 17 der Straßenverkehrsordnung notwendig. Das geht natürlich nur, wenn die Landesregierung im Bundesrat gemeinsam mit anderen Ländern aktiv wird, wie beispielsweise Brandenburg. Auch dort wurde vor kurzem das Problem debattiert und der zuständige Minister beauftragt, im Bundesrat tätig zu werden. Ich würde mich freuen, wenn am Ende dieser Debatte alle Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag zustimmen könnten.

# (Beifall Karsten Neumann, PDS, und Karin Schmidt, PDS)

Meine Damen und Herren, laut Statistischem Landesamt Mecklenburg-Vorpommern ereigneten sich 2002 weit über 70 Prozent aller schweren Verkehrsunfälle mit Personenschäden am Tage. In den davor liegenden Jahren sieht es ebenso aus. Europaweite Großversuche haben zweifelsfrei ergeben, dass 50 Prozent aller Unfälle und 80 Prozent aller Zusammenstöße im Kreuzungsbereich tagsüber geschehen, weil die Verkehrsteilnehmer einander zu spät oder gar nicht gesehen haben. Ob blendendes Gegenlicht, tief stehende Sonne, mangelnder Tageslichtkontrast oder Waldschatten und wechselnde Lichtverhältnisse in unseren langen Alleen, ohne Licht wird man in solchen Fällen für andere ganz schnell zum Geisterfahrer, denn tagsüber, das sagen die Verkehrsexperten, ist weniger das Sehen als das Gesehenwerden das Problem.

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

Weltweit wurden viele Untersuchungen, Analysen und Modellversuche durchgeführt. Mittlerweile ist in 14 europäischen Ländern das Fahren mit Taglicht obligatorisch, so wie in den skandinavischen Ländern und in einigen Staaten des Baltikums. Ebenso ist Taglicht in Kanada vorgeschrieben. Die Idee, tagsüber mit Licht zu fahren, entstand aus dem Wunsch, die Sichtbarkeit der Fahrzeuge zu erhöhen, denn die häufigste Erklärung bei Unfällen im Nachhinein lautet immer: Ich habe den anderen zu spät gesehen.

Meine Damen und Herren, das Fahren mit Taglicht wurde bereits in den 60er Jahren in den USA untersucht und in einigen großen Fuhrparks, wie zum Beispiel bei den Greyhound-Bussen, eingeführt. Die dabei gewonnenen praktischen Erfahrungen waren gut. Leider waren die Studien nicht gut konzipiert und sie waren nicht eindeutig auswertbar.

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ebenfalls aufgenommen wurde die Idee in den 60er Jahren in Schweden. Experimente mit zentraler und peripherer Wahrnehmung wurden durchgeführt und spezielle Tagfahrleuchten für Pkw entwickelt und verkauft. 1967 wurde Abblendlicht für alle Motorradfahrer empfohlen. Gestützt auf Unfallanalysen entschloss sich das Nordische Straßensicherheitskomitee in den 70er Jahren, das Fahren mit Licht am Tage für alle Fahrzeuge zu empfehlen. Es wurde damals geschätzt, dass sich dadurch die Kollisionsunfälle bei Tageslicht um etwa 15 Prozent reduzieren ließen. Demzufolge wurde das Fahren mit Taglicht 1977 zur Vorschrift in Schweden und Finnland.

#### (Beifall Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

Norwegen folgte 1985 und Dänemark 1989. In Kanada wurde beschlossen, dass ab 1989 alle Neufahrzeuge mit Taglichtleuchten ausgerüstet sein sollten.

Viele Studien zum Einfluss von Taglicht auf die Unfallstatistiken wurden inzwischen in verschiedenen Ländern durchgeführt. Alle zeigten eine Reduktion der Zusammenstöße bei Tageslicht in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent. Inzwischen wurden auch zahlreiche technische Lösungen ausprobiert. Die am weitesten verbreitete und einfachste Lösung ist immer noch normales oder abgeschwächtes Abblendlicht. Die Erfahrungen beim Fahren mit Licht am Tage in Skandinavien sind gut. Es gibt dort keinerlei Tendenzen, diese Vorschrift wieder

abzuschaffen. Dass das Fahren mit Licht auch bei uns akzeptiert wird, kann man in den Landkreisen unseres Landes heute noch im wahrsten Sinne des Wortes sehen,

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

in denen die "Ostseezeitung" vor drei bis vier Jahren dazu aufrief, aus Sicherheitsgründen mit Licht zu fahren. Die Aktion lief damals unter dem Motto: "Bei uns an der Küste nur mit Licht". In diesen Kreisen fahren heute noch wesentlich mehr Autos mit Licht

(Martin Brick, CDU: Die machen das nicht aus.)

als in den Kreisen, in denen es diese massive Öffentlichkeitsarbeit nicht gab.

Sehr geehrte Damen und Herren, auf Initiative der Europäischen Union haben Forscher 24 Untersuchungen aus der ganzen Welt zu den Auswirkungen vom Fahren mit Taglicht nach einheitlichen Kriterien bewertet. Ungeschützte Straßenbenutzer, wie Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer, scheinen im Übrigen vom Taglicht mehr zu profitieren als Autofahrer. Die Erklärung ist wahrscheinlich ihre größere Abhängigkeit von der Wahrnehmung im peripheren Gesichtsfeld. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass das Tagfahrlicht die Unfallzahlen verringert, und zwar ohne dass Motorradfahrer oder Radfahrer mehr als bisher gefährdet sind. Auch die Unfallzahlen mit Fußgängern verringerten sich.

Es wird geschätzt, dass sich in der EU jährlich 5.500 tödliche Unfälle verhindern lassen. Die errechnete prozentuale Unfallreduktion beim Fahren mit Licht schwankt von 10 Prozent für Mehrfachkollisionen bei Tage bis zu 25 Prozent für Folgen von Mehrfachkollisionen. Die Zahl der Verletzten könnte um 155.000 reduziert werden. Der volkswirtschaftliche Nutzen geht allein für Deutschland in die Milliarden Euro. Das Ergebnis eines Versuches der Landesverkehrswacht Niedersachsen sagt aus, dass sich allein durch den Einsatz von Scheinwerferlicht am Tage sage und schreibe 25 Prozent aller tödlichen Unfälle und 35 Prozent der Zusammenstöße zwischen entgegenkommenden Fahrzeugen vermeiden lassen.

Natürlich gibt es auch Gegenargumente, wie ein leicht erhöhter Kraftstoffverbrauch und das subjektive Sicherheitsgefühl von Motorrad- und Fahrradfahrern oder dass man bei einem Pkw älteren Baujahres ohne dritte Bremsleuchte nicht deutlich erkennen kann, ob dieser mit Licht fährt oder ob er gerade vor einem bremst. Diese und andere Argumente, meine Damen und Herren, werden wir in der Debatte austauschen können. Mein Kollege Gerd Walther wird darauf eingehen können.

Beenden möchte ich die Einbringung mit einer kurzen Anekdote: Sie wissen sicher alle, dass die Hansestadt Stralsund im 18. Jahrhundert von den Schweden besetzt war. Der damalige schwedische Generalgouverneur von Hessenstein hatte eines Abends etwas zu viel getrunken und ließ sich in einer mondlosen Nacht in seiner Sänfte nach Hause tragen. Die Träger konnten nicht besonders gut sehen und ließen irgendwann die Sänfte fallen und der Herr Generalgouverneur landete auf einem Misthaufen. Er fand also, die Straßen in Stralsund wären zu dunkel, und er erließ den Befehl, dass alle Einwohner ab Einbruch der Dunkelheit eine Lampe bei sich zu tragen hätten. Das taten die Einwohner auch, aber es blieb dunkel. Sie hatten nämlich kein Licht an oder liefen mit Lampen, in denen die Scheiben fehlten, damals waren ja Kerzen in den Lampen, so dass es trotzdem dunkel war. Der schwedische Generalgouverneur hat irgendwann aufgegeben, die Stralsunder dafür zu belehren und sie zu bestrafen, und ist in südlichere Gefilde geflohen. Aber der Stralsunder Rat erließ ein Edikt, in dem das Tragen von brennenden Laternen im Winter gefordert wurde. Ich denke, wir sind heute etwas weiter und deshalb, wenn auch nur ein tödlicher Unfall vermieden werden kann, sollte das schon ein Argument genug sein, dem Antrag der Koalitionsfraktionen an dieser Stelle zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Wir danken Ihnen, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

**Minister Dr. Otto Ebnet**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten im letzten Jahr 289 Verkehrstote, das sind 289 Tote zu viel.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Jede Initiative, die hilft, die Zahl von Verkehrstoten zu verringern, kann nur gut sein und sie ist willkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich begrüße deshalb diese Initiative und möchte nur kurz auf ein Problem eingehen, das in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Brandenburg ein ganz besonderes ist. Das sind die Alleen. Wir wollen unsere Alleen schützen, aber wir wollen auch Verkehrssicherheit gewährleisten. Alleen zu schützen und Verkehrssicherheit gewährleisten, das geht zusammen. Wir machen zum Beispiel eine Straßenleitplanke in Alleen, aber Leitplanken greifen ja erst dann ein oder werden erst dann wirksam, wenn schon etwas passiert ist. Das heißt, es gilt Unfälle überhaupt zu vermeiden und da ist das Fahren mit Licht vor allem in Alleen, aber nicht nur in Alleen ein Beitrag, der sicher wirksam sein wird. 120 Tote hatten wir allein in Alleen. Alleen sind ein besonderes Problem, denn durch den Lichtwechsel überfordern sie auch manchen und außerdem sieht man entgegenkommende Fahrzeuge schwerer.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Frau Schwebs, ich würde gerne diesen Vorschlag auf der nächsten Verkehrsministerkonferenz debattieren

(Angelika Gramkow, PDS: Wunderbar.)

und dann feststellen, wie viele andere Länder sich anschließen werden. Ich denke, der Verkehrsminister von Brandenburg wird dabei sein. Ich hoffe, dass noch andere mitmachen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn sich dann abzeichnet, dass hier eine Mehrheit zu gewinnen ist, das ist vielleicht nicht gleich am Anfang so, da macht es auch Sinn, in den Bundesrat zu gehen und einen Antrag in den Bundesrat einzubringen, der auch tatsächlich durchkommt und mehrheitsfähig ist. Ich finde das gut, was hier vorgeschlagen wurde, und werde den Vorschlag aufgreifen. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hinweisen, dass meine Fraktion mit dem inhaltlichen Anliegen des vorliegenden Antrages überhaupt keine Probleme hat, wohl aber mit einigen Unkorrektheiten und Unklarheiten, die eine vorschnelle Abstimmung quasi verbieten.

Zunächst zwei redaktionelle Anmerkungen: Herr Minister Ebnet hat ja eben darauf hingewiesen, dass er im Kreise der Verkehrsminister um Zustimmung werben wird, um dann über diesen Weg eine Bundesratsinitiative in Berlin zu starten. Leider ist im Antrag dieser normal vorgesehene Weg über eine Bundesratsinitiative nicht erwähnt worden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das halten wir also für einen Mangel.

(Zurufe von Angelika Gramkow, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Auch der Titel "Fahren mit Taglicht" irritiert.

(Gabriele Schulz, PDS: Nun stolpern Sie mal nicht über den Stein!)

Die einen hatten schon Bedenken, ob vielleicht Tageslicht gemeint ist.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS: Der Minister hat den Antrag gut verstanden.)

Es ist ja auch nicht so sehr wesentlich, Herr Ritter, ich hatte das schon gesagt, aber redaktionell muss ich einfach diese Form mal kritisieren. Vielleicht stammt ja der Begriff "Taglicht" aus dem Jahresbericht 2003 des VDA, des Verbandes der Automobilindustrie, vielleicht auch aus einer Begründung in der genannten Studie des niederländischen Instituts Road Safety Research oder aus Übersetzungen von Staaten, wo das Fahren mit Abblendlicht am Tage bereits jetzt schon Pflicht ist. Hier in diesen Ländern ist allerdings die Begrifflichkeit durchaus berechtigt,

(Peter Ritter, PDS: Das ist dumm.)

denn dort sind spezielle energiesparende Tagfahrleuchten, so heißt dieser Fachbegriff, installiert. In Deutschland gab es bisher so etwas kaum. Solche Scheinwerfer sind bei uns kaum installiert worden. Darum sollten wir uns, das wäre unser kleiner Vorschlag, an dieser Stelle vielleicht auf die StVO Paragraph 17 beziehen. Dort gibt es eigentlich drei Begriffe und die heißen einfach nun mal Standlicht, Abblendlicht und Fernlicht. Vielleicht könnten wir uns darauf verständigen, dass wir uns dann vorläufig, so lange, wie diese Tagfahrleuchten nicht installiert sind, über Fahren mit Abblendlicht am Tage unterhalten.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, unter sicherheitsrelevanten Aspekten allerdings führt das Fahren mit Abblendlicht, so, wie Frau Schwebs das schon hier erwähnte, erwiesenermaßen zur Verringerung der Unfallzahlen, insbesondere der schweren Unfälle auf unübersichtlichen Kreis- und Landstraßen, aber auch auf normalen Bundesstraßen oder auf größeren Bundesstraßen und Autobahnen. Und das ist uns allen verkehrspolitisch ein ganz wichtiges Ziel, das ist unbestritten.

Aber wie die meisten Dinge hat das Thema "Abblendlicht am Tage" nicht nur einen Aspekt. Mit Abblendlicht tagsüber müssen derzeit motorisierte Zweiräder in Deutschland schon gegenwärtig fahren, damit sie von anderen Verkehrsteilnehmern, zum Beispiel von Autofahrern, besser wahrgenommen werden können. Genau das ist ja nicht unwesentlich auch für den vorliegenden Antrag.

Wie wirkt es sich aber nun aus, wenn alle Fahrzeuge am Tag mit Licht fahren? Inwieweit der bestehende Sicherheitsvorteil für Kraftradfahrer durch eine Ausweitung des Fahrens mit Abblendlicht wieder aufgehoben wird, ist an dieser Stelle verantwortungsvoll zu hinterfragen.

Meine Damen und Herren, im Weiteren ergeben sich Fragen, die die Zuständigkeiten der Innenpolitiker und der Umweltpolitiker betreffen. Verkehrssicherheit heute und Menschheitsgefährdung morgen – ich weiß, das klingt sehr überzogen und weit hergeholt. Ich muss gestehen, für mich übrigens auch. Aber es gibt Menschen, die sich auch über die Zukunft der Menschheit Gedanken machen und dort gerade in Sachen Umweltschutz sehr stringent denken. Immerhin rechnen Sachverständige, wie zuverlässig diese Zahlen auch immer sein mögen, bei einer bundesweiten Umsetzung des vorliegenden Antrages mit einem Kraftstoffmehrverbrauch von etwa 1,5 Milliarden Litern pro Jahr.

(Andreas Bluhm, PDS: Deshalb brauchen wir das Dreiliterauto. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die CO<sub>2</sub>-Emission würde sich etwa um zweieinhalb Prozent erhöhen.

(Gabriele Schulz, PDS: Diese Sorge! Ich dachte, es geht um Menschenleben.)

Das sind also schon mal nicht ganz unwesentliche Zahlen, die zumindest mal in die Abwägung kommen müssen. Andere halten dagegen: Moderne Elektronisierung der Komfort- und Sicherheitssysteme in den Autos seien mindestens genauso intensiv. Ich habe da mal nachgelesen, zum Beispiel Abblendlicht sind schon mal 150 Watt Leistungsabnahme, wenn die Hifi-Anlage aufgeregelt wird, sind das 200 Watt.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS: Also raus mit dem Zeug aus dem Auto.)

Scheibenwischer 80 Watt, Sitzheizung 60 Watt, Motormanagement 180 Watt und so weiter und so fort. Auch hier Pro und Kontra.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Unruhe bei Andreas Bluhm, PDS)

Ein letzter offener Punkt sind die restriktiven Konsequenzen. Ich frage hier am Ende nur noch einmal: Welche Verwarngelder und weiteren Maßnahmen soll der Gesetzgeber bei Verstößen, also bei Fahren ohne Licht, mit Stand- oder Fernlicht beziehungsweise mit defekten Scheinwerfern vorsehen? Dazu ist bislang kein einziges Argument ausgetauscht.

(Reinhard Dankert, SPD: Das war früher alles ziemlich einfach.)

Meine Damen und Herren, wie gesagt, ich und sicher auch meine Fraktionskolleginnen und -kollegen würden dem Antrag sofort folgen, wenn die angesprochenen und ja nicht gerade – ich betone das ausdrücklich noch mal – wesentlichen Ungereimtheiten noch geklärt werden könnten

(Peter Ritter, PDS: Man sieht richtig, wie schwer Ihnen das fällt, Herr Vierkant. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bitte Sie trotz der Zwischenrufe um Ihre Zustimmung, dass wir diesen Antrag federführend in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Innen- und Umweltausschuss überweisen,

(Gabriele Schulz, PDS: Sie haben das jetzt signalisiert. Das ist nicht nötig. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

damit auch die Experten dort zu Worte kommen können. Wir brauchen die Umsetzung schnell, aber eben auch gut vorbereitet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine über den Bundesrat initilerte Gesetzesänderung wird ohnehin nicht auf die Schnelle möglich sein. Fahren mit Abblendlicht ist auch heute nicht strafbar. Auch darauf ist verwiesen worden. Lassen Sie uns deshalb Initiativen wie die der Rüganer "Auf der Insel mit Licht",

(Karsten Neumann, PDS: Und nicht als freiwillige Selbstverpflichtung.)

die genannte Aktion der OZ "Bei uns an der Küste nur mit Licht" oder meinetwegen auch über die Station "In M-V mit Licht" unterstützen, bis dann hoffentlich allen in ganz Deutschland ein Licht aufgeht und nicht nur den Kraftfahrzeugen tagsüber. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin tatsächlich immer nett und ich bin natürlich auch zu Herrn Vierkant nett. Deswegen erlaube ich mir, als Erstes ihn zu zitieren und auch seine Rede vielleicht einmal kurz zusammenzufassen. Ich habe mir einen Artikel in der SVZ angesehen, in dem es heißt: "Aus Gründen der Verkehrssicherheit ist der Vorschlag richtig und gut.', urteilte Jörg Vierkant, der verkehrspolitische Sprecher der CDU.'" Und ich denke mir, das ist ein gemeinsamer Nenner, mit dem man zumindest heute leben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das vielleicht nur als Einstieg.

Es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, das etwas früher zu diskutieren,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Beifall Karsten Neumann, PDS)

wenn man einen Antrag hat "Fahren mit Taglicht". Sie haben Recht, normalerweise müsste es heißen "Fahren mit Abblendlicht am Tage", gemäß Paragraph 17 a StVO, das macht das Ganze etwas komplizierter.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, die meint was anderes. Die meint Taglicht als zusätzliche Lichtquelle.)

Also ich gehe nicht davon aus, dass wir den Sonnenschein damit meinen.

> (Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nicht, dass wir über den Inhalt des Antrages nicht einer Meinung sind. Aber, Herr Dr. Born, lassen Sie uns zum Kern der Sache wieder zurückkommen. Es geht tatsächlich darum ...

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Vielleicht hätten wir es früher diskutieren sollen. Aber der eine oder andere ist ja jetzt vielleicht wieder munter geworden. Das ist auch schon ganz gut.

Der Streit, der dahinter steht – und das ist eigentlich der Kern der ganzen Sache –, währt ja eigentlich schon relativ lange. Die Frage ist nämlich tatsächlich so: Soll man tagsüber mit Abblendlicht fahren oder soll man es nicht? So schreibt es ja der von mir angeführte Paragraph 17 a Straßenverkehrsordnung für Motorradfahrer tatsächlich schon vor.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Born? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Born.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Herr Kollege Schulte, teilen Sie meinen Eindruck, dass die Frau Kollegin Schwebs hier sehr deutlich ausgeführt hat, dass sie tatsächlich Taglicht meint und sich das sehr wohl von Abblendlicht unterscheidet? Das ist nämlich eine Lichtform, die es in skandinavischen Fahrzeugen bereits gibt und in solchen Fahrzeugen, wie sie auch zum Teil aus Skandinavien nach Deutschland exportiert werden, also eine vierte Form gegenüber dem in der StVO vorgesehenen Abblendlicht, Fernlicht, Standlicht. Könnten Sie das bestätigen, dass ich das richtig wahrgenommen habe?

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

**Jochen Schulte**, SPD: Herr Dr. Born, das weiß ich nicht, ob ich Ihnen das bestätigen kann. Sie hätten vielleicht die Frage der Kollegin Schwebs stellen müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da bin ich nicht der richtige Ansprechpartner. Ich gehe davon aus, dass wir über das sprechen, was auch Grundlage der Großen Anfrage der Fraktionen der SPD und CDU im Landtag von Brandenburg am 20.11.02 war. Da ging es nämlich tatsächlich darum, dass die Straßenverkehrsordnung im Paragraphen 17 dergestalt geändert werden sollte, dass das Fahren mit Abblendlicht nicht nur für Krafträder am Tage vorgeschrieben werden soll, sondern für sämtliche Fahrzeuge. Das ist, denke ich mir, der gemeinsame Nenner, den die PDS- und die SPD-Fraktion bei ihrem Antrag haben. Ich weiß jetzt nicht, welches Verständnisproblem Sie damit haben.

Dass das möglicherweise – ein Satz vielleicht noch, Herr Kollege, bevor die nächste Nachfrage kommt – (Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

in Skandinavien noch anders geregelt worden ist, dazu will ich den skandinavischen Kollegen nicht reinreden. Bei denen ist vieles anders geregelt, vielleicht manches auch sinnvoller als in Deutschland.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie jetzt noch eine Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Born.

**Dr. Ulrich Born**, CDU: Herr Kollege Schulte, gehen Sie mit mir davon aus, dass Frau Kollegin Schwebs den Antrag sehr gründlich vorbereitet und sich etwas dabei gedacht hat, wenn sie das Wort "Taglicht" verwendet,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und es deshalb doch Sinn macht, im Ausschuss darüber zu beraten, ob man nun, entgegen der Auffassung von Frau Schwebs, das Abblendlicht nehmen sollte oder ob es nicht sinnvoller ist, eine vierte Lichtform in unseren Kraftfahrzeugen einzuführen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Frage ist so gut, die sollte man im Raum stehen lassen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Jochen Schulte, SPD: Jetzt mal auf den Zwischenruf: Nachher fällt die Frage um und erschlägt noch jemanden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Kollege, der springende Punkt ist doch der, wenn ich das richtig sehe, zumindest nach den Unterschriften zu urteilen, dann ist es ein gemeinsamer Antrag der PDS-Fraktion und der SPD-Fraktion. Deswegen gehe ich eigentlich davon aus, dass beide Fraktionen sich gemeinsam etwas gedacht und es auch abgesprochen haben

(Beifall Gabriele Schulz, PDS: Ja.)

beziehungsweise die Intention so verfolgen, wie ich das eben dargelegt habe.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ist das eine kurze Antwort auf Ihre lange Nachfrage?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich danke Ihnen.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Jochen Schulte**, SPD: Herr Dr. Born, ich muss natürlich jetzt eins sagen, Sie haben mich völlig aus dem Konzept gebracht. So lange wollte ich eigentlich gar nicht reden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Um vielleicht jetzt noch mal auf den Kern der Sache zurückzukommen. Die Frage, die sich tatsächlich im Hintergrund stellt, ist ja nicht – das hat ja hier die Debatte mit dem Kollegen Vierkant gezeigt –, dass es darüber im Grunde Diskussionsbedarf gibt, ob es sinnvoller sein kann, mit Licht am Tage zu fahren. Vielleicht kann man sich ja auf den Begriff verständigen. Der springende Punkt ist natürlich der, dass es auch in der Vergangenheit immer

wieder Fragen gegeben hat, was tatsächlich dafür spricht und was dagegen.

Herr Vierkant hat es ja auch gesagt, es wird immer wieder angebracht, dass der Treibstoffverbrauch höher ist.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie können auch noch eine Nachfrage zwischendurch machen, dann ist das Interesse vielleicht größer.

Wir können es tatsächlich dann darauf zurückführen, dass es auch von Motorradfahrern immer wieder Bedenken gegeben hat, dass sie am Tage tatsächlich schlechter zu sehen sind, wenn alle Leute dann mit Licht fahren. Ich meine, ich bin persönlich betroffen, zumindest im Sommer. Einige von Ihnen haben es ja mitbekommen, ich fahre dann auch ab und zu mal Motorrad und es ist natürlich so, wenn man einem Motorradfahrer entgegenkommt, sieht man ihn mit Licht schneller. Der springende Punkt ist natürlich der, ich gucke nicht immer nur nach vorn, ich muss ab und zu auch nach hinten gucken und es ist eine ganz einfache Erfahrung, wenn ich im Rückspiegel ein Auto sehe, das Licht anhat, erkenne ich das Auto dann auch schneller. Und wenn ich überholen will und ich bin mit meinem Motorrad doch etwas schneller als die meisten Autos,

> (Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Na! – Karsten Neumann, PDS: Bei uns gilt die Straßenverkehrsordnung. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mit Hut. – Heiterkeit bei Minister Dr. Till Backhaus: Oder einfach mit Blaulicht.)

dann ist es für mich,

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

dann ist es natürlich auch für Motorradfahrer schon angebracht, dass sie andere Verkehrsteilnehmer schneller erkennen können. Das Argument, das da also ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Es freut mich doch immer wieder, wenn ich am Abend zu dieser Uhrzeit noch zur Belustigung beitrage, auch auf der Ministerbank.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Argument, das tatsächlich von Motorradfahrern oder von Verbänden, allen voran der ADAC, in der Vergangenheit vorgebracht worden ist, dass es zu einer Gefährdung einer bestimmten Gruppe von Verkehrsteilnehmern führt, kann man im Grunde in dieser Allgemeinheit so nicht im Raum stehen lassen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und um das mal ganz deutlich zu sagen, es hat hier gerade auf diesen Antrag der PDS- und der SPD-Fraktion in den letzten Tagen positive Signale gegeben von Seiten des ADAC, der diesen Antrag begrüßt und die Landesregierung unterstützt hat, entsprechende Regelungen auf Bundesebene zu initiieren.

Es kommt dann immer wieder das Argument, man kann es den Menschen in südlicheren Gefilden nicht zumuten, tagsüber mit Licht zu fahren. Da muss man sich einfach angucken, wo denn eigentlich überall vorgeschrieben ist, auch am Tage mit Licht zu fahren. Das sind neben einigen nordeuropäischen Ländern, also Dänemark, Estland,

Finnland, Island, Lettland, Norwegen, Schweden, auch Länder wie zum Beispiel Italien, wo es auf den Autobahnen vorgeschrieben ist. Ich denke mal, die Sonneneinstrahlung ist in den Sommermonaten dort etwas intensiver,

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist aber auch sehr neblig in Italien.)

als es vielleicht in Norddeutschland ist. Es ist in Ungarn so, auch südlicher als Deutschland, auch in Bayern oder Baden-Württemberg zu spüren und auch in der Schweiz. Da kann man sagen, kommen Sie in die Berge, da ist Schatten,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

aber auch das spielt, glaube ich, keine Rolle. Dieses Argument spielt im Endeffekt, also auch bei der ganzen Diskussion, keine Rolle, sondern man sollte sich wirklich darauf beschränken, die Vor- und Nachteile darzulegen. Und da komme ich noch mal zurück auf das, was der Kollege Vierkant gesagt hat: Es lässt sich ganz deutlich feststellen, es erhöht die Sicherheit der am Verkehr teilnehmenden Fahrer und Fahrzeuge.

Auf der anderen Seite gibt es Argumente, die bedingt dagegen sprechen. Das eine ist angeführt worden mit dem Treibstoffverbrauch. Dazu kann man sagen, es gibt heute Möglichkeiten technischer Art, die Fahrzeuge so auszurüsten, dass der Treibstoffverbrauch tatsächlich nicht mehr eine Rolle spielt, und der andere Punkt, der angesprochen worden ist, es sind die Bedenken auch gerade von anderen Verkehrsteilnehmern.

Ich hoffe, ich habe dargelegt, dass das nun kein wesentliches Argument ist, welches dagegen sprechen sollte, diesem Antrag heute zuzustimmen. Ich denke mir, um da vielleicht auch noch die einen oder anderen Bedenken aufzugreifen, die Sie aufgebracht haben, meine Damen und Herren von der CDU, wenn es dazu kommen sollte, dass es positive Signale auch aus anderen Bundesländern gibt - und ich denke, es wird nicht nur Brandenburg sein mit der dortigen Regierung, sondern zum Beispiel auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen -, dann, so denke ich mir, ist immer noch früh genug die Gelegenheit, vielleicht hier begleitend in den Ausschüssen oder im Landtag dieses Thema zu diskutieren, denn wir kennen alle die Bundesgesetzgebung. Wir müssen nicht die Befürchtung haben, dass es noch dieses Jahr beschlossen wird. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Licht ins Dunkel bringen, da geht jemandem ein Licht auf, Licht am Ende des Tunnels – meist assoziieren wir mit dem Licht etwas Positives. Und in diesem Sinne ist auch der von der PDS initiierte Antrag zum Fahren mit Taglicht zu verstehen. Wir verbinden mit diesem Antrag die Hoffnung, dass dies ein kleiner Baustein dafür ist, dass die Sicherheit auf unseren Straßen erhöht wird und Gesundheitsrisiken gemindert werden, und diese Dinge sollten dem Einzelnen nicht schwer fallen.

Herr Vierkant, Sie haben viele Fragen gestellt. Ich werde versuchen, die Masse der Fragen zu beantworten,

so dass Sie zum Schluss meiner Ausführungen mit ruhigem Gewissen dem Antrag zustimmen können.

Meine Kollegin Frau Schwebs nannte bei der Einbringung dieses Antrages Zahlen, die für sich sprechen, was die Auswirkungen des Fahrens mit Taglicht angeht. Europaweit könnte man jährlich 5.500 Menschenleben retten, und das nur durch das Einschalten des Lichtes am Tage. Ich glaube, keine Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist so einfach durchzuführen und hat solch positive Auswirkungen.

Von den Gegnern des Fahrens mit Taglicht wird unter anderem der erhöhte Verbrauch von Kraftstoff ins Feld geführt. Messungen gehen davon aus, dass beim Einsatz von 55 Watt Abblendlicht ein Mehrverbrauch von einem Prozent entstünde. Das würde bedeuten, wenn man im Durchschnitt 8 Liter auf 100 Kilometern verbraucht, erhöht sich der Verbrauch auf knapp 8,1 Liter auf 100 Kilometern. Sie sehen, Herr Vierkant, wir gehen da mit geringeren Zahlen an die Berechnung, aber egal, welche Zahl nun exakt stimmt, der Mehrverbrauch ist Fakt, gar keine Frage. Allerdings, wenn es um ihn geht, dann müssten wir uns konsequenterweise ab sofort damit beschäftigen, dass der Einsatz von Klimaanlagen im Auto beispielsweise mehr als das Doppelte der Steigerung als beim Fahren mit Taglicht bedeutet. Und die Quote der Fahrzeuge mit Klimaanlage nimmt permanent zu. Außerdem könnte man darüber nachdenken, dass sich dieser Effekt mindert, wenn, wie in Skandinavien üblich, spezielle Taglichtleuten eingesetzt werden,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha, da haben wir's schon.)

die statt 55 nur 6 Watt Energie verbrauchen. Und in diesem Augenblick verpufft das Gegenargument.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Herrn Born ist es aufgegangen. Ein weiteres Gegenargument ist die verkürzte Lebensdauer des Abblendlichtes. Auch das kann heute nicht mehr gelten. Man kann heute in jeder Tankstelle Leuchtmittel für das Abblendlicht kaufen, die bei einem Rund-um-die-Uhr-Einsatz genauso lange halten wie herkömmliche Halogenlampen. OSRAM beispielsweise

(Andreas Bluhm, PDS: Keine Schleichwerbung hier. – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Torsten Koplin, PDS: Was kosten die denn?)

bietet die neuen LIGHT@DAY-Ausführungen für alle gängigen Scheinwerfer- und Zusatzlichtlampen an. Sie sind zwar etwas teurer, der Einsatz rechnet sich aber schnell durch die längere Lebensdauer, und eine erhöhte Sicherheit sollte uns die geringen Mehrausgaben Wert sein. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club, ADFC genannt, lehnt dagegen die Einführung von Taglicht ab, weil seiner Meinung nach Radfahrer und Fußgänger dann schlechter gesehen werden. Auch der bisherige Vorteil von Motorradfahrern soll angeblich wegfallen. Aber Professor Koornstra vom Niederländischen Institut für Verkehrssicherheitsforschung, SWOV, der im Auftrag der Europäischen Kommission eine globale und fundierte Studie zum Thema "Fahren mit Taglicht" auswertete, kommt dagegen zu einem völlig anderen Urteil: Für Motorradfahrer entstanden danach keinerlei Nachteile und für Fußgänger und Radfahrer erhöht sich die Sicherheit in derselben Größenordnung wie für Autofahrer.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Professor Koornstra gibt den volkswirtschaftlichen Nutzen des Fahrens mit Taglicht – hört mal ein bisschen auf zu lachen, das ist ein ernstes Thema – mit mindestens 4,9 Milliarden Euro EU-weit an. Die zusätzlichen Kosten für den erhöhten Kraftstoffverbrauch, die Um- und Ausrüstung des Autos, die teuren Taglichtlampen und die Auswirkungen auf die Umwelt machen dagegen höchstens 2,7 Milliarden Euro aus. Daraus errechnet sich ein Kosten-Nutzen-Faktor von 1,8. Außerdem ist nachzulesen, dass große Autofirmen wie Saab, Volvo oder General Motors pro Taglicht eingestellt sind. Deutsche Autofirmen – denen ist es auch absolut gar nicht neu –, die ihre Fahrzeuge in Skandinavien verkaufen wollen, rüsten sie dort heute schon entsprechend so aus.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Einsatz von Taglicht in allen Kfz ist bei den zu erwartenden positiven Effekten eine vergleichsweise geringe Hürde.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Also immer müssen Sie lachen.

Er erfordert nur etwas Disziplin der Fahrer und Einsicht in die Notwendigkeit, außer man setzt auf das automatische Taglicht, das mit dem Starten des Motors angeht. Deshalb ist aus Sicht der PDS auch eine die Einführung begleitende Informationskampagne notwendig.

Nach dem heute in der SVZ nachzulesenden absolut positiven Votum des ADAC können wir sicher mit der Unterstützung auch von dieser Seite rechnen.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Für Taglicht oder für Abblendlicht? Für Taglicht.)

Neben der Informationskampagne – Herr Born, Sie haben es doch verstanden, Sie müssen mich nicht fragen – ist es nötig, dass unsere Landesregierung sich im Bundesrat für eine Änderung der StVO einsetzt. Verbündete wie den Verkehrsminister von Brandenburg hat sie da auf ihrer Seite und ich hoffe, auch das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern mit einstimmigem Votum. Ich hoffe, dass es gerade in Vorpommern bald einen Grund mehr gibt, die kumpelhafte Anrede "Alter Schwede" zu verwenden. Denn wir lernen von unseren skandinavischen Nachbarn und das ist gut so. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Walther.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/869 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gabriele Schulz, PDS: Dürfen wir noch abstimmen?)

Entschuldigung, das Taglicht bringt einen doch etwas durcheinander. Ich bitte um Entschuldigung.

Damit ist der Überweisungsvorschlag ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir werden aber alle wach gemacht. – Lorenz Caffier, CDU: Nein! Die Gegenstimmen, die Gegenstimmen!)

Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei einer Gegenstimme der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag in der Sache zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und der Fraktion der CDU mit sechs Stimmenthaltungen angenommen.

(Gabriele Schulz, PDS: Wunderbar.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Errichtung einer Landesforstanstalt, Drucksache 4/871.

# Antrag der Fraktion der CDU: Errichtung einer Landesforstanstalt – Drucksache 4/871 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Brick von der Fraktion der CDU.

Martin Brick, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist immer wieder schön, zu später Stunde vor vollen Rängen zu sprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Torsten Koplin, PDS)

Man muss nicht lange rätseln. Wenn man den letzten Tagesordnungspunkt einer Sitzung einordnen will, dann weiß man immer, aus welchem Bereich er kommt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Karsten Neumann, PDS: Nee, nee, nee, nee! – Torsten Koplin, PDS: Und Soziales.)

Wenn er denn kommt, meine ich.

Ihnen liegt ein Antrag meiner Fraktion vor, von dem ich meine, dass er in mehrfacher Hinsicht nachdenklich macht. Schon mehrfach hat die Landespolitik die Axt angelegt an den Stamm der Forst und ich kann nicht leugnen, dass ich daran beteiligt gewesen bin.

(Torsten Koplin, PDS: Respekt, Respekt!)

Stets war man am Ende der Meinung, man hätte die Ultima Ratio erreicht, und das unter stets fairen Gesprächen mit der Gewerkschaft – Herr Schlotmann wird sich erinnern, die Finanzministerin Frau Keler auch –, zuletzt unter meiner Ägide im Jahre 1998, als der großen Koalition ein noch heute gültiges, aber kaum beachtetes Gesetz, wenn Sie sich vielleicht erinnern an die kostensenkenden Strukturmaßnahmen, auf den Tisch kam, ein Gesetz, mit dem sich aus heutiger und persönlicher Sicht wohl eine Einzelperson ein Denkmal setzen wollte.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Till Backhaus: Wo ist denn der jetzt?)

Ein Gutes hatte dieses Gesetz denn doch. Es waren ja Naturschutz und Forst, wie Sie wissen, in einem Haus vertreten und dies setzte sich zwangsläufig auch fort in einem Großamt für Großschutzgebiete Naturschutz und Forsten. Ich erinnere mich auch gerne an die angenehme Diskussion vor der SPD-Fraktion dieses Hauses und ich sage, sicher, die Kostensenkung dabei war konstruiert, aber freundlich angenommen und akzeptiert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Damit wollten wir unter anderem nun der Forst zumindest bis zum Jahre 2009 Ruhe angedeihen lassen. Leider wurde in der großen Koalition diese Vereinigung von Nutzern und Schützern nach einem halben Jahr wieder vergessen. Auf – ich will mich mal vorsichtig ausdrücken – Intervention anderer fand dies ein rasches Ende.

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Das war ein Bruch aus meiner Sicht und der Hinweis, die Axt weiter zu schwingen. Und so geschah das dann auch. Wer in das Buch der Bücher dieses Hohen Hauses schaut, der sieht mit Besorgnis, dass Forst wohl äußere Zwänge hat, unter Druck steht und unter mangelnder Konsolidierung leidet. Aber statt sinkender Kosten, wie es einmal geplant war, steigen die Kosten weiter. Darum war und ist Handeln geboten.

Zunächst haben wir ja dann auch das medienträchtige Forstkonzept mit probeweiser Eigenbudgetierung von Forstämtern und Umstrukturierung erlebt. Die Ergebnisse noch warm, die Erfolge mies, nun die Avisierung einer Anstalt, sicher ein mehrdeutiges Wort für notwendige Veränderungen. Aber irgendwann muss ja wohl Schluss sein. Es gibt sicher aus unserer Sicht mehrere Möglichkeiten, damit sich staatliche Forstwirtschaft rechnet, allerdings nur wenige Beispiele dafür. Bevor ich mich zu diesen Beispielen äußere, fordere ich unseren zuständigen Minister. Wir erwarten, Herr Minister, Ihre Erklärung nicht nur zu Ihrer Pressemitteilung vom 19.09., sondern auch einen Blick in die Zukunft mit der nachdrücklichen, sagen wir mal, Vision, wann wir im Land eine funktionierende, wirtschaftliche und stabile Wirtschaft in unseren Wäldern haben, damit das Wollen von Ihnen, verehrter Herr Backhaus, nicht hausbacken wird. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Brick.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Holzhacker, wenn es nach Herrn Brick geht, sind wieder am Werke.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Als aufmerksamer und sicherlich auch fürsorglicher Minister habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die CDU-Fraktion zunächst erst einmal das Grundanliegen des Forstkonzeptes zumindest in seiner Begründung, was den Antrag angeht, unterstützt. Dafür bin ich schon mal dankbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und da hat es doch einen kleinen Systemwechsel gegeben, sehr verehrter Herr Brick. Sie haben ja, ohne das ins Lächerliche zu ziehen oder auch überzudramatisieren, in Ihrer Phase – Volker Schlotmann wird sich gut entsinnen können und ausgerechnet immer so in Richtung Weihnachten oder Adventszeit wird es bei der Forst interessant, das haben wir hier alle hautnah erlebt –, aber wenn ich mich recht entsinne, sind in Ihrer Dienstzeit knapp 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Forst entlassen worden.

(Martin Brick, CDU: Sehr zur Freude der Finanzministerin.)

Dass das natürlich kein einfaches Unterfangen war, das nehme ich zur Kenntnis. Und wenn ich mich an die letzten Tage der Verhandlungen in der großen Koalition zu den Kosten steigenden Strukturmaßnahmen erinnere. Sie haben ja Kosten senkende Strukturmaßnahmen gesagt. Die Verwaltung intern hat dieses ja als Arbeitstitel umgetauft und immer erklärt, das sind Kosten steigernde Strukturmaßnahmen. Der Denkmalschützer oder derjenige, der sich hier ein Denkmal erbauen wollte, ist ja heute nicht anwesend. Und deswegen muss ich Ihnen noch mal ausdrücklich sagen, leider habe ich mich seinerzeit nicht durchsetzen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Wenn es nach mir gegangen wäre, und sicherlich auch nach der Mehrheit der Forstleute, hätten wir heute Aufgaben verstärkte Forstämter. Ich glaube, Volker Schlotmann wird mir zustimmen, dass das eigentlich unsere Zielrichtung war. Und ich bin nach wie vor davon überzeugt, das wäre der richtige Weg gewesen und wir hätten eine andere Institution, die uns zum Teil lieb geworden ist, heute nicht, die in Ihrem Wahlkreis auch taktisch klug angesiedelt worden ist noch zu Ihrer Dienstzeit.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Lorenz Caffier, CDU – Martin Brick, CDU: Ja, man tut, was man kann.)

Ich glaube, das gehört sicherlich auch zur Geschichte.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das gehört zur Geschichte, aber nicht, was die Ansiedlung von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes anbetrifft

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na, na!)

Herr Riemann, glauben Sie mir das. Das können wir uns gerne mal angucken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na, na!)

Da setze ich eher auf die Wirtschaft.

Aber wenn wir uns das jetzt mal ernsthaft anschauen, was haben Sie denn jetzt an Vorstellungen. Und da nehme ich zur Kenntnis – hochinteressant im Übrigen, und das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen –, wenn man sich den Zwischenbericht Ihrer Kommission zur Strukturentwicklung oder den Zwischenbericht der Kommission für Verwaltungsvereinfachung der CDU in Mecklenburg-Vorpommern in Ruhe anschaut, dann, muss ich sagen, wird das, glaube ich, mit diesem Hause nicht zu machen sein, denn da geht es im wahrsten Sinne des Wortes um die Privatisierung des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich glaube, das müssen wir uns gut überlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob

wir das wollen, nachdem wir gerade mal glücklich darüber sind, dass wir in Vorpommern endlich wieder Landeswald haben, nämlich den Preußenwald übernommen haben, oder dass wir uns einig sind, dass hier immerhin noch knapp 2.000 Menschen – Einzelschicksale, Familien – in dem Landeswald tätig sind.

Und im Übrigen, wenn man das historisch betrachtet – und da werden wir perspektivisch auch wieder hinkommen –, dann ist es so, dass Landesregierungen oder diejenigen, die Verantwortung hatten, mit dem Wald als Besitz immer sehr sorgsam umgegangen sind, weil er einfach auch die Dinge, die heute nicht angerechnet werden, für den Naturschutz, für den Wasserschutz, für den Klimaschutz, für saubere Luft insbesondere, dass wir das leider nicht bezahlt bekommen. Und deswegen sage ich auch aus Überzeugung: Eine Privatisierung à la CDU können und dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auf der anderen Seite ...

(Martin Brick, CDU: Es geht nicht nur um den Wald, sondern die Jagd gehört auch dazu. Stichwort Dienstprivileg.)

Ja, die Jagd gehört auch dazu. Früher gehörte die Jagd dem Volke.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Heute zum Glück dürfen auch noch einige mitjagen. Es ist so, dass man das im Zusammenhang sehen muss. Keine Frage. Und dass wir da neue Wege gehen müssen, das sehe ich auch überhaupt nicht anders.

Auf der anderen Seite gibt Ihr heutiger Antrag natürlich auch Gelegenheit, recht präzise jene Fragestellungen zu beleuchten, die tatsächlich mit einer Umstrukturierung der Forstwirtschaft zusammenhängen. Insofern haben Sie wahrscheinlich einen heißen Draht auch zu den verschiedenen Einrichtungen und das finde ich auch vollkommen in Ordnung. Auf der anderen Seite aber lese ich eben die Forderung der CDU zur Privatisierung. Ich bin wirklich geneigt zu sagen: Mögen diese CDU und die Verantwortlichen sich wirklich gut überlegen, was sie hier anrichten wollen! Erst soll der Wald privatisiert werden und dann sollen durch die Forst auch höhere Einnahmen erwirtschaftet werden, fürwahr ein wirtschaftliches Perpetuum mobile. Wenn wir dahin kommen könnten, wär das ja eine tolle Sache.

Aber noch mal im Ernst: Die Landesregierung hat bereits 1999 für die Landesforstverwaltung ein externes Gutachten angefertigt. Ich glaube, das war außerordentlich richtig und notwendig, um tatsächlich auch Alternativen aufzuzeigen. Wenn wir überall in der Landesregierung so weit wären, was Restrukturierung oder Umstellung anbetrifft – im Übrigen wäre etwa die Hälfte der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt –, wenn wir überall so weit wären in der Landesverwaltung, wären wir, glaube ich, auch schon ein ganzes Ende weiter.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Und deswegen glaube ich auch, dass wir genau auf jene Aufgabenkritik aufbauen müssen, die Sie formuliert haben in Ihrem Antrag. An den Dingen arbeiten wir selbstverständlich auch. Wir können nicht über die Köpfe hinweg diese Entscheidung treffen. Auch die forstlichen Ver-

bände waren selbstverständlich in den Prozess zur Erweiterung des Forstkonzeptes einbezogen, und ich bin dankbar, dass dieses Hohe Haus dieses hier auch mit umgesetzt hat. Wir sind ja auch auf einem guten Weg, was den Abbau von Personal – im Übrigen sozial verträglich – angeht.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Und ich habe immer wieder gesagt, ich werde alles daransetzen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Dieses habe ich eingehalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Die Medien sagen aber was anderes.)

Dieses, Herr Riemann – zum Glück sind die Medien ja auch nicht mehr da –, aber Fakt ist, ich habe,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler ist auch nicht da. Deshalb trauen Sie sich.)

ich habe das eingehalten, und ich sage es ausdrücklich, ja, in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium. Dieses ist uns gelungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur weil Frau Keler nicht da ist, traut er sich.)

Damit können wir auch Pate stehen vor den Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Selbstverständlich kann ich auch zurzeit die bestmögliche oder aktuellste Situation für die Zukunft von den Dingen, von denen Sie gesprochen haben, nicht eindeutig erklären. Das heißt, wir sind in einem Prozess, und wenn mir jemand eine zuverlässige Fachkraft mit der berühmten Glaskugel nennen könnte, um mir zu sagen, wo und in welche Richtung wäre es denn richtig, die Entwicklung zu treiben, dann würde ich darauf sofort zurückgreifen.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Was uns bleibt, ist jedenfalls, uns an Realitäten zu orientieren. Sie können sich daher vorstellen, dass die Landesregierung ein erfolgreiches Reformkonzept nicht in Frage stellen wird. Aus meiner Sicht ist das erfolgreich. An den wesentlichen Elementen, also an den Aussagen zur Struktur, zur Personalentwicklung und zu den Leistungsschwerpunkten, werden wir festhalten. Und dass darin auch konjunkturelle Fragestellungen mit einbegriffen sind, ist klar. Ich denke, der Wirtschaftsminister hat heute Morgen etwas zur Holzwirtschaft im Lande gesagt. Es ist mittlerweile ein nicht zu unterschätzender Struktur bestimmender Zweig, wenn Sie sich Wismar oder andere Standorte anschauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt haben Sie von mir als dem Landesminister verlangt, etwas von der Landesforstanstalt zu hören. Und Sie fragen sich und tragen diese Frage heute ins Parlament, wie das nun mit dem Forstkonzept zusammenpassen soll. Aber da muss ich Ihnen auch sagen: Schade, schade, dass Sie das Forstkonzept offensichtlich nicht gelesen haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na, na, na! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es beinhaltet nämlich – ich stelle Ihnen das auch gerne noch mal zur Verfügung –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie doch gar nicht nötig, Herr Minister.) es beinhaltet nämlich wesentliche Gedanken zu den Rechtsformen im Landesforst.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er kennt das in- und auswendig.)

Ich kenn das auswendig?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Martin Brick kennt das in- und auswendig.)

Ach so, der Martin Brick kennt das auswendig. Na gut, dann gehen wir nachher noch mal darauf ein.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

1999 hatten wir jedenfalls von einem Rechtsformwechsel bereits gesprochen, dann aber nachher Abstand genommen, auch im Interesse der Entwicklung des Gesamtbereiches. Das hatte auch seinen guten Grund, denn die wichtigsten Reformen waren zunächst auch ohne den Rechtsformwechsel möglich und sind auch umgesetzt worden. Wir haben seinerzeit schon bewusst formuliert, wir können uns vorstellen einen Regiebetrieb mit Flexibilisierung des Haushaltsrechtes, den Landesbetrieb, das Sondervermögen, meine Damen und Herren, und die Anstalt öffentlichen Rechtes. Grundsätzlich sind sie geeignet, die Ziele des Forstkonzeptes 2000 umzusetzen und damit auch zu weiteren Einsparmöglichkeiten zu kommen.

Im Forstkonzept finden Sie darüber hinaus die Aussage, dass das derzeitige Festhalten an der alten Rechtsform die weitere Entwicklung nicht behindern soll. Was ist nun der Stand der Dinge? Strebt die Landesregierung jetzt für die Forstverwaltung einen Rechtsformwechsel an? Ja oder Nein? Und hier kann ich ganz klar antworten: Ja, wir prüfen diese Frage gegenwärtig sehr intensiv und arbeiten an einem Gesetzentwurf, der bis jetzt noch nicht im Kabinett gewesen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU, weil Sie hier auch genügend ehemalige Landesminister in Ihren eigenen Reihen haben, wissen Sie doch nur zu gut, wie ein Gesetz entsteht. Im Moment befinden wir uns in der Ressortabstimmung. In einer solchen Phase darf und werde ich das Parlament noch nicht mit einbeziehen. Das ist ja auch richtig so.

(Martin Brick, CDU: Jetzt habe ich euch neugierig gemacht, ne?)

Gleichwohl können Sie sicher sein, dass wir keinen Schnellschuss – das möchte ich ausdrücklich betonen – riskieren werden, um damit nicht wieder erneut die Forstpartie zu verunsichern. Die möglichen beziehungsweise notwendigen Veränderungen werden eingehend geprüft und auch dann erst umgesetzt. Da bitte ich um Verständnis. Ich bin gerne bereit, sobald das Gesetz natürlich dann bearbeitet ist und das Parlament erreicht hat, darüber intensiv zu diskutieren.

Insofern darf ich Ihnen abschließend versichern, dass nicht nur das Forstkonzept 2000 Bestand hat, sondern auch, dass ein Rechtsformwechsel nicht ohne Beschluss des Landtages erfolgen wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das geht auch gar nicht, Herr Minister.)

Sie werden also aktiv in diesen Prozess mit einbezogen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Landtag muss doch dem zustimmen. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU) Gedulden Sie sich noch einen kleinen Augenblick. Lassen Sie uns in Ruhe diese Reform angehen. Nichts wäre schlimmer, als die Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft in dieser Richtung zu beeinflussen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt kommt sie aber mit Fernlicht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

**Birgit Schwebs**, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir nicht ganz sicher, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, warum Sie den vorliegenden Antrag an dieser Stelle heute vorgelegt haben.

(Martin Brick, CDU: Das haben wir im Ältestenrat beschieden. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Eigentlich sind doch ungelegte Eier eher etwas für den Ausschuss. Da beantragt eine Fraktion, dass sie darüber reden will. Dann passiert das so und man kommt sich in die Haare oder nicht und dann kann man auch mal nachfragen und die Diskussion vertiefen. Öffentlich macht die Opposition doch eigentlich nur politisch brisante Themen, vorwiegend solche Themen, bei denen klar ist, dass da mehr als ein Blatt Papier zwischen die Koalitionsfraktionen passt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Gibt es so was?)

Wenn Sie das jetzt erwartet hatten, dann muss ich Sie enttäuschen, auch wenn ich an dieser Stelle spreche,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

es wird hier heute nicht passieren.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Aber mich interessiert schon, wie sich das Forstkonzept in den gut drei Jahren seiner praktischen Umsetzung entwickelt hat, wie hoch der Zuschussbedarf inzwischen ist und warum er sich so entwickelt hat, wie sich die Einnahmen entwickelt haben, wie die Ausgaben. Woran liegt es? Die immer wieder angeführten niedrigen Holzpreise können es ja wohl nicht immer sein.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Oder mich interessiert auch: Haben sich die Strukturen, die 33 Einheitsforstämter auf dem flachen Land mit relativ wenigen Mitarbeitern, bewährt oder ist eine Kommunalisierung der Aufgaben im Zuge der Funktionalreform eine bessere Lösung? Oder sollten wir nicht doch besser die Lehren aus den Kosten steigenden Strukturmaßnahmen der Vergangenheit ziehen? Oder was ist aus den vielen guten Ideen der 20 Arbeitsgruppen, die am Forstkonzept mitgearbeitet haben, wirklich in praxi geworden?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind gute Fragen.)

Oder auch, warum wurde die Budgetierung der Pilotforstämter klammheimlich mit dem Haushaltsplanentwurf des Ministeriums beendet? Ich würde mit dem Landwirtschaftsminister auch gern einmal die Ansprüche, die er in der Landtagsdebatte am 20. September an das Forstkonzept gestellt hat, diskutieren

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

und ob sich seine Erwartungen erfüllt haben sowie über die Halbwertszeit von politischen Konzepten. Nur, wie gesagt, an dieser Stelle heute würde ich zwar Antworten hören, aber ich könnte nicht mit ihm diskutieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Warum nicht?)

Ich könnte nicht mit ihm streiten. Das kann ich nur in der Ausschusssitzung, und deshalb freue ich mich auf die Dezemberausschusssitzung, wo ich mit dem Minister das erörtern werde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Oder streiten.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Monegel. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst erst mal möchte ich signalisieren, dass ich Verständnis dafür habe und es auch begrüße, dass die Opposition sich so für die Landesforst interessiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Immer! – Martin Brick, CDU: Wir lassen Sie nicht allein.)

Ich mache es ja auch. Der Wermutstropfen kommt aber: Ich muss leider Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Oh! Das können wir so gar nicht verstehen, Frau Monegel.)

Ich möchte es auch noch begründen.

Das Forstkonzept 2000 der Landesregierung versteht sich als Reform für die Landesforstverwaltung. Ziele und Aufgaben der Landesforstverwaltung für die nächsten Jahrzehnte werden darin festgeschrieben und wir haben in diesem Hohen Hause dieses Forstkonzept in der 3. Legislaturperiode beschlossen. Es basiert auf einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten, überschrieben als Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Landesforstverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 1999. Dieses Gutachten – das haben meine Vorredner schon gesagt – wurde sehr ausführlich in 20 Arbeitsgruppen in den Ausschüssen diskutiert. Auch die Fragen der Rechtsform und das möchte ich noch mal betonen - kamen dabei zur Sprache. In diesem Gutachten wurden die Rechtsformen unterschieden: Regiebetrieb, Landesbetrieb nach Paragraph 26 der Landeshaushaltsordnung, Sondervermögen und auch die Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wissen alle, dass die zurzeit praktizierte Rechtsform der Regiebetrieb ist.

Ich möchte auch noch mal daran erinnern, das Ziel des Forstkonzeptes lautet in Kurzfassung: Erhaltung und Entwicklung der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes, und vorrangig zielen wir auf den Landeswald ab, mit eben dem Schwerpunkt Landeswald, und natürlich auch auf hohe Wirtschaftlichkeit. Zum anderen legt es fest die Eigenverantwortung und Flexibilität der Forstämter, angepasst an die finanziellen Möglichkeiten des Landes-

haushaltes. Schon alleine diese Zielstellung beinhaltet, dass wir die Umsetzung des Forstkonzeptes natürlich begleiten müssen. Das ist kein Selbstläufer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und diese Prämissen sind auch weiterhin für uns Handlungsrahmen. Sie wissen alle sehr gut, dass im Zuge der Struktur- und Funktionalreform unseres Landes über neue Wege der Verantwortung in der Verwaltung nachgedacht wird, so auch in der Forstverwaltung. Es ist ein Prozess, den wir natürlich auch intensiv begleiten.

Diese Worte, glaube ich, waren noch mal nötig, um zu erkennen, wo wir uns befinden. Und ich muss noch mal sagen, bei allem Verständnis für das Interesse zur Forstwirtschaft, wir begleiten diesen Prozess im Agrarausschuss. Wir haben Fragen dazu, die aufkamen, auch aus der Opposition, durch den Landwirtschaftsminister und sein Ministerium ständig beantwortet bekommen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Hoffentlich hört er dann auch zu. Das macht er nämlich die ganze Zeit schon nicht.)

Ja, manchmal lenken Abgeordnete auch ab.

(Minister Dr. Till Backhaus: Nee, ich hör zu.)

Und wir haben vor – der Termin liegt fest, am 8. Dezember –, uns zu diesem Thema ausführlich zu informieren, wie weit ist es mit der Umsetzung des Forstkonzeptes, mit den Zielen und Inhalten, und wie weit ist es mit den Pilotforstämtern, was haben sie gebracht. Denn wir haben sehr schnell erkannt, dass der Regiebetrieb auch relativ enge Grenzen für die Eigenverantwortung der Forstämter hat. Deswegen wurden diese Pilotforstämter eingeführt und wir werden uns sehr ausführlich mit diesen Themen auch am 8. Dezember beschäftigen.

Es ist also nicht so, wie hier dargestellt, dass wir nichts davon wissen, dass wir nicht unterrichtet sind, sondern wir werden diesen Prozess begleiten, so, wie wir es, denke ich, in allen anderen Fachausschüssen auch machen. Und aus diesem Grunde, denke ich, dass die Notwendigkeit für diesen Antrag jetzt nicht da ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na, na, na!)

dass wir uns bis zum 11. Dezember noch berichten lassen. Wir werden es im Fachausschuss verfolgen und gegebenenfalls dann, wenn es so weit ist, auch dem Hohen Hause eine Entscheidungsoption vorlegen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Monegel.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben die Vergangenheit beleuchtet. Sicherlich haben wir auch ein bisschen geschmunzelt dabei, aber wir wissen auch, dass manche Dinge, die dort gestaltet wurden, auch nicht so einfach waren, und wir wissen auch, dass Informationen ganz wichtig sind, um das überhaupt zu begleiten.

Ich will nur noch mal an heute Morgen erinnern. Heute Morgen haben wir über die wirtschaftliche und finanzielle Situation unseres Landes diskutiert und das tun wir mit diesem letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung eben auch. Wir schließen wieder an dieses Thema an. Und deswegen glaube ich schon, dass das sehr wichtig ist, auch hier die Informationen einzufordern, wie wir damit umgehen wollen.

Die Forstwirtschaft und die Forstverwaltung mit ihren vielfältigen hoheitlichen Aufgaben und einem großen Dienstleistungsangebot leistet eben einen sehr wesentlichen Beitrag für den Erhalt und die Mehrung unsers Waldes. Da sind wir uns hier alle einig. Sie sichert die im Waldgesetz verankerte Einheit von Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, die wir auch wirklich für unser Land brauchen. Aber gleichzeitig verursacht die Forstwirtschaft und Verwaltung einen Zuschussbedarf – und deswegen ist es auch noch mal wichtig, diese Zahlen hier zu hören von über 48,6 Millionen Euro für das laufende Jahr und wird, wenn man den Zahlen des Haushaltsgesetzes trauen kann, ein Defizit von 54,9 Millionen Euro im Jahr 2005 erwirtschaften. Vor diesem Hintergrund ist uns allen klar, dass eine Kostenneutralität mit dem derzeitigen Aufgabenspektrum nicht zu erreichen ist. Und deswegen, denke ich, ist es sehr dringlich, auch darüber zu diskutieren.

Dennoch - und das will ich hier deutlich machen - müssen wir über die Möglichkeiten der Entlastung des Landeshaushaltes und der Neustrukturierung der Forstwirtschaft nachdenken. Dieses Nachdenken allerdings darf nicht im stillen Kämmerlein geschehen, sondern muss von allen Beteiligten und vom Landtag ausführlich begleitet werden. Das Forstkonzept ist die eine Seite und wie es umgesetzt wird die andere, Frau Monegel. Und unter diesem Haushaltsaspekt, denke ich, muss es auch noch mal diskutiert werden. Deswegen ist es eben nicht zielführend, dass der Landwirtschaftminister per Pressemitteilung vom 19.09.2003 die Landtagsabgeordneten, aber auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Forstwirtschaft über die Bildung einer Landesforstanstalt informiert hat. Dort ist auch Unmut entstanden. Auch deswegen dieser Antrag hier heute in der Debatte. Voreilige Ankündigungen hinsichtlich der Neustrukturierung der Forstwirtschaft schaffen lediglich Verunsicherung und deswegen müssen wir hier nachfragen als Opposition.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Ansonsten entsteht Misstrauen, Misstrauen in die Aussagen der Politik, die sich gerade im Bereich der Forsten offensichtlich alle drei Jahre ändern und Angst um die Arbeitsplätze auslösen. Das können wir nicht gebrauchen.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir dieses Misstrauen abbauen und dem entgegenwirken. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und wir müssen wissen, wie wir das Forstkonzept ganz gezielt dann umsetzen wollen. Dazu zählt insbesondere die Klarheit über die Struktur der Aufgaben und Kompetenz. Gleichzeitig müssen wir aber auch Maßnahmen einleiten, die den Haushalt in Zukunft entlasten. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig.

Meine Damen und Herren, trotz der zahlreichen strukturpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, die insbesondere den Bereich Forsten betrafen, müssen wir uns gemeinsam mit den Forstarbeitern, Angestellten und Beamten dieser Aufgabe stellen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass all diejenigen, die sich an der Diskussion

beteiligen wollen und müssen, über den gleichen Kenntnisstand verfügen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Hierüber soll uns die Landesregierung in angemessener Frist berichten. Ich habe das Votum ja schon gehört von meinen Vorgängern. Eins haben wir erreicht mit dem Antrag: Wir wissen jetzt schon, dass es bald einen Gesetzentwurf geben wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Das hilft uns schon mal weiter. Aber trotzdem sind die Fragen, die wir gestellt haben, damit lange noch nicht beantwortet

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und ich denke, ein Bericht des Ministers in diesem Hohen Hause würde dann auch die Arbeit in den Ausschüssen noch verbessern. Es geht ja nicht nur um die Abgeordneten, es geht ja auch um die Öffentlichkeitsarbeit, die wir auch hier leisten müssen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und deswegen möchte ich doch noch die Bitte aussprechen: Stimmen Sie unserem Antrag zu, springen Sie über Ihren Schatten! Denn ich denke, das sollte auch ein Thema in diesem Hohen Haus sein. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/871. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/871 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der PDS abgelehnt

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Fußball ist heute nicht. Ich hoffe, Sie haben trotzdem etwas Vernünftiges für heute Abend vor. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 13. November 2003, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.27 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jörg Heydorn, Andreas Petters und Dr. Gottfried Timm.